

Vorwort

Kaum ein Ziel findet gegenwärtig in den entwickelten westlichen Industrieländern mehr Zustimmung als das der Nachhaltigkeit. Unisono sind alle dafür und fast alle schmieden entsprechende Pläne oder garnieren doch ihre Absichten mit Bekenntnissen zur Nachhaltigkeit. Demgegenüber ist es das Geschäft einer kritischen Soziologie, danach zu fragen, warum den vielen guten Absichten so wenig praktisches Handeln entspricht. Daran, daß man nicht wisse, was zu tun sei, kann es nicht liegen. Es gibt eine Fülle unmittelbar möglicher Maßnahmen und, das zeigt die von Schachtschneider vorgelegte Arbeit, auch bereits eine Fülle umfassenderer ausgearbeiteter Konzepte. Anscheinend gibt es tieferliegende Ursachen, die von der Soziologie aufzudecken wären. Aus ihrem Wissen um die Strukturen und die Logiken gesellschaftlicher Entwicklung in kapitalistisch organisierten Industriegesellschaften, die dem bisherigen verschwenderischen Umgang mit Ressourcen zugrunde liegen, kann sie die Widerstände gegen eine praktische Hinwendung zur Nachhaltigkeit identifizieren. Das ist zunächst ein trauriges Geschäft, da es schöne Hoffnungen und lauter gute Absichten ins kalte Lichte gesellschaftlicher Realitäten stellt. Aber ohne eine solche kritische Reflexion müßten die guten Absichten und schönen Hoffnungen erst recht scheitern, und die Folgen wären schlimmer. Wenn man nicht mit der Möglichkeit von Widerständen rechnet, kann die Politik sich nicht rechtzeitig darauf einstellen. Das Scheitern wäre um so sicherer, und die Erfahrung des Scheiterns würde zur Resignation oder einem ökologisch gerechtfertigten Autoritarismus führen, beides keine schönen Aussichten.

In diesem Zusammenhang hat Schachtschneider seine Arbeit konzipiert. Ausgehend von der These, daß die gesellschaftlichen Komplikationen von Nachhaltigkeitskonzepten unterschätzt und daher mögliche „Konflikte mit der bisherigen Entwicklungslogik moderner Gesellschaften nicht oder zu schwach bewertet“ würden, fragt er nach dem Gesellschaftsbild, das in Nachhaltigkeitskonzepten enthalten ist. Diese im Nachhaltigkeitsdiskurs aufgeworfenen Vorstellungen prüft er auf ihre Verträglichkeit mit den von Modernitätstheorien identifizierten Entwicklungslogiken moderner Gesellschaften. Dazu hat Schachtschneider zwei Nachhaltigkeitskonzepte ausgewählt, die die beiden möglichen Pole des Verhältnisses von Nachhaltigkeitskonzepten und

Modernitätstheorien kennzeichnen: Die Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“ steht für ein Konzept, das weitgehende Brüche mit Entwicklungslogiken der Moderne aufweist, die Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen für ein Konzept, das weitgehend kompatibel ist mit einer ungebrochenen Modernisierung der Industriegesellschaft.

Schachtschneiders Arbeit ist ein hervorragendes Beispiel für die Fruchtbarkeit soziologischer Analysen im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte. Gerade der Blick auf Widerstände und gesellschaftliche Konflikte, die in den häufig von Naturwissenschaftlern dominierten Diskussionen zur Nachhaltigkeit systematisch ausgeblendet werden, ist geeignet, die erstaunliche Diskrepanz zwischen politisch erklärten Absichten und politisch praktischem Handeln verständlich zu machen. Zugleich schafft sie eine Basis, auf der politisch praktische Schritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung unternommen werden können.

Walter Siebel

1 Einleitung

1.1 Das Ziel: Gesellschaftsbilder in Nachhaltigkeitskonzepten

Ziel dieser Arbeit ist es, das Gesellschaftsbild in ausgewählten Nachhaltigkeitskonzepten zu analysieren. Damit soll auf einen Mangel reagiert werden. Ein Hinweis auf gesellschaftliche Implikationen von Nachhaltigkeit oder „nachhaltiger Entwicklung“ als Konzept einer Integration von sozialen, ökonomischen und umwelterhaltenden Zielen wird zwar einerseits in den meisten Definitionen von „Nachhaltiger Entwicklung“ gegeben. So beschreibt etwa I. Sachs das Konzept als „Suche nach gesellschaftlich wünschbaren, ökonomisch lebensfähigen und ökologisch stabilen Mustern der Ressourcennutzung und Lebensweise“ (Glaeser 1984)¹. In der Diskussion über mögliche Modelle von Nachhaltigkeit dominieren andererseits jedoch in der Regel naturwissenschaftlich-technische Fragestellungen oder gar schon Fragen nach der Umsetzung der als richtig erkannten naturwissenschaftlich-technischen Ziele. Die gesellschaftlichen Implikationen werden in ihren Auswirkungen häufig kaum angesprochen oder unterschätzt. Mit einer häufig fast naiven Leichtigkeit wird zum Beispiel angenommen, daß Szenarien wie die Regionalisierung von Wirtschaftsräumen, die Dematerialisierung des Konsums um den Faktor 4 bis 10 oder ein Nord-Süd-Ausgleich ohne wesentliche Veränderung der Gesellschaftsstruktur möglich wären. Und auch wenn eine andere Lebens- und Produktionsweise explizit für notwendig befunden wird, werden die Konflikte mit der bisherigen Entwicklungslogik moderner Gesellschaften nicht oder zu schwach bewertet.

Die bisher vorliegenden Nachhaltigkeitskonzepte sind nicht Ausdruck eines schlüssigen, durchdachten, womöglich theoretisch basierendem Gesellschaftskonzepts. Sie sind auch nicht in erster Linie in dieser Absicht entwickelt worden. Dennoch sind in ihnen viele Elemente eines Gesellschaftsbildes enthalten. Diese teils offen dargelegten, teils zwischen naturwissenschaftlichen Ableitungen oder implementationspraktischen Überlegungen in Nach-

1 I. Sachs charakterisierte derart den Gegenstand des Vorläufers von „nachhaltiger Entwicklung“, des Konzepts des „Ecodevelopment“. Die Formel faßt jedoch genauso gut das Ziel nachhaltiger Entwicklung zusammen.

haltigkeitskonzepten versteckten Elemente von Gesellschaftsbildern sollen in dieser Arbeit aufgedeckt und geordnet werden. Die Gesellschaftsbilder haben eine deskriptive und eine normative Komponente. Schwerpunkt der Untersuchung wird die normative Komponente, das Gesellschaftsmodell im Sinne einer gewünschten zukünftigen gesellschaftlichen Struktur in den Konzepten, sein. Gesellschaftsmodell meint also in diesem Untersuchungszusammenhang nicht ein geschlossenes, theoretisch begründetes Konzept von Gesellschaft, sondern einfach die Summe normativer Teilvorstellungen, die das erwünschte Bild von Gesellschaft ergeben. Daneben soll die Gesellschaftsdiagnose der Autoren dieser Konzepte herausgearbeitet werden. In diesem Zusammenhang interessiert vor allem, welche aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen die Autoren für problematisch halten.

Die dahinterliegende Motivation für diese Aufgabenstellung speist sich aus dem Interesse, die Verträglichkeit von im Nachhaltigkeitsdiskurs aufgeworfenen normativen Vorstellungen mit Konzeptionen der Moderne zu beurteilen. Modernitätstheorien als Konzeptionen der Moderne heben auf der Moderne inhärente sozialstrukturelle Triebkräfte und Entwicklungsdynamiken ab. Conrad (Conrad 1997) unterscheidet im Hinblick auf die Frage nach der Möglichkeit von nachhaltiger Entwicklung als ökologisch modernisiertem Modell der Moderne sechs Modernitätskonzepte:

- das 'alternativlose Modell' weitergehender Modernisierung (Lerner, Parsons, Zapf u.a.)
- das Modell einer reflexiven und erst dadurch vollständigen Moderne (Beck, Offe u.a.)
- das systemtheoretische Modell einer selbstreferentiell geschlossenen Moderne (Luhmann, Willke u.a.)
- das kommunikationstheoretische Modell einer sprachlich-diskursiv gestaltbaren Moderne (Habermas u.a.)
- das kapitalismustheoretische Modell des Postfordismus (Amin, Hirsch u.a.)
- das zivilisationskritische Modell (Anders u.a.)

Die wesentlichen Differenzen zwischen diesen *theoretischen* Modellen liegen Conrad zufolge „in der theoretischen Konzeptualisierung, den als zulässig erachteten Lösungsmöglichkeiten und den vorgetragenen Lösungsmöglichkeiten“ (Conrad 1997, S. 59). Übereinstimmung hingegen herrsche über die möglicherweise prekären Folgen ihrer Eigendynamik: Nach diesen

Modernitätstheorien „nehmen Differenzierung, Rationalisierung, Spezialisierung, Homogenisierung, Technologisierung, Individualisierung etc. Strukturell ungehemmt zu und gehen infolge mangelnder Stoppregeln und mangelnder Koordination tendenziell mit steigender Selbstdestruktivität, abnehmender Gesamteffizienz und sinkender Lösungskompetenz des Industriesystems einher“ (S. 58). Konzepte nachhaltiger Entwicklung lenken die Aufmerksamkeit auf grundlegende Probleme und Barrieren, die in den beispielhaft aufgeführten Entwicklungsdynamiken begründet liegen.

Als erster Schritt eines längerfristig angelegten Projekts einer Prüfung der Konsistenz von Nachhaltigkeitsvorstellungen mit diesen Modernitätsdynamiken soll in dieser Untersuchung herausgearbeitet werden, welches Gesellschaftsmodell im oben beschriebenen Sinne einer Summe normativer Vorstellungen in ausgewählten Nachhaltigkeitskonzepten tatsächlich vorzufinden ist. Für die Analyse ausgewählt werden zwei anscheinend konträre Konzepte, die für Industrieländer gemacht wurden, in denen sich die Problematik von Nachhaltigkeit und Moderne am deutlichsten zuspitzt: Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ vom Wuppertal-Institut (BUND/ Miserereor 1996) sowie die Gutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU 1994, 1996). Zu vermuten ist, daß letztere im wesentlichen kompatibel mit einer ungebrochenen, unlinearen Modernisierung von Industriegesellschaft sind, während die erste eventuell einen Bruch mit der bisherigen Entwicklungslogik der Modernen impliziert.

Die Ergebnisse, vor allem das Gesellschaftsmodell, das heißt die normativen Nachhaltigkeitsvorstellungen in den beiden Konzepten, sollen die Basis liefern für eine spätere Beurteilung ihrer Realisierungschancen vor der Folie modernitätstheoretischer Entwicklungsdynamiken, die zu diesem Zweck ihrerseits einer Plausibilitätsprüfung unterzogen werden müssen. Diese Arbeit hingegen beschränkt sich nach einer Analyse des deskriptiven und normativen Gesellschaftsbildes auf eine Prüfung von dessen innerer Konsistenz.

Nachdem so das Ziel dieser Arbeit und ihr Kontext deutlich geworden sein sollte, will ich nun eine kurze Übersicht über Inhalt und Stand des Diskurses über Nachhaltigkeit geben. Dazu werden nach einer Darstellung der Genese des Leitbildes die Grenzen des bisher erzielten Konsenses benannt. Im Anschluß daran führe ich die verschiedenen Diskursebenen mit ihren Spezifika auf, um die hier zu untersuchenden Nachhaltigkeitskonzepte im Nachhaltigkeitsdiskurs zu verorten. Abschließend folgt dann eine Beschreibung des Arbeitsprogramms dieser Untersuchung.

1.2 Der Diskurs um „Nachhaltige Entwicklung“

Das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ hat einen unaufhaltsamen Aufstieg hinter sich. „Nachhaltige Entwicklung“ ist die überwiegende deutsche Übersetzung von „Sustainable Development“. Daneben gibt es eine Reihe anderer Übersetzungen wie etwa „dauerhafte“, „langfristig durchhaltbare“, „aufrechterhaltbare“, „zukunftsichere“, „zukunfts-fähige“, „nachhaltig zukunfts-verträgliche“, „dauernd erhaltbare“, „dauerhaft umweltgerechte“, „zukünftig existenzfähige“ Entwicklung, die jedoch inhaltlich der vorwiegend gebrauchten Begrifflichkeit „nachhaltige Entwicklung“ sehr ähnlich sind. Die Bezeichnung „nachhaltig“ kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und hat dort die Bedeutung einer wirtschaftlich langfristigen Nutzung des Waldes im Sinne eines dauernden Holzertrags. Der Begriff „Sustainable Development“ bzw. „nachhaltige Entwicklung“ taucht erstmals in der 1980 veröffentlichten World Conservation Strategy (WCS) der IUCN² auf, die globale Umweltzerstörungen einerseits und grundlegende Entwicklungsprobleme andererseits thematisiert. Vorher hatte schon 1972 die UN-Conference on Human Environment erstmals auf internationaler Ebene Umwelt- und Entwicklungsfragen gemeinsam gestellt. Ein weiterer Vorläufer war das Konzept des „Ecodevelopment“ der UNEP³ im Jahre 1973, welches Entwicklung als „Nutzung aller regionalspezifischen Potentiale bei Erhaltung der ökologischen Systeme und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen“ (zit. nach Kreibich 1995, S. 22) verstand. Auf einer Tagung von UNEP und UNCTAD⁴ in Cocoyok 1974 kam der umweltschädigende Konsum im Norden mit ins Visier: In der Schlußerklärung werden neben dem „Fehlzustand“ der Unterentwicklung auch „zu sehr auf Konsum ausgerichtete Arten von Entwicklung“ (zit. nach Harboth 1993, S. 30) angesprochen, die die äußeren Grenzen der Natur schädigten. Das Forschungsprogramm der Dag-Hammerskjöld-Stiftung Mitte der 70er Jahre vertiefte diesen Aspekt und stellte die Frage nach der Kompatibilität von der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen und der Tragfähigkeit der Ökosysteme. Der 1975 von der Stiftung vorgelegte Bericht mit dem Titel „What now - Another Development?“ hob insbesondere die sozialen Ungleichgewichte als Ursache von Umweltzerstörungen hervor. Während diese Ansätze eher im Schatten der Weltpolitik verblieben, fand der 1987 veröffentlichte sogenannte Brundt-

2 IUCN=International Union for the Conservation of Nature

3 UNEP= United Nations Environmental Programm

4 UNCTAD=United Nations Conference on Trade and Development

land-Bericht⁵ der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ (WCED) größere Beachtung. In ihm heißt es: „Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die den Bedürfnissen heutiger Generationen Rechnung trägt, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen, ihren eigenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, zu behindern“ (Hauff 1987, S. 47). Nachhaltige Entwicklung zielte dort auf die Integration der Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft ab. Sie sei ein „Prozeß ständigen Wandels, dessen Ziel darin besteht, die Ausbeutung der Ressourcen, den Investitionsfluß, die Ausrichtung der technologischen Entwicklung und die institutionellen Veränderungen mit künftigen und gegenwärtigen Bedürfnissen in Einklang zu bringen“ (ebd., S. 10). Spätestens die Konferenz über Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) im Jahre 1992 in Rio de Janeiro etablierte dann endgültig nachhaltige Entwicklung zum allgemein anerkannten Ziel: 150 Regierungen verpflichteten sich gegenüber dem Leitbild.

Als Ausdruck des Bewußtseins für die Notwendigkeit integraler Problemlösungen ist die Etablierung des Begriffs sowie der Leitidee eng verbunden mit der weltweiten Reflexion globaler Krisenerscheinungen wie der Gefahr globaler Umweltkatastrophen, abzusehender Ressourcenknappheit und der sich verschärfenden Armut des Südens. Durch das Bewußtsein von der Vernetzung dieser Probleme wurde deutlich, daß additive Politik keine Lösung mehr bringen kann: Umwelt-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik als Einzelanstrengungen sind nicht nachhaltig, da sie immer wieder zu Zielkonflikten führen. Nachhaltige Entwicklung „thematisiert somit sowohl die Globalität als auch die Verflechtung der verschiedenen Krisendimensionen der Moderne“ (Brand 1997, S. 10). Das Postulat einer nachhaltigen Entwicklung bezeichnet zugleich das bisherige Entwicklungs- und Zivilisationsmodell als nicht nachhaltig.

Nachhaltige Entwicklung ist jedoch erstmal ein formaler Konzeptrahmen und damit weitgehend substanzlos. Welche „nachhaltigen“ Entwicklungsziele gesetzt werden und wie sie untereinander vermittelt werden, bleibt der freien Ausgestaltung überlassen. So kommt es zwangsläufig zum inflationären Gebrauch des Begriffs, der dann als Überschrift über den unterschiedlichsten Ansätzen und Konzeptionen steht. Insgesamt gibt es allein etwa 70

5 Die von der UN eingesetzte „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ legte 1987 unter der Federführung der norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland einen Report mit der Überschrift: „Our common future“ vor, der in der Folge als Brundland-Bericht bezeichnet wurde.

Definitionen von Sustainable Development. Diese deuten auf die unterschiedliche Betonung von übergeordneten Zielstellungen. Die sich daran anschließenden verschiedensten Operationalisierungen potenzieren die Diversität von Nachhaltigkeitsvorstellungen, die alle unter der Überschrift „Nachhaltige Entwicklung“ publiziert werden. Das kann nicht anders sein, auch wenn es öfter ein Bedauern über die „Leerformel nachhaltige Entwicklung“ zu vernehmen ist. Auch für den formalen Konzeptrahmen „nachhaltige Entwicklung“ sind verschiedene Definitionen im Umlauf.

Weitgehender Konsens besteht jedoch über das *formale* Ziel inter- und intragenerativer Gerechtigkeit. Um dieses Ziel überhaupt erreichen zu *können*, werden folgende Grundregeln der Naturnutzung übereinstimmend für notwendig gehalten:

- Die Rate der Schadstoffemissionen darf die Kapazität der Schadstoffabsorption der Umwelt nicht übersteigen.
- Die Nutzungsrate erschöpflicher Ressourcen darf die Rate des Aufbaus sich regenerierender Ressourcen nicht überschreiten.
- Die Nutzungsrate sich erneuernder Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht übersteigen.

Deutlich wird, daß es sich um Kriterien der Naturbehandlung handelt, die für ökologische Stabilität sorgen sollen. Dadurch soll dauerhafte Naturnutzung und damit intergenerative Gerechtigkeit *möglich* werden. Über die Ausformung des intergenerativen, vor allem aber des intragenerativen Gerechtigkeitsanspruchs, des „gesellschaftlich Wünschbaren“, ist damit noch nichts gesagt. Allenfalls der Vorrang absoluter Armutsbekämpfung ist konsensfähig. Damit ist die Gemeinsamkeit der Vorstellungen über nachhaltige Entwicklung erschöpft. Die spiegelstrichartigen Auflistungen in den vielen Kapiteln der in Rio verabschiedeten Agenda 21 etwa können nicht darüber hinwegtäuschen, daß keine klaren sozialen und ökonomischen Kriterien existieren, die sich durch Übereinstimmung in der weltweiten Debatte auszeichnen. Dies liegt an der Existenz einer enormen Bandbreite normativer Vorstellungen vom richtigen Zusammenleben der Menschen. Dies betrifft ebenfalls die Art und Weise der Naturnutzung, hinter der genauso ein normatives Konstrukt steht. Mit den oben angeführten Regeln der Naturnutzung ist lediglich der Rahmen für Nachhaltigkeit abgesteckt, innerhalb dessen jedoch verschiedenste Formen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses möglich sind. Daß es auf einer derartig unbestimmten Basis keine konsen-

suale Operationalisierung des Konzepts geben kann, sollte sich eigentlich von selbst verstehen, obwohl es immer wieder beklagt wird.

Aufgrund des integrativen Anspruchs gerät der Diskurs über nachhaltige Entwicklung oft schnell in die ganze Breite und Komplexität gesellschaftlicher Strukturen und droht in Unübersichtlichkeit zu versinken. Arts äußert dazu treffend: „Unabhängig von der Frage, ob eine breite Theoriebildung in der Tat ins Chaos führen muß, ist diese Perspektiverweiterung dennoch ein Kennzeichen des Denkens über nachhaltige Entwicklung. Eine künstliche Beschränkung würde eine Amputation bedeuten“ (Arts 1994, S. 24). Die Widersacher einer derartigen integralen Betrachtungsweise seien „de facto gegen das Konzept ‘nachhaltige Entwicklung’ „.

In der folgenden Untersuchung wird statt von nachhaltiger Entwicklung nur noch von Nachhaltigkeit gesprochen. Die terminologische Vereinfachung hat keine inhaltliche Änderung zum Ziel. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist ein zusammenfassendes Kriterium gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse genauso wie der Begriff „nachhaltige Entwicklung“.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist im Begriff, durch alle territorialen Ebenen und gesellschaftlichen Sektoren zu diffundieren. Der territoriale Bezug gliedert sich in die globale, nationale, regionale und lokale Ebene. Die Veröffentlichungen auf globaler Ebene, zum Beispiel die Agenda 21 oder die Klimakonvention von Rio, zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß sie grundlegende Probleme benennen. Die daran anschließenden Strategieelemente und Handlungsorientierungen sind aufgrund des politischen Kompromißcharakters dieser Ansätze in der Regel sehr allgemein gehalten oder in sich wenig konsistent, wo sie über Allgemeinplätze hinausgehen. Eine Diskussion von Widersprüchen und Konfliktlinien, womöglich eine begründete Entscheidung für einen bestimmten Weg ist in diesen Dokumenten selten zu finden. So stehen etwa in der Agenda 21 Erwartungen an weltweites Wirtschaftswachstum und die Einsicht in die Notwendigkeit von Konsumreduktionen, Forderungen nach Liberalisierung des Weltmarkts und dem Schutz kultureller Traditionen, die anvisierte Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft und eine Aufwertung der Gewerkschaften, die Propagierung der entscheidenden Rolle der Kommunen und die Feststellung von der vorrangigen Verantwortlichkeit der Regierungen in unproblematisierter Form unschuldig nebeneinander. Die ans Naive grenzende Annahme von der Möglichkeit einer konfliktlosen Integration konkurrierender Ansprüche zeigt sich ebenfalls in der Forderung an die Kommunen, bis Ende 1996 (sic!) „einen Konsens

hinsichtlich einer kommunalen Agenda 21 für die Gemeinschaft“ zu erzielen (BMU o.J., S. 231). Von einer durchdachten Nachhaltigkeitskonzeption kann bei diesen Dokumenten nicht gesprochen werden. Im Unterschied dazu gibt es auf der wissenschaftlichen Ebene Abhandlungen, die gezielter verschiedene globale Strategien nachhaltiger Entwicklung unterscheiden und bestimmte Vorgehensweisen favorisieren. So zeichnet etwa Weizsäcker (Weizsäcker 1994) das Bild einer eher an neuen Wohlstandsmodellen und Effizienzrevolutionen orientierten globalen Nachhaltigkeitspolitik, während zum Beispiel Huber (Huber 1995) das Schwergewicht auf die Schaffung einer Konsistenz anthropogener Stoffkreisläufe mit natürlichen Abläufen legt. Derartige globale Nachhaltigkeitskonzepte weisen im Vergleich zu den oben angeführten globalpolitisch entstandenen Nachhaltigkeitskonventionen neben einer elaborierteren Handlungsstrategie auch deutlichere Orientierungen auf eine Konservierung, Modernisierung oder Änderung der bestehenden Weltordnung auf.

Beginnend mit der Konferenz von Rio 1992, auf der sich die Unterzeichnerstaaten zur nationalen Umsetzung des Nachhaltigkeitsanspruchs verpflichteten, entstehen eine wachsende Zahl von Nachhaltigkeitskonzepten auf der Ebene einer Nation, die sowohl von Regierungen als auch von zivilgesellschaftlichen Institutionen, etwa von Umweltverbänden, initiiert werden. Sie loten eine bestimmte Nachhaltigkeitsstrategie für den nationalen Rahmen aus. Diese berücksichtigen natürlich die globale Verflechtung, ihre Szenarien und Handlungsorientierungen sind jedoch auf den Horizont eines Landes bezogen. Auf der regionalen und lokalen Ebene wird vor allem an der Umsetzung der Aufforderung von Rio, Initiativen für eine lokale Agenda 21 zu starten, gearbeitet. Der lokalen Ebene war dort eine besondere Bedeutung zuerkannt worden, da die Probleme vor Ort am ehesten spürbar, zu begreifen und beeinflussbar seien. Aus den vereinzelt begonnenen lokalen Nachhaltigkeitsdiskursen kommen bis jetzt vor allem sektoral-additive Anregungen für eine Erweiterung kommunaler Umweltpolitik, weniger abgeschlossene querschnittsübergreifende Nachhaltigkeitskonzepte.

In fast allen gesellschaftlichen Bereichen wie Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft ist eine Thematisierung von Nachhaltigkeit zumindest auf den oberen Ebenen zu verzeichnen. Die Befassung mit dem Thema geschieht dort in der Regel nicht durch Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts, sondern durch Ausfüllung des eigenen Sektors. So gibt es beispielsweise Konzepte für nachhaltigen Tourismus ebenso wie Ansätze nachhaltiger

Schulbildung. Auf die Problematik der möglichen Inkonsistenz additiver Sektoralkonzepte soll hier nicht weiter eingegangen werden. Deutlich werden soll lediglich die Diffusion des Diskurses um Nachhaltigkeit. Dazu gehört ebenso die Beteiligung sämtlicher gesellschaftlicher Akteure und Interessengruppen an der Debatte, im wesentlichen auch wieder beschränkt auf die jeweiligen oberen Vertretungsebenen, vielleicht mit Ausnahmen bei einigen Umweltverbänden oder Resten von sozialen Bewegungen. Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie zum Beispiel Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Kirchen oder Umweltverbände stellen Nachhaltigkeitsaspekte und -auslegungen aus ihren Blickwinkeln der Öffentlichkeit vor. Inwieweit die dadurch zum Ausdruck kommende allgemeine Akzeptanz des Leitbildes Nachhaltigkeit die gesellschaftspolitische Debatte um angemessene Antworten auf die Krise der industriellen Moderne umstrukturiert und welche neuen Handlungsarenen und neue Akteurskonstellationen sich herausbilden, ist offen.

1.3 Vorgehen

Die möglichen Ausprägungen im Gesellschaftsbild sollen anhand zweier anscheinend entgegengesetzten Nachhaltigkeitskonzeptionen gezeigt werden. Vorgesehen ist eine Zuordnung zu zwei idealtypischen Ausrichtungen: Mit und ohne Bruch gegenüber der bisherigen Entwicklungslogik der Modernen. Dafür werden im zweiten Kapitel zunächst vorhandene Nachhaltigkeitsstudien gesichtet. Aus diesem Pool werden zwei Konzepte ausgewählt: „Zukunftsfähiges Deutschland“ vom Wuppertal-Institut sowie die Gutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU). Diese beiden Konzepte lassen sich am ehesten den Richtungen unilineare Modernisierung einerseits und gebrochene Modernisierung andererseits zuordnen, deren Inhalte in diesem Zusammenhang grob skizziert werden.

Zum Aufbau eines Untersuchungsdesigns für die Analyse des Gesellschaftsbilds wird im dritten Abschnitt die Literatur, die sich mit dem Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Gesellschaft befaßt, auf die Frage hin untersucht, welche gesellschaftlichen Konfliktebenen und -linien im Nachhaltigkeitsdiskurs gesehen werden. Es handelt sich um Überblicke über den Nachhaltigkeitsdiskurs und über Nachhaltigkeitsstrategien, Kritiken des Nachhaltigkeitsdiskurses sowie Abhandlungen über Implikationen in den Feldern Politik und Lebensstil. Diese Zugänge zur Problematik von Gesellschaftsstruktur und Nachhaltigkeit werden referiert, um daraus Untersu-

chungsfelder zu extrahieren. Unterschieden werden die sieben Bereiche Produktion, Lebensstil, soziale Nachhaltigkeit, Politik, Regionalisierung, funktionale Differenzierung und gesellschaftliches Naturverhältnis, anhand derer die Analyse der beiden ausgewählten Konzepte vorgenommen werden soll.

Die eigentliche Untersuchung teilt sich in zwei größere Teile: Zuerst wird im vierten Kapitel eine Analyse der in den Studien vorgenommenen Gesellschaftsdiagnose, des deskriptiven Gesellschaftsbildes, vorgenommen. Schwerpunkt ist eine Analyse der vorgefundenen Definitionen gesellschaftlicher Probleme und Pathologien. Es wird jedoch auch eine Beschreibung der von den Autoren als unproblematisch diagnostizierten Trends gegeben. Im zweiten Teil (Fünftes Kapitel) werden die Nachhaltigkeitsvorstellungen in den Studien, die Elemente des normativen Gesellschaftsbildes, des prospektiven Gesellschaftsmodells also, untersucht. Vorrangige Frage ist, welche Änderungen in den Untersuchungsfeldern für notwendig gehalten werden. Davon unterschieden werden Handlungsempfehlungen, die zur Erreichung der anvisierten nachhaltigen Entwicklung gegeben werden. Sie finden im Gegensatz zur Beschreibung der Elemente des Modells nachhaltiger Gesellschaft, die recht ausführlich gegeben wird, nur einen geringeren Raum. Es werden lediglich grundsätzliche Typen von Handlungsempfehlungen unterschieden, die übergreifend alle Untersuchungsfelder in den jeweiligen Konzepten dominieren. Die Aussagen über das Gesellschaftsbild in den Konzepten werden auf zweierlei Weise gewonnen. Erstens werden die - meist über die Texte verstreut liegenden - expliziten Aussagen gesichtet und geordnet. Zweitens werden implizite Annahmen der Verfasser in den Sektoren von Gesellschaftsstruktur, zu denen keine expliziten Ausführungen vorzufinden sind, dargestellt.

Ausgehend von diesen Analysen werden danach im sechsten Kapitel die herausgefilterten Gesellschaftsbilder einer Prüfung ihrer inneren Konsistenz unterzogen. Dies geschieht anhand folgender Fragen:

- Reagieren die Nachhaltigkeitsvorstellungen auf die Problembeschreibungen?
- Welche Widersprüche ergeben sich in der Wechselwirkung der einzelnen Nachhaltigkeitsvorstellungen untereinander?
- Gibt es eine Problematisierung der Anschlußfähigkeit der Nachhaltigkeitsvorstellungen zum diagnostizierten Zustand?

Abschließend wird im Schlußkapitel geprüft, ob sich die angenommene Zuordnung der beiden Studien zu den Idealtypen unilineare und gebrochene Modernisierung halten läßt. Gesichtet wird, in welchen Feldern der Gesellschaftsstruktur eine abweichende Zuordnung erforderlich ist und ob die Summe der Abweichungen eine Revision der ursprünglichen Zuordnung rechtfertigt.

2 Sichtung und Auswahl von Nachhaltigkeitskonzepten

2.1 Einteilungen von Nachhaltigkeitskonzepten

Bevor ich im Anschluß an dieses Kapitel einzelne für Industrieländer ausgearbeitete Konzepte aus der deutschsprachigen Nachhaltigkeitsdebatte kurz vorstelle, werde ich verschiedene Möglichkeiten zur grundlegenden Einteilung von Nachhaltigkeitskonzepten referieren. Im Anschluß an diese Vorstellung *möglicher* Unterscheidungskategorien werde ich darstellen, in welchem Sinne ich die hier a priori durch den Untersuchungskontext begründete Kategorie „unilineare - gebrochene Modernisierung“ verstehe.

2.1.1 Mögliche Unterscheidungskategorien

Nachhaltigkeitskonzepte können idealtypisch verschieden kategorisiert werden. Folgende grundlegende Unterscheidungsmöglichkeiten sind in der Literatur zu finden:

- Anthropozentrisches - biozentrisches Naturverständnis

Im anthropozentrischen Verständnis steht die Naturnutzung im Mittelpunkt. Nachhaltigkeit meine hier „die Aufrechterhaltung natürlicher Lebensbedingungen für die Erfüllung sozial definierter Bedürfnisse und Handlungszwecke“ (Brand 1997, S. 20). Im Rahmen des Anthropozentrismus gibt es weitere Differenzierungen, die hier nicht näher erläutert werden sollen. Das biozentrische Weltbild hingegen spreche allen Lebewesen das gleiche Recht auf Entfaltung im Rahmen der natürlichen Ordnung zu. In dieser Perspektive könne das Ziel nicht die „nachhaltige Nutzung, sondern nur die möglichst störungsfreie Einfügung in natürliche Kreisläufe sein“ (ebd. S. 21). Eine andere Unterscheidungsmöglichkeit liegt im Verständnis von Entwicklung:

- Unilineare - gebrochene Modernisierung

Die unilineare Modernisierung setzt auf Kontinuität in der Entwicklung der modernen, westlichen Industriegesellschaften, auf den Entwicklungskanon repräsentative Demokratie, Wachstum und Wohlfahrt. Sie vertraut auch bei

der Lösung ökologischer Probleme auf die „Basisinstitutionen“ der modernen Gesellschaft, wie sie etwa die Modernisierungstheorie sieht, die die Existenz evolutionärer Universalien für die Entwicklung der Moderne begründet. Zapf spricht von den Basisinstitutionen „Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum“ (Zapf 1996, S. 66). Verfechter einer gebrochenen Modernisierung halten eine zumindest partielle Abänderung dieses industriellen Zivilisationsmodells für nötig und möglich. Sie stellen Fragen hinsichtlich der natürlichen Grenzen des Wachstums und des Wohlstands, des Verteilungsmodus der Marktwirtschaft sowie hinsichtlich der Lösungskompetenz der repräsentativen Konkurrenzdemokratie.

Brand spricht von den Polen „Weiter so“ und „Grundsätzliche Korrektur des industriellen Zivilisationsmodells“ (Brand 1997, S.21). Für die erste Position sei Nachhaltigkeit vor allem eine Perspektive des Wirtschaftswachstums und technischer Innovationen. Die entgegengesetzte Position rücke die natürlichen Grenzen des industriellen Entwicklungsmodells und die Verletzung von Gerechtigkeitsprinzipien in den Vordergrund. Dazwischen liege die „Reformposition“ einer sozial-ökologischen Modernisierung: „Nachhaltige Entwicklung impliziert aus dieser Sicht das Umschalten auf präventive Handlungsstrategien und integrierte Formen der Planung, ..., neue Formen der Kontextsteuerung und der Mobilisierung endogener Entwicklungspotentiale durch Partizipation“ (ebd.).

Sachs (Sachs 1997) konstatiert drei Perspektiven für das Leitbild Nachhaltigkeit. Neben der Wettkampfperspektive macht er die Unterscheidung:

- Heimatperspektive - Astronautenperspektive

Bei der Heimatperspektive ständen die Lebensverhältnisse vor Ort im Zentrum der Aufmerksamkeit. „Von diesem Blickpunkt aus ist die herausragende Ursache der Naturkrise in der Überentwicklung zu suchen und nicht im ineffizienten Ressourceneinsatz oder in der Vermehrung der menschlichen Spezies“. Die Kritik wende sich gegen eine „Entwicklung“, welche im Süden lokale Gemeinschaften an den Rand drängt sowie im Norden die Wohlfahrt untergräbt und überdies in beiden Fällen naturschädigend daherkommt“ (Sachs 1997, S.107). Die Perspektiven dieser Sicht seien Suffizienz und Selbstbegrenzung.

Die Astronautenperspektive betrachtet den ganzen Planeten mit seinen globalen Problemen. Zu deren Lösung wird globales Management eingefordert. „Man trachtet danach, den Ausgleich zwischen der Nutzung der Natur einer-

seits und ihren regenerativen Fähigkeiten andererseits im planetarischen Maßstab zu erfassen, und zwar durch Beobachtung und Kartierung, Messung und Berechnung der Ressourcenflußgrößen und der globalen bio-geo-chemischen Zyklen“ (ebd.). Am Horizont stehe die Hoffnung auf eine rationale Planung der Welt, auf einen globalen Ordnungsrahmen.

Eine weitere Möglichkeit besteht in der Unterscheidung nach der Art der Vermittlung der Teilziele von Nachhaltigkeit:

- Gestaltbarer Kompromiß - starre ökologische Vorgabe

Es geht um den Modus der Integration der Teilziele von Nachhaltigkeit, meistens Soziales, Ökonomie und Ökologie¹. Beim gestaltbaren Kompromiß werden die Teilaspekte miteinander vermittelt, sind somit auch Abstriche am ökologischen Konzept möglich. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist hier „gleichwertiges, aber nicht übergeordnetes Ziel“ (Heins 1997, S.55)². Bei der strengen ökologischen Vorgabe dürfen die - wie auch immer festgesetzten - ökologischen Grenzen nicht überschritten werden. Spielräume bestehen allenfalls in der Vermittlung von ökonomischen und sozialen Zielen. Prinzipiell denkbar ist auch eine Hierarchie zugunsten ökonomischer oder sozialer Ziele in einer Nachhaltigkeitskonzeption. Aufgrund der ökologieorientierten Entstehungsgeschichte der Nachhaltigkeitsdebatte sind jedoch momentan ausschließlich solche „Dominanzkonzeptionen“ zu finden, die eine Sonderstellung der Ökologie aufweisen. In der politischen Praxis hingegen dominieren Konzeptionen mit einem Schwergewicht auf soziale oder ökonomische Ziele.

Eine weitere Unterscheidungsmöglichkeit ist der Grad der Integration der Teilziele:

-
- 1 Die als grundlegend erachteten Bestandteile von Nachhaltigkeit variieren gelegentlich: Während ökologische Nachhaltigkeit immer enthalten ist, fehlt soziale Nachhaltigkeit in einigen Konzepten. Auch ökonomische Nachhaltigkeit ist nicht überall genannt. So ist im SRU-Gutachten neben Ökologie- und Sozialverträglichkeit als drittes Teilziel Individualverträglichkeit aufgeführt (vgl. Kap 2.2.8).
 - 2 Streng genommen ist eine Konzeption, welche Abstriche am dauerhaften Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen macht, nicht als Nachhaltigkeitskonzept zu bezeichnen., da es aufgrund dieser Abstriche irgendwann zum Verlust der Lebensgrundlagen kommt. Sinn macht die Unterscheidung, wenn statt des Zieles des dauerhaften Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen der Umgang mit dem Ziel einer bestimmten Art und Weise der Naturnutzung betrachtet wird: Ist diese verhandelbar oder ein unumstößlicher Rahmen?

- Paritätische Integration aller Teilziele - sektorale Dominanz

Arts (Arts 1994) grenzt vier Nachhaltigkeitsdiskurse voneinander ab: „Business as usual“, „Grüne Ökonomie“, „Integrale Nachhaltigkeit“ und „Anti-Modernismus“. „Business as usual“ gehe von der Austauschbarkeit von natürlichem und künstlichem Kapital aus. Nachhaltig ist für diese Position bereits das Instandhalten von Kapital für nachfolgende Generationen. Ökologisches Kapital ist demnach nur solange zwingend zu erhalten, wenn sich kein gleichwertiger Ersatz an künstlichem Kapital biete. „Grüne Ökonomie“ gehe von der Nicht-Austauschbarkeit des natürlichen Kapitals aus und sei daher für den ökologischen Umbau der Wirtschaft. Beide Konzepte seien sektoral: Sie ließen die soziale Dimension außer acht, zudem berücksichtige „Business as usual“ die ökologische Dimension nur „schwach“. „Integrale Nachhaltigkeit“ gehe im Unterschied zu den beiden erstgenannten Konzepten davon aus, daß Nachhaltigkeit nur als Summe ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit begriffen werden kann. Gerade in dieser „Ausweitung der Integration“ liege das Innovative im Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Der antimodernistische Diskurs sei gekennzeichnet durch seine Distanz zu „Ideen der Modernität wie Fortschritt und Emanzipation, erreichbar durch das Gewinnen und Verteilen von Kenntnis, Macht und Einkommen - Ideen aus der europäischen Aufklärung - ...“ (ebd., S.20), seinen Bezug auf Tradition statt auf Rationalität. Er stellt zwar ein Konzept mit hohem Integrationsgrad dar, nach Arts „meint“ er jedoch keine „nachhaltige Entwicklung“, da Entwicklung durch das Verharren auf Tradition abgelehnt werde.

Damit ist die Auswahl von Unterscheidungsmöglichkeiten an dieser Stelle beendet. Natürlich sind andere Einteilungen möglich. Je nach Blickwinkel lassen sich (unendlich) viele Unterscheidungen als grundlegend definieren, fast alle vom Nachhaltigkeitsdiskurs berührten Themenfelder eignen sich dann dazu. Die hier ausgewählten haben demgegenüber den Anspruch, nicht nur Differenzen in einem Sektor, wie etwa dem Wachstumskonzept, dem Demokratiekonzept, der Vorstellung des Lebensstiles o.ä., auszudrücken, sondern ein jeweils grundlegendes anderes Herangehen zu verdeutlichen.

2.1.2 Unilineare und gebrochene Modernisierung

Wie bereits im vorherigen Abschnitt angedeutet, bezeichne ich als unilineare Modernisierung eine Entwicklung, die von der bisherigen Entwicklungs-

richtung westlicher Industriegesellschaften in ihren Grundprinzipien nicht abweicht. Die charakteristischen Grundzüge dieser Entwicklungsrichtung kommen in der Modernisierungstheorie zum Ausdruck, die von evolutionären Universalien der Entwicklung ausgeht, die für alle Gesellschaften auf dem Weg in die Moderne gültig sind. Wie die Modernisierungstheorie die Irreversibilität dieser Universalien begründet, welche Ausformungen, Umwege und Abweichungen im Rahmen der Theorie für möglich gehalten werden und wie sie die Lösungskompetenz des evolutionären Trends gesellschaftlicher Entwicklung für das Problem der Nachhaltigkeit beurteilt, soll hier nicht näher ausgeführt werden. Grob dargestellt werden soll lediglich, welche Struktur von Gesellschaft dort als allgemeiner Trend moderner Gesellschaften angesehen wird.

Zapf spricht von modernen Gesellschaften mit den „Basisinstitutionen“ Konkurrenzdemokratie, Konkurrenzwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum. Die aufgeführten Eigenschaften hätten universalistische Qualitäten. Dergestalt moderne Gesellschaften seien „die dominanten Gesellschaften im Sinne der Evolutionstheorie, sie sind Vorbildgesellschaften im Sinne der Diffusions- und Aufholtheorie“ (Zapf 1996, S. 72). Zapf knüpft dabei an Lerner an, der die folgenden Merkmale von Modernität heraushebt:

„Zu den wichtigsten Merkmalen (und operationalisierbaren Indikatoren) der Modernität gehören (1) in der Wirtschaft ein erhebliches Maß eines sich selbst tragenden Wachstums - mindestens ein Wachstum, das groß genug ist, sowohl die Produktion wie den Konsum regelmäßig zu überhöhen; (2) im politischen Bereich die öffentliche Beteiligung oder wenigstens eine demokratische Vertretung bei der Definition und Wahl zwischen politischen Alternativen; (3) in der Kultur die Diffusion säkularer, rationaler Normen...; (4) in der Gesellschaft die Steigerung der Mobilität - persönliche Freiheit der geographischen, sozialen und psychischen Beweglichkeit; (5) schließlich eine entsprechende Veränderung der Modalpersönlichkeit... eine Persönlichkeitsveränderung, die eine Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit und der zwischenmenschlichen Kooperationsfähigkeit beinhaltet ...; Leistungsbedürfnis'..., Außenorientierung' ..., Empathie“ (zitiert nach Zapf 1975, S.217).

Berger stellt in seiner Betrachtung der Modernisierungstheorie in Anlehnung an Parsons, Lerner und Zapf das in Tab. 1 abgebildete Schema der Modernisierung auf (Berger 1996, S.53):

Die Ansätze stimmen trotz unterschiedlicher Ordnung in den meistens Punkten überein, so in den Bereichen Person, Kultur, Wirtschaft und Politik.

Ein Unterschied besteht in der Entwicklungskategorie für den Bereich „Gesellschaft“. Lerner führt als herausragendes Merkmal die Steigerung von

Bereich	Strukturelle Innovation	Entwicklungsrichtung
Person	Leistungsorientierung und Empathie	Individuierung
Kultur	Differenzierung von Wertsphären	Rationalisierung, Wertverallgemeinerung
Gesellschaft	funktionale Differenzierung	Komplexitätssteigerung
Wirtschaft	Konkurrenzwirtschaft	Wachstum
Politik	Konkurrenzdemokratie	Partizipation
Gemeinschaft	„citizenship“, Öffentlichkeit	Inklusion
Sozio-Kultur	allgemeine Schulpflicht, Wissenschaft	Expansion des Bildungswesens, Verwissenschaftlichung

Tab.1: Modernisierungsschema nach Berger

Mobilität in sozialer, psychischer und geographischer Dimension an. Dieser Ansatz wird später von Beck unter der Bezeichnung „Individualisierung“ aufgenommen. Individualisierung ist nicht mit Individuierung zu verwechseln. Mit Individuierung wird der emanzipative Prozeß der Herausbildung einer personalen Identität bezeichnet, die die individuelle Fähigkeit zur Abgrenzung gegenüber gesellschaftlichen Normen begründet. Individualisierung dagegen ist nach Beck eine gesellschaftsgeschichtliche Kategorie der Modernisierung:

„Modernisierung führt nicht nur zur Herausräumung einer zentralisierten Staatsgewalt, zu Kapitalkonzentrationen und zu einem immer feinkörnigeren Geflecht von Arbeitsteilungen und Marktbeziehungen, sondern eben auch - und damit sind wir bei dem allgemeinen Modell - zu einer dreifachen 'Individualisierung': Herausräumung aus historischer vorgegebenen Sozialformen und -bindungen im Sinne traditioneller Herrschafts- und Versorgungszusammenhänge ('Freisetzungsdimen-

sion'), Verlust von traditionellen Sicherheiten im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitende Normen ('Entzauberungsdimension') und - womit die Bedeutung des Begriffes gleichsam in ihr Gegenteil verkehrt wird - eine neue Art der sozialen Einbindung ('Kontroll- bzw. Reintegrationsdimension')' (Beck 1986, S.206).

Während Lerner und Beck den Bereich der Gesellschaft mit der Kategorie „Soziale Mobilität“ bzw. „Individualisierung“ belegen, führt Berger unter der Überschrift „Gesellschaft“ Komplexitätssteigerung an.

Die Unterschiede und Schwerpunkte einzelner Modernisierungstheoretiker und -kategorien sollen jedoch hier nicht näher beleuchtet werden. Deutlich werden sollte, was unter Modernisierung in grober Näherung verstanden wird. Die in Tab. 2 aufgeführten Entwicklungsrichtungen werden in dieser Abhandlung unter unilinearere Modernisierung subsumiert.

Gebrochene Modernisierung bzw. partiell gebrochene Modernisierung hingegen ist dadurch gekennzeichnet, daß sich in einem oder mehreren dieser Bereiche die Entwicklungsrichtung ändert. Diese Möglichkeit verneint übrigens auch die Modernisierungstheorie nicht: So führt Zapf aus: Modernisierung sei ein „Suchprozeß, dessen Ergebnis nicht bekannt ist. Wie die OECD-Gesellschaften ihre neuen Probleme der ökologischen Belastung, der Anpassung der Erwerbsstruktur, der sozialen Integration usw. lösen werden, dafür gibt es nur Versuch und Irrtum von Reform und Innovation“ (Zapf 1996, S. 67). „Weitergehende Modernisierung“ sei prinzipiell offen. Bis dahin jedoch, bis zum Beginn der „weitergehenden Modernisierung“ sei eine Entwicklung im Sinne der evolutionären Universalien zwangsläufig.

Gebrochene Modernisierung als Änderung des Entwicklungsweges kann dabei unterschiedlichste Ausformungen aufweisen, die von bestimmten Ausformungen von Ansätzen ökologischer Modernisierung bis zu einer grundlegenden Kritik industrieller Zivilisation reichen können. Ob und in welchen Punkten bei den untersuchten Studien von einer gebrochenen Modernisierungsvorstellung gesprochen werden kann, hängt ab von der Erfüllung oder Nicht-Erfüllung der Kriterien in Tabelle 2, nicht von der Art der Abweichung.

Bereich	Entwicklungsrichtung
Person	Individuierung
Kultur	Rationalisierung Wertverallgemeinerung
Gesellschaft	Komplexitätssteigerung Soziale Mobilität/ Individualisierung
Wirtschaft	Wachstum Konkurrenzsteigerung
Politik	Repräsentative Konkurrenzdemokratie
Sozio-Kultur	Verwissenschaftlichung
Verteilung	Massenkonsum/ Wohlfahrtsstaat

Tab. 2: Merkmale unilinearer Modernisierung

2.2 Nachhaltigkeitskonzepte für Industrieländer

Aus der übergeordneten Motivation einer Beurteilung von Konflikten zwischen Modernitätsentwicklungen und Nachhaltigkeitsmodellen heraus ergibt sich, daß in dieser Untersuchung keine Nachhaltigkeitskonzeptionen für die ganze Welt, sondern für Industrieländer analysiert und gegenübergestellt werden. Neben diesem dominanten Interesse gibt es weitere Gründe für eine Konzentration auf Industrieländer. Der erste hängt unmittelbar mit der Existenz modernitätshäufiger Triebkräfte zusammen: Die Lebensweise in den Industrieländern stellt das Vorbild für den Rest der Menschheit dar, weist eine ungeheure Attraktion auf und animiert zur Nachahmung - so schwierig bzw. unmöglich dieses Ziel auch zu erreichen ist. Eine Nachhaltigkeitskonzeption für Industrieländer hat damit universale Bedeutung über den aktuellen Kreis der Industrieländer hinaus. Zweitens tragen die Industrieländer die Hauptverantwortung für die Disparitäten im Weltwirtschaftssystem und sind Hauptverursacher von Umweltschäden, haben also zumindest verantwortungsethisch die größte Veranlassung, bisherige nicht-nachhaltige Entwicklung abzuändern. Drittens sind als deutschsprachige oder ins deutsche über-setzte Studien ausschließlich Konzepte für Industrieländer vorzufinden.

Mit Nachhaltigkeitskonzepten sind aggregierte Nachhaltigkeitsvorstellungen gemeint, im Unterschied zu Ausführungen darüber, wie einzelne Sektoren nachhaltig gestaltet werden könnten, wie etwa nachhaltige Energieversorgung oder Verkehr. Nachhaltigkeitskonzepte sollten sämtliche Bereiche menschlicher Entwicklung integrieren und damit so etwas wie ein Strukturmodell einer nachhaltigen Gesellschaft aufzeigen. Das könnte prinzipiell auch ein Modell regionaler Nachhaltigkeit leisten, sofern es tatsächlich alle Bereiche abdeckt. Der territoriale Bezug wird in den vorliegenden Konzepten jedoch für den Rahmen eines Nationalstaates bzw. für Europa gesetzt, unter Berücksichtigung globaler Verschränkungen.

Weiterhin ist die Auswahl auf explizite Nachhaltigkeitskonzepte beschränkt. Letztlich können auch allgemeine normative Leitbilder wie etwa liberalistische, sozialistische, kommunitäre oder konservativistische Konzepte von Gesellschaft einen Anspruch auf die Nachhaltigkeit ihres Ansatzes erheben und müßten entsprechend als Nachhaltigkeitskonzepte geprüft werden. In dieser Untersuchung sollen jedoch nur Konzepte mit einem expliziten und dominierenden Bezug zur Nachhaltigkeitsdebatte vorgestellt werden. Zur Qualifikation als Nachhaltigkeitskonzept in diesem Sinne würde es also nicht reichen, wenn etwa ein kommunitäres Konzept auch zwei Hinweise auf die Nachhaltigkeit seiner Vorschläge enthält.

Nach etwa einem Jahrzehnt seit Aufkommen des Leitbilds Nachhaltigkeit gibt es inzwischen in vielen Ländern³ Nachhaltigkeitsstrategien bzw. Umweltpläne mit entsprechend umfassendem Anspruch. In etwa zwei Drittel der Industrieländer existieren derartige Ansätze. In der deutschsprachigen Diskussion finden sich einige unterschiedliche Konzeptionen, die im folgenden kurz vorgestellt werden. Sie sind meistens für die Bundesrepublik oder die Niederlande ausgearbeitet worden, stehen jedoch exemplarisch für ein Konzept für die nördlichen Industrieländer.

2.2.1 „Sustainable Netherlands“

Ein früher Ansatz ist die von der holländischen Umweltschutzorganisation „Milieudefensie“ erstellte Studie „Sustainable Netherlands“ (Milieudefensie 1992). Die Untersuchung besteht aus einer im wesentlichen naturwissenschaftlich-technischen Beschreibung eines Nachhaltigkeitszenarios für die

3 nach Aussage der Enquete-Kommission (Enquete 97, S. 28) in etwa 60 Ländern

Niederlande im Jahre 2010, die auf einer kantianischen Ethik eines gleichen Umweltraums für jeden Menschen basiert. Der Umweltraum ist gekennzeichnet durch die Menge der Naturnutzungen, die möglich sind, ohne eine dauerhafte Verschlechterung des Umweltzustands zu verursachen. Ausgehend von den Prämissen globaler Verteilungsgerechtigkeit, kontinentaler Selbstversorgung und der Begrenzung des globalen Umweltraums wird berechnet, auf welches Niveau der Konsum eines durchschnittlichen Niederländers reduziert werden müßte. Trotz teilweiser drastischer Einschnitte in einzelnen Sektoren wie etwa Energieverbrauch, Mobilität oder Fleischkonsum kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß im Gesamtergebnis eine nachhaltige Lebensweise ohne „unannehmbare Einschränkungen“ möglich ist. Eine „Veränderung der menschlichen Kultur“ sei hingegen nötig, da Strategien der Effizienzsteigerung und des Strukturwandels der Produktion alleine nicht ausreichend sind. Als gesellschaftliche Implikationen der ange-mahnten Veränderung der Konsummuster werden zwar Probleme wie zum Beispiel die Einkommensverteilung, die Schwierigkeit einer Restriktion des globalen Handels oder die Bedürfnisausweitung durch Individualisierung angesprochen, ohne daß in ihnen jedoch grundsätzliche Barrieren gesehen werden.

2.2.2 Wuppertal-Institut: „Ein zukunftsfähiges Europa“

Die im Auftrag des europäischen Umweltdachverbandes „Friends of the Earth Europe“ vom Wuppertal Institut 1994 erstellte Studie „Towards Sustainable Europe“ (Spangenberg 1995) geht, ähnlich wie die Studie „Sustainable Netherlands“, von einem begrenzten Umweltraum aus, der global gerecht zu verteilen sei. Zielstellung der Ausarbeitung ist es, diesen zu bestimmen, um daraus Implikationen für Wirtschaft, Wachstum, Sozialstaat und Konsummuster deutlich machen zu können. Es geht um die Abschätzung von Folgen der als notwendig erachteten „Reduktion von Naturnutzung“. Die Autoren betonen, daß die Vermittlung ökologischer, sozialer und ökonomischer Zielsetzungen im Sinne eines gestaltbaren Kompromisses nicht weiterhelfe, sondern die Bestimmung des Rahmens einer zukunftsfähigen Gesellschaft nötig sei, *innerhalb* dessen Gestaltungsspielräume existierten. Diese bewegten sich zwischen „sozialer Untergrenze und ökologischer Obergrenze“ und könnten in jeder Nation Europas unterschiedlich umgesetzt werden, entsprechend der „soziokulturellen Vielfalt“.

Die Studie leitet für die physikalisch-stofflichen Dimensionen CO₂-Emissionen, Rohstoffverbräuche, Verkehr sowie Land- und Wassernutzung teils drastische Reduktionsnotwendigkeiten her. Der territoriale Bezug der Berechnungen variiert dabei von der globalen Ebene (Energie, Rohstoffe) über die kontinentale Selbstversorgung (Landwirtschaftsflächen) bis hin zur Region (Wasserverbrauch). Ein ständiges Wirtschaftswachstum vertrage sich nicht mit der notwendigen Begrenzung des Naturverbrauchs, auch unter Berücksichtigung der in jedem Fall notwendigen Effizienzsteigerungen. Eine Schlußfolgerung aus den Berechnungen zum Umweltraum ist, daß eine „dramatische Umverteilung“ von Nord nach Süd, aber auch innerhalb von Nationen unumgänglich ist. Für diese Aussichten wird geworben mit einem geänderten Wohlstandsmodell. Ein neues Konsummuster soll die Entkopplung von Wohlstand und materialintensivem Konsum hervorbringen. Letzterer werde auch aus Gründen der Kompensation von Unzufriedenheiten in anderen Lebensbereichen getätigt. Voraussetzung für die Akzeptanz von „nicht-kompensatorischem Konsum“ sei ein hohes Bildungsniveau, verbunden mit einer Autonomieorientierung. Korrelierend dazu wird eine Neugestaltung der Arbeit in Richtung höherer Verantwortung, Selbständigkeit und vermehrter Weiterbildung propagiert.

Das Arbeits- und Wirtschaftskonzept fordert eine „Revitalisierung der Regionalwirtschaft“. Darin eingebunden ist eine Ausweitung von Eigenarbeit, Handwerk und Nachbarschaftshilfe. Die Autoren sprechen von einer „postindustriellen Subsistenzwirtschaft“ zu „nicht unerheblichen Teilen“. Das Komplement dazu bildet ein zu erhaltender Weltmarktsektor mit hohem Lohnniveau. Aus ihm könnten Transfers in den regionalen Sektor mit ihrer nur begrenzten Wertschöpfung geleistet werden. In der Arbeit der Zukunft sind in einer „Hybridisierung“ die positiven Elemente effizienter Industriearbeit und suffizienter Subsistenzarbeit verbunden.

Zur Erlangung von Akzeptanz für das neue Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsmodell sei eine Entschärfung der sozialen Gegensätze nötig, eine Durchsetzung sei nur zivilgesellschaftlich möglich. Insgesamt setzt das Konzept auf weitreichende „Modifikationen der sozialen und konkurrenzkapitalistischen Marktwirtschaft“. Die Moderne dominierende Trends wie etwa zunehmende Arbeitsteilung, Globalisierung der Wirtschaft oder Individualisierung sollen relativ nahtlos, das heißt ohne Erwartung größerer Konflikte, zumindest partiell gebrochen werden.

2.2.3 Wuppertal-Institut: „Zukunftsfähiges Deutschland“

Die vom Umweltverband BUND und dem kirchlichem Hilfswerk Misereor beim Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie in Auftrag gegebene Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND, Misereor 1996) knüpft an „Sustainable Netherlands“ und „Ein zukunftsfähiges Europa“ an. Wie in der niederländischen Studie gehen die Autoren von der Notwendigkeit einer weltweiten Umverteilung von Naturverbrauch innerhalb eines begrenzten Umweltraums aus. Nur innerhalb dieser Grenzen des Wachstums dürfe sich der Mensch frei entfalten. Die Notwendigkeit einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs an Energie, Wasser, Boden, Material um 80-90% in den Industrieländern wird abgeleitet, auf eine exakte Quantifizierung des Pro-Kopf-Umweltraums jedoch im Unterschied zu „Sustainable Netherlands“ verzichtet. Schwerpunkt der Studie hingegen ist die Vorstellung eines neues Wohlstandsmodells, das in erster Linie durch einen Wertewandel erreicht werden soll. Dazu gehören Leitbilder wie

- Entschleunigung
- Gut leben statt viel haben
- Neues Verhältnis von Erwerbs- und Eigenarbeit

Damit verbunden ist ein neues Wirtschaftsmodell, welches eine Reduktion von Stoffströmen bewirken soll. Es enthält folgende Elemente:

- Zyklische Produktionsprozesse
- Grüner Markt
- Regionalisierung
- Sättigung anstatt ständigem Wachstum
- Tertiarisierung
- Dekonzentration

Auf der Ebene der Ökonomie versuchen die Autoren dem globalen Gerechtigkeitspostulat gerecht zu werden, indem sie neben einer Entschuldung des Südens eine zwar nicht vollständige, jedoch weitgehende Entglobalisierung der Wirtschaft vorschlagen: Rückgang des Welthandels, Stärkung südlicher Lokalautonomie, Konzentration des (verbleibenden) Exports auf ökoeffiziente Produkte.

Treffend charakterisiert Heins, daß „letztlich der Aufbau einer solidarischen immateriell orientierten Gesellschaft innerhalb des Kapitalismus“ angestrebt werde. Möglich gemacht werden soll der Wandel durch die „individuelle

Einsicht in den Wert der Freiheit von materiellen Gütern“ (Heins 1996, S. 46). Hinzuzufügen ist, daß dies nach Ansicht der Verfasser der Studie nur auf der Grundlage einer *gesamtgesellschaftlichen* Einsicht geschehen kann, denn die politische Sphäre soll durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen die individuelle Suffizienz stützen. Das neue Wohlstands- und Produktionsmodell soll sich im Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen, durch viel Partizipation, durchsetzen. Die Autoren argumentieren, das Nachhaltigkeitsmodell könne gleichzeitig soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder die Krise der sozialen Sicherung lösen, gleichsam als willkommener Nebeneffekt. Eine eigenständig begründete Zielsetzung sozialer Nachhaltigkeit wird hingegen nicht hergeleitet.

2.2.4 NEPP

Als erster Versuch einer operativen Umsetzung der Zielstellung Nachhaltigkeit kann der National Environment Policy Plan (NEPP) in den Niederlanden gelten, der sich ebenfalls am Jahr 2010 orientiert. Bis zum Stichtag sollen die Umweltbelastungen auf ein dauerhaft nachhaltiges Niveau gesenkt werden. Nach einer Analyse des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU 1994) sind folgende Gesichtspunkte des NEPP hervorzuheben:

- Die Existenz quantitativer Zielvorgaben für Stoffverbräuche und Umweltbelastungen, die entsprechend der wissenschaftlichen Diskussion angepaßt werden sollen.
- Die Erstellung des nationalen Umweltplans in einem interaktiven, iterativen, partizipativen Prozeß mit allen gesellschaftlichen Gruppen.
- Dem für den *Weg* zu Nachhaltigkeit als notwendig erachteten Kompromiß zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Belangen werde durch eine Staffelung der Schritte Rechnung getragen.

2.2.5 Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ 1994

Die vom 12. Deutschen Bundestag einberufene Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt - Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ (Enquete 1994) hatte u.a. den Auftrag, Bewertungskriterien für umweltverträgliche Stoffkreisläufe und Öko-Bilanzen zu entwickeln. Mit diesem Instrumentarium sollten dann exemplarisch Stoffströme in bestimmten

Anwendungsfeldern bewertet sowie Alternativen und Perspektiven im Sinne eines Stoffstrommanagements entwickelt werden. Ein großer Teil der Studie besteht folglich aus beispielhaften Betrachtungen, Bewertungen und Managementansätzen von Stoffströmen in ausgewählten Belastungsfeldern (u.a. Cadmium/ Benzol, R 134a), Bedürfnisbereichen (z.B. Bekleidung, Mobilität) und Produktionssektoren (z.B. Chlorchemie).

Im grundsätzlichen Teil versucht die Kommission aus Parlamentariern und Experten, die als eine Art runder Tisch des Parlaments nach Parteienproporz zusammengesetzt ist, eine Operationalisierung des Leitbilds Nachhaltigkeit zu leisten. Dazu werden ökologische, wirtschaftliche und soziale Kriterien aufgestellt. Folgende Schutz- und Gestaltungsziele werden aus dem Nachhaltigkeitserfordernis abgeleitet:

Ökologischer Bereich	Wirtschaftlicher Bereich	Sozialer Bereich
Gesundheit des Menschen	Entfaltung der Persönlichkeit	Sicherung der Gesundheit
Struktur von Öko-Systemen	Wirtschaftliche Stabilität	Sicherung der sozialen Stabilität
Schutz von Funktionen von Öko-Systemen	Erhalt und Weiterentwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen	Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft
	Erhalt und Weiterentwicklung marktwirtschaftlicher Funktionsfähigkeit	

Für diese Ziele werden Bewertungskriterien aufgestellt, deren Darstellung diesen Rahmen übersteigen würde. Auch eine Bewertung von Inhalt, Konsistenz sowie Herleitungsqualität der aufgeführten Ziele soll an dieser Stelle nicht geleistet werden. Wichtig zur Charakterisierung des Ansatzes ist, daß er von der Notwendigkeit einer Prioritätensetzung, einer Vermittlung von ökonomischen, sozialen und ökologischen Kriterien ausgeht. Die Aufstellung der Kriterien könne dabei nicht naturwissenschaftlich bestimmt werden. Die Gesellschaft müsse in einem „notfalls auch konflikterfüllten Verfahren“ Konsens über die jeweils anzustrebende Umweltqualität suchen.

An verschiedenen Stellen warnt die Kommission vor Brüchen in der sozialen und ökonomischen Entwicklung. Nachhaltige Entwicklung sei schwer, wenn es zu „ökonomischen Krisen im großen Maßstab und zu Entwicklungsbrüchen kommt“ (ebd., S. 481). Sie könne nur auf den Weg gebracht werden, „wenn es keine drastischen sozialen Krisen und extremen gesellschaftlichen Verwerfungen gibt, ...“ (ebd., S. 493). Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Kommission mit ihren Vorschlägen für ein auf sozialen, ökologischen und ökonomischen Kriterien basierendes Stoffstrommanagement versucht, nachhaltige Entwicklung ohne größere Änderung der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen der modernen Industriegesellschaft einzuführen.

2.2.6 Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ 1997

In der folgenden Legislaturperiode wurde eine weitere Enquete-Kommission mit dem Namen: „Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung“ vom Bundestag eingesetzt. Ihr Arbeitsauftrag gliedert sich wie folgt:

- Erarbeitung von Umweltzielen
- Erarbeitung von ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung
- Entwicklung notwendiger gesellschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Innovationsstrategien

In ihrem Zwischenbericht (Enquete 1997) bekräftigt die Kommission die Existenz ökologischer Grundregeln, stellt hingegen fest, daß es Vergleichbares für ökonomische und soziale Ziele „bislang“ nicht gäbe und sie mit der Aufstellung überfordert sei. Die Vorgehensweise besteht daher darin, „pragmatisch“ in den einzelnen ökologischen Handlungsfeldern zu überprüfen, welche ökonomischen und sozialen Ziele „mitbedacht“ werden müssen. Zielkonflikte seien anwendungsspezifisch zu lösen.

Von der Kommission wurde das Feld Bauen und Wohnen ausgewählt, um die Vermittlung von ökologischen Erfordernissen mit sozialen und ökonomischen Problemen darzustellen. Dieses Feld eigne sich gut, weil an ihm „die Wechselwirkung zwischen Umwelteingriff und Lebensstilen, sozialen Strukturen und Bedürfnissen, Arbeits- und Konsumgewohnheiten“ sich besonders deutlich zeige (ebd. S. 85). Weiterhin sei es ein Feld mit geringer internatio-

naler Verflechtung, so daß Handlungsempfehlungen im nationalen Rahmen tauglicher wären als bei anderen Handlungsfeldern. Für den Bereich Bauen und Wohnen werden folgende Ziele für eine nachhaltige Entwicklung aufgestellt:

Ökologischer Bereich	Wirtschaftlicher Bereich	Sozialer Bereich
Reduzierung des Flächenverbrauchs ressourcenschonendes Bauen Verringerung der Emissionen	Kostenminimierung der Lebenszykluskosten von Gebäuden weniger Subventionen relative Verbilligung von Umbau im Verhältnis zum Neubau	bedarfsgerechter Wohnraum „erträgliche“ Ausgaben für Wohnen soziale Integration im Wohnumfeld mehr Wohneigentum gesundes Wohnen mehr Arbeitsplätze

Die Kommission konstatiert Konflikte zwischen sozialen und ökologischen Zielen. Sie sieht zum Beispiel negative soziale Folgen bei einer restriktiven Baulandpolitik, wie etwa Schwierigkeiten, das sozialpolitische Ziel preiswerten Wohnraumes zu erreichen. Kompromisse seien nötig.

Als Ursachen für den gestiegenen Flächenbedarf werden neben dem Bevölkerungswachstum die Individualisierung, die Wohlstandssteigerung, die demographische Entwicklung (Alterung) sowie der Trend zur Eigentumsbildung benannt. Auch der Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Flächenverbrauch wird eindringlich beleuchtet. Ein Wende soll unter anderem erreicht werden durch flächensparendes Bauen, Vorrang von (Nach-)Verdichtung, Optimierung des Verhältnisses von Verkehrsfläche zu Siedlungsfläche, Vorrang für Wiedernutzung und Bestandserhalt anstatt Neubau, Nutzungsmischung sowie durch eine intelligentere Allokation von Wohnraum entsprechend den Wohnbedürfnissen (Vermeidung von ungewollter Übergröße des eigenen Wohnraums).

Der Focus der Maßnahmen richtet sich auf eine effizientere Befriedigung des weiter steigenden Bedarfs an Wohnfläche. Eine Kritik der Bedürfnisse, des

Wirtschaftswachstums oder der Verteilung von Wohnraum und -eigentum wird nicht geleistet.

Im Rahmen der abschließenden Herausarbeitung notwendiger Innovationsstrategien werden dann von der Kommission, entgegen der anfangs geäußerten Vermutung der eigenen Überforderung, allgemeine Kriterien für die Ökonomie- und Sozialverträglichkeit von Innovationen in Richtung nachhaltiger Entwicklung aufgestellt:

Kriterien für Innovationen	
Ökonomieverträglichkeit	Sozialverträglichkeit
<ul style="list-style-type: none"> - Optimierung d. Kosten-Nutzen-Verhältnisses - Wettbewerbsfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Verminderung des technischen Risikos - Arbeitsplätze - Soziale Gerechtigkeit - Friedenssichernd - Identitätsfördernd

Auch im Rahmen der Innovationsstrategien wird von der Kommission nochmals die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Konsenses unterstrichen, der (im Unterschied zur „Angst-Kommunikation“) durch „Gestaltungskommunikation“ erreicht werden könne.

Insgesamt betrachtet verbleibt dieser Nachhaltigkeits-Ansatz der Enquete-Kommission ebenso im Rahmen der bestehenden ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen der (bisher nicht nachhaltigen) Gesellschaft wie der Ansatz der Enquete-Kommission von 1994. Das heißt, eine Wachstums- oder Bedürfniskritik sowie eine Einbeziehung von Fragen nach der Reichumsverteilung oder der Sozialstruktur werden nicht vorgenommen.

2.2.7 Wissenschaftlicher Beirat globale Umweltveränderungen (WBGU) 1995

Der von der Bundesregierung eingesetzte „Wissenschaftliche Beirat globale Umweltveränderungen“ beschreibt in seinem Jahresgutachten 1995 (WBGU 1995) Wege zur Lösung globaler Umweltprobleme. Ein Ansatz mit solchem Anspruch ist als eine Nachhaltigkeitskonzeption zu verstehen, wenn auch der explizite Anspruch auf das Ziel ‘sustainable development’ lediglich

verstreut in Aussagen zu einzelnen Problemerkisen zu finden ist. Als Haupt-trends globaler Umweltprobleme sieht der Beirat: Das Bevölkerungswachstum, den Klimawandel, den Verlust an biologischer Vielfalt, die Bodendegradation sowie die Süßwasserverknappung. Er führt zwei parallele Pfade als notwendig zur Lösung dieser weltweiten Probleme an.

Erstens fordert er eine „Verbesserung der gesellschaftlichen Voraussetzungen“. Dazu gehören:

- Eine Verbesserung des Umweltbewußtseins durch Umweltbildung als Basis für die Akzeptanz globaler Umweltpolitik
- Die Forcierung eines (reziproken) Wissenstransfers zwischen Nord und Süd, der neben dem Transfer von nördlicher Technologie auch „Wert-haltungen, soziale Strukturen und angepaßte Technologien“ von Ländern des Südens in den Norden vermittelt. Katalysator dafür sollen Marktprozesse und Wettbewerb sein
- Der Ausbau von Institutionen globaler Umweltpolitik
- Die Stabilisierung der Bevölkerungszahl durch Armutsbekämpfung und Aufklärung
- Eine Änderung der (umweltschädlichen) Bevölkerungsverteilung durch Reduktion von Migrationsströmen sowie die Schaffung „tragfähiger städtischer Strukturen“, beispielsweise durch die Schaffung polyzentrischer Raumnutzungsstrukturen

Zum zweiten äußert sich der Rat umfassend zu internationalen Vereinbarungen im Bereich globaler Umweltpolitik. Neben Vorschlägen zum Ausbau einzelner Vertragswerke fordert er auf der allgemeinen Ebene den Ausbau internationaler Umweltpolitik, eine bessere Abstimmung einzelner Konventionen untereinander sowie eine ökologische Reform des Welthandelsabkommens (GATT/WTO).

Der Ansatz des Beirats ist gekennzeichnet durch eine Betonung globaler Lösungsstrategien. Die weltumspannenden Umweltprobleme seien durch internationale Politik bei gleichzeitiger Globalisierung von Wissen und Handel zu lösen.

2.2.8 SRU-Gutachten 1994 und 1996: „Dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung“ bzw. „Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) wird vom Bundesministerium für Umwelt berufen und hat die Aufgabe, die Umweltsituation in der Bundesrepublik zu analysieren. Seine Gutachten aus den Jahren 1994 (SRU 1994) und 1996 (SRU 1996) setzen sich mit dem Leitbild Nachhaltigkeit, in seiner Terminologie bezeichnet als „dauerhaft umweltgerechte Entwicklung“, auseinander. Schwerpunkte der Ausführungen sind neben Analysen und Empfehlungen für alle Felder der Umweltpolitik eine Reflexion über grundlegende nachhaltigkeitsrelevante Topoi wie etwa Umweltethik oder das Verhältnis gesellschaftlicher Normung und Ökologie. Daneben macht der Umweltrat ausführlich hergeleitete Schwerpunktorschläge zur zukünftigen Rolle der Umweltverbände, zu einem Verfahren zur Setzung von Umweltstandards sowie zu einer umweltgerechten Finanzreform.

Aus einer ethisch-philosophischen Sicht des Menschen als zur Verantwortung fähigen und darin seine Bestimmung findenden Individuums destilliert der Rat drei Verantwortungsebenen desselben:

- Verantwortung für seine natürliche Umwelt
- Verantwortung für seine soziale Mitwelt
- Verantwortung für sich selbst

Daher gebe es drei Kriterien nachhaltiger Entwicklung:

- Umweltverträglichkeit
- Sozialverträglichkeit
- Individualverträglichkeit

Auffallend ist, daß im Zieldreieck der Nachhaltigkeit hier anstatt der häufig genannten Ökonomieverträglichkeit Individualverträglichkeit aufgeführt und die Ökonomie anscheinend nur als Werkzeug betrachtet wird.

Zur Erreichung dieser Ziele müsse der Staat die Freiheit des Einzelnen gegebenenfalls einschränken können. Zur Kompensation dieser Einschränkung solle jedoch möglichst viel Verantwortung auf den Einzelnen übertragen werden. Dazu macht der Rat detaillierte Vorschläge, etwa die vermehrte Anwendung ökonomischer Instrumente zu Lasten des Ordnungsrechts oder eine stärkere Partizipation gesellschaftlicher Gruppen am politischen Prozeß.

Insbesondere die Umweltverbände hätten eine besondere Verantwortung und seien besonders in die Entscheidungsfindung zu integrieren.

Menschliche Entfaltung ziehe immer Naturnutzung nach sich, die aber nur im Rahmen der Tragkapazität möglich sei. Daraus resultierende Wachstumsgrenzen seien nicht statisch, sondern müßten als Fließgleichgewicht aufgefaßt werden. Ein zentrales Anliegen des Rates in diesem Zusammenhang ist der Vorschlag für einen Modus der Festlegung von Umweltqualitätszielen, der das Procedere der Entscheidungsfindung über die gewünschte Umweltqualität im Zusammenwirken von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit regelt.

Die Empfehlungen des Rates haben das Ziel, Umweltpolitik auf allen Ebenen zu integrieren und zu institutionalisieren. Der Schritt zur Nachhaltigkeit soll jedoch ohne einen Bruch des herrschenden Wachstums-, Wohlstands- oder Verteilungsmodells möglich sein.

2.3 Auswahl von exemplarischen Studien

Von den angeführten Nachhaltigkeitskonzepten werden zwei ausgewählt, die „verdächtig“ sind, jeweils einen Pol bezüglich des Modernisierungstyps zu besetzen.

Für den Typ unilinear Modernisierung oder „Weiter-So-Modernisierung“ bieten sich die SRU-Gutachten an. Die beiden Gutachten von 1994 und 1996 sind als eine Einheit zu betrachten, da beide sich am Leitbild Nachhaltigkeit orientieren und das zweite teilweise am ersten anknüpft. Ihr Konzept schließt in zentralen Dimensionen wie Wohlstand, Wachstum, marktwirtschaftlicher Verteilungslogik oder repräsentativer Konkurrenzdemokratie weitgehend nahtlos an die bisherige Entwicklung moderner Industriegesellschaften an. Zudem sind sie als im Rahmen von Politikberatung erstelltes Konzept in „Verdacht“, etwas konsistenter in ihren Aussagen zu sein als beispielsweise Ausführungen der Enquete-Kommission, die aufgrund ihrer parteipropotionalen Zusammensetzung eher zu Kompromißformeln und additiven Spiegelstrichauflistungen mit internen Widersprüchen neigen könnten.

Eher am anderen Ende der Achse einzuordnen ist die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts. Mit ihrer Betonung der Wachstumsgrenzen, der Forderung nach globaler Gerechtigkeit sowie ihrem neuen Wohlstandsmodell besetzt sie eine Position der gebrochenen Modernisierung. Wie stark und an welchen Stellen diese Brüche sind, wird die genauere

Untersuchung zeigen. Die Wuppertal-Studie stellt zudem eine Weiterentwicklung einiger Vorläuferkonzepte dieses Diskursstranges wie „Sustainable Netherlands“ oder „Für ein zukunftsfähiges Europa“ dar. Dies läßt auf eine größere innere Konsistenz als bei den ersten Ansätzen hoffen, da möglicherweise einige Anfangsfehler behoben worden sind.

Somit sind zwei Studien für eine exemplarische Gegenüberstellung unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle für eine nachhaltige Entwicklung benannt. Damit wird jedoch nicht erwartet, daß es eine durchgängige, das heißt für jeden Sektor des Modells identische Zuordnung zu einem Modernisierungstyp geben wird. Zum einen würde dies eine lückenlose Konsistenz der Konzepte erfordern, was unwahrscheinlich ist. Zweitens sind die benannten Pole Idealtypen. Reale Gesellschaften weichen davon immer ab, enthalten zumindest teilweise auch Elemente entgegengesetzter Ordnungen, sind trotz Polarität immer Mischungen verschiedener Systeme. Jede Marktwirtschaft enthält planwirtschaftliche Elemente, jede repräsentative Demokratie weist partizipatorische Einsprengsel auf, der beherrschende materielle Lebensstil beherbergt (teilweise systemerhaltende) Nischen des Immaterialismus. Folglich ist es wahrscheinlich, daß ein differenziertes Gesellschaftsmodell diese Elemente des Entgegengesetzten im Mainstream widerspiegelt. Zu untersuchen ist natürlich, ob die Stärke dieser Elemente die Feststellung einer Abweichung vom Hauptmodell im entsprechenden Sektor rechtfertigt. Wenn zum Beispiel im SRU-Gutachten Partizipation und Konsens bei der politischen Entscheidungsfindung gefordert werden, sind das eigentlich Elemente entgegen der unilinearen Modernisierungsrichtung mit repräsentativer Konkurrenzdemokratie. Wenn die neu eingeforderten Elemente jedoch die alte Struktur nicht ablösen sollen, sondern allenfalls randständig bleiben, so kann eine Abweichung vom Hauptmodell unilinearere Modernisierung nicht konstatiert werden. Hält man es jedoch für den ersten Schritt zur Aufweichung der alten Struktur, rechtfertigt das möglicherweise die Feststellung, in diesem Teil des Gesellschaftsmodells des SRU-Gutachtens befänden sich Elemente einer gebrochenen Modernisierung. Selbstverständlich ist die Entscheidung dafür oder dagegen eine Frage der Interpretation.

Des weiteren kann die Einordnung der beiden Studien in die beschriebenen zwei Richtungen erstmal nur hypothetischer Natur sein. Möglicherweise ergibt die genauere Untersuchung, daß die Unterscheidung nicht zu rechtfertigen ist.

3 **Untersuchungsfelder**

Ziel dieses Kapitels ist es, Untersuchungsfelder herauszuarbeiten, auf denen die Analyse des Gesellschaftsbildes aufbauen wird. Ich möchte Hinweise und Aussagen zu gesellschaftlichen Implikationen von Nachhaltigkeitsmodellen über vier Zugänge erschließen:

Zum einen referiere ich Diskursüberblicke, die die Nachhaltigkeitsdebatte nach gemeinsamen Überzeugungen sowie unterschiedlichen Strategien und Konfliktlinien abtasten. Solche Rundschauen finden sich bei den Autoren Conrad, Brand und Huber. Den zweiten Typ machen exponierte kritische Stellungnahmen zur Nachhaltigkeitsdebatte aus. Sie kritisieren die Nachhaltigkeitsdebatte unter einem bestimmten Blickwinkel. Dazu gehören Görg mit seinen Ausführungen über ökologischen Kapitalismus sowie Spehr mit einer Fokussierung auf die ökologische Krise als Herrschaftskrise. Weiter werden politische Implikationen von nachhaltiger Entwicklung dargestellt, wie sie von Jänicke, Prittwitz und Huber in ihren Analysen von politischen Modernisierungsprozessen, die durch die Nachhaltigkeitsanforderung ausgelöst werden oder werden sollten, gesehen werden. Den vierten und letzten Themenkreis bildet eine Sichtung zur Problematik eines nachhaltigen Lebensstils.

Selbstverständlich werden viele Zugänge und Standpunkte zur Nachhaltigkeit damit nicht explizit aufgeführt, die neben wissenschaftlichen Abhandlungen inzwischen von Vertretern fast aller „relevanten gesellschaftlichen Gruppen“, um im „Rio-Deutsch“ zu sprechen, vorliegen. Mit der Auswahl ist jedoch ein breites Spektrum von Konfliktfeldern abgedeckt. Aus dieser Sichtung von gesellschaftlichen Implikationen des Leitbilds nachhaltige Entwicklung werden dann im zweiten Abschnitt dieses Kapitels Untersuchungsfelder zur Analyse des Gesellschaftsbildes in den Studien extrahiert, in denen sich die in den vorgestellten Ansätzen aufgeworfenen Problemfelder wiederfinden sollen. Dadurch will ich eine Untersuchungsstruktur gewinnen, mit der ich die Analyse des Gesellschaftsbildes in den Nachhaltigkeitskonzepten durchführen kann.

3.1 Gesellschaftliche Implikationen des Leitbilds Nachhaltigkeit

3.1.1 Überblicke bei Brand, Huber und Conrad

Brand: Diskurslinien

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung löst für Brand das bisherige Entwicklungs- und Modernisierungsverständnis ab, dessen Grenzen weltweit sichtbar werden. Das Leitbild „reflektiert diese neue Erfahrungslage aus globaler Perspektive - ohne allerdings mit den Versprechungen der Moderne, den Hoffnungen auf eine durch technische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung mögliche Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle Menschen zu brechen.“ (Brand 1997, S. 14). Nachhaltigkeit plädiere für eine „neue Ethik gesellschaftlicher Selbstbegrenzung“ in mehrfacher Hinsicht:

1. Selbstbegrenzung der Naturnutzung in bezug auf die Lebenschancen künftiger Generationen
2. Selbstbegrenzung der Naturnutzung im Norden unter dem Aspekt gerecht verteilter Entwicklungschancen
3. Selbstbegrenzung der Eigendynamik systemspezifischer Entwicklungsrationalitäten unter dem Gesichtspunkt der „Vernetzung“ ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungsaspekte

Die Umsetzung des Leitbilds solle, abhängig von der Problemlage, auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen ansetzen. Eine „zentrale Bedeutung“ habe jedoch die regionale Ebene. Brand führt dafür vier Gründe an:

1. Da „Global Change“-Probleme nur syndromspezifisch, mit einem bestimmten regionalen Zuschnitt, auftreten, müßten Veränderungsstrategien auf derselben Ebene ansetzen
2. Die Grenzen der zentralstaatlichen Steuerung komplexer Entwicklungsprozesse machten regionale und lokale Strategien am sinnvollsten
3. Die Regionalisierung der Ökonomie sei aus ökologischen (Minimierung von Stoffströmen) und sozialen (Arbeitsplätze) Gründen geboten
4. Nur im überschaubaren regionalen Rahmen könnten ökologische und ökonomische Zusammenhänge sowie Folgen des eigenen Handelns überblickt werden. Verantwortung würde besser im kleinräumigen Rahmen spürbar, dort könnte der breite öffentliche Kommunikationsprozeß zur Vermittlung der divergierenden Interessen und Zielvorstellungen am ehesten gelingen

Während für Brand so die Frage nach der richtigen Handlungsebene relativ klar beantwortet ist, sieht er im wesentlichen drei Konfliktebenen bei der Umsetzung des Leitbilds gegeben:

1. Ökonomische Interessenkonflikte:
Zwischen Nord und Süd, wirtschaftlichen Bestands- und Umverteilungsinteressen, Verursachern und Betroffenen, industriellen Verwertungsinteressen und traditionellen Nutzungsformen.
2. Konflikte aufgrund unterschiedlicher Handlungsrationitäten von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Akteuren.
3. Kulturelle Konflikte durch unterschiedliche Traditionen und Symbolisierungsformen des Naturverhältnisses

Aus diesen Ebenen ergeben sich „komplexe, themenspezifisch variierende Konfliktmuster“ (S. 18). Wirtschaftsvertreter setzten auf Wachstum, während oppositionelle Gruppen auf die Veränderung der Weltwirtschaftsordnung drängten. Erhofften sich die einen technische Lösungen in Form der Effizienzsteigerung, betonten andere die Notwendigkeit eines genügsamen Lebens (Suffizienz). Einem ethisch motivierten Schutz der biologischen Vielfalt stehe das Interesse an der Nutzbarkeit genetischer Ressourcen gegenüber. Die Akzeptanz regional ungleicher Ressourcenverteilung und -nutzung konkurriere mit dem egalitären Konzept des Pro-Kopf-Umwelt- raums. Auch die Veränderungsstrategie sei unklar: Ist globales Umweltmanagement ('top down') notwendig oder sind 'bottom up' - Konzepte der Königsweg?

Brand ordnet die Konfliktlinien durch den Entwurf eines Diskursfeldes mit zwei Achsen:

1. Das Entwicklungsverständnis mit den Polen: Weiter so - grundsätzliche Kritik des Zivilisationsmodells. Das Entwicklungsverständnis impliziere Gerechtigkeitsmaßstäbe und Veränderungsstrategien.
2. Das kulturelle Muster des gesellschaftlichen Naturverhältnisses mit den Polen: Anthro- und Biozentrik.

In dieses Diskursraster ordnet Brand verschiedene Nachhaltigkeitskonzepte ein. Darauf soll an dieser Stelle jedoch nicht weiter eingegangen werden.

Entwicklungsverständnis	„weiter so“	„sozial-ökologische Modernisierung“	„grundsätzliche Korrektur des industriellen Zivilisationsmodells
Strategien Gerechtigkeitsprinzipien	Effizienz Besitzstands- und Leistungs-gerechtigkeit	Effizienz+Konsistenz Besitzstands-, Leistungs- u. Verteilungsgerechtigkeit	Suffizienz Verteilungsgerechtigkeit
Antropozentrisches Naturverständnis produktive Funktion gesellschaftliche Umweltfunktion			
Biozentrisches Naturverständnis			

Tab. 3: *Diskursfeld der Debatte um nachhaltige Entwicklung (nach Brand 1997, S. 22)*

Huber: Innovativer und konservativer Diskurs

Für Huber ist nachhaltige Entwicklung ein weltsystemischer Ansatz für ein Modernisierungs- und Strukturwandelkonzept. Es handele sich um ein „Wirtschaftskonzept mit verteilungspolitischem Anspruch, eingebettet in die beiden globalen Dimensionen der Ökologie und des Weltsystems“ (Huber 1996, S. 230). Aufgrund des verteilungspolitischen Anspruchs müßte das Konzept eigentlich „Sustainable and Equitable Development“ heißen. Huber betont den Tatbestand des globalen Problemzusammenhangs, der nur global gelöst werden kann. Folglich gesteht er regionalen Ansätzen keine Lösungskompetenz zu: „Sozial- und wirtschaftskonservative Abschottung, gar Rückzug in Regionalismus hätte nachteilige Folgen“. Weiter führt er aus: „Die Beschäftigung mit ‘lokaler Nachhaltigkeit’ kann in diesem Zusammenhang unter Umständen zu einer kirchturmpolitischen Ausflucht werden“ (S. 230). Huber unterscheidet drei Strategien zur nachhaltigen Entwicklung:

1. Suffizienz
2. Effizienz
3. Konsistenz

Suffizienz bedeutet Genügsamkeit oder Bescheidenheit. Sie stünde nicht alleine, sondern sei immer verbunden mit einer veränderten Arbeits- und Lebensweise: „Nicht nur weniger von allem, sondern auch vieles anders - entschleunigt, kleinräumig, kleinskalig, entdifferenziert, produktivitätsniedrig, formen-, energie- und materialarm und vieles in geldloser, kommunitär beschränkter Eigenarbeit statt im Rahmen fungibler professioneller Erwerbsproduktion“ (S. 235). Huber sieht diese Strategie als Bestandteil klassischer Modernitätskritik. Sie sei sozialkonservativ, weil sie erstens „kommunitäre Lebensformen neuerstehen lassen“ möchte und zweitens „bestehende Sozialstaatsformen erhalten oder womöglich ausbauen“ will (S. 234). Vertreter der Suffizienz stünden Wachstum, High-Tech und Innovationen eher feindlich gegenüber und verteilungspolitisch seien sie vielfach Anhänger eines „unreflektierten Ressourcenkommunismus“.

Die Effizienzstrategie besteht darin, die bestehenden Produktionsabläufe in Richtung besserer Ausnutzung von Ressourcen zu verbessern. Gewünschte Leistungen sollen mit geringstmöglichem Einsatz an Material und Energie erbracht werden. Die Effizienzstrategie stelle keine Sinnfragen und habe eher industrietraditionale Züge. Ihre Protagonisten seien wirtschaftskonservativ, da sie bestehende Verwaltungs-, Wirtschafts- und Technikstrukturen unter Ausblendung von Basisinnovationen verbessern wollen, motiviert nicht zuletzt durch das Ziel der Sicherung der eigenen Pfründe und Machtpositionen.

Unter Konsistenz versteht Huber die Verträglichkeit von Stoffkreisläufen mit der Natur: „Auf die ökologische Frage angewandt, bedeutet Konsistenz die naturangepaßte Beschaffenheit von Stoffströmen und Energiegewinnung. Es bedeutet, daß industrielle und natürliche Stoffwechselprozesse einander nicht stören oder daß sie einander komplementieren. Konsistente Stoffströme sind solche, die einerseits weitgehend störicher im abgeschlossenen technischen Eigenkreislauf geführt werden und andererseits - an den Schnittstellen zwischen Anthro- und Biosphäre - mit den Stoffwechselprozessen der umgebenden Natur so übereinstimmen, daß sie sich, auch in großen Volumina, relativ problemlos darin einfügen“ (S. 237). Ziel der Strategie ist die nachhaltige Bewirtschaftung von Materialströmen, nicht ihre Minimierung. Die Konsistenzstrategie möchte „im Zuge selbstbezoglicher Modernisierung die Naturentfremdung der industrietraditionalen Stoffströme mit den Mitteln der modernen Wissenschaft, Wirtschaft und Technik überwinden“ (S. 240). Die Qualität der Stoffströme soll so verändert werden, daß Massenspielraum

erhalten bleibt mit dem sozialen Ziel, einen Verteilungsspielraum für alle Menschen zu gewinnen. Die klassische (sozial- und christdemokratische) Ehe zwischen Wachstum und Verteilung soll in ein neues Stadium treten. Sustainable Development will folglich auch nicht „Wege aus der vermeintlichen Wohlstandsfalle weisen, sondern weitere Wege erschließen, um das Modell eines (materiellen, d. Autor) Wohlstands für alle auf Dauer fortführen zu können“ (S. 231).

Huber fordert eine Hierarchie der vorgestellten drei Strategien: Priorität habe Konsistenz vor Effizienz. Nur wo beides nicht ausreicht, wäre Suffizienz akzeptabel, da „haben wir uns zufriedenzugeben“ (S.240).

Huber weist mit dieser, den Mainstream der Nachhaltigkeitsinterpretation geradezu provozierend in Frage stellenden Sicht auf zwei wesentliche Konfliktlinien in der Nachhaltigkeitsdebatte hin:

- Den Gegensatz zwischen Lokalität und Globalität
- Die konkurrierenden Strategien der Suffizienz, Effizienz und Konsistenz

Weiterhin verleiht er dem Anspruch des Leitbildes nach Gerechtigkeit - wie auch immer definiert - Gewicht.

Conrad

In seiner Auflistung von „relevant“ erscheinenden Dimensionen für das Konzept Nachhaltigkeit beleuchtet Conrad (Conrad 1993) u.a. nachfolgend aufgeführte gesellschaftliche Implikationen des Nachhaltigkeitsanspruchs. Angeführt werden hier allerdings nur diejenigen, die sich auf einen Zustand erreichter nachhaltiger Entwicklung, nicht auf Probleme des Übergangs, beziehen.

Erstens führt er das Problem der Verteilung an. Der *intragenerative* Gerechtigkeitsanspruch sei im Gegensatz zur Forderung nach *intergenerativer* Gerechtigkeit unklar. Welcher Grad globaler Verteilungsgerechtigkeit dauerhaft tragfähig sein könne, bezeichnet Conrad als offen. Bei entsprechender struktureller und machtpolitischer Verankerung sei die Stabilität etwa des Triage-Prinzips¹ genauso denkbar wie die Instabilität globaler Verteilungsgerechtigkeit aufgrund deren sozial explosiver Folgewirkungen. Auch der

1 Das Triage-Prinzip bezeichnet eine Strategie des Vorgehens bei größeren Unfällen und Katastrophen: Es selektiert Menschen nach der Schwere der Verletzungen in aufzuzehende Fälle, Hilfewürdige und diejenigen, die sich aus eigener Kraft helfen können.

in Rio dokumentierte Konsens über die Priorität der Befriedigung von Grundbedürfnissen lasse divergierende Definitionen dieser Bedürfnisse zu und sei damit von geringer Qualität.

Zweitens spricht er die Kontroverse um das Wirtschaftswachstum an. Sowohl die Position der Unvereinbarkeit von Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum als auch die Proklamation von Wirtschaftswachstum als notwendige Voraussetzung sei nicht haltbar.

Drittens seien aufgrund der Komplexität moderner Gesellschaften Demokratie und Bürgergesellschaft (Zivilgesellschaft) unabdingbare Voraussetzung, die „notwendige soziokulturelle Basis für Dauerhaftigkeit und Tragfähigkeit“ (Conrad 1993, S. 121). Dazu konsistent ist sein Hinweis auf die Inkompatibilität zwischen einer Dominanz von Machtpolitik und dauerhafter Entwicklung.

3.1.2 Kritik der Leitidee Nachhaltigkeit unter herrschafts- und kapitalismustheoretischen Gesichtspunkten

Im folgenden werden zwei Autoren vorgestellt, die das Leitbild Nachhaltigkeit von einem Standpunkt der Kritik von Herrschaftsverhältnissen heraus kritisieren. Integraler Bestandteil bei beiden ist die Einbeziehung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses in diese Herrschaftskritik.

Görg: Nachhaltigkeit als kapitalismusimmanente Reform

Den Zusammenhang von Kapitalismus und dem Leitbild der Nachhaltigkeit beleuchtet C. Görg. Dieses zielt auf die „Überwindung der sich krisenhaft zuspitzenden Widersprüche des globalen Kapitalismus (Görg 1996, S. 178). Er prüft, in wieweit der Begriff Nachhaltigkeit „zur Durchsetzung eines hegemonialen Konsenses einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung, eines ‘ökologischen Kapitalismus’, herangezogen werden kann ...“. Görg zeichnet den internationalen Nachhaltigkeitsdiskurs nach, der sich von der anfangs formulierten „Kritik des vorherrschenden Entwicklungs- und Zivilisationsmodells“ (S. 181) zu einer Bestätigung des „Vorbildcharakters der sogenannten modernen Gesellschaft“ entwickelt habe. Wurde anfangs ein neues Nord-Süd-Verhältnis angemahnt, sei inzwischen von Ansätzen zu strukturellen Änderungen desselben immer weniger die Rede.

Görg sieht einen Primat der herrschenden Ökonomie: Die Verknüpfung der Nachhaltigkeitsdimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales werde mehr

und mehr von der „Funktionsweise der Ökonomie abhängig gemacht“ (S. 184). Eine daraus abgeleitete Reform der Dysfunktionalitäten des Marktes, etwa über eine Monetarisierung der natürlichen Umwelt, wie sie u.a. von E.U. v. Weizsäcker (Weizsäcker 1994) vorgeschlagen wird, ändere nichts an dem strukturellen Verhältnis von Staat und Ökonomie unter kapitalistischen Bedingungen. Erreicht würde eine Erweiterung des die kapitalistische Entwicklung absichernden Institutionensystems um ökologische Aspekte als Antwort auf die Krise des Fordismus. Mit einem so verstandenen Konzept der Sustainability wäre eine vorübergehende Stabilisierung gesellschaftlicher Entwicklung möglich, für eine „Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse“ sei allerdings kein Platz vorgesehen.

Insgesamt deutet Görg die Nachhaltigkeitsdebatte, die „Definitions- und Konzeptualisierungsversuche als Terrain von Konflikten ...“, „die um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ausgetragen werden“ (S. 178). In einem Beitrag über die Problematik nachhaltiger Nutzungsformen von Natur (Görg 1997) analysiert er die Diskussion über die Konvention biologische Vielfalt (KbV), die in Rio 1992 beschlossen wurde. Als divergierende Strategien konstatiert er einerseits den Schutz der natürlichen Evolution und andererseits die Nutzung genetischer Ressourcen. Bei weitgehender Einigkeit in der Feststellung der direkten Ursachen der Gefährdung der Artenvielfalt wie etwa Habitatzerstörung oder Klimawandel ließen sich zwei Grundmuster bei der Deutung der tieferliegenden Gründe unterscheiden: Eine naturalistische und eine sozioökonomische Argumentation. Erstere hebe in neomalthussianischer Sicht auf Bevölkerungswachstum und das Heraustreten des Menschen aus seiner „ökologischen Nische“ ab, konstruiere also einen naturgesetzlichen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und ökologischer Tragfähigkeit. Die zweite Position sähe das gesellschaftliche Naturverhältnis als veränderbar durch menschlichen Eingriff an. Der Mensch besitze demnach ein „historisch einmaliges Eingriffspotential“ mit einer „evolutionären Verantwortung“. Diese zweite, anthropozentrische Position habe wiederum zwei Ausformungen: Einer utilitaristischen Sichtweise mit dem subjektiven Nutzen des Menschen im Zentrum stehe eine Auffassung entgegen, die „aus dem Naturverhältnis des Menschen normative Konsequenzen ziehen wolle“ (Görg 1997, S. 119).

Mit der Reflexion der etablierten Aneignungsform der Natur sei eine „Politisierung von Nutzungsformen im Naturverhältnis“ gegeben, die jedoch überlagert werde von einer „Überformung der ökologischen Problemdefinition

durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse“ (ebd., S. 112), durch die „strukturelle Dominanz spezifischer Symbolisierungs- und Bewertungsformen“. Dominant sei die „technisch-ökonomische In-Wert-Setzung“. Diese vorherrschende Nutzungsform müsse transformiert, wenn nicht partiell zerstört werden. Damit würden Fragen nach „Machtverteilung und Partizipation“ aufgeworfen. Von den Sozialwissenschaften fordert er eine Untersuchung darüber, inwieweit „bestimmte Formen der Aneignung der Natur sich strukturell als dominant darstellen, die Durchsetzung spezifischer Nutzungsformen und Interessenlagen begünstigen und damit die Suche nach kreativen Problemlösungen überformen“ (S. 128). Die Antwort auf die geforderte Untersuchung gibt er kurz vorher: „Nachhaltige Nutzung ist somit nicht auf ein naturwissenschaftlich-technisches Problem zu reduzieren, sondern wird als eines der Gestaltung von Naturverhältnissen vor dem Hintergrund der fortdauernden Dominanz kapitalistischer Strukturprinzipien erkennbar“ (S. 127). Einen Ausweg sieht er in einem „selbstbestimmten Lernprozeß“, der in Richtung einer „nicht-destruktiven“ Nutzung führen könne.

Vor dem Hintergrund seiner Betonung der Rolle des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ist seine Deutung des Konzepts des Pro-Kopf-Umwelt-raumes zu verstehen. Es teilt jedem Erdenbürger gleiche Nutzungsrechte an der Natur zu auf der Basis einer wissenschaftlichen Tragfähigkeitsanalyse des Öko-Systems (vgl. ISOE (Hrsg.) 1994: Sustainable Netherlands) . Diese Vorgehensweise gerate „in den Verdacht einer Perfektionierung der Naturbeherrschung“: Eine naturwissenschaftlich berechnete ökologische Tragfähigkeit könne einem technokratischen Denken Vorschub leisten, wenn nicht sogar in der wissenschaftlichen Definition des Tragfähigkeitstheorems „offen reaktionäre Gehalte“ angelegt seien, „soweit dieses an Neo-Malthusianischen Annahmen des gesetzmäßigen Zusammenhangs von Bevölkerungsentwicklung und Ressourcendeckung orientiert“ bleibe (Görg 1996, S. 189). Als Ausweg bleibe nur die Einbettung der „Definitionsprobleme in die öffentliche Auseinandersetzung“.

Spehr: Ökologische Krise als Herrschaftskrise

Eine radikale Ablehnung des Konzepts Nachhaltigkeit begründet Spehr (Spehr 1996). Zentral ist für ihn der Zusammenhang von ökologischer Krise und der Krise der Herrschaftsmittel und des Herrschaftssystems. Ziel der globalen Herrschaft privilegierter Gruppen des Nordens sei es, „Ströme von benutzbarer Natur und von dienstbarer Arbeit“ zu sich zu lenken. Zur Auf-

rechterhaltung dieser Herrschaft reiche heute nicht mehr direkte Gewalt, sondern es sei „ein kompliziertes Gebäude struktureller Gewalt, ökonomischer Abhängigkeiten, kultureller Manipulation und sozialer Versprechungen“ nötig (Spehr 1996, S. 11), dessen Aufwand exponentiell steige und an ökologische Grenzen stoße: „Die ökologischen Probleme sind nur der äußere Ausdruck einer Herrschaftskrise, einer Krise der sozialen Ordnung, die aus dem steigenden Aufwand resultiert, das System aufrechtzuerhalten“ (ebd.).

Herrschaft sei die „Fähigkeit, Bestimmungsgewalt über andere Menschen auszuüben“ und sich dauerhaft die Produkte und Dienstleistungen anderer anzueignen (S. 131). Zur Festigung von Herrschaft bedürfe es „materieller und sozialer Kohärenz“. Materielle Kohärenz bedeute die Reproduktion des Herrschaftsverhältnisses durch die Produktion der Machtmittel seitens der Beherrschten selber. Beispiele dafür sind die Waffenproduktion oder die emotionale Protegierung des Familienernährers durch seine Frau, um noch besser Geld verdienen zu können und seinen Vorsprung damit auszubauen. Soziale Kohärenz bezeichne die Existenz eines unmittelbaren Interesses der Beherrschten zum Mitmachen: Eine guter Rohstoff wird verschachert oder ein schlechter Putzjob ergattert, weil es angesichts der Verhältnisse die individuell beste Chance sei. Eine Kernthese von Spehr ist nun, daß Herrschaft Natur benötige, um materielle und soziale Kohärenz zu gewährleisten. Der Naturverbrauch jeder Gesellschaft addiere sich wie folgt:

C(onsumption)

$$=S(\text{ubsistenz})+R(\text{eibungsverlust})+I(\text{nvestition})+H(\text{errschaftskonsum})$$

Consumption steht nicht für den individuellen Verbrauch, sondern für den Gesamtverbrauch dessen, was aus der Natur entnommen oder was an Belastungsmöglichkeiten der Natur in Anspruch genommen wird. Subsistenz ist der tatsächliche Verbrauch für menschliche Bedürfnisse, ohne „wertende Komponente“ (neben Nahrung, Kleidung und Wohnen auch „Luxus“ wie Bauten, Fahrzeuge und mehr). Bei der Bereitstellung dieses Konsums entstehen Reibungsverluste: Eine Heizung verbraucht zum Beispiel mehr Energie, als Wärme abgegeben wird. In jeder Gesellschaft werden jenseits der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung Investitionen in die Zukunft getätigt. Herrschaftskonsum bezeichnet das, „was die Herrschaftsverhältnisse verbrauchen, nur um Herrschaftsverhältnisse zu bleiben“ (S. 141):

- P(rivilegien): Luxus der Herrschenden
- M(achtmittel): z.B. Panzer
- A(bhängigkeitsmittel): z.B. Chemisierung der Landwirtschaft

- B(eute): Zum Verteilen an die „kleinen, mittleren und ganz kleinen Herrschenden und Halb-Herrschenden“, die Herrschaft zur Aufrechterhaltung benötigt (z.B. „angemessener“ Lebensstil für Funktionseleiten, Cola und Porno-Heftchen für die GIs am Golf)
- R(eibungsverlust): Entsteht durch herrschaftsförmig bedingte Zentralität von Erzeugerstrukturen: Lange Transportwege etc.

Während die Formel für den Naturverbrauch einer herrschaftsarmen Gesellschaft also

$$C = S + R + I \quad \text{sei,}$$

laute sie für eine herrschaftsförmige Gesellschaft:

$$C = S + R_1 + I + (P + M + A + B + R_2)$$

Die aufgeführten Komponenten des Herrschaftskonsums variierten mit der Herrschaftsvariante: Während etwa der Faschismus mehr Machtmittel und weniger Beute notwendig hatte, verbuchten die amerikanische sowie die realsozialistische Fordismus-Variante hohe Anteile von Beute und Reibungsverlusten. Die Krise der fordistischen Ökologie ab den späten 60er Jahren liege an der Expansion sämtlicher Bestandteile des Naturverbrauchs: „Die Erschütterung und Infragestellung der Herrschaftsverhältnisse tendiert dazu, den Subsistenz-Posten zu erhöhen: Die berühmte ‘Anspruchsrevolution’ in der Dritten Welt und in den imperialistischen Ländern selbst. Sie macht gleichzeitig verstärkte Anstrengungen notwendig, Kontrolle aufrechtzuerhalten: Mehr direkte Machtmittel (...), mehr Abhängigkeitsmittel, noch mehr Beute, noch mehr Reibungsverluste“ (S. 143). Effizienzsteigerungen könnten das nicht ausgleichen. Schmäler werdende Privilegien oder schwindende Investitionen in die Zukunft seien ebenfalls keine gute Perspektive für eine Herrschaftsordnung, so daß der Naturverbrauch immer schneller gesteigert werde.

Ziel des Nachhaltigkeitsdiskurses sei eine verbesserte Herrschaftsstrategie: Er versuche, die Naturverbrauchsanteile S (Subsistenz), B (Beute) und R (Reibungsverluste) zu verkleinern. Sparsamkeit und Genügsamkeit befreie die Herrschenden von diesen Lasten. Das habe nichts mit Emanzipation zu tun, sondern sei eher ein „Rattenfängertrick“, der vom „Dröhnen der kapitalistischen Naturverbrauchs-Maschine“ ablenke.

Naturmanagement

Das Nachhaltigkeits-Leitbild sei weiterhin eine (abzulehnende) Form technokratischen Naturmanagements. Naturmanagement als notwendiger Bestandteil jeder Gesellschaft könne zwei Ausformungen haben: Auf der einen Seite stehe ein *kulturelles Naturmanagement*, welches sich aus traditionellem Wissen speise und mit einer dezentralen Praxis einen hohen Grad kultureller Rückkopplung aufweise. Davon zu unterscheiden sei das *technokratische Naturmanagement*, das durch akademisches Expertenwissen, zentralistische Praxis und eine Vorherrschaft von Effizienzdenken gekennzeichnet sei. Beide Typen basierten auf drei grundlegenden Formen von Naturbeeinflussung:

- Der kontrollierten Entnahme
- Der Züchtung (der Förderung eines möglichen Entwicklungsweges der Natur)
- Der permanenten Störung (Gärten)

Technokratisches Naturmanagement basiere auf einer Steigerung der Naturbeeinflussung nach den Maximen:

- Lineare Optimierung (z.B. Monokulturen)
- Manipulierbarkeit
- Überwindung stofflicher Grenzen durch abstrakte Natur (Natur wird reduziert auf grundlegende biochemische Reaktionsmuster, keine Nutzung mehr des kontextgebundenen „spezifischen Könnens“ der Natur)

Diese Steigerung funktioniere nur unter den Bedingungen kapitalistischer Herrschaft: Der beliebigen Verfügbarkeit von Arbeit und der Spaltung der Weltgesellschaft in Regionen unterschiedlichen Zwangs. Die Herrschaft schaffe eine „Pyramide von Naturnutzung“, die „auf der äußeren und der menschlichen Natur“ stehe: „An ihrer Basis befinden sich die noch weitgehend unverarbeitete Natur und die Arbeiten und Lebensweisen, die relativ naturnah sind. Sie sind schmutziger, mit mehr Handarbeit verbunden und den Gefahren von Naturnutzung unmittelbarer ausgeliefert, ... An der Spitze der Pyramide befinden sich die hochverarbeitete Natur und die Arbeiten und Lebensweisen, die äußerst naturfern sind. Sie sind künstlicher, aseptischer, besser gesichert gegen gefährliche Einflüsse der Natur; tendenziell aber auch abstrakter und kälter“ (S. 136). Technokratisches Naturmanagement und Industrieproduktion manipulierten Natur derart, daß sie für Menschen an der Basis unbrauchbar wird, während sie für die herrschende Klasse an Wert

gewinne: „Industrielle Arbeitsteilung, als personelle, regionale und nationale Zurichtung, zerlegt Natur in Bestandteile, die einzeln unbrauchbar sind, nach Abtransport an die Spitze der Pyramide aber wieder zusammengebaut werden können. In einer ‘Bananenrepublik’ können die ArbeiterInnen nicht einfach die Bananen behalten, sie *müssen* (Hervorhebung d. Autors) sie verkaufen, weil man nicht nur von Bananen leben kann. Die industrielle Landwirtschaft, die Grüne Revolution und noch mehr die Produktion mit gentechnisch manipulierten Pflanzen sind abhängig vom Zustrom von Ressourcen, die die unmittelbaren Produzenten selbst nicht herstellen können...“ (S. 138).

Technokratisches Naturmanagement ist daher für Spehr ein „parasitärer Prozeß der Umformung von Natur in einer Weise, daß sie für die Herrschenden und ihre Interessen optimal konsumierbar wird“ (S. 179). Die Krise bestehe in der exponentiellen Steigerung des Aufwands: Immer mehr Menschen müßten für den Verlust ihrer Subsistenzmöglichkeit entschädigt werden, immer mehr ökologische Folgen müssen kompensiert werden.

Einen Ausweg sieht Spehr nicht in der Installation anderer (nicht parasitärer) Ziele des Naturmanagements, sondern ausschließlich darin, die Natur zu „entmanagen“. Er plädiert für Selbstbegrenzung: Eine Gesellschaft müsse damit zufrieden sein, nicht alles machen zu können. Vor allem müsse sie niemandem die Machtmittel lassen, „das zu versuchen, während andere den Preis dafür bezahlen“.

Mit der generellen Ablehnung technokratischen Naturmanagements geht eine Ablehnung globaler Sichtweisen durch Spehr einher. Der Ansatz eines globalen Umweltraums sei nicht nötig, jede Region oder „Gesellschaft“ habe nur Verantwortung für ihren regionalen Raum und dürfe anderen Regionen nicht hineinreden. Dazu konsistent ist seine Ablehnung globaler Produktionszusammenhänge: Erstens sei globaler Handel mit Nahrungsmitteln immer ausbeuterisch, da er dem Süden die dringend selber benötigten Flächen nehme. Zweitens bewirke die Weltmarktorientierung automatisch einen ruinösen Wettlauf mit dem Ergebnis des „Kaputtsparens“ regionaler Wirtschaftsstrukturen für den „Standort“. Herrschende Nachhaltigkeitskonzepte reagierten darauf mit der Forderung nach einer „Dualwirtschaft von globalem Sektor und regionaler Niedriglohnlwirtschaft“. Durch seine Gewinne solle der globale Sektor die regionale Produktion stützen und für die Grundsicherung der Bevölkerung aufkommen. Spehrs Perspektive dagegen ist die einer regionalen Autonomie. Die „kritische Größe“ sieht er in der Größenordnung eines Bundeslandes (Bayern, Chiapas) gegeben. Erst nach einem

Zurückdrängen, einer „Abwicklung“ des globalen Sektors, sei eine emanzipatorische Entwicklung *möglich*. Spehr geht es nicht um eine Enttechnisierung an sich, sondern eine Abnahme von Billiggütern (z.B. Elektronik), die auf globaler Ausbeutung basierten. Es sei offen, „welcher Grad von Technisierung und Arbeitsteilung jenseits des derzeitigen Ausbeutungssystems möglich ist“ (S. 224). Das Konzept der „Abwicklung des Nordens“² schaffe erst die *Möglichkeiten* für emanzipatorische Politik, sie sei kein Garant: „Sie ist ein Rahmen für zukünftige Gesellschaftsgestaltung“ (S. 226).

3.1.3 Politische Modernisierung und Nachhaltigkeit

Nach Conrad besteht aufgrund der Komplexität moderner Gesellschaften die Notwendigkeit einer Veränderung des politischen Systems in Richtung Demokratisierung und Bürgergesellschaft, um dauerhaft die soziokulturelle Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Diese Kopplung zwischen Nachhaltigkeit und politischer Modernisierung wurde in der politikwissenschaftlichen Diskussion spätestens mit Etablierung des Leitbildes eines integrierten Umweltschutzes thematisiert.

Die Debatte über integrierten Umweltschutz stellt sich als ein Vorläufer des Nachhaltigkeitsdiskurses dar. Der Ansatz zeichnet sich aus durch die Ablösung der „End of pipe“ - Politik eines nachsorgenden Umweltschutzes durch das Paradigma vorsorgender Strategien. Elemente solcher Prophylaxe sind die Verminderung von Umweltmedien-Belastungen durch Steigerung der Ressourcenproduktivität und die Ausschaltung von Umweltbelastung durch geschlossene Produktionskreisläufe. Diese Einsichten wurden seit Mitte der 80er Jahre von Huber, Jänicke u.a. zu dem Konzept „Ökologische Modernisierung“ erweitert, welches anfangs ein vor allem ökonomie- und technologiebezogenes Konzept war.

Für Jänicke hingegen ist politische Modernisierung integraler Bestandteil ökologischer Modernisierung. Modernisierung in allgemeiner Hinsicht betrachtet er als „Institutionalisierung und Ausdifferenzierung eines neuen technologischen, politisch-sozialen und wissenschaftlich-kulturellen Problemlösungsniveaus auf der Basis grundlegender Paradigmenwechsel“

2 Das Konzept der „Abwicklung des Nordens“ enthält neben der Forderung nach Zurückdrängung des globalen Sektors noch weitere Elemente wie die Unterbindung von Interventionsfähigkeit des Nordens, die Entprivilegierung von formaler (Erwerbs-) arbeit u.a., welche in diesem Zusammenhang nicht näher erläutert werden sollen.

(Jänicke 1993, S. 17). Folglich impliziere langfristiger Umweltschutz „nicht nur eine ökologische Modernisierung und Umstrukturierung der Industriegesellschaften, sondern auch eine Modernisierung des politischen Handlungssystems“ (ebd.)³. Langfristig gehe es um die „Neubestimmung von zentralen Staatsfunktionen“. Die Umsteuerung der gesamten industriellen Produktionsweise ergäbe ein „gigantisches Steuerpensum“. Angesichts der „Staatsüberforderung“ beim Umweltschutz läge die Frage nach Möglichkeiten einer die Handlungspotentiale erweiternden politischen Modernisierung nahe.

Jänicke macht dann Vorschläge politischer Modernisierung, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden soll. Aus den Vorschlägen werden folgende mögliche Konfliktfelder ersichtlich:

- Zentralität staatlicher Steuerung, Subsidiaritätsgrad (Verhältnis von zentraler und dezentraler Problemlösung).
- Partizipativität staatlicher Entscheidungsfindung (Grad der Anwendung von Elementen direkter Demokratie).
- Die Konsensualität staatlicher Politik (Anteil von imperativer Politik und Anteil von Verhandlungslösungen).
- Die Regulierungstiefe und -dichte (Anteil von Detailregelung und Anteil von Rahmensteuerung)

Am Rande sei erwähnt, daß Jänicke übrigens auch ein Verteilungsproblem in Zusammenhang mit „ökologischer Modernisierung“ sieht: „Der immense Bedeutungsgehalt des „Modernisierungspensums“ sei weiterhin auch daran erkennbar, daß „ein Ende von Wachstumspolitik automatisch eine andere Verteilungspolitik erzwingt“ (S. 20).

Eine Erweiterung des traditionellen Themenspektrums von Politik durch die Herausbildung von Umweltpolitik konstatiert auch Prittwitz: „Der moderne Staat wird damit zumindest anspruchsmäßig zu einem Sozial-, Wohlfahrts-, Kultur- und Umweltstaat“ (Prittwitz 1993, S. 45). „Über die klassischen Bereiche der Territoriumssicherung, der Sicherung von Frieden und Sicherheit, der Leistungs- und Dienstleistungsverwaltung und der sozialen Daseins-

3 Das Zitat ist so zu interpretieren, daß mit „Industriegesellschaft“ lediglich die industrielle Produktionsweise gemeint ist und nicht die gesamte Struktur der Gesellschaft. Ansonsten würde die Forderung nach der „Modernisierung des politischen Handlungssystems“ in der Forderung nach der „ökologischen Umstrukturierung der Industriegesellschaften“ enthalten sein, und der Satz machte keinen Sinn.

vorsorge hinaus werden nun Management bzw. Vermeidung zivilisatorischer Folgeschäden für Mensch und Umwelt zum Gegenstand politischen Handelns“ (S. 44).

Öffentliches Handeln hat nach Prittwitz vor allem Verantwortung für die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für „reflexive“ Modernisierung, deren Aufgabe die Behebung oder Vermeidung „zivilisatorischer Folgeschäden der Moderne“ sei. In seinem Modell von der „Modernisierungsspirale“ unterscheidet er Status-Quo-, Veränderungs- und Helferinteressen. Innovation finde dann statt, wenn Helferinteressen sich mit Veränderungsinteressen verbinden und so das Status-Quo-Interesse zurückdrängen können. Danach werden Veränderungsinteressen zu einem neuen Status-Quo-Interesse und der Prozeß wiederholt sich, sofern eine Gegenposition zu diesem neuen Status-Quo-Interesse entsteht. Die Chancen dafür, daß sich aus Betroffenheit Veränderungspräferenz entwickelt, stiegen dabei mit den „Wahrnehmungs- und Handlungskapazitäten der Betroffenen. Dazu zählten neben sozioökonomischen auch politisch-institutionelle Rahmenbedingungen, die „in der Regel nur mit Hilfe öffentlichen Handelns erreichbar“ seien (S. 41). Neben der Garantie rechtlicher Rahmenbedingungen für die Artikulation von (Minderheits-)meinungen denkt Prittwitz an „technische, informatorische, ökonomische und kulturelle Aktionen“ zur Unterstützung Veränderungswilliger. Der Modernisierungsprozeß könne nur dann in Gang kommen, wenn „neben einer Artikulations- und Konfliktkultur auch eine Kommunikations- und Verständigungskultur der Beteiligten“ bestehe, die als „politisch-kulturelle Bedingung eines öffentlichen Diskurses“ (S. 42) betrachtet wird.

Prittwitz spricht weiterhin von Bedürfnissen nach einer neuen Kopplung von Staat und Gesellschaft. Bürgerinitiativen, Verbände und andere Repräsentanten Betroffener erkämpften sich nach und nach Partizipationsrechte am politischen Willensbildungsprozeß und „unterfütterten“ so die über „abstrakte (entkoppelt erscheinende) Formen politischer Willensrepräsentation, so gesamtstaatliche Wahlen, legitimierte Entscheidungsfindung“ (S. 47).

Huber fokussiert die Debatte über die Aufgaben des Staates im Zeitalter integrierten Umweltschutzes auf den Streit zwischen den Protagonisten eines „staatsdirigistischen und eines eher marktwirtschaftlichen Weges der ökologischen Modernisierung“ (Huber 1993, S. 64). Dabei gehe es nicht um weniger oder mehr Staat, sondern um die Art der Beiträge des Staates als Umweltakteur. Er könne durch „die Art seiner Vorgaben ordnungsrechtlich-

obrigkeitlich dirigieren oder aber durch geeignete Rahmenbedingungen eher zivilgesellschaftlich orientieren“ (S. 66). Huber plädiert für eine Dominanz eines marktorientierten Weges, ohne ihn zu verabsolutieren. „Praktisch“ gehe es „um eine optimale Kombination von Elementen beider Seiten“ (S. 67). Jänicke hingegen betont das Funktionieren des Ordnungsrechts: Es gehe zwar um ein breites Spektrum des staatlichen Instrumentariums, dabei dürften jedoch „die immer wichtiger werdenden ‘weichen’ Instrumente Information und Verhandlung nicht darüber hinweg täuschen, daß bisher die *staatliche Auflagenpolitik* immer noch den größten Anteil an den erzielten Umweltverbesserungen hatte“ (Jänicke 1995, S. 130, Hervorhebung des Autors).

Als weiteres Konfliktfeld ist demnach die Art der staatlichen Rahmensetzung für das Ziel nachhaltiger Entwicklung festzuhalten. Dabei interessiert vor allem:

- Die Rolle des Staates bei der Förderung gesellschaftlicher Reflexivität
- Das Verhältnis von ordnungsrechtlicher und marktwirtschaftlicher Steuerung

3.1.4 Lebensweise und Lebensstil

Die Einschätzung, daß die bisherige Entwicklungslogik der Moderne mit ihrem Wachstumsparadigma nicht nachhaltig ist und folglich einer Revision unterzogen werden muß, führt unter anderem zu der Überzeugung, daß die bisherige Lebensweise ökologisch problematisch ist. Mit Lebensweise ist die „verallgemeinerte alltags-/lebensweltliche Umsetzung eines subjekt- und gruppenübergreifenden Grundmusters sozialer und kultureller Normen“ (Warsewa 1997, S. 199) gemeint. Zu unterscheiden ist zum Beispiel die industriegesellschaftliche im Gegensatz zur subsistenzwirtschaftlichen Lebensweise. Mit Lebensstil ist die „interne Ausdifferenzierung dieser Lebensweise“ (Reusswig 1994, 224), die individuelle Ausprägung der alltäglichen Lebensführung gemeint, für die es innerhalb jeder Lebensweise einen mehr oder weniger großen Spielraum gibt. In modernen Industriegesellschaften läßt sich empirisch eine Pluralisierung von Lebensstilen feststellen. Der Frage nach der theoretischen Bedeutung dieser empirischen Feststellung, etwa dem Verhältnis von sozialer Struktur und individueller Wahlmöglichkeit und/oder -entscheidung für einen Lebensstil, soll hier nicht näher nachgegangen werden.

Reusswig listet als Elemente des Lebensstils auf: Werte, Einstellungen, Verhaltensmuster, Haushaltsformen (S. 235). Bogun bezeichnet Lebensstile in ähnlicher Weise als „Konglomerat von Wertorientierungen, Lebenszielen, Einstellungen, Freizeit- und Konsumverhalten“ (Bogun 1997, S. 227).

Die Einschätzung einer ökologisch problematischen Lebensweise und damit zusammenhängenden Lebensstilen teilen fast alle Autoren, die sich mit dem Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Lebensweise/Lebensstil befassen: „Die verbreitetsten und wichtigsten ökologischen Wirkungen werden von der zwangsweisen Einschränkung des Konsums ausgehen, ...“ (Hildebrand 1997, S. 249). Oder: „Die globalen Umweltzerstörungen, die seit den 1960er Jahren erkennbar werden, und die Risiken für die Zukunft ergeben sich nicht in erster Linie aus riskanten Großtechnologien (...), sondern vor allem aus der raschen Expansion der industriellen Produktion für den Massenbedarf und aus der materiell aufwendigen Lebensweise der großen Mehrheit der Bevölkerung (Rosenbaum 1995, S. 787).“ Oder: „Zweifellos ist die ökologisch begründete Kritik an der Lebensweise in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften mehr als berechtigt, und ebenso unstrittig dürfte sein, daß die Realisierung einer ‘dauerhaft umweltgerechten Entwicklung’ nicht ohne Auswirkungen auch auf die Alltagspraktiken in den privaten Haushalten bleiben kann. Ebenfalls kann davon ausgegangen werden, daß Strategien der ‘Effizienzsteigerung’ allein nicht ausreichen werden, sondern darüber hinaus auch ‘Suffizienz’, also Einschränkung und Abkehr von bestimmten und z.T. liebgewonnenen Ansprüchen und Verhaltensgewohnheiten, erforderlich ist (Bogun 1997, S. 212). Reusswig macht ebenfalls die „Form der alltäglichen Lebensführung in den (post)industriellen Gesellschaften der Ersten Welt“ (Reusswig 1994, S. 218) für die globale Umweltkrise „primär verantwortlich“. Ein wenig vorsichtiger formulieren es Gestring et al.: „Aber die Herrschaft über Natur und die städtische Lebensweise, *so scheint es*, zerstört ihre eigenen Grundlagen“. Und weiter: „*Wenn es zutrifft*, daß drei Planeten vom Typus der Erde als Ressourcenquellen und Mülldeponien (E.U. v. Weizsäcker) notwendig wären, um allen Menschen dieser Erde ein Leben nach den Mustern der westeuropäischen und nordamerikanischen Mittelschicht zu erlauben, *dann* ist diese Lebensweise das Hauptproblem“ (Gestring et al. 1997, S. 12, Hervorhebungen durch den Autor).

Lediglich Huber (Huber 1995, 1996) meint aufgrund seiner Einschätzung der Möglichkeit einer mit der Natur dauerhaft konsistenten Produktion von

Massengütern (Leitbild Konsistenz, s.o.), daß die Lebensweise und die Lebensstile nicht das Problem darstellen.

Besteht in der Diagnose von einer dem Ziel der dauerhaften Naturnutzung des Menschen unangemessenen Lebensweise noch weitgehend Einigkeit, so ist die Definition *eines* 'ökologischen Lebensstils' unklar. Das hat berechtigte Ursachen:

1. Methodische Probleme bei der Definition der Tragfähigkeit des Ökosystems
2. Methodische Probleme bei der Ökobilanzierung von Haushalten
3. Die Variabilität des kulturellen Konstrukts ökologische Lebensweise
Selbst wenn die ökologische Tragfähigkeit des Gesamtsystems festgestellt und die ökologische Wirkung von Lebensstilen sauber bilanziert werden kann, sind die vielfältigsten Lebensstile innerhalb dieses Rahmens denkbar.

Die Definition von richtigen ökologischen Lebensstilen ist somit ein zentrales Konfliktfeld in Nachhaltigkeitskonzepten.

Von mehreren Autoren hervorgehoben wird die Existenz eines Konflikts zwischen Ansprüchen an die Moderne und „Öko-Korrektheit“. Gestring et al. betonen die „emanzipatorischen Hoffnungen“, die von Anfang an mit der modernen Lebensweise des städtischen Konsumentenhaushalts verbunden waren. Rosenbaum deutet den Drang auf Teilhabe am Konsum als partizipativen Akt: „Massenkonsum ist zunächst einmal Demokratisierung des Konsums“ (Rosenbaum 1995, S. 787). Warsewa führt das Gewicht der dem harmonisierenden Massenkonsum komplementären Distinktionsbedürfnisse an, wie es Bordieu herausarbeitete. Die „feinen Unterschiede“ (Bourdieu) gewannen an Bedeutung, die „Stilisierung von Lebenspraktiken in unterschiedlichen Gruppen und Milieus sei die notwendige Kehrseite jener Tendenz des vereinheitlichenden Massenkonsums, die es den Subjekten erlaube, soziale Identifikation und Individualität herzustellen. Das Verhältnis zur Umwelt sei dabei lediglich eines - und bei weitem nicht das bedeutendste - von vielen Entscheidungs- und Handlungskriterien“ (Warsewa 1997, S. 198).

3.2 Untersuchungsfelder

In den skizzierten Beiträgen zu gesellschaftlichen Implikationen der Leitidee nachhaltige Entwicklung sind Problemkreise angesprochen, die auf den verschiedensten Ebenen von Gesellschaftsstruktur angesiedelt sind. Es lassen sich insgesamt sieben Bereiche unterscheiden, die in einer Analyse des Gesellschaftsbilds von Nachhaltigkeitsstudien enthalten sein sollten: Die Sphäre der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, das Lebensstilkonzept, die Vorstellungen zu sozialer Nachhaltigkeit, das politische Konzept, das Verhältnis von Regionalisierung und Globalisierung, der Umgang mit der Differenzierung der Gesellschaft in Teilsysteme sowie das gesellschaftliche Naturverhältnis. Diese Bereiche werden ausgewählt, da nach den oben dargelegten Ausführungen in ihnen Konfliktfelder vermutet werden, die in Nachhaltigkeitskonzepten behandelt werden sollten und möglicherweise in ihnen in unterschiedlicher Weise gelöst werden. In diesen Bereichen ist nicht alles enthalten, was im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit und Gesellschaft thematisiert werden könnte. Fragen nach Herrschaftsverhältnissen oder Eigentumsfragen etwa, die Görg und Spehr im Rahmen ihrer kapitalismuskritischen Reflexionen ansprechen, werden nicht extra thematisiert. Sollten sie in den zu untersuchenden Konzepten eine Rolle spielen, so hätte dies jedoch Auswirkungen auf ein oder mehrere der genannten Untersuchungsfelder. Würde etwa ein anderes Konzept der gesellschaftlichen Eigentumsverteilung anvisiert, so dürfte sich dies im Konzept sozialer Nachhaltigkeit niederschlagen. Anstrengungen zur Überwindung von Herrschaft würden sich auf das politische Konzept auswirken. Auch Änderungen in bis hierhin in keinsten Weise thematisierten Bereichen wie etwa dem Geschlechterverhältnis würden sich zum Beispiel im Lebensstilkonzept wiederfinden. Natürlich gibt es auch gesellschaftliche Bereiche, wie etwa der Umgang mit Minderheiten, die im Rahmen dieses Untersuchungsrahmens nicht analysiert werden. Einen Anspruch auf eine allumfassende Beschreibung von Gesellschaft hat diese Auswahl von Untersuchungsfeldern natürlich nicht. Sie soll jedoch wesentliche Elemente im Gesellschaftsbild von Nachhaltigkeitskonzeptionen deutlich machen.

Die Untersuchungsfelder „Produktionssphäre“, „Lebensstile“, „Soziale Nachhaltigkeit“, „Regionalisierungsgrad“ und „Gesellschaftliches Naturverhältnis“ behandeln eher die substantielle Seite der Nachhaltigkeitsvorstellungen. Dagegen untersucht der Bereich „Politik“ mehr die prozeduralen Vorstellungen von Nachhaltigkeit. Die hier unterschiedenen einzelnen Unter-

suchungsfelder sind natürlich miteinander verwoben, wenn sie auch analytisch erstmal getrennt werden, um einen Überblick zu erhalten. Diese Verschränkungen sollen zum einen in dem Untersuchungsfeld „Funktionale Differenzierung“ deutlich werden. Zum anderen sind die einzelnen Felder so verzahnt, daß sich Analysen und Nachhaltigkeitsvorstellungen teilweise übergreifend wiederfinden oder zumindest Auswirkungen auf andere Untersuchungsfelder haben.

Produktion

Hierunter fallen einerseits Fragen nach der quantitativen und produktionsstrukturellen Entwicklungsrichtung der Wirtschaft. Huber zum Beispiel schildert den Gegensatz zwischen einer Orientierung auf umweltverträgliches Wachstum und einer Suffizienzorientierung, die zwangsläufig Wachstum begrenzen wird. Neben der Wachstumsfrage ist die Art des Strukturwandels angesprochen. Huber setzt auf Innovationen im Industriesektor, die in Richtung naturkonsistenter Produktion in Verbindung mit höherer Produktivität gehen. Dagegen stehen Vorstellungen von Derationalisierungen, die häufig mit Suffizienzorientierungen einhergehen. Mit dem Strukturwandel in der Produktion verbunden sind Fragen der gesellschaftlichen Organisation dieser Produktion von Gütern und Dienstleistungen, insbesondere der Arbeitsform und der Arbeitsteilung. Als zentrale Fragen sind festzuhalten:

- **Quantitative Entwicklung**
Welche quantitative Entwicklung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen wird für richtig gehalten? Wird ein qualitatives oder ein quantitatives Wachstum favorisiert oder ein Rückgang der Wirtschaftsleistung in Kauf genommen oder gefordert?
- **Strukturwandel**
Welche Art des Strukturwandels in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen wird für notwendig gehalten? Wie soll das Verhältnis von erstem, zweitem und drittem Sektor beschaffen sein?
- **Arbeitsteilung**
Welche Arbeitsteilung wird konzipiert? Soll sich die Produktion weiter global verketteten oder wird ein Rückgang zu kleinräumigen Produktionszusammenhängen mit geringerer Arbeitsteilung für klug gehalten? Welches Maß an Rationalisierung ist anzustreben?

- Arbeitsform
Welche Stellung nehmen die Konzepte zum Verhältnis von Erwerbs- zu Eigenarbeit ein?

Lebensstile

Der Problembereich Lebensstile beinhaltet zum einen die Frage nach der Ausprägung eines nachhaltigen Lebensstils, um die Nachhaltigkeitskonzepte trotz der beschriebenen zwangsläufigen Unsicherheiten bei Bilanzierung und Wertung nicht herumkommen. Alle Suffizienzorientierungen etwa, wie stark auch immer sie in den Konzepten gefordert werden, setzen am Lebensstil an. Aber auch Orientierungen auf materielle Wohlstandssteigerungen haben Implikationen auf den Lebensstil. Bestandteile des Lebensstils sind neben Konsumverhalten und Werten auch der Grad der Individualisierung und die Arbeitsformen der Menschen. Über diese Fragen nach der Substanz nachhaltiger Lebensstile hinaus sind die anvisierte Pluralität und die Normativität der Lebensstile in einer nachhaltigen Gesellschaft von Interesse. Es ergeben sich folgende Fragen:

- Dominante Ausprägung eines nachhaltigen Lebensstils
Woraus besteht ein nachhaltiger Lebensstil? Welches Wohlstandsmodell mit welchen Werten wird vertreten? Wieviel Individualität und wieviel Kommunartität wird empfohlen? Welche Arbeitsformen gibt es, welche Anteile haben Eigen- und Erwerbsarbeit?
- Normativität
Welchen Grad von Normativität bezüglich des Lebensstils gibt es? Welche Abweichungen von den als nachhaltig erkannten Lebensstilen sollen zulässig sein?
- Pluralität
Wie stark ist die Ausdifferenzierung von Lebensstilen?

Soziale Nachhaltigkeit

Unter sozialer Nachhaltigkeit wird hier die soziale Stabilität der Gesellschaft in dem Sinne einer Abwesenheit von sozialen Spannungen gemeint, die zu eruptiven Ausbrüchen führen könnten. Soziale Nachhaltigkeit ist dann vorhanden, wenn eine Akzeptanz der sozialen Verhältnisse, der Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen, dauerhaft gesichert ist. Die Einsicht in die Notwendigkeit von sozialer Nachhaltigkeit ist elementarer Bestandteil des Nachhaltigkeitsdiskurses. Wie oben angerissen, reichen die Vorstellungen

von der Schaffung verschiedenster Formen von gerechter Verteilung von Gütern und Chancen bis zur traditionellen Strategie der Wohlstandsanhebung durch Wachstum ohne Ansprüche an gerechtere Verteilung, vom egalitären „Ressourcenkommunismus“ bis zur Dominanz von Leistungs- und Besitzstandsgerechtigkeit. Weiterhin wäre zu prüfen, ob neben diesen Fragen sozialer Gerechtigkeit Vorstellungen in den Konzepten vorhanden sind über den nicht verteilungsgerecht basierten sozialen Zusammenhalt von Gesellschaft, über die Beschaffenheit des sozialen Kitts, über die Qualität sozialer Netze. Ziele auf diesem Sektor dürften in der Regel nur in kleinräumigeren Zusammenhängen, nicht auf globaler Ebene anzutreffen sein. Die Strategien sozialer Nachhaltigkeit sind möglicherweise territorial differenziert. Die Beschreibung des Nachhaltigkeitsansatzes als zumindest mögliches, wenn nicht sogar zwingendes Instrument der globalen Herrschaftssicherung bei Görg und Spehr läßt eine Unterscheidung des zu untersuchenden Konzepts sozialer Nachhaltigkeit in ein globales und ein nationales bzw. regionales Konzept als sinnvoll erscheinen. Zusammengefaßt lauten demnach die Fragestellungen:

- Die globale Strategie
Welches Konzept globaler sozialer Gerechtigkeit ist vorhanden?
- Das nationale Strategie
Welches Konzept intranationaler sozialer Gerechtigkeit ist vorhanden?
Welche nicht auf Verteilungsgerechtigkeit basierte Elemente sozialer Nachhaltigkeit gibt es?

Politik

Die oben dargelegten Gesichtspunkte bezüglich einer nachhaltigkeitsgerechten politischen Sphäre lassen sich in zwei Blöcke gliedern. Zum einen geht es um Fragen der Struktur der Entscheidungsfindung im politischen System. Dazu gehören die von Jänicke angesprochenen Fragen nach der Zentralität, der Partizipativität und der Konsensualität staatlichen Handelns. Brand verweist auf unterschiedliche Strategien, auf Ansätze des ‘bottom-up’ und des ‘top-down’. Zum anderen geht es um die Bestimmung der Aufgaben des Staates. Strittig sind unter anderem die Bandbreite und die Regelungstiefe staatlicher Tätigkeit. Jänicke etwa betont die umweltschützende Funktion des Ordnungsrechts, während Huber die Zurückdrängung des Staates für notwendig hält, um Innovationen zu induzieren. Die Fragebereiche sind also:

- Entscheidungsfindung
Wie sind gesellschaftliche Entscheidungsprozesse strukturiert? Dominiert ein „bottom up“ oder ein „top down“- Ansatz? Wie stark und auf welche Weise soll eine Partizipation der Bürger stattfinden?
- Staatsaufgaben
Gibt es eine Ausweitung oder Einengung der Staatsaufgaben? Mit welcher Eingriffstiefe sollen diese Aufgaben wahrgenommen werden? Welches Verhältnis von Markt und Staat wird zum Beispiel für nützlich gehalten? In welcher Art und Weise soll der Staat gesellschaftliche Reflexivität fördern?

Regionalisierungsgrad

Eine Integration der globalen und lokalen Ebene, die scheinbar durch den Leitsatz 'Global denken - lokal handeln' relativ leicht möglich erscheint, führt schnell zu unterschiedlichsten Konzepten. Huber etwa begreift Nachhaltigkeit als weltsystemischen Ansatz, der globale Lösungsstrategien erfordert, und sieht lokale Ansätze an der Grenze zum Kontraproduktiven gelagert. Brand hingegen hält ein Handeln auf der lokalen und regionalen Ebene für den Haupthebel. Auch Spehr zieht als Konsequenz aus seiner herrschaftstheoretisch begründeten Kritik des Nachhaltigkeitsparadigmas eine regionalistische Konsequenz, auch wenn er dies nicht unter dem Topos Nachhaltigkeit expliziert. Das Paradigma Regionalisierung findet sich in Nachhaltigkeitskonzepten auf ökonomischer und politischer Ebene. Aber auch auf der Ebene der Wissenschaft lassen sich unterschiedliche Strategien der Globalisierung und Regionalisierung ausmachen. Einerseits soll vermehrt lokales und tradiertes Wissen genutzt werden, andererseits global erzeugtes wissenschaftliches Wissen zur Anwendung kommen. Das Verhältnis von Globalisierung und Regionalisierung wird im folgenden als Regionalisierungsgrad bezeichnet. Pole des Kontinuums Regionalisierung sind die vollständig globalisierte Gesellschaft, in der nichts mehr geht ohne globale Verketzung, und die segmentäre Gesellschaft. Letztere besteht aus gleichartigen Segmenten, innerhalb derer alle Funktionen wie Wissenschaft, Ökonomie oder Politik ohne Bezug zum Nachbarsegment gewährleistet sind. Folgende Fragen werden zum Regionalisierungsgrad gestellt:

- **Ökonomische Struktur**
Wie regionalisiert sollen Wirtschaftskreisläufe sein? Welche Teile der Ökonomie sollen global integriert werden und welche Teile lokal begrenzt sein?
- **Politische Struktur**
Analog zur ökonomischen Struktur kann gefragt werden: Wie regionalisiert soll die politische Struktur sein? Was soll dezentral entschieden werden und was soll auf globaler Ebene verhandelt werden?
- **Wissenschaftsstruktur**
In welchem Verhältnis stehen lokales tradiertes Wissen und global erzeugte Wissenschaftserkenntnisse?

Funktionale Differenzierung

Funktionale Differenzierung meint die Herausbildung verschiedener Teilsysteme in der Gesellschaft mit jeweils eigenen Funktionen. Der dominante Prozeß für die funktionale Differenzierung ist die Arbeitsteilung. Die Entwicklung von Arbeitsteilung kann in Anlehnung an R. Mayntz (Mayntz 1988, S. 20) in drei Phasen unterteilt werden:

1. Situative Ausgrenzung einer Tätigkeit mit einem sozial anerkannten Sinn
2. Herausbildung von speziellen Funktionsrollen mit kontinuierlichem Vollzug, Herausbildung von Berufen
3. Entstehung größerer spezialisierter Gebilde mit einem gesellschaftsweiten Handlungszusammenhang, der funktionalen Teilsysteme. Diese Teilsysteme können formale Organisationen sein, sie müssen es aber nicht. In modernen Gesellschaften gibt es demnach Teilsysteme der Wissenschaft, der Ökonomie, der Politik, der Religion, des Rechts, der Medien etc..

Die neuere soziologische Systemtheorie geht davon aus, dass die funktional differenzierte Gesellschaft kein Steuerungszentrum besitzt, da jedes Teilsystem aus sich selbst heraus operiert. Gesprochen wird von dem Phänomen der Autopoiesis, der Erschaffung aus sich selbst heraus. Diese geschehe nach ihrer jeweils spezifischen kommunikativen Logik mit einem entsprechenden Steuerungsmedium. Dies ist zum Beispiel für die Ökonomie das Geld, für die Politik Macht, für die Wissenschaft Wahrheit oder für das Rechtssystem Legalität.

Brand problematisiert bei seiner Auflistung von Konfliktfeldern bei der Umsetzung des Nachhaltigkeitsparadigmas die unterschiedlichen Handlungs-

rationalitäten von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Akteuren. Weiterhin deutet er Nachhaltigkeit als Selbstbegrenzung. Ein Element davon sei die Selbstbegrenzung der Eigendynamik systemspezifischer Entwicklungsrationalitäten zugunsten einer „Vernetzung“ ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungsaspekte. In diesem Untersuchungsfeld soll nach der funktionalen Differenzierung auf zwei Ebenen gefragt werden, auf einer gesamtgesellschaftlichen und einer personalen: Einmal soll der Stand der Herausbildung funktionaler Teilsysteme in den Gesellschaftsbildern analysiert werden. In diesem Zusammenhang wird die Frage gestellt, inwieweit und wie die Autoren eine Integration der Teilsysteme wollen und wie für diese Zielstellung mit deren autopoietischen Logiken umgegangen wird. Darauf liegt der Schwerpunkt. Daneben soll herausgearbeitet werden, inwieweit sich an der Arbeitsteilung auf der Ebene der Individuen etwas ändern soll. Zu untersuchen ist, ob die berufliche Spezialisierung ungebrochen fortschreiten soll oder ob eine Entdifferenzierung im Sinne einer Entwicklung zu einem ganzheitlichen Lebensalltag mit einer Mischung aus verschiedensten Tätigkeiten projiziert wird. Es lassen sich folgende Fragenkomplexe unterscheiden:

- Funktionale Differenzierung der Gesellschaft
Welche Stellung nehmen die Konzepte ein zur funktionalen Differenzierung von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft? Inwieweit soll sie abgemildert oder aufgehoben werden durch integrative Ansätze? Wie wird mit der Eigenlogik von Teilsystemen umgegangen? Soll ihre Wirkung begrenzt oder benutzt werden?
- Funktionale Differenzierung der individuellen Alltagswelt
Wie arbeitsteilig ist die projizierte Arbeits- und Lebensweise der Individuen organisiert?

Gesellschaftliches Naturverhältnis

Görg charakterisiert die Nachhaltigkeitsdebatte als Kontroverse über die Gestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses innerhalb des Systems kapitalistischer Herrschaft. Als Pole benennt er etwa Orientierungen auf Schutz der Evolution im Gegensatz zu Bestrebungen nach Naturnutzung, illustriert an der Kontroverse um biologische Vielfalt. Auch in dem von Brand aufgestellten Diskursfeld besteht eine Achse in der Ausprägung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Als Pole führt er ein anthropo- und ein biozentrisches Weltbild auf. Nach Spehr verlaufen die Konfliktlinien vor

allem innerhalb eines anthropozentrischen Naturverständnisses. Er unterscheidet verschiedene Formen des Naturmanagements, die immer ein anthropozentrisches Verständnis voraussetzen. Einer technokratischen Nutzung stellt er eine naturnahe entgegen. Auch das Konsistenzkonzept von Huber basiert auf einem bestimmten Naturnutzungsmodus. Nachhaltigkeitskonzepte unterscheiden sich also neben der Zuschreibung von unterschiedlichen Naturfunktionen für den Menschen in der anvisierten Form der Naturnutzung. Dabei kann auch bei prinzipiell gleicher Naturnutzung das alltagsweltliche Verhältnis zur Natur divergieren. Es sind Lebensstile mit größerer oder kleinerer Entfernung zur Natur denkbar, ein eher städtischer oder ein eher naturnaher Lebensalltag der Menschen kann Bestandteil von Nachhaltigkeitskonzepten sein. Neben dem durch bestimmte Formen der Nutzung und der Lebensweise bestimmten faktischen Verhältnis zur Natur kann möglicherweise ein unterschiedliches Bewußtsein vom Verhältnis des Menschen zur Natur in Nachhaltigkeitskonzepten ausgemacht werden. Beispiele sind ein biozentrisches, Differenzen zwischen Mensch und Natur nivellierendes Bewußtsein, im Gegensatz etwa zu antropozentrischen Ideologien, die die Sonderstellung des Menschen betonen. Die zusammengefaßten Fragen zum gesellschaftlichen Naturverhältnis sind:

- Naturfunktionen für den Menschen
Ist Natur rein utilitaristisch auf ihre produktive Funktion reduziert oder gibt es eine Anerkennung von weiteren, etwa reproduktiven und kulturellen Funktionen von Umwelt?
- Naturnutzungsmodus
Welches Naturmanagement wird empfohlen? Wo liegen Grenzen der Naturnutzung?
- Bewußtsein
Zu welchen Anteilen herrscht ein biozentrisches Bild? Welche Ausprägung haben anthropozentrische Sichtweisen?
- Alltagsweltliches Verhältnis
Welcher alltagsweltliche Abstand zur Natur wird empfohlen?

4 Die Gesellschaftsdiagnose in den Konzepten: Die Definition problematischer Entwicklungen

Anhand der im Abschnitt 3 aufgestellten Untersuchungsfelder werden die beiden ausgewählten Studien auf ihre Darstellung des Gesellschaftszustands hin untersucht. Herausgefiltert werden soll vor allem, welche Problemdefinition gegeben wird. Daneben wird in diesem Zusammenhang auch - wo Entsprechendes zu finden ist - herausgearbeitet, welche als unproblematisch bewerteten Diagnosen gestellt werden und welcher Trend erwartet wird. In den meisten Fällen lassen sich diese Fragen anhand expliziter Aussagen in den Studien erschließen, für einige wird eine Analyse der Implikationen der expliziten Aussagen nötig sein. Zum Abschluß wird eine Übersicht erstellt mit den Problemdiagnosen beider Studien in allen Untersuchungsfeldern.

4.1 Produktion

Wuppertal-Studie

Die Autoren betrachten grundlegende Trends der Industriegesellschaft als problematisch. Kritisiert werden der Durchsatz stofflicher Massen durch die Produktion, das Wirtschaftswachstum, die Dynamik der Produktion, die weltweite Arbeitsteilung, die fortschreitende Rationalisierung sowie die Monetarisierung von Arbeit.

Die Wirtschaft produziere durch eine „immense Beschleunigung von Stoff- und Energiedurchsätzen“ (S. 190) seit der Industrialisierung in einem „linearen“ Produktionsprozeß viele und kurzlebige Produkte. Die aus der Natur entnommenen Materialien würden in einem „mehrstufigen wirtschaftlichen Produktionsprozeß zu Konsum- und Investitionsgütern verarbeitet, die nach ihrem Gebrauch über kurz oder lang zu Abfall werden“ (S. 191). Die Gesellschaft leide weniger unter Luxus, sondern unter „Billigkram“. Ausdruck dieser Wirtschaftsstruktur sei die gegenwärtige materielle Infrastruktur mit ihren Netzen für Gas, Strom, Wasser und Verkehr, die sich am Durchsatz und an globaler Arbeitsteilung orientiere. Der geplante weitere Ausbau dieser Infrastruktur stamme noch aus der Zeit der Frühindustrialisierung, zeuge von einem „zentrallager-orientiertem“ Naturverständnis und setze auf die

Perspektive weiteren Wirtschaftswachstums. Diese Entwicklung wird abgelehnt, notwendig sei vielmehr eine Ausrichtung auf sinkende Nachfrage sowie ein Wandel von der Durchsatz- zur Dienstleistungsorientierung.

Das Wirtschaftswachstum gehe zwangsläufig mit einer Steigerung des Umweltverbrauchs einher (S. 370). Auch „qualitatives Wachstum“ könne auf Dauer keine Entkopplung von Umweltverbrauch und Wachstum leisten (S. 371), da Grenzen der Dematerialisierung Grenzen der Entkopplung bedeuteten. Die Grenzen des Wachstums seien mit dem „Umweltraum“ festgelegt. Dieser ergebe sich aus naturwissenschaftlich begründbaren Grenzen der Naturnutzung: „Der Umweltraum ergibt sich aus der ökologischen Tragfähigkeit von Ökosystemen, der Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen und der Verfügbarkeit von Ressourcen“ (S. 27). Dieser Umweltraum dürfe jedoch nicht bis an die äußersten Grenzen genutzt werden. Dies gebiete zum einen ein an Risikominimierung orientiertes Vorsorgegebot, zum anderen ein Naturverständnis, welches der Natur einen gewissen Eigenwert zuerkennt (vgl. Kap. 5.7). Problematisch sei ebenfalls die Geschwindigkeit der Ökonomie: Ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Kommunikationssysteme besäßen verschiedene Zeitzyklen. Die Ökonomie mit ihrem immer schneller werdenden Zeitmaß drohe langsamere Systeme wie die Ökologie oder die Gesellschaft zu zerstören (S. 190).

Konstatiert wird weiterhin ein nachteiliger Trend zur Steigerung weltweiter Arbeitsteilung. „Ökonomischer Globalismus“ sei unvereinbar mit „kultureller wie ökologischer Vielfalt“ (S. 171). Ein „strukturelles Problem“ der Industriegesellschaft sei die Rationalisierung in der Industrie („weltweite Roboterfabriken“) und „im wachsenden Maße“ auch im Dienstleistungssektor. Die steigende Produktivität sei Voraussetzung für eine arbeitssparende Gesellschaft. Diese Abnahme sei aber problematisch: In der modernen Industriegesellschaft dürfe ein „gewisses Niveau an zu erbringenden Arbeitsleistungen“ nicht unterschritten werden (S. 355). Die Autoren stellen eine Dominanz der Erwerbsarbeit im Verhältnis zu Eigenarbeit fest. Sie sprechen von der „heute fast totalen Abhängigkeit der Sicherung des Lebensunterhalts von Arbeitsplätzen im Industriesystem“ (S. 357).

SRU-Gutachten

Bezüglich des Wirtschaftswachstums findet sich in den SRU-Gutachten keine explizite Aussage. Kritisch gesehen wird lediglich ein „traditionelles wirtschaftliches Fortschritts- und Wachstumsmodell“ (1994, S. 9), von dem

eine Abkehr gefordert wird. Die Forderung nach einer Entkopplung von „wirtschaftlicher Entwicklung einerseits, Ressourcenverbrauch und Beeinträchtigung der Umweltfunktionen andererseits“ (ebd.) macht jedoch deutlich, daß Wachstum nicht prinzipiell, sondern nur bei mitwachsendem Ressourcenverbrauch als problematisch angesehen wird. Ebenso gefährlich ist nach Ansicht des Umweltrates die diagnostizierte Dynamik: Die „Geschwindigkeit zivilisatorischer Entwicklungen mit exponentiell verlaufenden Wachstumskurven“ führe „zunehmend zu einer Überforderung der Leistungsfähigkeit natürlicher Ausgleichmechanismen“ (1994, S. 47). Wirtschaftliche Produktivität wird nicht als Übel gesehen: Die notwendige Ablösung eines „linearen Verständnisses von Ökonomie“ durch ein „zirkuläres Modell“ verschließe nicht generell die „Möglichkeiten der Steigerung wirtschaftlicher Produktivität“ (1994, S. 48).

Der Umweltrat konstatiert somit folgende problematische Trends:

- Die Kopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch

Die Geschwindigkeit der Veränderung der Produktion im Unterschied zur Wuppertal-Studie werden Rationalisierung, globale Arbeitsteilung sowie der Monetarisierungsgrad von Arbeit nicht für problematisch gehalten.

4.2 Lebensstil

Wuppertal-Studie

Konstatiert wird ein nicht nachhaltiger Lebensstil. Dies wird erstmal aus mehreren allgemeinen Äußerungen deutlich. So wird etwa geschrieben, zu den Positiva der Konferenz von Rio 1992 gehöre die Einsicht in die Notwendigkeit eines neuen Wohlstandsmodells oder bei der Festlegung von Umweltzielen gehe es darum, das „derzeit über seine Verhältnisse lebende Deutschland“ wieder (sic!) in einen nachhaltigen Handlungsrahmen einzupassen. Diagnostiziert wird jedoch kein simpler Konsumismus. Die Autoren gehen von der Koexistenz materieller und postmaterieller Wertstrukturen aus: „Kaufstüchtige existieren neben sozial Engagierten, Karrieristen neben Aussteigern, kleine Krauter neben Bildungsbürgern und Familienmenschen neben Yuppies“ (S. 207). Die Aufteilung der Orientierungen in der alten Bundesrepublik stelle sich wie folgt dar (S. 208):

Klar Pro-Materielle	25%
Postmaterielle mit relativ wenig gütergebundener Einstellung	20%
Teilsensibilisierte Wohlstandsbürger	30%
Resignative ohne Güterfixierung und immaterielle Ansprüche	25%

Aus der bei einem Teil der Bevölkerung vorhandenen Kritik an materialistischen Leitbildern entstehe hingegen kein automatischer Ersatz dieser durch postmaterielle Lebensziele. Vielmehr liege die Ambivalenz der „stillen Revolution“ in der Wachstumsgesellschaft im Nebeneinander von Konsumskepsis und der Kommerzialisierung neuer Selbstverwirklichungsbedürfnisse. Zu beachten sei die vermehrte Nachfrage nach expressiven Produktfunktionen, die anfängliche Annahmen bezüglich einer Sättigung der Konsumgesellschaft revidiere. Der Kreislauf aus Diversität der Milieus und Diversität von Waren komme nicht zum Stillstand: „Je mehr sich die Stilunterschiede in der Gesellschaft ausfächern, desto vielgliedriger wird die Warenwelt, und vor allem umgekehrt: Je unterschiedsbesessener die Waren daherkommen, desto mehr vervielfachen sich die Milieus und Identitäten“ (S. 210).

Neben dieser Ambivalenz postmaterialistischen Konsumverhaltens, das seine Ursache in Distinktionsbedürfnissen hat, werden in der Studie als weitere Ursache steigenden privaten Ressourcenverbrauchs kompensatorische Bedürfnisse ausgemacht. Als Gründe für den Trend zur Ausweitung der Pro-Kopf-Wohnfläche und des Ressourcenverbrauchs durch Wohnen werden zum Beispiel der „Wunsch nach Entschädigung für ein unwirtliches Wohnumfeld, der Verlust öffentlicher Räume sowie mangelnde Gestaltungsmöglichkeiten bei der Arbeit und im Leben“ genannt (S. 234). Daneben sei aber auch einfach der steigende Platzbedarf für den zunehmenden Warenbesitzstand der Haushalte mitverantwortlich für den Trend zur Wohnflächenerhöhung.

Weiterhin wird ein selektives Umweltverhalten festgestellt, welches auf prä-materialistischen Wertorientierungen basiere. Jeder stelle sich „ein eigenes Bündel an guten Taten zusammen: Der eine trennt Müll, spart aber nicht an Wasser und Energie, während er aber doch im Öko-Laden einkauft; der andere sucht Abfall zu vermeiden, spart Energie, kann aber nicht vom Auto lassen“ (S. 211). Zentrierte sich die ökologische Motivation bisher um die Motivkomplexe Gesundheit und Naturnähe, rücke das Leitbild ressourcenminimierenden Konsums nach vorne, obwohl es „zum schadstofffreien Verbrauch noch ein langer Weg sei“. Handlungsleitend sei der Stolz, den histo-

rischen Übergang einzuleiten: Konstatiert wird eine „neue Art von Anstand, nicht aus kleinbürgerlicher Enge, sondern aus globaler Weitsicht“ (S. 218). Hauptelemente vom „Wohlstand light“ seien: Sparsamkeit, Regionalorientierung, gemeinsame Nutzung, Langlebigkeit von Produkten.

Die Autoren gehen von einer unter der Oberfläche schlummernden Werteverlagerung vom Güter- zum Zeitwohlstand aus. Die „breite Mittelklasse“ leide heute unter Zeit- anstatt Geldmangel. Lediglich 16% der Bevölkerung versprächen sich bei zusätzlichem Wohlstand einen Gewinn an Zufriedenheit. Die Ideal der Beschleunigung hätte sich verbraucht, heute sei die Sinnlosigkeit der Spirale aus Beschleunigung und dem Anstieg der notwendigen Erledigungen deutlich geworden. Der einstweilige Vorsprung kraft Geschwindigkeit sei zum Korsett geworden. Wenn die Menschen doch anders handelten, so gezwungenermaßen, da es keine freie Arbeitszeitwahl gebe. Ein „Habitus“, welcher die Arbeitszeit den Bedürfnissen anpasse und nicht umgekehrt, habe sich daher nicht entwickeln können. Marktwirtschaftlich betrachtet sei so die Ausbildung einer Balance zwischen Freizeit und Einkommen unmöglich.

Die Vorboten des trotzdem anscheinend nahenden Durchbruchs des Wertewandels werden in der Studie schon heute ausgemacht: „Zeitpioniere“ wählten nach ihren Vorlieben aus und bedächten die Zeit- und Geldintensität von Konsum und wüßten um den abnehmenden Grenznutzen: Oberhalb eines „notwendigen Aufwands“ an Erwerbs- und Konsumzeit sei der zusätzliche Gewinn an Lebensqualität immer geringer. Daraus entspringe das Votum für die Null-Option. Diese „economic under-achievers“ lebten „wohlüberlegt unter ihren ökonomischen Möglichkeiten“ (S. 222).

Neben der allgemeinen Feststellung von einem nicht nachhaltigen Konsumverhalten werden als problematische Trends somit genannt:

- Die Ambivalenz postmaterialistischen Konsumverhaltens
- Kompensatorischer Konsum
- Die Selektivität von Umweltverhalten

Als positive Entwicklungen hingegen werden folgende Erscheinungen ausgemacht:

- Die Pluralität von Wertorientierungen in der Gesellschaft
- Das Bedürfnis nach mehr Zeit anstatt nach mehr Gütern, momentan noch durch Arbeitszeitregime gedeckelt

- Ein Wandel des Öko-Konsums von der Zentrierung auf Gesundheit hin zu Ressourcenminimierung

SRU-Gutachten

Lebensstilfragen werden in den SRU-Gutachten direkt nicht problematisiert. Aus Aussagen im Rahmen ihrer Analyse der Diskrepanz von hohem Umweltbewußtsein und geringer Bereitschaft zu umweltgerechtem Verhalten kann jedoch geschlossen werden, daß der jetzige Lebensstil als nicht umweltgerecht und damit nicht zukunftsfähig angesehen wird. Als ebenso problematisch wird implizit der steigende Konsum betrachtet. Entlastungseffekte durch Effizienzeinsparungen würden kompensiert durch Mengenwachstum. Vor allem wenn sich aufgrund des Grenznutzeneffekts weitere Fortschritte durch Effektivierungen immer ungünstiger erzielen ließen, müßten auch „Entlastungspotentiale nichttechnischer Art, z.B. im Rahmen von Verhaltensänderungen, aktiviert werden, um den Pro-Kopf-Verbrauch und den Gesamtverbrauch zu senken“ (1994, S. 21). Auch die Realisierung von technischen Reduktionspotentialen und deren tatsächlicher Entlastungseffekt hänge in „nicht unerheblicher Weise“ ab von Änderungen in der Einstellung und im Verhalten der Menschen. Die Autoren gehen außerdem davon aus, daß eine „verselbständigte Produktion“ nicht nur vorhandene Bedürfnisse decke, sondern ständig neue herstelle (1994, S. 57). Der „Konsumismusvorwurf“ sei zutreffend.

Ein weiteres Beispiel für die diagnostizierte mangelnde Bereitschaft zum umweltschonenden Verhalten wird mit der sinkenden Akzeptanz für Einschränkungen und Preiserhöhungen, etwa im Verkehrsbereich, angeführt. Gesehen wird eine zu hohe und ausschließliche Bewertung von Individualität. Im Rahmen einer Analyse des menschlichen Mobilitätsverhaltens wird der „zu stark betonte Wert des motorisierten Individualverkehrs“ (1994, S. 32) festgestellt. Die Verwirklichung von Individualität sei zwar „im Kern legitim“, zu bemängeln sei jedoch die mangelnde ethische Abwägung mit Ansprüchen der Sozial- und Ökologieverträglichkeit.

Die Lebensstile der Menschen sind nach Sicht des Rates also erstens stark konsumorientiert und zweitens zumindest zu einem gewissen Anteil suggeriert. Weiterhin wird eine Überbewertung von Individualität konstatiert. Solche in den Gutachten vereinzelt auftretende Äußerungen über Verhalten und Bedürfnisse dürfen jedoch nicht über die mangelnde Reflexion von Lebensstilfragen hinwegtäuschen.

4.3 Soziale Nachhaltigkeit

Wuppertal-Studie

Soziale Nachhaltigkeit wird vor allem über die Frage einer gerechten Verteilung thematisiert. Als internationales Problem haben Gerechtigkeitsfragen in der Studie einen zentralen Stellenwert: „Ohne Gerechtigkeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird es nicht gelingen, die globale Umweltkrise einzudämmen“ (S. 15). Gerechtigkeit wird dabei als Verteilungsgerechtigkeit im Sinne gleicher Chancen zur Nutzung der Umwelt gedacht. Konsequenterweise ist internationale Gerechtigkeit eine der beiden tragenden Säulen des Konzepts „Umweltraum“. „Auch innerhalb einer Generation soll weltweite Chancengleichheit als konstitutiv angesehen werden“ (S. 28). Daher habe „jeder Mensch“ das gleiche Recht, globale Ressourcen in Anspruch zu nehmen. Auffallend ist, daß die Konzeption des Umweltraums von gleichen Nutzungsrechten *jedes* Menschen ausgeht, bestehende Ungleichheit jedoch immer nur international, im Nord-Süd-Verhältnis gedacht wird. Intranationale Ungerechtigkeit wird im Zusammenhang mit Umweltnutzung nicht reflektiert. Das Konzept Umweltraum wird dann auch konsequenterweise als „international gerecht“ (S. 35) charakterisiert.

Zur Analyse globaler Ungerechtigkeit gehört auch die Feststellung der Asymmetrie von Verursachung und Schädigung. Während die Industrieländer die Hauptverantwortung für die Belastung der Atmosphäre, der terrestrischen und ozeanischen Senken trügen, seien die Entwicklungsländer stärker von globalen Umweltproblemen betroffen, etwa durch verheerendere Wirkungen von Naturkatastrophen wie Wirbelstürmen und Überschwemmungen oder durch Beeinträchtigungen der Landwirtschaft aufgrund der Folgen des Treibhauseffektes. Ein weiterer Aspekt internationaler Ungerechtigkeit sei neben der ungleichen Nutzung von Ressourcen ein unfairer Welthandel.

Als problematisch wird die Entwicklung einer internationalen Solidarisierung angesehen. Globale Solidarität sei als „Kopfgeburt“ schwierig zu verbreiten, anders als beispielsweise die Solidarität der stärker unmittelbaren gemeinsamen Bedrohungen ausgesetzten Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert.

Im nationalen Rahmen wird Gerechtigkeit nicht explizit thematisiert. Rückschlüsse können gezogen werden über die Forderungen nach sozialer Fairneß. Diese gebiete zum Beispiel den gleichberechtigten Zugang zu Arbeitsplätzen oder das Ausleben von mehr realer Solidarität. Diese Forderungen

deuten darauf hin, daß die bestehende Gesellschaft zumindest in puncto Verteilung von Arbeitsplätzen, aber auch in sonstigen Gebieten als nicht fair, nicht gerecht betrachtet wird.

SRU-Gutachten

Gerechtigkeitsfragen werden lediglich im Rahmen einer allgemeinen Reflexion über das Leitbild Nachhaltigkeit gestreift. Dabei hält der Umweltrat soziale Fragen im nationalen Kontext für anscheinend weitgehend gelöst, während sich die Aufgabe eines sozialen Ausgleichs im globalen Rahmen neu stelle.

Neben dem Hinweis auf die Notwendigkeit intergenerativer Gerechtigkeit orientiert sich die Befassung mit intragenerativer Gerechtigkeit vorwiegend am Nord-Süd-Verhältnis: Nachhaltigkeit schließe „soziale Ausgleichsprozesse zwischen den sich in ihrer Leistungskraft immer weiter auseinanderentwickelnden Volkswirtschaften“ ein (1994, S. 45). Auf nationaler Ebene scheint es keinen Lösungsbedarf für eine „Soziale Frage“ mehr zu geben: In der Vergangenheit habe das Bemühen um die „innere Einheit von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung“ im Vordergrund gestanden, „und dies zudem weitgehend im nationalen Kontext“ (ebd.). Im nationalen Rahmen habe die „Mobilisierung des gesellschaftlichen und politischen Willens“ die soziale Entwicklung in eine neue Richtung gelenkt und dem „Stand der ökonomischen Entwicklung angeglichen“. An anderer Stelle spricht der Rat von den mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts „anfänglich verbundenen Formen menschlicher Armut und Ausbeutung“ (1994, S. 56). Etwas weiter werden als negative Folgen der ansonsten positiv gewerteten ökonomischen Freiheit die „fortschreitende Zerstörung der Umwelt“ und die „Manipulation der Individuen als Konsumenten“ aufgezählt (1994, S. 57). Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums als Folge der ökonomischen Freiheit scheinen für die Autoren auf der nationalen Ebene nicht relevant zu sein. Problematisiert werden von ihnen jedoch unter anderem die „globalen Dimensionen der Sozialen Frage“. Die soziale Herausforderung stelle sich jetzt im Blick auf die Dritte-Welt-Problematik noch einmal, „allerdings unter menschheitlichen Aspekten in einer global zugespitzten Weise“.

4.4 Politik

Wuppertal-Studie

Insgesamt werden wesentliche Defizite einer Umsetzung von Nachhaltigkeit in der Politik und in „der zaghafte Umsetzung“ gesehen. Die Autoren erwarten jedoch auch strukturelle Widerstände gegen eine Politik für Nachhaltigkeit. Zu fragen sei nach den „Kontexten organisierter und potentieller Widerstände, nach sozialen, politischen und ökonomischen Konflikten eines zukunftsfähigen Deutschlands“ (S. 345). Das gegenwärtige politische System wird als „demokratischer Rechts- und Verfassungsstaat“ erstmal grundsätzlich positiv bewertet. Zu konstatieren seien jedoch „funktionale Schwächen“. Die „schwerwiegendste“ davon sei die derzeitige Kurzzeitorientierung in der Wettbewerbsdemokratie. Außerdem werden mangelnde Partizipations- und Informationsmöglichkeiten, die Ablösung von Inhalten durch Populismus sowie eine Abnahme nationalstaatlicher Eingriffsmöglichkeiten als kritische Tendenzen betrachtet. Positive Trends seien die Ausdifferenzierung von Interessen, die es ökologischer Politik leichter mache, sowie neue partielle Interessenkoalitionen zwischen Ökologie und Wirtschaft. Bezüglich des Einflusses der Ökonomie auf die Politik finden sich teilweise widersprüchliche Aussagen.

Festgestellt wird eine gegenwärtig schwache Position des Umweltschutzes: Ökologische Anliegen könnten „im Widerstreit der Interessen nicht angemessen vertreten werden“ (S. 378). Die Ursache dafür wird nicht explizit benannt. Aus den anschließend in der Studie aufgeführten Verbesserungsvorschlägen läßt sich jedoch herauslesen, daß die Autoren in den gegenwärtig geringen Informationsrechten und Partizipationsmöglichkeiten für Einzelne und Nicht-Regierungsorganisationen ein Hindernis zur Vertretung von Umweltschutzinteressen sehen.

Kritisch sei ebenfalls die anvisierte Beschleunigung von Entscheidungsprozessen. Sie drohe, die „demokratischen Prinzipien von Argument und Gegenargument, Abwägung und Urteil zu unterminieren“ (S. 381). Diese würden zusätzlich durch den heute vorherrschenden populistischen Politikertyp gefährdet. Die Autoren zitieren den amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore: „Der vernünftige, argumentierende Diskurs, wie unsere Gründerväter ihn sich vorstellten, spielt im Zeitalter elektronischer Imagepflege weniger denn je eine Rolle. Eindrücke und Affekte sind zur gängigen Münze unseres politischen Lebens geworden“ (S. 383). Die inhaltliche Schwäche der Politik

habe Folgen. Die Krise der politischen Institutionen, angezeigt etwa durch sinkende Wahlbeteiligungen und eine Geringschätzung des Politikerberufs, hänge stark mit dem „Verlust an politischem Gestaltungswillen und Führungskraft“ zusammen (ebd.).

Der Gesellschaft wird ein zunehmendes Gefälle bezüglich des Zugangs und Gebrauchs von Informationen attestiert: Es zeichne sich eine „Aufspaltung der Gesellschaft ab: Informationseliten auf der einen Seite, von Informationen Abgeschnittene oder an ihnen Desinteressierte auf der anderen Seite“ (S. 378). Partizipation professionalisiere sich und müsse dies auch tun. Bürgerinitiativen, Umweltverbände und alternative Forschungsinstitute bedienten sich der Möglichkeiten von Kommunikation und Vernetzung, was der „demokratischen Konfliktaustragung“ zuträglich sei und Politik und Wirtschaft unter Begründungszwang setze.

Die Verfasser warnen einerseits vor der Übermacht der Ökonomie: Unterbleibe eine gesellschaftliche Diskussion über das Verhältnis von verschiedenen Formen von Sozialbeziehungen, „werden letzten Endes vor allem die Regeln der Ökonomie die Verfaßtheit des Gemeinwesens bestimmen“ (S. 174). An anderer Stelle gibt es für die Autoren an der Vormacht der Wirtschaft jedoch nichts mehr zu rütteln: „Die wirtschaftlichen Institutionen sind auf der ganzen Welt die mächtigsten Kräfte. Deshalb können nur mit ihnen die notwendigen Veränderungen herbeigeführt werden“ (S. 191). Dazu paßt auch die Feststellung, die Wirtschaft habe den Bürgern trotz ihrer anderen Präferenzen nicht die fundamentale Option der freien Wahl der Arbeitszeit gelassen, ihnen also ihren Lebensstil aufgezwungen (vgl. Kap. 4.2). Die Feststellung von der Übermacht der Wirtschaft darf nicht verwechselt werden mit der Analyse einer Frontstellung letzterer gegenüber Umweltschutzinteressen. In jüngster Zeit hätten sich „neue Allianzen“ aus Umweltschützern und „Gewinnerindustrien des ökologischen Strukturwandels“ herausgebildet. Die Phalanx der den ökologischen Strukturwandel ablehnenden Industrieverbände zeige Risse. Dies sei ein Beispiel dafür, daß die „Ausdifferenzierung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen begünstigend für ökologische Politik“ wirke (S. 384).

Die Autoren gehen weiterhin von der „in vielem zutreffenden“ Annahme der Abnahme nationalstaatlicher Gestaltungskompetenz aus. Dies bedeute jedoch nicht, daß sich „quasi naturwüchsig internationale Regelungsinstitutionen“ substituierend herausbildeten.

SRU-Gutachten

Als Hauptprobleme im gegenwärtigen politischen System, dessen freiheitliche Ausrichtung und dessen Verfahren grundsätzlich bejaht werden, stellt der Umweltrat eine zu geringe Langzeitorientierung sowie eine zu geringe Partizipation der Bürger im politischen Prozeß fest. Als Widerstände gegen die für das Nachhaltigkeitsziel notwendige Langzeitorientierung werden die systematische Begünstigung von Kurzzeitinteressen durch demokratische Legitimationsverfahren, ein zu geringes Niveau von Integration verschiedener Politiksektoren sowie eine zu große Gewichtung von Partikularinteressen im bestehenden Institutionengefüge genannt. Die Autoren sehen Ansätze zu mehr Partizipation, konstatieren jedoch deren Grenzen, die in der Existenz unterschiedlicher Grundüberzeugungen liegen. Als zwangsläufiger, unbewerteter Trend wird zudem die Ausweitung staatlicher Aufgaben ausgemacht, nicht zu verwechseln mit der Ausdehnung der Tiefe staatlicher Regelung.

Der Umweltrat stellt die Freiheitlichkeit und Pluralität moderner Gesellschaften heraus. Die Handlungsfähigkeit solcher Gesellschaften könne nur durch die „rechtliche Vermittlung von Mehrheitswillen und Minderheitenschutz“ gewährleistet werden. Das dafür entwickelte Regelwerk des demokratischen Verfassungsstaates bestehe in der „Verbindlichkeit der Mehrheitsentscheidung unter der Voraussetzung ihrer Verfassungskonformität und dem Recht der Minderheit auf Widerspruch bei gleichzeitiger Loyalität gegenüber den Entscheidungen der jeweiligen Mehrheit, der ihrerseits Entscheidungsbefugnis nur auf Zeit zukommt“ (1994, S. 61). Dieses Verfahren habe sich „in hohem Maße bewährt“, da es staatliche Handlungsfähigkeit selbst bei großer Meinungsvielfalt sicherstellen könne. Problematisch sei das demokratische Procedere hingegen in bezug auf „Langzeitaspekte der Umweltpolitik“, da die „pluralistisch demokratische Legitimation durch Wahlen kurzfristige Interessen“ begünstige (ebd.). Die langfristige Absicherung des Leitbilds Nachhaltigkeit sei in der parlamentarischen Demokratie prekär. Der Rat konstatiert ein „institutionell bedingtes Staatsversagen“: Der Staat habe etwa die „lückenhafte Definition privater Verfügungsrechte“ über Umweltgüter zu verantworten. Dies habe damit zu tun, daß „die existierende Organisation des politischen Prozesses die Thematisierung und wohlfahrtsmaximierende Behandlung bestimmter Probleme in den politischen Beschlußgremien behindert“ (1994, S. 78). An anderer Stelle heißt es sogar, die totale Entscheidungsfreiheit in Umweltschutzfragen für ein temporäres Parlament sei nicht verantwortbar. Die „völlige Dispositionsmöglichkeit einer

auf eine kurze Legislaturperiode gewählten Parlamentsmehrheit über Art und Ausmaß des staatlichen Umweltschutzes sei heute keine verantwortbare verfassungspolitische Option“ (1994, S. 63).

Die Autoren konstatieren einen Aufgabenzuwachs des Staates: Die „Bewältigung der drängenden Umweltprobleme auf allen Ebenen - der lokalen, regionalen, nationalen wie auch der globalen Ebene - stellt die zentrale Herausforderung des Staates des ausgehenden 20. und des 21. Jahrhunderts dar“ (1994, S. 62). Der moderne Staat könne sich daher nicht auf Aufgaben der Freiheitssicherung, der „Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts“ und der „Sorge für den sozialen Ausgleich“ beschränken. Hinzu komme die „Verantwortung für den Umweltschutz“. Der moderne Staat müsse nicht nur Wirtschafts- und Sozialstaat, sondern „auch und vor allem“ Umweltstaat sein (ebd.). Da gegenwärtige Strukturen diesem Ziel entgegenständen, müßte die Rechtsordnung erneuert werden: „Wenn einerseits die Sicherung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung eine Existenzfrage der modernen Gesellschaft ist, andererseits die Strukturen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend diesen Zielen gegenläufig angelegt sind, so muß der Versuch unternommen werden, auf allen Ebenen der Rechtsordnung neue Strukturen zu schaffen ...“ (ebd.). Dabei erfordere das Nachhaltigkeitskonzept zwangsweise eine Ausweitung staatlicher Eingriffe, die „prinzipiell auch mit Freiheitsbeeinträchtigungen verbunden“ seien: Der Aufgabenzuwachs habe zur Folge, daß „immer mehr bisher weitgehend umweltrechtsfreie Funktionsbereiche von Wirtschaft und Gesellschaft staatlicher Regulierung oder sonstiger Einwirkung unterworfen werden“ (ebd.).

In seiner Bestandsdiagnose geht der Rat anscheinend von einer dominierenden Rolle von Partikularinteressen im politischen Raum aus: In der Einleitung zum Gutachten 1994 spricht er davon, daß die Nachhaltigkeitsaufgabe sowohl im politischen wie auch im gesellschaftlichen Raum mit einer „Zurückdrängung von Partikularinteressen verbunden sein“ werde (1994, S. 49). An vereinzelt Stellen in den beiden SRU-Gutachten taucht die negative Rolle dieser Einzelinteressen wieder auf. Beispiele dafür sind etwa die Rede von „starken Widerständen“ der Industrie gegen die lange als Entwurf vorliegende Wärmenutzungsverordnung oder der Einfluß privater Branchenverbände auf die Setzung von Umweltstandards, bei denen „Verteilungskonflikte zwischen und in einzelnen Branchen“ eine Rolle spielten.

Auf mehreren Gebieten konstatiert der Rat eine unzulängliche Öffentlichkeitsbeteiligung. Einmal wird der Prozeß der Setzung von Umweltstandards

kritisiert. Die Öffentlichkeit und gesellschaftliche Gruppen seien nur mangelhaft an den verschiedensten, oft undurchsichtigen Verfahren zur Standardsetzung beteiligt. Der Rat definiert Umweltstandards als „quantitative Festlegungen zur Begrenzung verschiedener Arten von anthropogenen Einwirkungen auf den Menschen und/oder die Umwelt, die aus Umweltqualitätszielen abgeleitet werden“ (1996, S. 38). Zu den Standards zählen neben Grenzwerten auch Gebote und Verbote. Neben hoheitlichen Standards, die in Rechtsvorschriften festgelegt werden, gibt es nicht-hoheitliche Standards mit Empfehlungscharakter. Die Autoren konstatieren einen unüberschaubaren „Wildwuchs“ von Standards. Neben begrifflicher Vielfalt mit „weitgehend ungeklärten Inhalten“ bestünden zentrale Mängel in der unzulänglichen Öffentlichkeitsbeteiligung, fehlenden Begründungspflichten sowie der Abwesenheit von klaren Verfahrensordnungen und von Überwachungsmodi. Weiterhin werden die sogenannten Beschleunigungsgesetze (Planungsvereinfachungsgesetz, Investitionserleichterungsgesetz), die u.a. die Rechte von Öffentlichkeit und Betroffenen auf Widerspruch und Beteiligung an Planungsprozessen und Genehmigungsverfahren einschränken, kritisch von dem Anspruch auf Partizipation her betrachtet.

Den sich in der Erprobungsphase befindenden sogenannten „alternativen Konfliktregelverfahren“ wie Mediation, Kooperationen und erweiterte Partizipation wird bescheinigt, an eine Grenze gekommen zu sein: Diese „resultiere vor allem daraus, daß sie das, was sie zu erzeugen vorgeben, allzuoft voraussetzen, nämlich Konsens und Akzeptanz“ (1996, S. 65). Ursache sei der Symbolgehalt von Einzelfällen für generelle Überzeugungen: „Wo der Einzelfall nicht mehr nur als eine zur Diskussion stehende pragmatische Größe, sondern als Indikator für ein grundsätzliches umweltspezifisches Gefahrenpotential betrachtet wird, werden Verhandlungslösungen, die allen übrigen hier andrängenden und damit in Konflikt liegenden Interessen Rechnung tragen sollen, immer schwerer möglich“ (1996, S. 242). In diesen Zusammenhang paßt die Feststellung, daß es sich dabei nicht nur um über Ausgleichsmechanismen lösbare Interessenkonflikte, sondern auch um Überzeugungskonflikte handele. In der Gegenwart zeichneten sich neue „politisch-gesellschaftliche Überzeugungskonflikte“ mit Focus auf den Modus der Umweltnutzung ab. In ihnen gehe es „weder um letzte weltanschauliche Wahrheiten noch um grundlegende politisch-ökonomische Ordnungen“, sondern „um konkrete Formen eines technisch hochorganisierten Umgangs mit der Natur“ (1996, S. 244). Dilemma dieses neuen Überzeugungskonfliktes sei, daß seine Lösung nur im Konsens liegen könne. Im Unterschied zu ande-

ren grundlegenden Überzeugungskonflikten, etwa solche über Fragen des politischen Ordnungssystems, seien Lösungen wie Segregation oder Toleranz nicht gangbar: „Wie wir mit der Natur umgehen und was wir aus ihr machen, muß konsensfähig sein, weil alle damit leben müssen, am Ende die ganze Menschheit“ (ebd).

Der Umweltrat stellt zudem ein mangelndes Integrationsniveau von Politik fest: Der nötigen „Integration umweltpolitischer Belange in andere Politikbereiche“ werde noch nicht in gebotenum Maße Rechnung getragen“ (1996, S. 72). Dies wird allerdings auch vom Umweltrat als nicht einfach angesehen. Am Beispiel der umweltgerechten Finanzreform etwa wird die Schwierigkeit herausgestellt, in den Prozeß der „keineswegs abgeschlossenen“ Vermittlung der bereits existierenden zwei Oberziele Wirtschafts- und Sozialverträglichkeit das dritte Ziel Umweltverträglichkeit einzubauen, welches „im Zweifel mit den beiden anderen konfligiert“ (1996, S. 318).

Die notwendige ökologische Modernisierung, welche dem Leitbild Nachhaltigkeit entspreche, erfordere eine „Modernisierung des politischen Handlungssystems“, die schon begonnen habe. Der anvisierte Modernisierungsprozeß, bestehend aus „Fortentwicklung und Dynamisierung rechtlicher Handlungsregeln (Haftungsregeln, Beweislastumkehr, Verbandsklage, Informationsrechte, erweiterte Staatszielbestimmungen)“ und der „Weiterentwicklung politisch-administrativer und gesellschaftlicher Entscheidungsverfahren (Partizipation, Kooperation, Mediation)“, sei heute schon durch „dezentrale Initiativen und nicht-staatliche Akteure“ bereits teilweise eingeleitet. Von einer „grundlegenden Veränderung der politischen Institutionen zur Verwirklichung mehr dialogischer Strukturen“ könne hingegen noch nicht gesprochen werden.

4.5 Regionalisierungsgrad

Wuppertal-Studie

Die Autoren diagnostizieren ein hohes Ausmaß globaler Integration. Dieses wird an einigen Stellen der Studie kritisch bewertet: So heißt es angesichts der hohen Importabhängigkeit der Bundesrepublik beim Import von Rohstoffen: „Soviel Abhängigkeit ist problematisch. Sie macht anfällig für Willkür und trägt - Beispiel Golfkrieg - den Keim militärischer Konflikte in sich“ (S. 18). Die globale ökonomische Integration ist anscheinend eine Überfor-

derung für die Politik. Die bei einer derartigen Verflechtung nötige kooperative weltpolitische Zusammenarbeit wird offenbar für unmöglich gehalten. Der Konflikt entsteht nach dieser Lesart beinahe zwangsläufig. An anderer Stelle wird die Destruktivität globalisierender Ökonomie konstatiert: „Markteuphorikern, ..., entgehe die Tatsache, daß ökonomischer Expansionismus und das Niederreißen sozial-kultureller Schranken durch weltwirtschaftliche Arbeitsteilung von ausnehmender Zerstörungskraft sind“ (S. 169). Die Weltmarktorientierung wird auch im Zuge der Beurteilung des Verhältnisses der Städte zu ihrem Umland kritisiert: „Rohstoffe und Waren kommen aus aller Welt, ökologisch negative Folgen, wie Abwässer und Müll, werden über weite Strecken, teilweise in andere Länder oder sogar Erdteile transportiert. Die ehemals überwiegend regionalen Beziehungen und Abhängigkeiten haben sich global ausgeweitet und das frühere Stadt-Land-Verhältnis zu einem Stadt-Weltmarkt-Verhältnis weiter entwickelt“ (S. 254). Das Problematische an dem Trend ist für die Autoren neben der Externalisierung von ökologischen Kosten eine abnehmende Sensitivität der Städter für die Wirkungen ihrer Lebensweise.

Aus diesen Beispielen wird ersichtlich, daß in der Studie der Trend zu globaler Verflechtung eher negativ bewertet wird. Zwar wird an keiner Stelle explizit behauptet, Globalisierung wäre in jedem Fall schlecht, es finden sich jedoch in den Ausführungen nirgends positive Bezugnahmen auf die Globalität der Ökonomie. Deshalb scheint eine generelle negative Einstellung zu ökonomischer Globalisierung vorhanden zu sein.

SRU-Gutachten

Auf einer allgemeinen Analyseebene wird explizit nichts zum Regionalisierungsgrad oder der Globalität der Gesellschaft gesagt. An einigen wenigen Stellen kann hingegen die Sichtweise der Autoren abgelesen werden, die von einer zunehmenden globalen Verflechtung sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich ausgeht. Sie konstatieren zum Beispiel im Abschnitt über Umwelt und Verkehr: „Man wird davon ausgehen müssen, daß sich die für die Industriegesellschaften beschriebene Mobilitätssteigerung ihrer Grundtendenz nach global fortsetzt“ (1994, S. 32). Ursache sei der Ausbau des Welthandels. Auf verschiedenen einzelnen politischen Ebenen wird eine Zentralisierung auf die europäische Ebene hin festgestellt. So wird etwa für den Bereich der Setzung von Umweltstandards von einer „Verlagerung von Entscheidungskompetenzen von der nationalen Ebene auf euro-

päische Institutionen“ ausgegangen (1996, S. 111). Anders betrachtet der Umweltrat die Lage auf dem Gebiet der politischen Initiativen für Nachhaltigkeit: Die Entwicklung von Konzepten zu einer „dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“ sei derzeit „am weitesten fortgeschritten auf der Ebene der Regionen und Kommunen“ (1996, S. 56), wenngleich die realen Auswirkungen dieser „Schrittmacherfunktion“ der Regionen und Kommunen „im Hinblick auf die beschränkten Handlungsmöglichkeiten dieser Akteure“ nicht überschätzt werden sollten (1996, S. 58). Als Fazit kann festgehalten werden, daß der Umweltrat vom Trend einer zunehmenden Ausweitung des räumlichen Bezugs von Gesellschaft ausgeht. Regionalen Handlungsansätzen wird eine eher geringe Wirkung zugetraut. Die Autoren sehen an diesem Trend nichts Problematisches.

4.6 Funktionale Differenzierung

Wuppertal-Studie

An expliziten Aussagen über den Stand funktionaler Differenzierung und dessen Folgewirkungen auf die Möglichkeit gesellschaftlicher Steuerung ist erwartungsgemäß nichts zu finden. Die Versatzstücke der Bestandsanalyse der Autoren weisen in mehreren Hinsichten auf widersprüchliche Sichtweisen hin:

Einerseits wird von einem Primat der Ökonomie gesprochen: „Die wirtschaftlichen Institutionen sind auf der ganzen Welt die mächtigsten Kräfte“ (S. 191). Dies impliziert, daß die Ökonomie die zentrale Steuerungsinstanz ist. Andererseits wird aber von der Steuerungsmöglichkeit der Ökonomie ausgegangen, wenn etwa über das „verkürzte Wirtschaftsverständnis“ im politischen Raum gesprochen wird. Dies bedeutet offensichtlich, daß bei einem anderen Wirtschaftsverständnis die Ökonomie anders gestaltet werden könnte, also zu steuern wäre durch eine andere Instanz, in diesem Fall die Politik. Beiden Aussagen ist jedoch gemein, daß sie nicht von einem selbstständigen Teilsystem Wirtschaft oder Politik ausgehen, sondern von der Möglichkeit gesamtgesellschaftlicher Steuerung.

An anderer Stelle hingegen ist die Eigenlogik verschiedener Systeme als Problem aufgeführt: „Ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Kommunikationssysteme haben grundverschiedene Zeitzyklen“ (S. 190). Das ökonomische Kommunikationssystem drohe die beiden anderen Systeme,

Gesellschaft und Ökologie, zu zerstören. Ein weiteres Beispiel für die Problematisierung der Eigenlogik ist die Klage über den geringen Erfolg von Plänen ökologischen Stadtumbaus, welcher durch die Priorität des ökonomischen Wettlaufs um Industrieansiedlungen und Kommerzkultur, also der ökonomischen Eigenlogik, bisher vereitelt wurde. Weiterhin wird die nicht vorhandene Integration von Politik, der Zustand additiver Teilpolitiken moniert. „Sektorale Planung“ sei heute vorwiegend anzutreffen. Die Eigenlogik der Politik wird auch in der Rede über ihre Kurzzeitorientierung und den Populismus beklagt. In ihrer Einführung in die Nachhaltigkeitsthematik beklagen die Autoren ebenso eine additive Debatte. Die diversen, gegenwärtig unter Überschriften wie Zukunftsdebatte oder ähnlichem geführten Diskussionen über Probleme moderner Gesellschaften wie etwa soziale Spaltung der Gesellschaft, Alterssicherung, Revolutionierung der Arbeitswelt oder auch Neo-Nationalismus führten lediglich zu Scheinantworten, „solange diese nicht mit den Erfordernissen der Ökologie und der globalen Gerechtigkeit in Deckung gebracht“ würden (S. 12).

Die angeführten Beispiele zeigen zweierlei: Einerseits werden Eigenlogiken, aus einer funktionalen Differenzierung herrührend, konstatiert. Andererseits wird von einer Steuerungsmöglichkeit auch für Teilsysteme mit einer ausgeprägten Eigenlogik wie etwa der Ökonomie ausgegangen.

SRU-Gutachten

Auf einer allgemeinen Ebene bescheinigt der Umweltrat der Gesellschaft einen hohen Grad funktionaler Differenzierung mit verselbständigten Teilsystemen: „Der hohe Grad an struktureller Diversifizierung in relativ selbständige gesellschaftliche Teilsysteme, dem die moderne Gesellschaft überhaupt erst ihre Produktivität verdankt, zwingt zu genau dieser Art integrativer Anstrengungen“ (1996, S. 51). Durch das Zitat wird deutlich, daß er diesen Befund zugleich für einen Segen und für ein Problem hält. Einerseits werde eine hohe Produktivität durch die Ausdifferenzierung erst möglich, andererseits erwachse aus dieser Entwicklung der Zwang zu ihrem eigenen Rückbau. Die geforderten integrativen Anstrengungen würden den Grad der Selbständigkeit der Teilsysteme wieder etwas zurückdrehen. Dem „Auseinanderdriften der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen, das sich als wesentliche Ursache der ökologischen Krise erwiesen hat, muß eine Zuordnungslogik entgegengestellt werden, ...“ (ebd.). Außerhalb dieser allgemeinen Diagnose finden sich in den Gutachtentexten wenig Beschrei-

bungen oder Problematisierungen des Standes von funktionaler Differenzierung. Einige Aussagen beziehen sich auf das mangelnde Integrationsniveau von Politik. So heißt es etwa: „Vor allem der hierzu (zur Verwirklichung des Konzepts einer „dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“) unbedingt erforderlichen Integration umweltpolitischer Belange in alle Politikbereiche wird noch nicht in gebotenem Maße Rechnung getragen“ (1996, S. 36, Einfügung vom Autor). Ähnliche Desintegration und mangelnde Koordination wird auch in anderen untersuchten Bereichen festgestellt, etwa in der europäischen Agrarpolitik sowie in diversen umweltmedienbezogenen Politikbereichen.

Auf der anderen Seite findet sich eine - wenn auch vereinzelte - Aussage, die auf eine Sicht hindeutet, die einem Teilsystem, der Wirtschaft, Dominanz zuschreibt: „Es geht um die Frage der Stimmigkeit im Verhältnis von Mensch und Kultur als ganzer, um die Rückbindung der menschlichen Kulturwelt - mitsamt der Dynamik der sie *bestimmenden* Wirtschaft - in das sie tragende Netzwerk einer sich ebenfalls dynamisch auslegenden Natur“ (1994, S. 54). Würde die Feststellung der Analyse von der beherrschenden Stellung der Ökonomie weiter verfolgt, wäre nicht die mangelnde Integration der verschiedenen Teilsysteme das Problem, sondern die Machtstellung eines einzigen, der Ökonomie. Ein solche Sichtweise ist in den SRU-Gutachten jedoch nicht zu finden. Vielmehr werden wiederholt die Desintegration und die mangelnde Vernetzung als der entscheidende Mangel bezeichnet.

4.7 Das gesellschaftliche Naturverhältnis

Wuppertal-Studie

Das bestehende gesellschaftliche Naturverhältnis wird nur bruchstückhaft beschrieben. Dabei wird auf der einen Seite eine im Bewußtsein der Menschen verankerte Verantwortung für Natur festgestellt, auf der anderen Seite ein falscher Umgang des Menschen mit der Natur, also ein zu kritisierendes Naturverhältnis konstatiert. Als problematisch werden dabei die mangelnde Kompatibilität anthropogenen Wirtschaftens mit natürlichen Kreisläufen sowie eine zunehmende lebensweltliche Distanz der Menschen zur Natur angesehen.

Konsens sei heute die Auffassung, daß der aufgeklärte Eigennutz eine Verantwortung bei der Nutzung von Natur impliziere: Eine Mehrheit von Ökonomen etwa erkenne, „daß zumindest irreversible Umweltschäden vermieden

werden müssen“ (S. 25). Sie gingen von der Notwendigkeit eines nicht substituierbaren „konstanten Naturkapitals“ aus mit der Folge, die Erde mit ihren Ressourcen intergenerativ treuhänderisch weitergeben zu müssen. Auf der anderen Seite sind die Autoren mit dem ausgeführten Verhältnis des Menschen zur Natur nicht zufrieden. Inkonsistent wären die unterschiedlichen Zeitmaße menschengemachter Wirtschaftskreisläufe und natürlicher Zyklen. Ökologische Systeme hätten aufgrund ihrer Komplexität oft lange Reaktionszeiten. Schädigungen würden erst nach Jahrzehnten sichtbar, die Natur könne sich nicht rechtzeitig anpassen aufgrund der zu schnellen menschlichen Eingriffe: „Die Folgen der Beschleunigung des ökonomischen Zeitmaßes eines immer Mehr und immer Schneller sind auf dem ganzen Globus längst sichtbar: die schwere Schädigung der ökologischen Wirkungsgefüge und ihrer Reaktionsmuster“ (S. 191). Ein weiteres Element der Inkonsistenz ist ein „zentraler-orientiertes“ Verständnis von Natur. „Naturesysteme“ seien immer mehr reduziert auf industrielle Zulieferfunktionen. Kritisiert wird mit diesen Punkten nicht das Ob, sondern das Wie der Naturnutzung. Kritisch gesehen wird weiterhin die zunehmende Distanz der Menschen zur Natur durch ihre städtische Lebensweise: „Die direkten Bezüge zu natürlichen lokalen und regionalen Lebensgrundlagen sind verlorengegangen, und die Dimensionen des Umweltverbrauchs und der Umweltbelastung städtischen Lebens weitestgehend aus dem Gesichtsfeld vieler Menschen verschwunden“ (S. 254).

SRU-Gutachten

Über den Status Quo des gesellschaftlichen Naturverhältnisses wird in den Gutachten relativ wenig ausgesagt. Ausführlich hingegen wird das für eine nachhaltige Entwicklung anzustrebende gesellschaftliche Naturverhältnis beschrieben (vgl. Kap. 5.7). Die Aussagen über den Stand des Naturverhältnisses befassen sich im wesentlichen mit der Schilderung von für falsch gehaltenen Sichtweisen. Daneben finden sich einige Problemzuweisungen, die die Komplexität des Naturverhältnisses und die fehlende „Retinität“, die mangelnde Vernetzung verschiedenster anthropogener Ansprüche und Logiken mit natürlichen Bedingungen, zum Inhalt haben.

Die Autoren konstatieren den bereits begonnenen Prozeß einer Naturnutzung durch den Menschen mit dem Ziel seiner Selbstentfaltung: „Andererseits überschreitet der Mensch in der technisch-wissenschaftlichen Kultur die Schwelle zu einem Daseinsverständnis, mit dem er das ihn umgreifende

Potential der Natur überhaupt erst als schöpferische Chance seiner eigenen Selbstentfaltung als Vernunft- und Freiheitswesen wahrzunehmen und konsequent auf seine humanen Möglichkeiten hin zu nutzen beginnt“ (1994, S. 54). In dieser menschlichen Orientierung auf Naturnutzung sehen die Autoren prinzipiell kein Problem. Unzureichend sei jedoch die Vernetzung anthropogener Einwirkung mit natürlichen Kreisläufen: „Als defizitär erweist sich ökonomische Nutzung technischer Errungenschaften überall dort, wo deren Nebenwirkungen in Abkoppelung von dem stets mitzuverantwortenden ökologischen Gesamtzusammenhang nicht berücksichtigt werden. Genau in diesem Defizit liegt das eigentliche Problem im Verhältnis Mensch-Natur“ (ebd.). Es gehe um die „Rückbindung der menschlichen Kulturwelt“ in das sie tragende „Netzwerk einer sich ebenfalls dynamisch auslegenden Natur“. Aufgabe sei die „Gesamtvernetzung“ aller zivilisatorischen Tätigkeiten und Erzeugnisse mit der Natur. Das Problem bestehe dabei in der „außerordentlichen Komplexität ökologischer Probleme“, in ihrer „Vernetzung mit sozial- und humanwissenschaftlichen Fragen“ (1994, S. 74). Die Komplexität der Retinitätsproblematik entstehe dabei nicht zuletzt aufgrund des Charakters der Natur als evolutiver Größe, ihrer sich „ständig neu einstellenden Fließgleichgewichte“. Ein Beispiel für die praktische Auswirkung dieser Komplexität kann im Zusammenhang mit der im Gutachten vorgenommenen Reflexion des Zusammenhanges zwischen menschlichem Mobilitätsverhalten und der Gefährdung von lebenswichtigen Umweltfunktionen betrachtet werden. Dort konstatieren die Autoren, daß in den seltensten Fällen eine eindeutige Ursachenzuordnung von Umweltgefährdung allein zum Verkehr möglich sei, wodurch Entscheidungen erschwert würden.

Das vorgefundene Bewußtsein über das gesellschaftliche Naturverhältnis, vor allem jenes, welches im Zuge der Emergenz globaler Umweltprobleme in Teilen der Gesellschaft anzutreffen ist, wird kritisiert. Die Rede ist von „beträchtlichen umweltethischen Defiziten“, etwa bei der Bewertung des anthropozentrischen Ansatzes: Bei manchen setze sich die Vorstellung fest, „Anthropozentrik gehe mit einem Ethos der Desensibilisierung gegenüber außermenschlichem Leben Hand in Hand, sie degradiere die Natur zum bloßen Material für den Menschen“ (1994, S. 53). Weiterhin wehrt sich der Umweltrat gegen eine „quasi-personale Aufladung des Naturbegriffs: „Allein der Mensch ist verantwortungsfähig und gerade dadurch konstitutiv aus der übrigen Natur hervorgehoben“ (1996, S. 52). Eine falsche Interpretation gebe es auch über die Ökologie. Die Wissenschaft von den Beziehungen zwischen Lebewesen und ihrer Umwelt habe seit den 70er Jahren angesichts der

zunehmenden Reflexion von Umweltproblemen mehr und mehr die humanökologische Frage nach dem Beziehungsgeflecht Mensch - Umwelt zum Schwerpunkt gemacht. Dies habe „eine systematische Integration des kulturellen Bereiches in das Verständnis ökosystemarer Zusammenhänge“ (1994, S. 68) zur Folge gehabt. Darüber hinaus werde teilweise eine Erweiterung der Ökologie zur „sozialen Naturwissenschaft“ angestrebt, viele deuteten heute die Ökologie als „Modell einer alternativen Wissenschaft“: „Das Konzept der Ökologie als Repräsentantin des moralischen Anspruchs einer ganzheitlichen Einbindung der menschlichen Kultur in die sie umfassende Natur wirkt bis in die Standardwerke der wissenschaftlichen Fachliteratur hinein“ (1994, S. 69). Diese Ansprüche an die Ökologie zu einer Art „Überwissenschaft“, die eine grundsätzliche Bestimmung des Verhältnisses von Mensch und Natur leisten solle und mit dem der „Anspruch auf eine normative Letztorientierung“ verbunden werde, überfordere die Ökologie als Wissenschaft. Zudem begründe ihr deskriptiver Charakter auch ihre methodische Unfähigkeit als „Leitdisziplin für eine neue Gesellschaftsordnung“. Weiter kritisiert der Umweltrat Teile der Umweltbewegung, die Natur als alleinige Orientierungsgröße und damit als „unmittelbar handlungsleitenden Wertbegriff“ verständen. Der Rückgriff auf Natur als idealer gedanklicher Fluchtpunkt sei eine klassische Strategie der Gesellschaftskritik, die sich in ihrer modernisierten Version vor allem auf die Ökologie mit ihren Theorie-modellen berufe. Der „naturalistische Fehlschluß“ liege in der Verbindung konditionaler Aussagen mit wertbehafteten Zielvorstellungen: „Von deskriptiven Aussagen über einen ‘Ist-Zustand’ kann nicht unmittelbar präskriptiv auf ein ‘Soll’ geschlossen werden“ (1994, S. 70). Die normative Überhöhung der Ökologie führen die Autoren als ein Beispiel für eine Unterminierung einer „sachgerechten“ Sustainability-Rezeption durch „einseitige Interpretation“ an: „Dies gilt zum einen im Hinblick auf eine romantisch aufgeladene Deutung von Nachhaltigkeit, die den tragenden Sinn des Sustainability-Konzeptes unmittelbar aus der Ökologie abzuleiten sucht und so Natur zur alleinigen normativen Instanz werden läßt“ (1996, S. 52).

4.8 Fazit: Problemdefinition

Nachfolgend werden die Entwicklungen, die in den beiden Studien als problematisch diagnostiziert werden, zusammengefaßt. Dabei werden nicht zu allen Fragestellungen, die den einzelnen Untersuchungsfeldern zugeordnet sind, Problemdefinitionen auftauchen. Dies liegt daran, daß dazu in diesen

Fällen in den Gutachten nichts als problematisch beschrieben wird. Das muß nicht gleichzeitig die Nicht-Behandlung dieser Fragestellungen in den Studien bedeuten. Zu einigen Fragestellungen wird zwar etwas ausgesagt, bzw. es kann eine Sichtweise abgeleitet werden, jedoch handelt es sich nicht um eine Problemdiagnose, sondern um die Beschreibung von Trends, die für eine nachhaltige Entwicklung als unstörend empfunden werden. Diese Diagnosen werden im folgenden Fazit in der Regel nicht extra benannt. Nur in einigen wenigen Fällen wird eine als unstörend angesehene Entwicklung genannt und die Diagnose des betreffenden Gutachtens damit hervorgehoben.

In der Wuppertal-Studie wird sowohl der Trend zu globaler Arbeitsteilung als auch Rationalisierung allgemein negativ bewertet. Gründe sind der mit weltweiten Transporten verbundene Ressourceneinsatz sowie der Verlust kultureller Identitäten durch die Weltmarktintegration. Der oft mit Rationalisierung gekoppelte Grad der Einbindung von Tätigkeiten in die Sphäre bezahlter Erwerbsarbeit, die Monetarisierung von Arbeit, wird ebenfalls problematisch gesehen. Die Autoren lehnen vorgenannte Trends jedoch nicht total ab, sie stört vielmehr das Ausmaß. In den SRU-Gutachten hingegen wird die Dominanz dieser Entwicklungen nicht grundsätzlich kritisiert. Beide Konzepte halten allerdings die Geschwindigkeit der Änderung anthropogener Produktionskreisläufe für problematisch, da sich natürliche Prozesse in ihrer evolutionären Langsamkeit nicht schnell genug daran anpassen könnten. Unterschiedlich wird wieder die Möglichkeit einer langfristigen Steigerung des Produktionsvolumens gesehen. Lehnen die Autoren der Wuppertal-Studie dieses grundsätzlich aufgrund von naturwissenschaftlich begründeten Grenzen des Wachstums ab, so monieren die SRU-Gutachter lediglich die Kopplung von Wachstum und Naturverbrauch und halten einen steigenden Ausstoß von Produkten prinzipiell für möglich bei stofflich geänderten Produktionsvarianten.

Bei dem in der Industriegesellschaft als dominant diagnostizierten Lebensstil problematisieren die Verfasser der Wuppertal-Studie die Ambivalenz post-materialistischer Identität, die in der gleichzeitigen Abkehr von rein materiellen Werten und dem konsuminduzierenden Drang nach Expressivität besteht. Auch die wertebasierte Selektivität von Umweltverhalten wird nicht für förderlich für einen nachhaltigen Lebensstil gehalten. Grundsätzlich jedoch haben die Autoren keine Schwierigkeiten mit der Pluralität von Werten und Lebensstilen, mit Individualisierung. In den SRU-Gutachten werden wenige Äußerungen zum herrschenden Lebensstil gemacht. Er wird

jedoch, wenn auch nicht explizit, als eher umweltschädigend angesehen: Kritisiert wird eine Diskrepanz zwischen Umweltbewußtsein und Umweltverhalten.

Soziale Nachhaltigkeit wird in der Wuppertal-Studie einmal am Stand des „sozialen Kapitals“, zum anderen an Verteilungsgerechtigkeit festgemacht. Letztere wird in der internationalen Dimension als völlig fehlend gebrandmarkt. Diese Diagnose von der starken globalen Asymmetrie der Ressourcennutzung ist Ausgangspunkt des für die Studie zentralen Konzepts Umweltraum. Dazu werden ungleiche Verhältnisse bezüglich der Übernahme globaler Umweltrisiken sowie der Ausgestaltung des Handels festgestellt. Innerhalb nationalstaatlicher Grenzen endet diese Problemdiagnose der Ungerechtigkeit. Hier wird das Augenmerk auf den Rückgang von sozialen Bindungen und Solidarpotentialen, auf abnehmendes „soziales Kapital“, gelenkt. Dieses wird ebenso auf internationaler Ebene vermißt, wo ein Aufbau von solidarischen Netzen aufgrund großer Distanzen zwischen den Menschen für schwierig gehalten wird. In den SRU-Gutachten hingegen wird von einer Verteilungsgerechtigkeit nicht gesprochen. Kritisiert wird der ungleiche Entwicklungsstand der Volkswirtschaften. Weitere Elemente sozialer Nachhaltigkeit werden dort nicht thematisiert.

Übereinstimmend werden als Schwächen im politischen System die Kurzzeitorientierung, zu wenig Partizipation der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung sowie ein mangelndes Integrationsniveau, eine zu additiv ausgerichtete Kombination sektoraler Politiken, konstatiert. In der Wuppertal-Studie wird zudem eine Entsachlichung von Politik zugunsten von populistischen Politikerhaltungen bemängelt. Ein weitere, ebenfalls zu Politikverdrossenheit führende Tendenz sei das zunehmende Informationsgefälle in der Gesellschaft. In den SRU-Gutachten hingegen wird an verschiedenen Stellen der zu starke Einfluß von Partikularinteressen auf Entscheidungsfindungsprozesse gerügt, wenn sich auch eine allgemein formulierte, explizite Kritik der Dominanz von Partikularinteressen dort nicht findet. Eine Gefahr sehen die SRU-Gutachter in der Genese von Überzeugungskonflikten, insbesondere bezüglich von Fragen der richtigen Umweltnutzung. Weiterhin betonen sie die „Herausforderung“ einer Ausweitung von Staatsaufgaben durch das Nachhaltigkeitserfordernis. Problematisch könnte dabei die freiheitsbeschränkende Wirkung einer derartigen Erweiterung des Eingriffsgebietes des Staates werden.

Die Globalisierung wird in der Wuppertal-Studie auf ökonomischem Gebiet für problematisch gehalten. Als Gründe werden der hohe Ressourcenverbrauch und eine Monotonisierung von Kultur angeführt. Aber auch in der Wirkung auf die politische Sphäre habe die Globalisierung ihre problematischen Auswirkungen. Politische Krisen, etwa der Golf-Krieg, seien verursacht durch globale ökonomische Abhängigkeiten. In den SRU-Gutachten wird der Prozeß der Globalisierung nicht als Problem benannt. In der funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft in verschiedene Teilsysteme mit eigenen Logiken hingegen wird in beiden Konzepten ein Hindernis für Nachhaltigkeit gesehen. Beklagt wird in beiden Konzepten die mangelnde Integration verschiedener Teilsysteme, in der Wuppertal-Studie zusätzlich die Eigenlogik von Wirtschaft und Politik.

Der prinzipielle Anspruch des Menschen auf Nutzung der Natur, die Zuschreibung bestimmter Funktionen der Natur für den Menschen, wird in beiden Studien nicht als problematisch angesehen. Beide Konzepte bescheinigen dem gesellschaftlichen Naturverhältnis jedoch eine nicht nachhaltige Inkonsistenz zwischen anthropogenen Produktionskreisläufen und natürlichen Zyklen. Der Umweltrat sieht darin vor allem eine Schwierigkeit der Vernetzung und damit ein Komplexitätsproblem, die Wuppertal-Studie führt vorwiegend die lebensweltliche Distanz des Menschen zur Natur als eine Ursache der diagnostizierten Inkompatibilität an. Während die Wuppertaler Autoren eher eine falsche Lebensweise diagnostizieren, beklagt sich der Umweltrat über falsche Vorstellungen vom richtigen gesellschaftlichen Naturverhältnis im Zuge der gesellschaftlichen Reflexion der Umweltkrise. Kritisiert wird eine falsche Kritik des anthropozentrischen Ansatzes, die Vorstellung von der Ökologie als normativer Leitwissenschaft sowie eine die Menschenwürde gefährdende biozentrische Naturaufwertung.

Übersicht 1: Problemzuschreibungen

	Wuppertal	SRU
Produktion		
Arbeitsteilung	Globalisierung Rationalisierung	
quantitative Entwicklung	Wirtschaftswachstum	Kopplung von Wachstum und Naturverbrauch
Strukturwandel	hohe Dynamik	hohe Dynamik
Arbeitsform	Monetarisierung	
Lebensstile		
dominante Ausprägung	Ambivalenz postmaterialistischer Identität kompensatorischer Konsum Selektivität von Umweltverhalten	Diskrepanz von Umweltbewußt- sein und Umweltverhalten etwas zu viel Konsum etwas zu hohe Gewichtung von Individualität
Normativität	<i>unproblematisch: Individualisierung</i>	
Pluralität	<i>unproblematisch: Pluralität von Werten,</i>	
Soziale Nachhaltigkeit		
globale Dimension	Verteilungungerechtig- keit unfairer Welthandel wenig soziales Kapital	ungleicher Entwicklungsstand der Ökonomien <i>kein Verteilungsproblem</i>
intranationale Dimension	<i>kein Verteilungsproblem -</i> wenig soziales Kapital	<i>kein Verteilungsproblem</i>

	Wuppertal	SRU
Politik Entscheidungsfindung Staatsaufgaben	Kurzzeitorientierung wenig Partizipation geringes Integrationsniveau, (additive Politik) Populismus, Entsachlichung Informationsgefälle	Kurzzeitorientierung wenig Partizipation geringes Integrationsniveau, (additive Politik) mächtige Partikularinteressen Gefahr von Überzeugungskonflikten Ausweitung
Regionalisierung/ Globalisierung ökonomische Struktur politische Struktur	Globalisierung Krisen durch globale Abhängigkeiten	
Funktionale Differenzierung Gesellschaftsebene	hohe Ausdifferenzierung	hohe Ausdifferenzierung
Gesellschaftliches Naturverhältnis alltagsweltliches Verhältnis Naturfunktionen für den Menschen Naturnutzungsmodus Bewußtseinssebene	Distanz des Menschen zur Natur Inkonsistenz anthropogener- und natürlicher Zyklen	-mangelnde Vernetzung von Kultur und Natur Komplexität falsches Bewußtsein vom Naturverhältnis

5 Das Gesellschaftsmodell in den Konzepten: Nachhaltigkeitsvorstellungen

Im vorherigen Abschnitt wurden für die einzelnen Untersuchungsfelder die Diagnosen und Problemzuschreibungen in den beiden Studien herausgearbeitet. Daran anknüpfend wird im folgenden beschrieben, welche Problemlösungsansätze gemacht werden, welche Nachhaltigkeitsvorstellungen propagiert werden. Gefragt ist nach dem prospektiven Modell nachhaltiger Gesellschaft.

Dabei können Zwecke und Mittel häufig nicht trennscharf abgegrenzt werden. Wenn etwa entschleunigter Diskurs mehr Partizipation erbringen soll, kann ersteres als Mittel zum Zweck Partizipation aufgefaßt werden. Partizipation kann aber mit gleicher Berechtigung als Mittel zum Zweck Akzeptanz, etwa von Konsumeinschränkungen, begriffen werden, letztere wiederum als Mittel für den Zweck der Dezentrierung von Arbeit, ein Mittel für eine Dematerialisierung der Produktion, die ihrerseits Mittel zur Nachhaltigkeit ist. Das Beispiel zeigt, das verschiedene Stufen auf der Leiter zur Nachhaltigkeit Zweck und Mittel zugleich sind. Doch eine Zweck-Mittel-Hierarchie kann daraus nicht abgeleitet werden. Sicher ist nur, daß die oberste Sprosse Nachhaltigkeit bedeutet. Die Stufen können auch anders geordnet werden. Die Dezentrierung der Arbeit kann etwa ebenso als Mittel zum Zweck des entschleunigten Diskurses dienen. Es ist auch möglich, Stufen zu überspringen. Entschleunigter Diskurs kann auch direkt Mittel für die Dezentrierung von Arbeit sein oder direkt Mittel für Nachhaltigkeit. Eine eindeutige Zweck-Mittel-Zuordnung macht keinen Sinn. In jedem Fall hingegen können Zwecke und Mittel als *Nachhaltigkeitsvorstellung* deklariert werden.

Neben der von den Autoren gewünschten Entwicklungsrichtung, der Nachhaltigkeitsvorstellung, werden die Handlungsempfehlungen aufgeführt, die als tauglich befunden werden. Handlungsempfehlungen können in einem weiteren und einem engeren Sinne aufgefaßt werden. Handlungsempfehlungen in einem weiteren Sinne sind die Mittel zur Erreichung von bestimmten Zwecken. Wenn zum Beispiel ein entschleunigter Diskurs zur Erreichung höherer Partizipation gefordert wird, wäre ersterer eine Handlungsempfehlung zur Erreichung des Zweckes Partizipation. Problematisch bei diesem weiten Gebrauch von Handlungsempfehlung ist die oben angesprochene

schwierige Trennung zwischen Zwecken und Mittel. Im Beispiel würde entschleunigter Diskurs als Handlungsempfehlung gelten, er könnte jedoch genauso gut als eigenständiger Zweck aufgefaßt werden. Eine engere Deutung von Handlungsempfehlung dagegen orientiert sich an unmittelbaren Handlungsaufforderungen an Akteure. Die oben angesprochene Gefahr einer Deklaration eines Zweckes als Handlungsempfehlung ist dabei weniger möglich, wenn auch nicht vollständig entschärft.

Handlungsempfehlungen im weiteren Sinne sind integriert in die folgenden Beschreibungen von Nachhaltigkeitsvorstellungen in den einzelnen Untersuchungsfeldern. Danach wird eine Übersicht gegeben über die gesamten Nachhaltigkeitsvorstellungen in beiden Studien. Handlungsempfehlungen im beschriebenen engeren Sinn werden am Ende des Kapitels nochmal gesondert behandelt. Schwerpunkt der Untersuchungen sind jedoch die Nachhaltigkeitsvorstellungen.

5.1 Das Produktionskonzept

Wuppertal-Studie

In der Studie werden aus dem übergeordneten Ziel der Reduktion von Stoffströmen Erfordernisse einer Strukturänderung der Produktion in Richtung Begrenzung des Wirtschaftswachstums, verstärkter Tertiarisierung, Regionalisierung, Derationalisierung sowie Entmonetarisierung abgeleitet. Inwieweit diese Erfordernisse dabei *auch* den Rang eigenständiger Ziele aufweisen oder lediglich hinzunehmende Folgen sind, ist aus den Darstellungen nicht klar zu entnehmen. In jedem Fall hingegen lassen sich die für notwendig gehaltenen Entwicklungen als Elemente eines geänderten Produktionskonzepts begreifen. Die Entwicklungen in Richtung Regionalisierung und Derationalisierung sind dabei nicht umfassend angedacht, sondern werden in Kombination mit einem weiterhin existentem hochproduktiven globalen Sektor gefordert.

Die Erreichung einer natürlichen Zeitdimensionen angemessenen Dynamik der Ökonomie erfordere die Reduktion der umgesetzten Massen und Energieströme: „Nur müssen Wirtschaftssysteme lernen, mit wesentlich weniger Massen und Energie umzugehen, um in einem entschleunigten Wirtschaftsprozess natürliche oder auch evolutionäre Entwicklungen erkennen, zulassen oder sogar konstruktiv mitgestalten zu können“ (S. 192). Weniger Wirt-

schaftswachstum wird zwar nicht als eigenständiges Ziel, jedoch als Implikation der notwendigen Reduktion von Stoffströmen angesehen (vgl. Kap. 4.1). Die Höhe des zulässigen Wachstums ist national differenziert. Sie ergibt sich aus dem Umweltraum, der die Grenzen der Umweltnutzung bei globaler Pro-Kopf-Parität anzeigt und für jedes Land verschieden berechnet werden kann. So dürfe der Ressourcenverbrauch und damit die Wirtschaft in Ländern des Südens noch ein Stück wachsen, bevor diese langfristig auch ihr Wachstum stabilisieren müßten. In den Industrieländern hingegen seien Reduzierungen zwingend. Für die BRD etwa werden Rückgänge des Ressourcenverbrauchs um 50-90% errechnet. Diese ließen sich nicht durch Effizienzsteigerungen erreichen, sondern nur durch Reduktion des Ausstoßes an Gütern. Die in der Tabelle aufgeführten Reduktionsziele basieren auf einer Quantifizierung des deutschen Umweltverbrauchs durch Produktion und Konsum. Die Autoren konstatieren zwar Schwierigkeiten bei der Bilanzierung aufgrund der komplexen Weltwirtschaftsstruktur, versuchen jedoch, die Wirkungen des Außenhandels über das Prinzip der „ökologischen Rucksäcke“, das Umweltwirkungen in anderen Ländern berücksichtigt, einzubeziehen.

Die Anforderungen der Dematerialisierung wie etwa die Langlebigkeit oder gemeinsame Nutzung von Produkten induzierten eine Verstärkung des Tertiärisierungstrends. Es müsse mehr vermietet und organisiert statt produziert werden. Dieser relative Anstieg bei den nicht produktionsbezogenen Dienstleistungen solle jedoch den für notwendig erachteten Rückgang der stofflichen Produktion nicht kompensieren, um doch noch auf das von vielen erhoffte Wirtschaftswachstum zu kommen. Auch die Tertiärisierung habe ihre Grenzen, eine durchmonetarisierte Gesellschaft sei eine „Horrorvision“. So soll der verstärkte Tertiärisierungstrend nichts an der für unausweichlich gehaltenen Begrenzung der gesamten Wirtschaftsleistung ändern. Geringerer Ressourcenverbrauch führe zu einer „Verringerung des Volumens an Erwerbsarbeit“ (S. 357), was nicht mit einer Verringerung der Arbeit zu verwechseln wäre. Es steige der Anteil von Eigenarbeiten wie der „Anbau von Nahrungsmitteln, das Reparieren vieler Produkte, die Herstellung von lebenswichtigen, einfacheren Gebrauchsgegenständen, das Umbauen von Häusern und Wohnungen, Nachbarschaftsmedizin und soziale Hilfe“ (ebd.).

Umweltindikator	kurzfristig (bis 2010)	langfristig (2050)
Ressourcenentnahme		
Primärenergieverbrauch	-30 %	min. -50%
Fossile Brennstoffe	-25%	-80 bis 90%
Kernenergie	-100%	
Regenerative Energien	+3 bis 5 % pro Jahr	
Material		
Nicht-erneuerbare Rohstoffe	-25%	-80 bis 90%
Materialproduktivität	+4 bis 6 % pro Jahr	
Fläche		
Siedlungs- und Verkehrsfläche	absolute Stabilisierung	
Landwirtschaft	flächendeckend Öko-Landbau Regionalisierung der Nährstoffkreisläufe	
Stoffabgaben/Emissionen		
CO ₂	-35%	-80 bis 90%
Synthetischer Dünger	-100%	
Biozide in der Landwirtschaft	-100%	
Bodenerosion	-80 bis 90%	

Tab. 4: Reduktionsziele des Wuppertal- Instituts (Auszug)

Eine weitere Änderung sei die Ablösung weltweiter Arbeitsteilung durch regionale Kreisläufe: „Statt globaler Roboterfabriken entstehen dezentrale Werkstätten, statt großer Stahlwerke ‘Minimills’ ...“ (S. 203). Dadurch würden „anspruchsvollere“ Arbeitsplätze entstehen, die zusätzlich auch konkurrenzfähiger seien: „Kleine Mengen können mit Facharbeitern schneller und flexibler gefertigt werden als mit vollautomatischen Fertigungsstraßen - und zudem meist billiger“ (ebd.). Die Regionalisierung soll demnach mit einer Derationalisierung gekoppelt sein. Weiterhin entstehe durch mehr Instandsetzungsarbeiten anstatt dauernder Neuproduktionen aufgrund des höheren Anteils manueller Fertigkeiten auch noch ein „positiver Arbeitsmarkteffekt“. Die Wiederausweitung oder gebremste Abnahme des Arbeitsvolumens durch eine zumindest teilweise Derationalisierung scheint an dieser Stelle ein will-

kommener Nebeneffekt zu sein, während in anderen Zusammenhängen zum Beispiel mehr freie Zeit als positives Element eines neuen Lebensstils gewertet wird. So bezeichnen die Autoren im Zusammenhang mit der Propagierung einer ökologischen Steuerreform den Faktor Arbeit als „gutes Ding“, dessen Zunahme im Rahmen einer Reform ein Anlaß zur Freude sei.

Die anvisierte Entglobalisierung und Derationalisierung ist von den Autoren anscheinend nicht umfassend angedacht. So heißt es im Zusammenhang mit ihrer Reflexion der Wirtschaftsverträglichkeit des Konzepts: „Zunehmende Arbeitsteilung und Verflechtung erfordern geradezu verschiedenste Formen gesellschaftlicher Kooperation“ (S. 374). In ihrem Kapitel über die Verteilung von Arbeit ist von einem „weltmarkt-orientierten Hochlohnsektor“ die Rede (S. 356). Welche Sektoren oder welche Anteile innerhalb verschiedener Produktionsbereiche noch hochdotiert an der weltweiten Arbeitsteilung teilhaben sollen, geht jedoch aus den Ausführungen nicht näher hervor.

Letztlich sollen alle in der Studie aufgeführten Handlungsempfehlungen den beschriebenen Strukturwandel fördern. Dazu gehören Veränderungen in der politischen Struktur, gemeinsame Lernprozesse mit Ländern des Südens, eine neue Wirtschaftspolitik sowie ein Wertewandel. Zwei Hauptstrategien lassen sich unterscheiden: Das Vertrauen auf die Einsicht der Menschen und die Rahmensetzung in einer ökologischen Marktwirtschaft. Letzere soll hauptsächlich durch eine über ökologische Steuern erzwungene Internalisierung heute noch externer Kosten, etwa der Transport- und Rohstoffpreise, geschehen. Die Hoffnung auf Einsicht basiert im wesentlichen auf aufgeklärtem Eigennutz der Individuen, welcher einerseits die höhere Kompatibilität der beschriebenen Produktionsstruktur mit dem Ziel eines guten Lebens reflektiert und sich andererseits in der Befriedigung am Pionierdasein für eine global gerechte und nachhaltige Lebensweise widerspiegelt.

SRU-Gutachten

Die Zielvorstellung in den SRU-Gutachten bezüglich einer nachhaltigen Produktionssphäre läßt sich auf die Formel einer naturverträglichen hohen Produktivität der Wirtschaft bringen.

Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch, eine die Umweltfunktionen erhaltende Wirtschaft soll durch eine „zirkuläre“ Ökonomie geschehen. Diese Aufgabe könne fallspezifisch durch Reduktion, Substitution oder Transformation geleistet werden. Additive Umweltschutztechnologien seien durch eine Strategie prozeß- und produktintegrierten

Umweltschutzes, in der die Rohstoffnutzung und der Energieverbrauch ins Blickfeld rücken sollten, zu ersetzen. Ein solches Modell „verschließe sich nicht grundsätzlich“ der Steigerung wirtschaftlicher Produktivität. Der Strukturwandel muß damit etwa nicht zwangsläufig eine Dematerialisierung beinhalten. Eine Steigerung der Produktivität wird vielmehr in jedem Fall für unabdingbar zur Erreichung von Umweltzielen gehalten: „Ansprüche an das Bruttosozialprodukt, wie eine verbesserte Güterversorgung sowie Umwelt-, Beschäftigungs- und Arbeitszeitverkürzungsziele könnten auf Dauer nicht über das hinausgehen, was an Produktivitätswachstum erwirtschaftet wird“ (1994, S. 15). Weiterhin wird eine Steigerung der Produktivität als „wichtige Voraussetzung für die im Sustainability-Konzept angelegte Grundforderung nach sozialer Entwicklung der Menschheit“ angesehen. (1994, S. 48).

Zur Lösung des festgestellten Problems der im Vergleich zu natürlich-ökologischen Anpassungsprozessen zu hohen Geschwindigkeit von Veränderungen der anthropogenen Ökonomie wird in den Gutachten keine genauere Aussage gemacht. Im Anschluß an die Problemschilderung findet sich lediglich der Hinweis auf die Notwendigkeit der Einhaltung der „Tragekapazität der natürlichen Umwelt“, die durch zirkuläre Ökonomie gewährleistet werden könne.

Bezüglich der Wünschbarkeit eines Wirtschaftswachstums findet sich keine explizite Aussage. Auch bei bejahter steigender Produktivität kann das Wirtschaftsvolumen prinzipiell sinken, das heißt es würde kein weiteres Wirtschaftswachstum geben. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die Autoren von weiterem Wirtschaftswachstum auch bei Nachhaltigkeit ausgehen. Erstens ist letzteres nicht als Problem festgehalten worden. Weiterhin findet sich im Rahmen der Ausführungen zu Auswirkungen einer Erhöhung von Raumwiderständen die erleichterte Feststellung, daß dies langfristig keinen Wachstumsverlust bedeuten müsse. Jede Verteuerung von Transporten müsse zwar kurzfristig zu Wachstumseinbußen führen, mittel- und langfristig jedoch schlage die Wirtschaft „einen anderen Wachstumspfad ein“ (1994, S. 39). Für eine positive Haltung des Rates zum immerwährenden Wirtschaftswachstum spricht auch die positive Wertung der Erweiterung des Arbeitsvolumens. So heißt es im Zuge der Reflexion des Verhältnisses von Umwelt und Wirtschaft, Umweltpolitik solle nicht durch Beschäftigungspolitik begründet werden und umgekehrt. Dies unterbinde jedoch nicht von der Pflicht, bei „Wahlmöglichkeiten die umweltpolitische Maßnahme mit positiven Nettoeffekten der Beschäftigung zu ergreifen“ (1996, S. 18).

Der anvisierte Strukturwandel besteht aus technischen Elementen einer „integrierten Umwelttechnik“ wie Effizienz, Substitution und Zirkularität im Rahmen einer Stoffstrompolitik. Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit werden noch am Rande erwähnt, über Potentiale zur gemeinsamen und mehrfachen Nutzung von Produkten etwa ist nichts zu finden. Lediglich an einer Stelle wird angemahnt, „nicht allein auf eine dauerhafte Wirksamkeit der technischen Reduktionspotentiale im Energieverbrauch zu hoffen.“ (1994, S. 21) Es müßten auch Verhaltensänderungen zur Senkung des Pro-Kopf-Verbrauchs aktiviert werden. Genauere Hinweise werden dazu jedoch nicht gegeben.

Zu den Handlungsempfehlungen zur Erreichung des Strukturwandels in Richtung einer hochproduktiven, zirkulären Ökonomie können im weiteren Sinne letztendlich sämtliche Maßnahmen gezählt werden, die in den Gutachten auf den verschiedensten Ebenen vorgeschlagen werden. Als zentrale Strategie sind Vorschläge zur Institutionalisierung eines einheitlichen Verfahrens zur gesellschaftlichen Normierung der Tragekapazität der Natur (vgl. Kap. 5.4) sowie ordnungsrechtliche und marktwirtschaftliche Instrumente zur Steuerung der Wirtschaft im Rahmen der derart festgestellten Grenzen zu nennen.

5.2 Lebensstile

Wuppertal-Studie

In der Studie wird klar ein bestimmter zukunftsverträglicher Lebensstil gezeichnet. Er enthält folgende zusammenhängende Elemente:

- Konsumorientierung auf Sparsamkeit, gemeinsame Nutzung und Langlebigkeit
- Priorität von freier Zeit
- Mischung von Eigen- und Erwerbsarbeit
- Verstärkung kommunitärer Elemente

Die Autoren gehen davon aus, daß dieser im folgenden näher beschriebene Lebensstil Dominanz erringt - ohne wie auch immer geartete Druckmittel.

Leitbild für die geänderte Konsumorientierung sei der „ressourcenleichte Konsum“. Weiterhin löse die Orientierung an „Zeitwohlstand“, der Verfügung über Gestaltungsoptionen der eigenen Lebenszeit, in einer „nachmate-

rialistischen Gesellschaft“ die bisher geltende Lebensregel „Mehrarbeit=Mehrgeld=Mehrglück“ ab. An die Stelle der dominierenden Erwerbsarbeit trete eine „neue Mischung und Bewertung von Geld und Zeit, von Fremdarbeit und Eigenarbeit, von Beruf und Familie“ (S. 358).

Dazu hilfreich sei eine Aufwertung kommunitärer Elemente, mit Nachbarschaften und Netzwerken, die den sozialen Halt für die Mischform von Eigen- und Erwerbsarbeit lieferten. Die Null-Optionen seien dann am besten zu verwirklichen, wenn „in Gemeinden und Nachbarschaften sich Netzwerke und Institutionen herausbilden, wo nicht-kommerzielle Tätigkeiten, die einem selbst und anderen zugute kommen, einen sozialen Halt finden“ (S. 222). Als Beispiele solcher Institutionen werden kommunale Selbsthilfswerkstätten oder LETS-Systeme (Local Exchange and Trading Systems) angeführt. Unterstützend wirken soll auch ein abgeändertes städtebauliches Konzept. Genannt werden neue Siedlungsstrukturen mit mehr Nutzungsmischungen, mehr öffentlichen Plätzen und mehr Möglichkeiten für Eigenarbeiten in Form von Reparaturleistungen, Wohnraumsanierung, Gärtnern oder Nahrungsmittelproduktion“ (S. 236). Auch die ebenso geforderte Renaissance primärer Sozialisations- und Pflegefunktionen könne zur Reduktion des Flächenverbrauchs und einem ressourcensparenden Rückbau öffentlicher Infrastruktur führen. Würden etwa die Angehörigen wieder vermehrt zu Hause gepflegt, würden Fläche und Zuwegung von Altersheimen samt der entsprechenden Verwaltungsstruktur eingespart. Insgesamt gelte es, „eine dichtere zivile Gesellschaft zu schaffen mit Austausch- und Solidaritätsbereichen, die in ihr selbst verankert sind ...“ (S. 359). Es gehe um „freiwillige Solidargemeinschaften wie Nachbarschaftsgruppen, Selbsthilfegruppen und Organisationen, die kollektive Dienstleistungen übernehmen“ (ebd.). Dabei grenzen die Autoren sich ab von der Vorstellung einer „Gemeinschaft kleiner Gruppen“, in denen „sich Individuen zu einer Art selbstgenügsamer Großfamilie“ zusammentäten. Derartige Utopien übersähen, „daß das Verlangen nach Unabhängigkeit überall unsere Kultur prägt“ (S. 360). Es solle keine neue Heimat jenseits von Wohlfahrtsstaat und Markt geschaffen werden. Die Solidargemeinschaften böten lediglich die Möglichkeiten, „mehr soziale Fairneß zu praktizieren und mehr reale Solidarität zu leben“ (ebd.). Das Verhältnis von Individualität und Kommunarität wollen die Autoren aber nicht vorschreiben. Es solle der Gesellschaft überlassen werden: „Wir sind der Meinung, daß unsere Gesellschaft entscheiden muß, welche Mischung aus individuellen Freiheiten und kommunitären Pflichten, selbstorganisierten und kommerzialisierten Sozialbeziehungen ihr gut bekommt“ (S. 174).

Ansonsten finden sich zur Normativität des als zukunftsfähig anvisierten Lebensstils im Text keine expliziten Aussagen. Lediglich im Rahmen eines Plädoyers für eine pluralistische Gesellschaft wird die Wahlfreiheit, allerdings in Verbindung mit sozialem Denken, positiv hervorgehoben: „Sie (die pluralistische Gesellschaft) weist einen Reichtum menschlicher Möglichkeiten auf, räumt unterschiedlichen Menschen die Freiheit ein, die ihnen zuzugewandte Möglichkeit zu leben, und verbindet diese Freiheit, indem sie sie allen gewährt, mit sozialer Fairneß und Gemeinsinn“ (S. 351, Einfügung vom Autor). Inwieweit die angemahnte „Verbindung der Freiheit mit sozialer Fairneß“ den Lebensstil in der vorgestellten Entwicklungsrichtung normiert, bleibt unklar. Die Autoren betonen jedoch an verschiedenen Stellen immer wieder die Freiwilligkeit der genügsamen und kommunitären Orientierungen. Sie gehen anscheinend davon aus, daß die Mischung aus Einsicht und ökonomischer Rahmensetzung andere Lebensstile nicht in nennenswertem Umfang hervorbringt.

Folgende Handlungsempfehlungen zur Erreichung des zukunftsfähigen Lebensstiles sind in der Studie auszumachen: Der Anstoß für einen Wende des Lebensstils hin zu höheren kommunitären Anteilen komme nicht durch große soziale Umwälzungen, sondern durch einen dynamischen Prozeß der Gewinnung von Einsicht: Die Entwicklung sei „vorstellbar als kulturelle Wende, als zivilisatorischer Prozeß. Nicht Prinzip, das ausgeführt wird, sondern prozessierender Kompromiß“ (S. 360). Auch für die Wende zu ressourcensparendem, dematerialisiertem Konsum bauen die Autoren auf die Veränderung durch Lernprozesse: Es schein fast so, „als ob die Wohlstandsgesellschaft nach ihrem atemlosen Erfolg wieder Erfahrungen hervortreibt, die eine deutliche Resonanz mit den klassischen Lehren zur guten Lebensführung haben“ (S. 224). Die anvisierte Einfachheit als Teil der Lebenskunst sei Ästhetik und keine Quälerei.

An anderer Stelle wird auf die Bedeutung des ökonomischen, politischen und rechtlichen Rahmens hingewiesen: Soziale Fairneß und Gemeinsinn entstünden nicht durch die Postulierung von Moral, sondern „durch die gesellschaftlich-ökonomische Praxis selbst und durch rechtlich und politisch gesetzte Rahmenbedingungen“ (S. 351)

SRU-Gutachten

Bezüglich eines anzustrebenden nachhaltigen Lebensstils findet sich lediglich ein allgemeiner Hinweis auf die Notwendigkeit eines Bewußtseins- und

Wertewandels. Ein größeres Maß an Verantwortung der Industrienationen gelte „insbesondere aber auch für eine entsprechend umweltgerechte Neuausrichtung der Verbrauchermentalität“ (1994, S. 49). Über das Ausschöpfen der „reichen technischen und organisatorischen Möglichkeiten hinaus“ sei letztlich ein „grundlegender Bewußtseins- und Wertewandel sowie ein darauf aufbauendes neues Verständnis von Lebens- und Umweltqualität und somit die Einbeziehung ökologischer Faktoren in die Vorstellung des einzelnen von Wohlstand und Fortschritt erforderlich“ (ebd.). Die Verfasser sprechen von einem „Ethos integrierter Verantwortung, einer neuen „Gesamtbewußtseinslage“, die eigene Präferenzen ebenso einschließe, wie sie den „konstruktiven Grundlinien neuzeitlicher Entwicklung“ Rechnung trage (1994, S. 25). Dieses Ethos müsse vom Grundgedanken der Nachhaltigkeit getragen sein und die Bereitschaft zur Abwägung und zum Kompromiß beinhalten. Es ließen sich drei Konfliktfelder ausmachen, „die Verantwortung des Menschen für seine natürliche Umwelt, die Verantwortung des Menschen für seine soziale Mitwelt und auch die Verantwortung des Menschen für sich selbst“ (1994, S. 12). Entsprechend existierten ökologische, soziale und individuelle Erfordernisse für die ethische Urteilsfindung. Aussagen substantieller Art über mögliche Ergebnisse dieser für notwendig gehaltenen Abwägung, die einen bestimmten Lebensstil charakterisieren könnten, werden allerhöchstens sehr vage getroffen. Wie weiter oben ausgeführt (vgl. Kap. 4.2), besteht etwa die Vorstellung, daß der Umweltverbrauch in bestimmten Bereichen reduziert werden muß, was mit Einschränkungen (z.B. Tempolimit) verbunden sein wird.

Für die Umsetzung dieser äußerst undeutlichen Veränderungsstrategien sei der „prägende Einfluß institutioneller Leitbilder und Organisationskulturen“ auf Urteils- und Verhaltensgewohnheiten der Bürger zu beachten. Notwendig sei ein gleichzeitiger „Veränderungsprozeß der Handlungs- und Entscheidungsgewohnheiten der zentralen gesellschaftlichen Institutionen (Verwaltungen, Verbände, Parteien) und der Unternehmen“ (1994, S. 35). Ein weiteres wichtiges Instrument zur Erlangung des angemahnten „Sustainability-Ethos“ ist für den Rat die Umweltbildung in Schule, Hochschule, Berufsausbildung und Weiterbildung.

Im wesentlichen jedoch scheint sich die Notwendigkeit einer Änderung des Lebensstils für den Sachverständigenrat nicht zu stellen, da ansonsten keine Problematisierung dieses Bereiches zu finden ist. Zukunftsfähiger Konsum wird trotz der oben angeführten Hinweise auf die Problematik zunehmenden

privaten Verbrauchs anscheinend fast allein über die auf eine verfahrenstechnische Änderung von Produktionsverfahren focussierte Konsistenzstrategie, die die dauerhafte Kompatibilität anthropogener Stoffkreisläufe mit natürlichen Kreisläufen durch eine zirkuläre Ökonomie sichern will, gewährleistet.

5.3 Soziale Nachhaltigkeit

Wuppertal-Studie

Wesentliche Elemente des Konzepts sozialer Nachhaltigkeit in der Wuppertal-Studie sind ein Gerechtigkeitskonzept und eine Strategie der „Stärkung des sozialen Kapitals“, der Vitalisierung sozialer Beziehungen. Bei den Gerechtigkeitsvorstellungen sind ein explizites internationales Gerechtigkeitskonzept und eine implizite intranationale Gerechtigkeitsvorstellung zu unterscheiden. Das Konzept internationaler Gerechtigkeit baut im wesentlichen auf einer verteilungsgerechten Ressourcennutzung auf. Dieses Herangehen wird intranational nicht fortgesetzt. Dort werden zwar bestimmte Elemente von Verteilungsgerechtigkeit wie etwa gleicher Zugang zur Erwerbsarbeit gefordert, nicht aber eine Verteilungsgerechtigkeit in Form einer paritätischen Nutzung von Ressourcen oder einer Einkommensgerechtigkeit. Stattdessen streben die Autoren intranational eine Stärkung „sozialen Kapitals“ an.

Zur internationalen Gerechtigkeit äußern sich die Autoren folgendermaßen: Volle Gerechtigkeit sei ein „fernes, möglicherweise unerreichbares Ziel“ (S. 266), „Annäherungen“ seien jedoch möglich. Gerechtigkeit sei weiterhin nicht mit Gleichförmigkeit zu verwechseln. Vielmehr sei Chancengleichheit die „politische Gestalt“ der Gerechtigkeit zwischen Norden und Süden: „Nicht einmal das gleiche Quantum an materiellen Gütern muß das Ziel der Gleichheit zwischen Menschen sein, wohl aber die Gleichheit der Lebens- und Entwicklungschancen“ (S. 269). In ihrem globalen Gerechtigkeitskonzept bezüglich der Nutzung von Umwelt unterscheiden die Autoren zwischen globalen Umweltgütern einerseits und Primärrohstoffen andererseits. Das Recht auf Nutzung der globalen Umweltgüter wie etwa die Beladung der Atmosphäre mit CO₂ oder der Flächenverbrauch solle im *internationalen* Maßstab paritätisch verteilt sein, d.h. jeder hat das Recht auf gleiche Nutzung dieser Ressourcen. Anderes soll bei den Rohstoffen gelten: Aufgrund „bemerkenswerter Unterschiede zwischen den Kulturen“ wäre es „ökolo-

gisch, ökonomisch und kulturell unangemessen, weltweit gleiche Rechte für einzelne Rohstoffe zu formulieren“ (S. 35). Der Umweltraum sei „regional unterschiedlich zusammengesetzt“. Der Verbrauch dieser Rohstoffe brauche nur in der Summe den globalen Umweltraum nicht zu überschreiten. Es brauche „kein weltweit identischer Warenkorb“ identifiziert zu werden, sondern nur ein „zukunftsfähiger Gesamtumsatz“. Der dergestaltige ökologische Strukturwandel sei zwar eine Voraussetzung von Gerechtigkeit, jedoch nicht hinreichend: Zur Chancengleichheit gehöre weiterhin die Abkehr vom „unfairen Welthandel“.

Die Industrieländer schädigten die Armen im Süden „weit weniger durch das, was sie ihnen an Hilfe vorenthalten, als durch das, was sie für sich selbst in Anspruch nehmen“ (S. 266). Die erste Maßnahme „guter Nachbarschaft“ sei es daher, die „ökologische Erneuerung im eigenen Haus“ voranzubringen. Weiterhin gehe es um einen fairen Handel. Maßnahmen dazu seien der Verzicht der Europäischen Union auf Einfuhrzölle für weiterverarbeitete Produkte, ein Abbau der Exportsubventionen für die eigenen Agrarprodukte, ein Verbot von Giftmüllexporten sowie eine „faire Beteiligung“ der Südstaaten an den Gewinnen aus der Artenvielfalt. Außerdem gehe es um eine „sinnvolle“ Entschuldung, die teilweise mit der Einhaltung ökologischer und menschenrechtlicher Standards gekoppelt werden müsse. Denkbar sei auch die Erhebung einer Welthandelssteuer, die dem Süden zugute kommen solle. Komplementär werden Maßnahmen mit dem Zwecke eines „Chancenausgleiches“ auf dem Gebiet des Managements globaler Umweltnutzung vorgeschlagen. Genannt werden Ausgleichszahlungen im Rahmen internationaler Umweltschutzabkommen, eine Beteiligung des Südens an den Erlösen der Öko-Steuer im Norden sowie die Ausgabe handelbarer Verschmutzungs-lizenzen an den Süden.

Triebfeder für die Verwirklichung dieser „globalen Nachbarschaft“ sei eine Solidarität aus aufgeklärtem Eigennutz heraus. Trotz der Aussicht auf kurzfristig geringere Gewinne erkenne eine derartige Strategie, daß langfristig ein ungefährdeter Reichtum auf einer Festung Europa nicht möglich sei. Anders sei globale Solidarität, die aufgrund der räumlichen Distanz immer eine Kopfgeburt sei, nicht zu verankern.

Zum Themenfeld intranationale Gerechtigkeit sind in der Studie lediglich Aussagen unter der Überschrift „Soziale Fairneß“ zu finden: Zum einen werden gleiche Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit gefordert: „Deshalb gebiete die soziale Fairneß - dies ist wohl das wichtigste sozialpolitische Postulat -,

daß jede Frau und jeder Mann zumindestens Zugang zu einem bezahlten Teilzeit-Arbeitsplatz hat“ (S. 355). Weiterhin sei eine Reform der sozialen Sicherung nötig in Richtung einer „negativen Einkommenssteuer“. Diese basiert auf einem steuerfinanzierten Grundeinkommen, welches bei Vorliegen anderer Einkommen *teilweise* reduziert wird. Dies alles sind Elemente eines Gerechtigkeitskonzepts innerhalb des nationalen Rahmens, auch wenn der Begriff „Gerechtigkeit“ nicht explizit in diesem Zusammenhang gebraucht wird, im Unterschied zu den Ausführungen zur internationalen Problematik. Die Maximen der intranationalen Gerechtigkeitsvorstellungen unterscheiden sich von dem internationalen Konzept. Hier gibt es keine Forderung nach gleichem Ressourcenzugang für alle, sondern den Wunsch nach gleichem Zugang zu Arbeitsplätzen sowie einer Modifikation der sozialen Grundsicherung in Kombination mit einer Aufwertung kommunitärer Elemente sozialer Sicherung. Das bestehende Lohngefälle soll anscheinend nicht angetastet werden. Die Autoren sprechen von einem „Niedrigarbeitskostensektor“ und einem weltmarktorientierten „Hochlohnssektor“ (S. 356).

Erreicht werden sollen diese intranationalen Gerechtigkeits Elemente folgendermaßen: Der gleiche Zugang zu Teilzeitarbeitsplätzen werde einmal gewährleistet durch eine Ausweitung der Teilzeitarbeit. Dieser jetzt schon vorherrschende Trend zur Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung werde sich fortsetzen, wofür die „Interessenallianz von Arbeitgebern und einer wachsenden Gruppe von Arbeitnehmern“ spreche. Dazu käme die Neuschaffung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnssektor: „Die negative Einkommenssteuer bewirkt, daß sich eine „Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich lohnt. Anders als heute würde der Mehrverdienst vom Sozialamt nicht wegsteuert“ (S. 356). Das Abfallprodukt einer solchen Teilzeitoffensive, mehr freie Zeit, sei sehr hilfreich zur Erreichung von mehr Fairneß auch in den anderen Bereichen „Vorrangige Bedingung für eine derartige Entwicklung hin zu mehr Fairneß und mehr realer Solidarität innerhalb der Gesellschaft ist mehr freie Zeit, mehr Zeitsouveränität“ (S. 360). Generell gilt für die Entwicklung von sozialer Fairneß das gleiche wie für die Änderung des Lebensstils: Basis sei Einsicht, auf große soziale Umwälzungen sei nicht zu setzen. Flankierend sei staatlicherseits lediglich der Umbau sozialer Sicherung in Richtung einer Entkopplung derselben von Erwerbsarbeit nötig.

Neben diesem Konzept eines Sozialstaatumbaus und einer gerechten Verteilung von Arbeit besteht der zweite Pfeiler sozialer Nachhaltigkeit auf intranationaler Ebene in der Mehrung „sozialen Kapitals“. Dazu gehörten

„vorrangig jene Dimensionen, die einmal das Soziale lebendig und das Lebendige sozial gemacht haben - Nachbarschaft, sozialer Austausch, aktive Gemeinden, überhaupt die Graswurzeln der Demokratie“ (S. 359). Es gelte, „wieder eine dichtere zivile Gesellschaft mit Austausch- und Solidaritätsbereichen zu schaffen, die in ihr selbst verankert sind und nicht obrigkeitsstaatlich verordnet werden“ (ebd.). Diese höhere soziale Dichte solle jedoch keine neue Heimat jenseits von Wohlfahrtsstaat und Markt sein, da das „Verlangen nach Unabhängigkeit überall unsere Kultur präge“. Eine Gemeinschaft kleiner Gruppen werde nicht angestrebt. Eine Ausweitung der kommunitären Elemente, der „verborgenen Puffer“, die Erschütterungen des Sozialgefüges auch jetzt schon abfederten, reiche alleine nicht aus, um die Krise des Sozialstaates zu beheben. Als Hauptvoraussetzung für eine Entwicklung zu mehr Gemeinschaftlichkeit und zu mehr sozialer Fairneß sehen die Autoren ein höheres Zeitbudget. Nur dann könnten gegenseitige Dienste geleistet werden, Nachbarschaftsbeziehungen aktiviert und unmittelbare Solidarität geleistet werden. Die Bedingung für die Mehrung sozialen Kapitals wird demnach in einer Verlagerung von Erwerbsarbeit hin zu mehr unbezahlter Arbeit gesehen, in einer Demonetarisierung von Arbeit.

SRU-Gutachten

Von einem Gerechtigkeitskonzept in den SRU-Gutachten kann aufgrund der lediglich spärlichen Behandlung des Themas eigentlich nicht gesprochen werden. Die für die Fragestellung verwertbaren Versatzstücke lassen auf eine Gerechtigkeitsvorstellung schließen, die eine Änderung bestehender Ungerechtigkeit allenfalls für die internationale Ebene für notwendig hält. Intranational gibt es lediglich Hinweise auf die Notwendigkeit des Erhalts eines Sozialminimums. Insgesamt scheinen die Autoren soziale Nachhaltigkeit über die Beteiligung an Produktivitätszuwächsen absichern zu wollen.

Im Rahmen seiner ethischen Grundlegung tritt der Rat für soziale Gerechtigkeit im internationalen Maßstab ein: „Ethisches Leitprinzip“ sei die „Forderung nach universell auszulegender Solidarität als Bedingung zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit“ (1994, S. 56). Und weiter: Es handele sich um die ethische Herausforderung einer „gerechten Verteilung knapper Güter und Ressourcen“. Genauere Beschreibungen etwaiger bestehender ungerechter Verteilungen oder Handlungsorientierungen zur gerechteren Verteilung finden sich in keinem der beiden SRU-Gutachten. Die Problembehandlung verbleibt auf der allgemeinen Ebene ethischer Prinzipien wie etwa der

Beschreibung der Notwendigkeit einer Abwägung verschiedener Übel im Spannungsfeld von Freiheits-, Umwelt- und Sozialerfordernissen, ohne den Versuch einer Operationalisierung zu beginnen. Allenfalls ein paar konkretere Hinweise auf notwendige Hilfestellungen der Industrieländer für „arme Länder“ werden gegeben. Diese lindern zwar möglicherweise aktuelle Nöte und befördern Chancen für eigene Entwicklung, mit einer gerechten Ressourcenverteilung haben sie jedoch nichts zu tun. Aufgeführt werden die „Förderung umweltverträglicher Produktionsformen“, die „Verringerung armuts- und umweltbedingter Gesundheitsschäden“, „Anstöße für Bildungs- und Emanzipationsprozesse“ sowie eine „Verbesserung der Infrastruktur“, alles allerdings unter der Voraussetzung, daß der „Erhalt traditioneller Wirtschaftsweisen besondere Berücksichtigung findet“ (1994, S. 10).

Ein schwacher Hinweis auf die Sichtweise von Gerechtigkeit findet sich bei der Reflexion über Auswirkungen einer vom Umweltrat als notwendig angesehenen Prioritätensetzung von Umweltverträglichkeit zugunsten einer Einschränkung des Individualverkehrs. Es wird die Gefahr festgestellt, mit einem preispolitischen Reduktionskonzept „gegen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit“ zu verstoßen. Als Gegenmaßnahmen werden dann eine Attraktivitätssteigerung von Mobilitätsalternativen oder „soziale Flankierung“ in Form von staatlichen Transferleistungen vorgeschlagen, die zu „einer größtmöglichen Gleichbehandlung“ beitragen (1994, S. 39). Ähnliche Strategien zur Entlastung unterer Einkommensgruppen finden sich im Zusammenhang mit den Vorschlägen zu einer umweltgerechten Finanzreform. Daraus ist zu entnehmen, daß zum Gerechtigkeitsverständnis des SRU offenbar auch die intranationale Sicherung eines bestimmten sozialen Mindestniveaus gehört. Für Vorschläge zur genaueren Ausgestaltung fühlt sich der Umweltrat jedoch nicht verantwortlich, mahnt aber eine stärkere Beachtung der „sozialen Verteilungsfolgen umweltpolitischer Abgabenslösungen“ in der wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Diskussion an. Aus den spärlichen Äußerungen kann geschlossen werden, daß die momentane Reichtumsverteilung offenbar kein Problem darstellt, jedoch bei einer empfohlenen Umstrukturierung des Steuersystems durch Öko-Steuern auf die Sicherung des sozialen Status Quo der untersten Schichten geachtet werden muß.

Grundsätzlich kann die „Soziale Frage“ nach Auffassung der Autoren anscheinend auch im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung nur über entsprechende Steigerungsraten der Ökonomie gelöst werden, durch Beteiligung an Zuwächsen durch Wirtschaftswachstum: „Ansprüche an das Brutto-

sozialprodukt, wie eine verbesserte Güterversorgung sowie Umwelt-, Beschäftigungs- und Arbeitszeitverkürzungsziele, können auf Dauer nicht über das hinausgehen, was an Produktivitätswachstum erwirtschaftet wird“ (1994, S. 15).

5.4 Das politische Konzept

Wuppertal-Studie

Das Fundament des anvisierten politischen Konzepts ist der Interessenskonsens in der nachhaltigen Gesellschaft. Dieser kommt zustande in einer nach wie vor pluralistischen Gesellschaft, die politisch weiterhin auf einem demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat basiert. Der Interessenskonsens, der eine ökologiezentrierte Integration verschiedener Politikbereiche ermöglichen soll, entsteht nach den Ausführungen in der Studie jedoch nicht im Selbstlauf. Vielmehr halten die Autoren Veränderungen des politischen Systems in Richtung folgender Ziele für nötig:

- Mehr Partizipation, mehr Konsensorientierung
- Mehr integrierte Planung
- Mehr Dezentralität
- Mehr Langzeitorientierung
- Mehr Demokratie durch Entschleunigung
- Mehr Rahmensetzung bei geringerer Eingriffstiefe

Bevor diese Elemente genauer beschrieben werden, soll zuerst die Sichtweise der Wuppertaler Autoren bezüglich des von ihnen gewünschten Interessenskonsens beleuchtet werden.

Die Autoren betonen: „Eine ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft ist eine pluralistische Gesellschaft“ (S. 351). An anderer Stelle wird jedoch auch die Chance betont, durch Ökologie die Gesellschaft zu einen: „Eine ökologische Orientierung der Politik hingegen böte unserer pluralistischen Gesellschaft ein einmaliges Konsenspotential - über weltanschauliche Unterschiede hinweg“ (S. 16). Der scheinbare Widerspruch lässt sich erklären: Der Pluralismus im ersten Zusammenhang bezieht sich auf die Freiheit, „den Reichtum menschlicher Möglichkeiten“, die frei ausgelebt werden sollten. Dies soll allerdings, wie an verschiedenen Stellen der Studie betont wird, innerhalb der „ökologischen Leitplanken“ passieren. Der Konsens, von dem im zweiten

Zusammenhang die Rede ist, richtet sich nicht gegen die Pluralität von Gesellschaft, sondern bezieht sich auf die gemeinsame Akzeptanz umweltgerechten Verhaltens, die bei den sogenannten „win-win-Lösungen“ entsteht. Ein Beispiel wäre die Kompatibilität des Gewinninteresses des Windradherstellers mit dem Bedürfnis nach ressourcenleichtem Stromkonsum eines Verbrauchers mit Sustainability-Ethos. Dieser Konsens kann auch als Interessenübereinstimmung bezeichnet werden. Festzuhalten ist, daß die Autoren im Gegensatz zum Status Quo in der nachhaltigen Gesellschaft die Möglichkeit einer dauerhaften Interessenübereinstimmung sehen, die nicht auf übereinstimmenden Weltanschauungen oder sonstiger Gleichförmigkeit basiert.

Der Ruf nach Partizipation taucht in der Studie in verschiedenen Zusammenhängen auf. Einmal wird auf einer allgemeinen Ebene die Notwendigkeit der demokratischen Festlegung von Umweltzielen betont: „Umweltziele können folglich nicht nur durch Expertengremien festgelegt, sie müssen vielmehr - auf Basis von Expertenwissen - in einem weitgefaßten gesellschaftlichen Prozeß formuliert und bestätigt werden“ (S. 54). Der gesamte Wandel in Richtung Nachhaltigkeit sei nur partizipativ machbar, nicht auf dem Weg einer staatszentrierten Reform: „Ein Wandel kommt zustande, indem eine Vielzahl von Akteuren in den kleinen und großen Arenen der Gesellschaft andere Prioritäten schaffen ...“ (S. 151). An anderer Stelle wird die Diskussion der gesamten Gesellschaft über die Ausgestaltung der sozialen Beziehungen eingefordert: „Wir sind der Meinung, daß unsere Gesellschaft entscheiden muß, welche Mischung aus individuellen Freiheiten und kommunitären Pflichten, selbstorganisierten und kommerzialisierten Sozialbeziehungen ihr gut bekommt. Unterbleibt diese Diskussion, werden letzten Endes vor allem die Regeln der Ökonomie entscheiden ...“ (S. 174). Die Autoren geben der demokratischen, partizipatorischen Entscheidungsfindung den Vorrang gegenüber der Herrschaft unbeeinflussbarer Größen, seien es Umweltspezialisten oder ökonomische Eigendynamiken. Dies gilt selbstverständlich auch für die Ebene der Stadt: Dort sollen „ökologische und gesellschaftliche Zielvorstellungen, die mit der Bevölkerung ausgehandelt werden“, „Eingang“ finden in die kommunale Planung (S. 261). Nicht eben weniger im Weltmaßstab: Auch dort sei Partizipation in Form von Kooperation und Transparenz, etwa bei der Festlegung von Umweltstandards in Handelsbeziehungen gefordert. „Gemeinsames Lernen“ löse zudem tradierte Vorstellungen von hierarchischer Entwicklungshilfe ab.

Der ganzheitliche Ansatz für eine nachhaltige Gesellschaft, wie er in der Studie vertreten wird, stellt als solcher schon die Verkörperung des Gebots integraler Politikplanung dar - im Unterschied zur bisherigen Herangehensweise additiver Einzelpolitiken. Noch einmal spezifiziert wird die Notwendigkeit integraler Politikplanung an zwei Stellen in der Studie. Einmal wird eine „Ökologisierung der traditionellen Ressorts“ in Verbindung mit einer „Aufwertung des Umweltministeriums“ angedacht (S. 382). Dies stellt eine Integration verschiedener Politikbereiche in der Form einer Hierarchisierung zugunsten von Umweltpolitik dar. Die Rede ist von „der Verpflichtung aller Staatsbediensteten auf ökologische Ziele“ (ebd.). Und weiter: „Ein Staatsapparat wäre aus Sicht des Umweltschutzes dann funktional, wenn aus dem Finanzministerium Vorschläge zur ökologischen Steuerreform, aus dem Wirtschaftsministerium Vorschläge zur Energieeinsparung und aus dem Verkehrsministerium Vorschläge zur Verkehrsvermeidung hervorgingen“ (ebd.). Deutlich wird die Zentralität des Ziels Umweltschutz und damit die Stoßrichtung einer Integration verschiedener Politikbereiche im Sinne einer Unterordnung unter die Ziele des Umweltschutzes. Die Autoren fordern jedoch nicht in jedem Fall eine solche Reform, sie sei lediglich „vorstellbar“. Der zweite Hinweis auf die Notwendigkeit integraler Planung findet sich in den Ausführungen zum Leitbild „Stadt als Lebensraum“. Dort heißt es: „Sollen die Städte lebensfähig werden, sind integrierte und ganzheitliche Planungsverfahren unentbehrlich“ (S. 260). Eine „übersektorale Zusammenarbeit verschiedener kommunaler Planungsbereiche“ könne zukunftsfähige Handlungskonzepte besser umsetzen. Eingang in die Planung fänden „ökologische und gesellschaftliche Zielvorstellungen“. Der integrierte Planungsansatz scheint hier nicht von einem Primat der Ökologie auszugehen.

Der Vorschlag nach mehr Dezentralität wird ebenfalls in Zusammenhang mit Planungsprozessen in der Stadt gebracht: „Zentralisierte Verwaltungshoheiten werden, wo immer möglich, in die Stadtteile verlagert“ (S. 261). Die Dezentralisierung ermögliche mehr Partizipation und eine bessere Realisation der kleinräumlich differenzierten Bürgerwünsche: „Stadtteilbüros, Ökostationen oder Bürgerämter können eine effektive Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen sowie eine kleinteilige Planung ermöglichen. Die Bedürfnisse und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, die sich von Stadtteil zu Stadtteil unterscheiden, können so entsprechend berücksichtigt werden“ (ebd.). An anderer Stelle wird das Verhältnis von dezentralen zu globalen Politikstrukturen wie folgt betrachtet: Die Globalität der Umweltprobleme erfordere keine Schwächung subsidiärer und dezentraler Politikstrukturen:

Nötig wären Äquivalenz- und Subsidiaritätsprinzip¹. Es erscheine eine „funktionale Stärkung von lokal/regionalen Strukturen einerseits und supranational/globalen Strukturen andererseits sinnvoll: Während Einsparmaßnahmen oder ökologischer Landbau eher dezentrale Aktivitäten und Arrangements erfordern, ist die Aufteilung von Nutzungsmöglichkeiten an der Atmosphäre oder dem Ozean nur im Rahmen globaler Abmachungen vorstellbar“ (S. 386).

Die Autoren schreiben, langzeitorientierte Institutionen *könnten* Parlament und Regierung ergänzen, und referieren im Anschluß Vorstellungen von einem „Ökologischen Rat“. Dieser sei „von den hektischen Rhythmen des Parlamentarismus abgekoppelt“ und mit Vetorechten gegenüber der Regierung ausgestattet. Es stelle sich jedoch die demokratietheoretische Frage nach Besetzung, Legitimation und der Sicherung der „Immunität gegenüber Lobbyinteressen“. Ein eindeutige Aussage zu einem solchen Öko-Rat läßt sich jedoch in der Studie nicht finden. Am ehesten aber könne Langzeitorientierung durch die „systematische Verankerung ökologischer Grundrechte in der Verfassung erreicht werden“ (S. 380). Diese mache den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zum „Fundament des Gemeinwesens und des Staates“ (ebd.). In jedem Fall würde jedoch auch eine „institutionell abgesicherte Langzeitorientierung“ den „Streit über angemessene Problemlösungen keineswegs beenden“. (ebd.)

Demokratische Streitkultur benötige Zeit. Die Autoren zitieren C. v. Weizsäcker: Die „Tugend der Demokratie sei, sich Zeit zu nehmen ... Es ist zu fordern, daß die Geschwindigkeit der demokratischen Prozesse Leitgeschwindigkeit bleibt“ (S. 381). Aufgabe der öffentlichen Hand sei auch die Organisation eines „partizipativen und kommunikativen Prozesses“ (S. 229), der zum Beispiel im Rahmen der Einleitung des für nötig erachteten Wandels der Infrastruktur eingefordert wird. Des weiteren wird „politischer Mut“ als Alternative zum grassierenden Populismus angemahnt. Als Beispiele politischen Mutes werden die Propagierung der ökologischen Steuerreform oder ein Subventionsabbau bezeichnet. Es sei politischer Führungswille nötig, der sich „nicht durch übergroße Vorsicht gegenüber vermuteten Bürgerängsten

1 Dem Äquivalenzprinzip zufolge sollen Probleme dort bearbeitet werden, wo sie auftauchen. Das Subsidiaritätsprinzip fordert die Lösung auf einer möglichst niedrigen Ebene: Was auf unterer Ebene besser geregelt werden kann, bedarf keiner Regelung auf höherer Ebene

auszeichne, sondern durch das mutige Aufzeigen von Perspektiven ...“ (S. 383).

Über die anvisierte zukünftig sinnvolle Eingriffstiefe staatlichen Handelns findet sich im Text explizit nichts. Allerdings kann anhand des im Zusammenhang mit dem Postulat nach einer „Grünen Marktagenda“ beschriebenen Verhältnisses von Staat und Markt das Herangehen der Autoren an diese Frage gedeutet werden. Die notwendige Ökologisierung der Marktwirtschaft habe zwei Dimensionen: „Die Domestizierung marktwirtschaftlicher Mechanismen einerseits und ihre ökologisch zuträgliche Entfaltung andererseits“ (S. 169). Die Aufgaben des Staates sollen demnach im Wesentlichen in der Rahmensetzung liegen, nicht in der Detailregelung. Ein Beispiel für Rahmensetzung ist die ökologische Steuerreform. Sie fördere den Wettbewerb um ökologische Ziele wie etwa Ressourcenproduktivität. Eine solche Effizienzrevolution könne „nicht mit Auflagen und Verboten herbeigeführt werden“ (S. 185). Auch am Beispiel der Energieversorgung wird die Beschaffenheit des angestrebten Duets von Markt und Staat deutlich: Schritte zur Deregulierung wie etwa die Abschaffung der Gebietsmonopole stehen für eine „ökologisch orientierte Wettbewerbspolitik“. Sie werden flankiert von einer staatlichen Rahmenlenkung wie etwa die „Begünstigung ökologisch nachhaltiger Formen der Energieerzeugung: Durch eine entsprechend ausgerichtete Preis- und Investitionsaufsicht des Staates, reelle Einspeisebedingungen für Strom aus erneuerbaren Energieträgern ..., Veränderungen im Steuer- und Mietrecht und anderes mehr“ (S. 183). Diesen Ausführungen kann entnommen werden, daß die Regelungstiefe staatlichen Handelns eher abnehmen soll, während die staatliche Aktivität bei der ökologisch begründeten Rahmensetzung eher höher werden soll.

SRU-Gutachten

Das übergeordnete Ziel des Umweltrates für das politische System kann in den Dreiklang Konsensorientierung bei den politischen Überzeugungen, maximale Freiheit und Wahrung der Langzeitverantwortung gefaßt werden. Die Konsensorientierung wird, wenn sie auch nicht expliziert wird, deutlich in der gewünschten Bestimmung der Umweltverbände. Sie sollen entscheidend dazu beitragen, daß sich keine grundlegenden Überzeugungskonflikte über die Art der Umweltnutzung verfestigen. Die Konsensorientierung bezieht sich auf politische Überzeugungen. Damit nicht zu verwechseln ist eine politische Orientierung auf einen dauerhaften Konsens der Interessen. Ge-

sellschaftliche Pluralität, Interessenvielfalt und -ausgleich sind für den Rat ebenso konstitutiv für das politische System. Die beiden anderen Ziele, Freiheitsmaximierung und Wahrung der Langzeitverantwortung, werden direkt benannt, etwa in Zusammenhang mit der Reflexion der Kopplung von Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung. Sie werden aber auch deutlich in der Kombination der beiden abgeleiteten Anforderungen nach mehr staatlicher Rahmensetzung und geringerer staatlicher Eingriffstiefe. Für die drei Leitorientierungen können eine Reihe von Unterzielen in den Ausführungen ausgemacht werden, die in ihrer Kombination zum Ziel führen sollen: Zu nennen sind:

- Mehr Partizipation
- Mehr Transparenz
- Mehr staatliche Rahmensetzung
- Geringere staatliche Eingriffstiefe
- Stärkere Verankerung von Umweltinteressen

Bevor diese Unterziele etwas genauer beschrieben werden, soll die angesprochene Aufgabenbestimmung für die Umweltverbände als Konsensstifter näher erläutert werden. Der Rat sieht eine Belastung durch neue politisch-gesellschaftliche Überzeugungskonflikte bezüglich Fragen des richtigen Umgangs mit der Natur (vgl. Kap. 4.4). Den Umweltverbänden wird dabei zugetraut, derartigen Grundsatzstreit forcieren zu können: „Auch bei ihnen (den Umweltverbänden) kann es gegebenenfalls zu Verengungen des Blickfelds kommen, die der Operationalisierung des Leitbilds (der Nachhaltigkeit) entgegensteht und mit denen sie letztendlich der eigenen Sache schaden. Wo es an Diskursoffenheit und Verständigungswillen mangelt, können gerade sie (die Umweltverbände) im Einzelfall Tendenzen Vorschub leisten, Sachfragen auf die Prinzipienebene zu heben und damit neue Überzeugungskonflikte zu initiieren“ (1996, S. 245, Einfügungen vom Autor). Bei Überzeugungskonflikten drohten nicht selten Polarisierung, partikuläre Verengung und Emotionalisierung. Auch derartige Ausformungen von Konflikten werden als eine mögliche Wirkung von Handlungsorientierungen der Umweltverbände gesehen: „Gegenüber solchen Gefahren ist zu fordern, daß die Umweltverbände nicht die medien- und öffentlichkeitswirksame Strategie verfolgen, Polarisierungen voranzutreiben, Feindbilder aufzubauen und Ängste zu schüren, sondern ihre in ökologischen Fragen dominierende Macht als Schrittmacher der öffentlichen Meinungsbildung im Sinne einer Pflicht zur Gewissensbildung verstehen“ (ebd.). Nach den Vorstellungen des

Umweltrates sollen die Umweltverbände, anstatt zu polarisieren, für die Domestizierung von Konflikten sorgen, wenn sie denn unvermeidbar sind. Sie sollten Verantwortung für das Leitbild Nachhaltigkeit durch die Ausübung mediatorischer Funktionen übernehmen: „Nach Auffassung des Umweltrates muß es in Zukunft vermehrt ihre Aufgabe sein, auf eine Integration individual-, sozial- und umweltverträglichen Handelns hinzuwirken ... Wer sich für Umweltschutz einsetzt, muß zugleich befähigt werden, die unterschiedlichen individuellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Interessenlagen ernst zu nehmen und den Diskurs mit den Vertretern unterschiedlicher Interessen zu führen“ (1996, S. 246).

Das Bestreben nach Erhöhung der partizipativen Elemente im politischen Prozeß der Entscheidungsfindung wird grundsätzlich aus der Notwendigkeit der Kompensierung der freiheitsbeschränkenden Wirkung des Nachhaltigkeitskonzepts abgeleitet. Da es zwangsläufig zu einer Ausweitung staatlicher Eingriffe komme, seien in „möglichst weitgehendem Umfang ökonomische Instrumente, Privatisierung des Umweltschutzes und neue Formen gesellschaftlicher Beteiligung“ einzusetzen (1994, S. 64). Die konkrete Ausgestaltung wird an mehreren Stellen des politikberatenden Dokuments deutlich. Zum einen wird dies sichtbar bei der anvisierten Integration der Umweltverbände. Gefordert wird etwa eine frühere und umfassendere Beteiligung an Planungsverfahren, eine engere Zusammenarbeit mit der Umweltadministration sowie eine Ausweitung des Verbandsklagerechts. Die höhere Partizipation bezieht sich nicht nur auf die Umweltverbände. Zwar befassen sich die Gutachter schwerpunktmäßig mit ihnen, da sie politische Defizite für eine Politik der Nachhaltigkeit unter anderem in der mangelnden Verankerung von Umweltinteressen im institutionellen politischen Gefüge ausmachen. Dabei wird davon ausgegangen, daß in anderen Bereichen wie etwa Soziales oder Wirtschaft ein höherer Grad an Partizipation bereits erreicht ist und demzufolge entsprechende „Partikularinteressen“ besser in politische Entscheidungsfindung eingehen (vgl. Kap. 4.4). An keiner Stelle ist aber von einer Begrenzung der partizipativen Ansprüche auf umweltschutzmotivierte Interessengruppen die Rede, auch wenn weitere Partizipation in anderen Bereichen in der Regel explizit nicht eingefordert wird. Das Verbandsklagerecht hingegen wird ausdrücklich auch für Vertreter anderer gesellschaftlicher Interessen gewünscht. Als weitere Partizipationselemente werden alternative Konfliktregelungsverfahren wie Mediation, Kooperation im Verwaltungshandeln oder Runde Tische zur weiteren Erprobung empfohlen. Bezüglich ihrer Wirksamkeit sieht der Umweltrat jedoch Probleme vor allem

dort, wo „Zielkonflikte auf übergeordneter Ebene“ nicht gelöst sind. Des Weiteren wird überall, wo durch Deregulierungsbestrebungen für die Wirtschaft ein Abbau von Partizipation droht, etwa bei den Beschleunigungsgesetzen oder durch einen die früheren Genehmigungsverfahren substituierenden Einsatz des Öko-Audits für Unternehmen, auf die Beibehaltung von Beteiligungsrechten der Öffentlichkeit gepocht.

Nicht zuletzt am Vorschlag zur Standardisierung des Verfahrens zur Setzung von Umweltstandards kann das Ziel vermehrter Öffentlichkeitsbeteiligung abgelesen werden. Das Verfahrensmodell orientiert sich an folgenden Prinzipien:

- Operative Trennung zwischen Phasen mit primär naturwissenschaftlichem oder technischem Sachverstand und Phasen mit politischer Bewertung.
- Transparenz bei der Erarbeitung und Begründung der Standards sowie der Kosten-Nutzen-Analysen.
- Transparenz der Kriterien der Zusammensetzung der Gremien.

Das Modell sei idealtypisch zu betrachten: Die Grundprinzipien seien universal, der Ablauf solle hingegen flexibel gestaltet werden können. Das Modell gelte primär für die Festlegung hoheitlicher Standards. Daneben seien weiterhin nicht-hoheitliche Standards sinnvoll, bei „komplexen Sachverhalten oder Experimentierphasen“ sowie als Unterbau hoheitlicher Standards. Voraussetzung für eine staatliche Anerkennung sei jedoch die Orientierung des Verfahrens der Entscheidungsfindung am Modell für hoheitliche Umweltstandards.

Deutlich wird die an verschiedenen Stellen des Verfahrens geforderte Partizipationsmöglichkeit. Die Autoren betonen: „Bei der Erstellung von Umweltstandards muß ‘Beteiligungsoffenheit’ herrschen. Das heißt, es muß auch Außenstehenden möglich sein, Normungsanträge stellen zu können. Beteiligungsoffenheit bedeutet auch, daß der Öffentlichkeit Beteiligungsmöglichkeiten bei der Erstellung der Umweltstandards gewährt werden“ (1996, S. 296).

Abb. 1: Verfahrensvorschlag zur Standardsetzung des SRU, Umweltgutachten 1996

Nachhaltigkeit erfordere eine Ausweitung der Staatsaufgaben: „Der moderne Staat sei nicht nur „Wirtschafts- und Sozialstaat“, sondern auch und vor allem ein „Umweltstaat“ (1994, S. 62). Dies habe zur Folge, daß „immer mehr bisher weitgehend ‘umweltrechtsfreie’ Funktionsbereiche von Wirtschaft und Gesellschaft staatlicher Regulierung oder sonstiger Einwirkung unterworfen werden“ (1994, S. 63). Damit die „Ausdehnung staatlicher Intervention und Freiheitsbeeinträchtigungen“ erträglich bleibe, sei eine Verminderung der Regelungsintensität staatlichen Handelns notwendig: „Die freiheitsbeschränkende Wirkung des Konzepts einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung kann in gewissem Umfang, freilich nicht vollständig, dadurch kompensiert werden, daß an die Stelle oder in Ergänzung von her-

kömmlichen Instrumenten der Umweltpolitik, insbesondere des Ordnungs- und Planungsrechts, in möglichst weitgehendem Umfang ökonomische Instrumente, Privatisierung des Umweltschutzes und neue Formen gesellschaftlicher Beteiligung eingesetzt werden“ (1994, S. 64). Die gewünschte Deregulierung sei jedoch nur in Verbindung mit staatlicher Rahmensetzung denkbar. Der Staat dürfe sich aus den „weitgehend entstaatlichten Lösungsmodellen nicht vollständig zurückziehen“, er sei für die demokratisch legitimierte Rahmensetzung verantwortlich. Beispiele für die gewünschte Verringerung der Regelungstiefe sind die „umweltgerechte Finanzreform“, mit deren Hilfe die Nutzung von Umweltgütern über Preismechanismen geregelt werden soll, oder der Einsatz des Haftungsrechts anstelle der detaillierten behördlichen Überwachung. Der Vorschlag zur Vereinheitlichung des Verfahrens zur Setzung von Umweltstandards hingegen stellt den Kernpunkt der angemahnten staatlichen Rahmensetzungsaufgabe dar. Die nach einem transparenten und partizipativen Verfahren ermittelten Grenzwerte der Umweltbelastung bilden die technische Basis für den weiter vorgesehenen Einsatz des Ordnungsrechts. Sie sind die ökologischen Leitplanken, deren Nicht-Überschreitung notfalls ordnungsrechtlich gewährleistet werden muß, innerhalb derer hingegen die weitere Ausgestaltung möglichst dereguliert vonstatten gehen soll.

Die anvisierte Erweiterung staatlicher Aufgaben bei Verringerung der Regelungstiefe soll durch eine Kombination marktwirtschaftlicher und ordnungsrechtlicher Instrumente erreicht werden. Priorität habe das Marktprinzip. Begründet wird dies in den Gutachten ethisch und funktionell. Zum einen soll, wie oben gezeigt, das Individuum gerade bei Ausweitung der staatlichen Aufgaben größtmögliche Freiheit behalten. Zum anderen sei zur Sicherung der Innovationsfähigkeit maximale Gewerbefreiheit und möglichst viel Markt notwendig. Aus diesem Grund wird zum Beispiel auch eine Stoffstromlenkung abgelehnt, auch wenn stoffökologische Aspekte auf einzel- und gesamtwirtschaftlicher Ebene unbedingt zu beachten seien. Die Autoren favorisieren den stärkeren Einsatz von ökonomischen Steuerungsinstrumenten, ohne sie jedoch zu verabsolutieren. So heißt es: „Der Umweltrat tritt für den stärkeren Einsatz ökonomischer Instrumente und damit für eine Zurückdrängung des Ordnungsrechts in der Umweltpolitik ein“ (1994, S. 22). Das Ordnungsrecht behalte jedoch eine „maßgebliche Rolle“. Es sei „zur Feinsteuerung“ weiter notwendig. Während die Potentiale öko-

nomischer Instrumente dort lägen, wo geringe Probleme hinsichtlich der Äquivalenz von Umweltbelastungen² zu erwarten seien, müßte Ordnungsrecht da ergänzend eingesetzt werden, wo diese Äquivalenz nicht gegeben sei. Ansonsten hätten jedoch marktwirtschaftliche Instrumente Priorität, da sie effizienter seien. Effizienz sei gerade unter den Bedingungen der Knappheit geboten: Am Beispiel der Mobilität etwa wird ausgeführt: „Gerade um unter umweltpolitisch unverzichtbaren Restriktionen ein Maximum an Mobilität zu ermöglichen, ist es notwendig, einerseits die Inanspruchnahme der natürlichen Lebensgrundlagen durch Transporte (wie durch alle anderen umweltbelastenden Aktivitäten) zu verteuern, andererseits durch Deregulierung ein Höchstmaß an Effizienz im Verkehrssektor sicherzustellen“ (1994, S. 34). Durch sämtliche untersuchten Bereiche von Umweltschutzpolitik zieht sich die Maxime: So viel marktwirtschaftliche Steuerung wie möglich, so viel Ordnungsrecht wie nötig. Zwei Beispiele sollen in diesem Rahmen genügen: So soll die ordnungsrechtliche Vorschrift zur Minderung der Energieverluste bei der Erzeugung von Raumwärme dann abgelöst werden, wenn ein marktwirtschaftliches Instrument greift: „Langfristig könnte die Wärmenutzungsverordnung in dem Umfang entbehrlich werden, wie entsprechende Anreize zum energiesparenden Bauen von den um die externen Effekte korrigierten Energiepreisen ausgehen, sei es im Wege von Emissionsabgaben oder handelbaren Emissionsrechten“ (1996, S. 192). Im Kapitel zur Abfallpolitik wird die Kombination von den beiden Steuerungsinstrumenten deutlich. Dort heißt es etwa zur Einflußnahme auf industrielle Stoffströme, „Abgabenlösungen unter ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten“ sei der Vorzug zu geben. Mit „ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten“ sind in diesem Fall zum Beispiel Rechtsverordnungen zu gefährlichen Abfällen gemeint. Eine Abgabenlösung wäre die Bepreisung von Entsorgung, so daß die Einführung von Elementen zirkulären Wirtschaftens für die Produzenten attraktiver wird.

Das Hauptinstrument zur Erlangung der marktwirtschaftlichen Steuerung ist eine „umweltgerechte Finanzreform“. Bei ihr gehe es nicht nur um eine singuläre Einführung von Öko-Steuern, sondern ebenfalls um eine langfristige Überprüfung sämtlicher Einnahmen- und Ausgabenpositionen in den öffentlichen Haushalten auf ihre ökologischen Wirkungen hin. Bausteine für eine Finanzreform seien:

2 Eine ökologische Äquivalenz von Umweltbelastungen ist dort gegeben, wo es gleichgültig ist, wo und wann im Raum-Zeit-Kontinuum Aktivitäten vermieden werden.

- Der Abbau von Vergünstigungen mit ökologisch negativer Wirkung (z.B. Mineralölsteuerbefreiungen, Agrarsubventionen)
- Die Verstärkung bereits bestehender, umweltpolitisch motivierter Vergünstigungen und Abgaben (z.B. Abwasserabgabe)
- Der Einbau von Anreizen zu umweltgerechtem Verhalten in bestehende Abgaben (z.B. Emissionsbesteuerung von KFZ)
- Die Einführung neuer Umweltlenkungsabgaben (z.B. road pricing, CO₂-Steuer)

Prinzipiell seien bei der Einführung neuer Steuern bzw. der Umstellung vorhandener auf Ökologieverträglichkeit kleine Schritte nötig, da erstens die Folgen von Veränderungen des Steuersystems immer nur unzureichend abgeschätzt werden könnten und zweitens die Betroffenen nicht überfordert werden dürften. Zum möglichen Abbau von Arbeitsplätzen in ökologisch schädlichen Bereichen als Folge der Reform merkt der Umweltrat an, daß dies ein Element des ökologischen Strukturwandels darstelle und als gewolltes Ergebnis zu betrachten sei. Daher gebe es keine Legitimation für die Verteidigung diesbezüglicher Besitzstände. Verhandelbar sei allenfalls das Tempo des Abbaus betroffener Arbeitsplätze. Akzeptiert wird hier also die Unterordnung von Partikularinteressen unter normativ gerahmte Marktmechanismen.

Ein weiteres Ziel ist die stärkere Verankerung von Umweltinteressen im politischen Gefüge (vgl. Kap. 4.4). Durch sie soll der diagnostizierten Unterentwicklung der Langzeitorientierung in der Demokratie entgegengewirkt werden. An Veränderungsvorschlägen für das politisch-institutionelle Gefüge mangelt es hingegen. Als einziger „Baustein“ wird die Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung angeboten. Ein ökologischer Rat mit Entscheidungsbefugnis wird aus demokratietheoretischen Erwägungen heraus abgelehnt: „Diese Institution würde zu einer Art neokorporatistischer Nebenregierung neben Parlament und Exekutive führen, deren Einordnung in das ausbalancierte System der Gewaltenteilung fragwürdig wäre“ (1994, S. 68). Lediglich für die europäische Ebene werden einige konkrete Vorschläge wie die Einrichtung von umweltpolitischen Spiegelreferaten in „umweltrelevanten Generaldirektionen“, eine Abschwächung der Vetorechte des Ministerrats sowie eine Aufwertung des europäischen Parlaments gemacht. Die Verankerung von Umweltinteressen im institutionellen Gefüge kann natürlich auch durch andere Veränderungen im politischen System erreicht werden, auch wenn diese im Gutachten nicht unter dieser Überschrift aufgelistet

werden. Besondere Bedeutung dafür hat zum Beispiel die gewünschte Veränderung der Umweltverbände hin zu einer Umweltlobby, welche etwa durch eine stärkere Kooperation zwischen Umweltverbänden und Umweltadministration sowie durch eine Einbeziehung in staatliche Planungsprozesse erreicht werden soll. Auch das vorgeschlagene Verfahren zur Vereinheitlichung der Setzung von Umweltstandards kann als ein Mittel zur Verankerung von Langzeitinteressen gedeutet werden. Ist ein Umweltstandard erst einmal in dem relativ langen und aufwendigen Verfahren unter breiter Beteiligung verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen gesetzt worden, kann er nicht mehr im politischen Tages- oder 4-Jahres-Geschäft von der jeweiligen politischen Mehrheit verrückt werden, ohne einen grundlegenden Bruch mit dem Verfahrensmodus zu begehen, der schwer zu legitimieren wäre. In dieser Hinsicht könnte das Modell zu einer Stärkung des Einflusses der am Verfahren beteiligten Experten aus Wissenschaft, betroffenen Branchen und „gesellschaftlichen Gruppen“ auf Kosten der Macht kurzzeitig populistische Stimmungen bedienender Politiker sein.

5.5 Regionalisierungsgrad

Wuppertal-Studie

In der Studie wird für eine Regionalisierung auf ökonomischem und politischem Gebiet geworben. Komplementär dazu finden sich jedoch eine Reihe von Vorstellungen, die eine partielle Einbindung in globale Zusammenhänge bedeuten. Dominant ist dennoch der Wunsch nach Regionalisierung. Das genauere Verhältnis beider Orientierungen hingegen bleibt weitgehend unklar.

An verschiedenen Stellen wird dargestellt, daß eine nachhaltige Entwicklung in Richtung einer Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen tendiert. So heißt es beim Leitbild „Zyklische Produktionsprozesse“, eine Folge der steigenden Transportkosten sei, „daß immer mehr Produkte, Materialien und Stoffe regional zirkulieren, aufgearbeitet und wieder- und weiterverarbeitet werden“ (S. 203). Statt Roboterfabriken entstünden „dezentrale Werkstätten und dezentrale Märkte für Gebrauchsgüter, -komponenten und Wertstoffe“ (ebd.). Für die Landwirtschaft gilt die kleinräumige Orientierung noch intensiver: „Der ökologische Landbau wirtschaftet in weitgehend geschlossenen Betriebskreisläufen. Der Betriebsorganismus integriert kleinräumig Tierhaltung und Pflanzenbau. Dies entkoppelt die Landwirtschaft von den heutigen

globalen Material- und Nährstoffströmen ...“ (S. 247). Auch im gewünschten Verhältnis der Städte zu ihrem Umfeld zeigt sich die Regionalorientierung. Das „neue Gleichgewicht zwischen Stadt und Land“ bestehe aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Elementen. Der ökologische Kreislauf aus urbaner CO₂-Produktion und ländlicher Photosynthese werde ergänzt durch eine ökonomische Interdependenz, bestehend etwa aus städtischer Direktvermarktung bäuerlicher Lebensmittelproduktion und ländlicher Naherholung von Städtern. Die Lebensstilorientierung setzt ebenso auf Regionalität. So gehören zum „Wohlstand light“ die Kriterien „Sparsamkeit, Regionalorientierung, gemeinsame Nutzung, Langlebigkeit“ (S. 218). Die kommunitären Elemente wie etwa die Orientierung an Gemeinden, Nachbarschaften und Netzwerken stärken ebenfalls die Regionalorientierung. Auch die Entschleunigungsstrategie ist verbunden mit einer Aufwertung kleiner Räume: „Entschleunigung und Entflechtung, großmaßstäblich verstanden, sind Orientierungen, um kleinmaßstäblich Beschleunigung und Verflechtung zu begünstigen“ (S. 158). Statt Fernerreichbarkeit wird eine Planung für nahräumige Mobilität gefordert.

Die Orientierung auf die Region ist jedoch nicht total, wenn auch die intraregionalen Austauschbeziehungen Priorität vor den interregionalen hätten: „Zuerst werden die lokalen und regionalen Möglichkeiten ausgeschöpft und die primären Bedürfnisse abgedeckt, erst dann werden Ressourcen und Produkte exportiert oder importiert“ (S. 259). Eine Definition oder auch nur eine Eingrenzung „primärer“ Bedürfnisse wird jedoch nicht gegeben. Das Verhältnis zwischen intra- und interregionaler Orientierung bleibt damit trotz der postulierten Prioritätensetzung erklärungsbedürftig. Zur Unklarheit tragen auch wiederholt vorzufindende Lobpreisungen von „Standort“-Vorteilen bei, die es nur für Unternehmen mit extraregionaler Orientierung geben kann, da ein intraregional orientiertes in jedem Fall seinen Standort innerhalb der Region wählt. Das „ökologische Dorf“ etwa sei inzwischen ein Standortvorteil, die Lebensqualität einer Region ein „wichtiger Faktor bei der Ansiedlung von Unternehmen“ (S. 240). Weiter schreiben die Autoren im Zusammenhang mit Ausführungen zur Mobilitätsplanung: „In einer Region sollen die Entwicklungspotentiale stimuliert, die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhöht und die Mobilitätschancen bewahrt oder sogar ausgebaut werden“ (S. 233). Unklar bleibt das Verhältnis zum Weltmarkt. Die Ambivalenz wird selber gesehen: Die „Autonomie lokaler Gemeinschaften in der Stadt wie auf dem Lande „solle zwar vergrößert werden, Ziel des Ausbaus sei es jedoch nicht, „das Industriesystem in ein

Konglomerat von selbstgenügsamen kleinen Produktionseinheiten aufzuspalten“ (S. 357). Der Weltmarkt soll anscheinend weiterhin eine große Rolle spielen. Ein deutlicher Hinweis dazu findet sich im Abschnitt über Wirtschaftsverträglichkeit: „Ein Land, das so sehr auf den Austausch mit dem Ausland angewiesen ist, kann kein gutes Leben für seine Bewohner sichern, falls es nicht wettbewerbsfähig ist. Wenn niemand in diesem Land investieren möchte und die hier hergestellten Wirtschaftsleistungen keine Kunden finden, werden Beschäftigung und Wohlstand immer weiter zurückgehen. Das ist zwar kein Naturgesetz, weil sich der Grad der Verflechtung mit dem Ausland auch wieder verringern kann, aber es ist eine Randbedingung, die bei der derzeitigen Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Landes berücksichtigt werden muß“ (S. 364). An anderer Stelle ist im Zusammenhang mit Vorstellungen zur negativen Einkommenssteuer von der Koexistenz verschieden bezahlter und regional unterschiedlich orientierter Arbeitsmärkte die Rede: „Darüber hinaus würde dieses Konzept den Übergang in den ‘ersten Arbeitsmarkt’ des weltmarktorientierten Sektors erleichtern und umgekehrt: Wer aus dem Hochlohnsektor herausfällt, kann im ‘zweiten Arbeitsmarkt’ wieder eine sinnvolle Beschäftigung finden“ (S. 356). Die Autoren scheinen auch in ihrem Ausblick auf das Nord-Süd-Verhältnis einerseits von einer Stärkung der Binnenorientierung auszugehen. Der geringere Ressourcenverbrauch des Nordens werde es den Süd-Ländern ermöglichen, sie „wohl auch nötigen, sich durch den Rückgang bestimmter Exporte stärker auf den heimischen Markt zu konzentrieren“ (S. 272). Doch auch hier wird an anderer Stelle wieder Gegenteiliges propagiert, etwa eine Ausweitung des Handels mit dem Süden auf dem Gebiet von weiterverarbeiteten Gütern. Ein von den Autoren gewollter fairer Welthandel würde auch einen „Verzicht der Europäischen Union auf Einfuhrzölle für weiterverarbeitete Rohstoffe bedeuten ...“ (S. 268). Auch der umgekehrte Handelsweg soll nicht versiegen. Zwar sollen Exportsubventionen für nördliche Agrarprodukte gestrichen werden, der Transfer „zukunftsfähiger Technologien“ wie Biogas-Anlagen und Solar-Heizsysteme soll hingegen verstärkt ins Rollen kommen.

Auf der politischen Ebene verfolgen die Verfasser eine Strategie der parallelen Regionalisierung und Globalisierung. Abgeleitet aus dem Subsidiaritäts- und dem Äquivalenzprinzip erscheine „eine funktionale Stärkung von lokal/regionalen Strukturen einerseits und supranational/globalen Strukturen andererseits“ sinnvoll (S. 386) (vgl. auch Kap. 5.4). Dieser Doppelstrategie entsprechen zum Beispiel auch Vorschläge zur Forcierung globaler Partner-

schaften zwischen Kommunen einerseits und Nichtregierungsorganisationen des Nordens und Südens andererseits. Auch die Orientierung auf dezentrale Stadtteilplanung paßt in diese Richtung. Die Forderung nach Stärkung supranationaler Institutionen hingegen wird verdeutlicht im Streben nach europäischer und internationaler Harmonisierung der vorgeschlagenen ökologischen Steuerreform oder im Wunsch nach mehr Kooperation zwischen Nord und Süd.

Da die nationale Ebene im Rahmen dieser Doppelstrategie unerwähnt bleibt, kann davon ausgegangen werden, daß diese eine eher abnehmende Bedeutung haben soll, auch wenn dies explizit nicht ausgesagt wird. Dazu paßt, daß an anderer Stelle betont wird, ein Wandel zu mehr Nachhaltigkeit sei auf keinen Fall „staatszentriert“ möglich, sondern nur vorstellbar als Werk vieler einzelner, dezentraler Akteure. Auf der anderen Seite finden sich viele Aufgabenzuschreibungen an den Staat. Dazu gehören unter anderem die Rahmensetzung (z.B. Öko-Steuer), die Organisation partizipativer und kommunikativer Prozesse, eine strukturelle Ökologisierung staatlicher Administration, die Ergänzung von Staat und Regierung durch langzeitorientierte Institutionen. (vgl. Kap. 5.4). Ob es angesichts eines derartigen Kataloges angemessen ist, von einer Dominanz regionaler und globaler politischer Strukturen zu sprechen, erscheint zweifelhaft. Welche Ebene nach der anvisierten Mischung aus Äquivalenz- und Subsidiaritätsprinzip dominant sein wird, kann anhand eines solchen Aussagenmixes nicht genau gesagt werden. Allenfalls der Wunsch nach einer Stärkung der dezentralen und globalen Ebene kann konstatiert werden.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß sowohl auf dem Sektor der Ökonomie als auch dem der Politik eine Regionalisierung als Leitbild gefordert wird, sich aber auch viele Hinweise auf eine Einbindung in nationale und globale Zusammenhänge finden lassen. Die Hauptveränderungsrichtung des anvisierten Gesellschaftsmodells liegt aber dennoch in der Orientierung auf lokale Strukturen. Sie sollen, trotz der angeführten Gegentendenzen, zunehmende Bedeutung im Vergleich zum Status Quo erhalten. Deshalb kann, mit aller Vorsicht, von einer gewünschten Entwicklung hin zu mehr Regionalisierung auf *diesen Feldern* gesprochen werden. Auf anderen Gebieten muß das nicht zwangsläufig gleichgerichtet sein, zumindest nicht in den Vorstellungen der Autoren. Auf dem Gebiet der Wissenschaft zum Beispiel wird eine gegenläufige Tendenz gewünscht. Die Rede ist unter anderem von globaler Partnerschaft und gemeinsamem Lernen. Der Norden brauche ange-

paßte Technologien und Fertigkeiten des Südens und der Süden wissenschaftliche Erkenntnisse des Nordens. Der Austausch dieser verschiedenen Formen von Wissen bedeutet eine Globalisierung von Wissenschaft. Die Verhältnisse von Regional- und Globalorientierung sind also je nach Anwendungsgebiet genannt werden Ökonomie, Politik und Wissenschaft - verschieden. Von einer eindeutigen Gesamttendenz zu mehr Regionalisierung oder zu mehr Globalität kann daher nicht gesprochen werden.

SRU-Gutachten

Trotz des immer wieder betonten Leitbildes Vernetzung bleibt das angestrebte Verhältnis von Globalisierung und Regionalisierung weitgehend unklar. Eine hinreichende Substantiierung des Paradigmas im Sinne eines Konzepts für das Verhältnis der räumlichen Ebenen zueinander wird nicht geleistet. Auf der politischen Ebene etwa ist die Beziehung zwischen nationaler und internationaler Politik nicht systematisch beleuchtet worden, wenn es auch einzelne Hinweise gibt. Auf keinen Fall soll es aber eine Regionalisierung von Politik geben. Auf ökonomischem Feld gibt es Widersprüchliches. Als Endergebnis kann festgehalten werden, daß erstmal keine Änderung des bestehenden Trends hin zu mehr oder weniger Globalisierung beabsichtigt ist.

Der Umweltrat erhebt Vernetzung - „Retinität“ - zum allgemeinen Leitbild. Die ökologische Problematik sei im Gegensatz zur „Sozialen Frage“ ein „Vernetzungsproblem“. Gefordert wird „die Einbindung der Zivilisations-systeme in das sie tragende Netzwerk der Natur“ (1994, S. 47). Ein Handeln, welches diesem Prinzip gerecht würde, erfordere die Entkopplung von wirtschaftlicher Entwicklung und Ressourcenverbrauch unter Einbeziehung von sozialer Entwicklung. Ob dieses zwangsläufig eine globale Integration von Gesellschaft erfordert, geht aus den Beschreibungen nicht explizit hervor. Die globale Problematik von Umwelt- und Entwicklungsproblemen wird an verschiedensten Stellen genannt, unklar bleibt jedoch die Globalität der für nötig befundenen Antwort: Inwieweit etwa Politik oder Wirtschaft globalisiert oder regionalisiert werden sollen, wird nicht deutlich gesagt.

Die politischen Empfehlungen gehen von einer weiterhin starken Rolle der nationalen Ebene aus. Deutlich wird das in den beiden Kernvorschlägen des Rates zur umweltgerechten Finanzreform und zur Verfahrensvereinheitlichung bei der Setzung von Umweltstandards. Beide basieren auf nationaler Politik: Die Reformvorschläge zur Finanzreform betreffen die staatliche

Steuerpolitik, die Standardsetzung findet auf nationaler Ebene statt. Inwiefern die Autoren einen Abbau nationalstaatlicher Souveränität durch die Ausweitung internationaler Vereinbarungen bejahen, kann nicht gesagt werden. Zu finden ist lediglich ein allgemeiner Hinweis darauf, daß die nationale Umweltpolitik in den weltweiten Zusammenhang „eingespannt“ sei. Auch im Zusammenhang mit der Analyse europäischer Umweltpolitik wird zum Verhältnis nationaler Politik zur EU-Politik fast nichts Prinzipielles gesagt. Der Umweltrat fordert zwar die bessere Umsetzung des EU-Rechts, will aber andererseits keine Verstärkung der „Tendenzen der europäischen Zentralisierung“.

Nach dieser Sichtung liegt es nahe, daß die Autoren im wesentlichen auf die nationale Ebene der Politik setzen. Ob dies in einer generellen Auffassung begründet ist oder an der Aufgabenstellung der Studie liegt, die ja ein Dokument der Politikberatung für eine Nationalregierung, die Bundesregierung, ist, bleibt offen. Daß die Autoren sich Politik offenbar im wesentlichen im nationalen Rahmen vorstellen, schließt die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips ein: Das, was auf niedrigerer Ebene geregelt werden kann, sollte auch dort geregelt werden. Dieses Prinzip soll angewandt werden, was sogar zu einer stärkeren Rolle der unteren Gliederungen führt: „Nach Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips ist eine Stärkung der Handlungsmöglichkeiten der Regionen und Kommunen erforderlich“ (1996, S. 58). Herausgestellt werden soll an dieser Stelle nur, daß die Autoren für eine Lösung der Probleme mindestens die politische Integration der Gesellschaft bis zur nationalen Ebene hin für nötig halten. Wie weit sie darüber hinaus gehen soll, in welchem Maße das Subsidiaritätsprinzip, welches neben dem Gebot der maximal möglichen Dezentralität auch das Prinzip der mindestens notwendigen zentralen Regelung umfaßt, nach Ansicht des Umweltrates Globalität impliziert, bleibt unklar.

Die für nötig gehaltene Integration in die Weltwirtschaft ist widersprüchlich: Einerseits geht der Rat wie selbstverständlich von der Notwendigkeit der Standortsicherung aus, die ja nur im globalen Rahmen Sinn macht: „Maßnahmen zur Sicherung des Standorts Deutschland hält auch der Umweltrat für geboten“ (1996, S. 16). Für eine globale ökonomische Integration spricht auch die Feststellung von der Unerläßlichkeit „massiver Assistenz von Seiten der entwickelteren“ Länder für die „sogenannten Entwicklungsländer“: „Nach Meinung des Umweltrates bedarf es hier, über Hilfestellungen zur ökonomischen Entwicklung hinaus, ebenso auch noch weitreichender

Hilfestellungen, die von der Förderung umweltverträglicher Produktionsformen ... bis hin zur Verbesserung einer den Gesamterfordernissen Rechnung tragenden Infrastruktur reichen“ (1994, S. 48). Andererseits wird im Abschnitt über Mobilität durch die vorgeschlagene Verteuerung von Transport von einer Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen ausgegangen: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ökologisch wahre Transportpreise eine beträchtliche Revision der Lebensgewohnheiten, der Produktionsstrukturen und der Raumstruktur auslösen werden, auch wenn diese Revisionen im einzelnen nicht vorhersehbar sind“. Auch wenn im Nachsatz des Zitats die Zwangsläufigkeit der Entwicklung in eine einzige Richtung negiert wird („im einzelnen nicht vorhersehbar“), wird mit der Äußerung eine Änderung in Richtung Regionalisierung festgestellt. Wohin sonst sollte die konstatierte *zweifellose* Änderung von Raum- und Produktionsstrukturen sowie Lebensgewohnheiten bei einer Erhöhung der Transportpreise gehen? Wieweit die Wirkung der Mobilitätsverteuerung gehen wird oder soll, in welchem Verhältnis Regionalität und Globalität von Wirtschaft und Lebensweise stehen werden oder sollen, auf welche Sektoren sie möglicherweise beschränkt bleiben sollen, wird nicht weiter thematisiert. Klar allein ist die Veränderungsrichtung aus der Perspektive des Status Quo: Mehr Regionalität. Der mögliche Widerspruch zur Entwicklung des „Standorts“ wird in der Studie ebensowenig problematisiert wie mögliche Friktionen mit dem positiv bewerteten Ziel der Produktivitätssteigerung.

5.6 Funktionale Differenzierung

Wuppertal-Studie

Das vorgestellte Gesellschaftsmodell in der Wuppertal-Studie bricht in vielen Ansätzen mit der autopoietischen Logik funktionaler Differenzierung. Die Autoren der Wuppertal-Studie wollen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene der Ausdifferenzierung in Teilsysteme durch eine Integration begegnen. Diese soll jedoch an der Ausdifferenzierung als solcher nichts grundsätzlich ändern. Die Eigenlogiken vor allem von Wirtschaft und Politik sollen zwar teilweise gebrochen, jedoch für das Gesamtziel Nachhaltigkeit genutzt werden. Vor allem der Eigenlogik der Ökonomie wird eine derartige Macht konzediert, daß sie in das Steuerungskonzept integriert wird. Während auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene so mit der Ausdifferenzierung lediglich anders umgegangen werden soll, zielen die Vorstellungen der Autoren für

den Lebensstil und die Alltagswelt der Individuen auf eine Entdifferenzierung der alltagsweltlichen Ebene.

Schon der integrative, auf Ganzheitlichkeit zielende Gesamtansatz Nachhaltigkeit als solcher zielt auf einen Bruch mit dem Trend der autopoietischen Entwicklung der Teilsysteme zugunsten einer gesamtgesellschaftlichen Steuerung und Integration. Die Autoren erhoffen sich vom „Kurs auf sozial-ökologische Zukunftsfähigkeit“ eine neue Übereinstimmung der Gesellschaft und damit wohl auch der Ziele der Teilsysteme: „Eine ökologische Orientierung der Politik hingegen böte unserer pluralistischen Gesellschaft ein einmaliges Konsenspotential“ (S. 16, vgl. Kap. 5.4). Der angestrebte Zielkonsens drückt sich etwa auch in der Forderung nach „Ökologisierung der traditionellen Ressorts“ im Zusammenhang mit einer Reform der Administration aus. Neben der Ganzheitlichkeit des Gesamtansatzes Nachhaltigkeit, welche ein anderes „Design im wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Gesellschaft“ (S. 153) erfordert, kollidiert auch die Forderung nach Wertentscheidungen mit teilsystemischen Eigenlogiken. Die Notwendigkeit von Werturteilen wird an verschiedenen Stellen des Konzeptes betont. So heißt es etwa: „Zukunftsfähigkeit ist ein normatives Konzept und erfordert zumindest ein Werturteil. Warum sollte man künftigen Generationen die Möglichkeiten zu einer eigenständigen Gestaltung ihres Lebens geben?“ (S. 24). Auch das Konzept des Umweltraums basiert auf dem Werturteil intragenerativer Chancengleichheit.

An verschiedenen Punkten werden Vorschläge gemacht, die eine Brechung der Reichweite der Eigenlogik des Teilsystems Wirtschaft implizieren. So soll die Durchmonetarisierung der Gesellschaft im offenen Diskurs überprüft werden: „Wir sind der Meinung, daß unsere Gesellschaft entscheiden muß, welche Mischung aus individuellen Freiheiten und kommunitären Pflichten, selbstorganisierten und kommerzialisierten Sozialbeziehungen ihr gut bekommt“ (S. 174). Die Logik der Ökonomie solle nicht überall gelten, sondern begrenzt werden: „Nicht eine Marktgesellschaft, in der die Regeln von Angebot und Nachfrage sämtliche Bereiche menschlicher Existenz bestimmen, kann das Ziel sein, sondern eine Marktwirtschaft, die eingebettet ist in ein größeres Ganzes, das wir Gesellschaft nennen“ (S. 169). Weiterhin wird an die Ökonomie die Forderung nach unökonomischem Verhalten gestellt. Im Rahmen von Ausführungen für ein offensives „Umweltmanagement“, welches die bisherige ökonomisch begründete Verkaufsstrategie, das Günstigste oder das Besondere auf dem Markt anzubieten, ersetzen solle, heißt

es: „Damit bringen Unternehmen nicht nur Bedürfnis, Bedarf und Nachfrage in einen Zusammenhang, sondern sie stellen sich explizit der Frage nach der Sinnhaftigkeit von kulturellen Modellen und Lebensstilen“ (S. 200). Die Unternehmen seien damit „nicht nur auf der technisch-funktionalen, sondern auf der Sinnbildungsebene als Akteure von ökologischer Strukturpolitik aktiv“ (ebd.). Auch die Würdigung der Figur des „economic under-achievers“, welcher bewußt unter seinen ökonomischen Möglichkeiten lebt, deutet auf die Möglichkeit eines Bruchs mit der ökonomischen Eigenlogik hin, ebenso die Hoffnung auf einen Bewußtseinswandel, der gegen „Öko-Dumping“ durch ausländische Produkte bei nationalen Alleingängen in der Besteuerung von Naturverbrauch immunisiere. Ein weiteres Beispiel ist die Forderung nach einem gleichmäßigen Zugang zu Teilzeit-Erwerbsarbeitsplätzen als Gebot der „Fairneß“. Hier wird ebenfalls eine Abkehr von der ökonomischen Logik der marktmäßigen Lösung der Verteilung von Arbeit gefordert. Gleiches ist für den geforderten fairen Welthandel zu sagen.

Auch im Teilsystem der Politik wird mit einer Brechung der Eigenlogik gerechnet. Der aus Gründen des Machterhalts vorzufindende Trend zu personenbezogenem Populismus soll ersetzt werden durch einen Politikertyp, der „politischen Mut“ besitze und sich durch die Führung eines vernünftigen, argumentierenden Diskurses auszeichne. Verlangt wird nichts weniger als die Zurückstellung von Machtinteressen zugunsten eines demokratischen Ideals, gefordert wird von Akteuren des politischen Systems die Mißachtung der in diesem herrschenden Eigenlogik, des Strebens nach Machterhalt.

Im Gegensatz zu diesen Beispielen, die Brüche mit dem autopoietischen Trend funktionaler Differenzierung anzeigen, lassen sich im Text andererseits Konzessionen an die Wirksamkeit von Eigenlogiken der Teilsysteme finden. Dazu gehören die Appelle an den aufgeklärten Eigennutz, etwa im Rahmen der Forderung nach sinnvollerem Nord-Süd-Handel: „Eine solche Kooperation wirft für Unternehmen des Nordens zunächst weniger Gewinn ab als die Lieferung schlüsselfertiger Fabriken. Aber aufgeklärter, langfristiger Eigennutz kann sich dahingehend belehren, daß so die haltbareren Handelspartnerschaften entstehen“ (S. 274). Hier wird im Rahmen der ökonomischen Eigenlogik mit einem ökonomischen Argument für eine Änderung des Verhaltens geworben. Diese Motivation wird auch für das gesamte Nachhaltigkeitsziel gegeben: „Wer Zukunftsfähigkeit für Deutschland und für Europa will, muß in sein und ihr Denken und Handeln das Geschick der einen Welt einbeziehen - aus Verantwortung und aus Eigennutz“ (S. 276).

Auch die Orientierung auf eine „ökologisch zuträgliche“ Entfaltung marktwirtschaftlicher Mechanismen, die im Verbund mit einer Rahmensetzung über Öko-Steuern erfolgen soll, zeugt von der Akzeptanz ökonomischer Eigenlogiken. Die Forderung, ökologisches Handeln nicht aus der Ökonomie heraus zu begründen, sondern aus der Gefährdung der Ökologie selbst heraus herzuleiten, deutet ebenso auf eine Sichtweise hin, die berücksichtigt, daß Begründungen sich nicht aus der Eigenlogik fremder Teilsysteme speisen ließen, sondern es teilsystemimmanenter eigener Begründungen bedürfe. Daß die Eigenlogik der Ökonomie für die Autoren eine sehr wichtige Rolle spielt, wird auch deutlich bei ihrer Frage nach der Kompatibilität von Nachhaltigkeit und Marktwirtschaft: „Ob die Systemlogik des marktwirtschaftlichen Systems tatsächlich mit Zukunftsfähigkeit unvereinbar ist oder ob sie überwunden werden muß (und kann), wissen wir nicht - und können es nicht wissen“ (S. 373). Der Grund für die offene Frage liegt in der vorher konstatierten möglichen Inhärenz von Wachstum in der Marktwirtschaft: „Eine permanente Steigerung der Produktion“ gehöre möglicherweise „zur Logik des Systems“ (ebd.).

Anders als auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene, auf der bei prinzipieller Akzeptanz von Ausdifferenzierung diese für das Nachhaltigkeitsziel nutzbar gemacht werden soll, wird auf der Ebene der Alltagswelt der Individuen eine Änderung in Richtung einer Entdifferenzierung anvisiert. Mit der angestrebten „neuen Mischung“ aus Fremdarbeit und Eigenarbeit ist eine Rücknahme der Arbeitsteilung verbunden. Die Wiederrücknahme von Eigenarbeit bedeutet eine Entdifferenzierung der Alltagswelt. Die Tendenz der Ausdifferenzierung der Alltagswelt der Individuen in verschiedenste Berufstätigkeiten wird abgebremszt zugunsten einer stärkeren Beschäftigung jedes einzelnen mit allen Bereichen der Güter- und Dienstleistungsproduktion, die unweigerlich mit der Eigenarbeit verbunden sind.

SRU-Gutachten

Die Autoren halten eine Integrationsanstrengung als Antwort auf das für problematisch befundene Maß an Ausdifferenzierung in der modernen Gesellschaft für notwendig. Der Modus dieser Integration besteht für sie in einer Vernetzung, in der Terminologie des Gutachtens mit „Retinität“ bezeichnet. Im Rahmen dieser übergeordneten Zielstellung bewegen sich die Ziele in den Gutachten zwischen zwei Polen. Einerseits gibt es eine Akzeptanz und eine Benutzung der Eigenlogik von Teilsystemen, vor allem der

Wirtschaft, aber auch des Rechts. Andererseits sind Strategien der Eindämmung dieser Eigenlogik vorzufinden, hauptsächlich auf den Gebieten der Wirtschaft und der Politik. Ähnlich wie in der Wuppertal-Studie soll die Eigenständigkeit der Teilsysteme nicht angegriffen, sondern für das Gesamtziel domestiziert werden.

Die entscheidende Antwort auf Integrationsprobleme sei Retinität: Gegenüber diversen „Engführungen“ des Leitbilds Nachhaltigkeit sei zu betonen, daß „die mit der ökonomischen Komponente verbundene Produktionsproblematik, die sich aus der sozialen Komponente ergebende Verteilungsproblematik sowie die sich aus der ökologischen Komponente stellende Vernetzungsproblematik in einem durchgängigen und unaufhebbaren Zusammenhang zu sehen“ seien (1996, S. 52). Und weiter: „Die eigentlich neue Dimension ist hierbei die Vernetzungsproblematik“ (ebd.). Vernetzung als „eigentliches Sustainability-Prinzip“ beschränke sich nicht allein auf „ökospezifische Rückkoppelungsfragen“, sondern berühre „Struktur- und Querschnittsprobleme der modernen Industriegesellschaft insgesamt“ (ebd.). Vernetzung sei ein Mittel zur Steuerung: Mit Hilfe des Retinitätsprinzips seien „Entscheidungsstrategien und Managementregeln zur Steuerung komplexer, also vernetzter Systeme zu entwickeln“ (ebd.). Der Komplexität der Vernetzung soll mit Retinität, also Vernetzung zu Leibe gerückt werden. Retinität ist in dem Sinnzusammenhang dieser Äußerung wohl nicht gleichzusetzen mit Vernetzung. Die vorgefundene Vernetzung von komplexen Systemen ist anscheinend eine, wie auch immer geartete, komplexe Verbindungsstruktur zwischen verschiedenen Bereichen oder Teilsystemen der Gesellschaft. Die geforderte Retinität hingegen ist eine bewußt gestaltete Vernetzung, die auf bestimmten Prinzipien aufbaut.

Eines davon soll die Güterabwägung sein, die durch unterschiedliche Interessen und Anforderungen zwangsläufig sei: „Die Tatsache, daß legitime Interessen des einzelnen und legitime Erfordernisse der Gesellschaft sowie notwendig einzulösende umweltethische Bedingungen nicht in einer prästabilierten Harmonie zueinander stehen, erfordert ganz eigene ethische Abwägungs- und Zuordnungsleistungen“ (1994, S. 12). Die „ethisch verantwortbare Lösung“ sei die der Güter- und Übelabwägung. Dem problematischen Maß an Ausdifferenzierung in selbständige Teilsysteme soll mit einer ethisch verantworteten Ausbalancierung, mit einem „Ethos integrierter Verantwortung“ (1994, S. 25) begegnet werden. Eine „neue Gesamtbewußtseinslage“ solle „Skepsis gegenüber allen einseitigen Lösungen“ wachhalten

und spiele nicht die unterschiedlichen Komponenten wie soziale, ökonomische und ökologische Grundeinstellungen gegeneinander aus. Deutlich wird die geforderte Vernetzung auch in der Rede von „struktureller Ökologisierung“, welche eine Verknüpfung der Ökologie mit Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie den ethischen Bedingungen umweltgerechten Handelns erfordere. Auf der politischen Ebene wird eine Integration bisher additiver Politiken für nötig gehalten (vgl. Kap 5.4).

Mit der Eigenlogik des Teilsystems Wirtschaft wird auf zwei Arten umgegangen. Einerseits wird diese akzeptiert, teilweise sogar genutzt. Im Rahmen der Ausführungen zur Mobilität etwa werden ökonomische Instrumente zur Lenkung als die einzig tauglichen qualifiziert: Wenn sich die Knappheit der in Anspruch genommenen natürlichen Lebensgrundlagen in den Preisen spiegeln würde, so „träfen die Privaten schon die ökologisch angemessenen Entscheidungen“ (1994, S. 34). Sei dieser Grundsatz verletzt, „so helfen auch Appelle ans Umweltbewußtsein der Bevölkerung nur wenig“ (ebd.). Der mögliche Widerspruch dieser Feststellung zum postulierten Ethos integrierter Verantwortung soll an dieser Stelle nicht weiter thematisiert werden. Diese Akzeptanz der Wirksamkeit ökonomischer Eigenlogik durchzieht die Handlungsempfehlungen in fast sämtlichen vom Umweltrat untersuchten Bereichen von Umweltpolitik. Andererseits soll die Eigenlogik der Wirtschaft begrenzt werden. Dafür steht neben dem oben beschriebenen integrativen Gesamtansatz der Vorschlag zur Einrahmung des ökonomischen Spielraums durch Umweltstandards. Ökologische Restriktionen ökonomischer Aktivität müßten an physischen Indikatoren der Umweltqualität anknüpfen. Ebenso zählen dazu Forderungen nach Zurückweisung von ökonomischen Partikularinteressen, etwa von bestimmten Branchen mit starker Umweltzerstörung. Im Rahmen eines durch ökologische Steuern induzierten Strukturwandels gäbe es keine Legitimation für „Besitzstände“.

Über den Umgang mit der Eigenlogik anderer Teilsysteme wie etwa Politik, Wissenschaft oder Recht, wird wenig gesagt. Der wesentliche Konflikt mit teilsystemischen Eigenlogiken wird in den Gutachten zwischen ökonomischen Triebkräften und einem Nachhaltigkeitsethos integrierter Verantwortung gesehen. Problematische Inhärenzen des politischen Systems wie etwa der Trend zu kurzfristiger Politik werden dennoch benannt. Gibt es auch keine direkten Vorschläge zur wesentlichen institutionellen Änderung des politischen Systems, mit denen diese Eigenlogik gebrochen werden könnte, so lassen sich doch, wie oben ausgeführt, Ansätze wie die Rahmensetzung

durch Umweltstandards als Versuch deuten, mit der Stärkung von Langzeitinteressen die Eigenlogik mit ihrem Streben nach kurzfristigem Machterhalt etwas zu schwächen. Der Umgang mit dem Teilsystem Recht hingegen, hier insbesondere Umweltrecht, besteht eher in einer Akzeptanz und Nutzung seiner Eigenlogik. Zum einen „bediene sich die Umweltpolitik des Rechts“ (1994, S. 62), wozu im Verlauf der Gutachten diverse Vorschläge gemacht werden. Andererseits besitze das Umweltrecht aufgrund der „mit der Verfassungsordnung gegebenen Wertentscheidungen und aufgrund der ihm eigenen Sachlogik zugleich auch Eigenständigkeit“ (ebd.). Die Verfassungsordnung bilde den Rahmen, an dem sich jede Umweltpolitik zu messen habe. Versuche, im Rahmen der Integrationsanstrengungen die Eigenlogik des Rechtssystems einzudämmen, wie dies zum Beispiel im Umgang mit der Wirtschaft zu verzeichnen ist, sind allerhöchstens partiell zu verzeichnen. So wird etwa gefordert, die für „andere, die Existenzgrundlagen der Menschen nicht berührende Probleme entwickelten rechtsstaatlichen Schranken“ nicht restriktiv auf die Umweltpolitik anzuwenden (1994, S. 66). Als Beispiel wird das Prinzip der Verhältnismäßigkeit angeführt. Zur Begründung wird die mögliche Irreversibilität von Entwicklungen angeführt, die das Ziel eines Umwelterhalts im Sinne einer „dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“ unterminieren könnten.

5.7 Das gesellschaftliche Naturverhältnis

Wuppertal-Studie

Die Autoren befürworten die Nutzung der Natur durch den Menschen innerhalb bestimmter Grenzen. Über die Normativität dieser Grenzen - im Gegensatz zur statischen naturwissenschaftlich begründeten Festlegung - finden sich unterschiedliche Aussagen. Neben dieser nutzenorientierten Natursicht findet sich der Hinweis, die Verantwortung des Menschen für den Erhalt der Natur erstreckte sich auch darauf, ihr einen eigenen Wert zu geben. Diese Forderung wird allerdings nicht näher im Sinne biozentristischer Auffassungen spezifiziert, so daß von einer Dominanz anthropozentrischer Sichtweisen im gesellschaftlichen Naturverhältnis in der Wuppertal-Studie gesprochen werden muß. In den Vorstellungen der Autoren zum gesellschaftlichen Naturverhältnis ebenfalls enthalten ist der Wunsch der Autoren nach einer alltagsweltlichen Annäherung von Mensch und Natur.

Gegen die Nutzung der Natur sei „per se kaum etwas einzuwenden“. Es gehe jedoch um ein „besseres Wechselspiel mit der Natur“ (S. 27). Dieses Wechselspiel zwischen anthropogenen und natürlichen Kreisläufen drückt sich in folgenden Regeln der Naturnutzung aus (S. 30):

1. Die Nutzung einer erneuerbaren Ressource darf nicht größer sein als ihre Regenerationsrate.
2. Die Freisetzung von Stoffen darf nicht größer sein als die Aufnahmefähigkeit der Umwelt.
3. Die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen muß minimiert werden. Ihre Nutzung soll nur in dem Maße geschehen, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen geschaffen wird.
4. Das Zeitmaß der menschlichen Eingriffe muß in einem ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der natürlichen Prozesse stehen, sei es der Abbauprozesse von Abfällen, der Regenerationsrate von erneuerbaren Rohstoffen oder Ökosystemen.

Mit Hilfe dieser Regeln soll intergenerativ eine „intakte“ Natur treuhänderisch weitergegeben werden. Mit „intakt“ ist offensichtlich die Tatsache der Abstinenz irreversibler Schäden gemeint und nicht ein bestimmter statischer Zustand von Natur, der nach den obigen Regeln in keinem Falle zwingend wäre. In der Beschreibung des Konzepts Umweltraum heißt es, dieser bezeichne „den Raum, den die Menschen in der natürlichen Umwelt benutzen können, ohne wesentliche Charakteristika nachhaltig zu beeinträchtigen.“ (S. 27). Die „wesentlichen Charakteristika“ bestehen offenbar in den Funktionen, die auch schon in den vier Regeln zum Ausdruck kommen: „Der Umweltraum ergibt sich aus der ökologischen Tragfähigkeit von Ökosystemen, der Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen und der Verfügbarkeit von Ressourcen“ (ebd.). Offen bleibt jedoch, inwieweit der geforderte Erhalt der „ökologischen Tragfähigkeit von Ökosystemen“ in Richtung eines zwingenden Schutzes der jetzigen Form der Natur interpretiert werden darf oder ob menschliche Eingriffe die Ökosysteme verändern dürfen, sofern sie sich an die oben aufgeführten vier Regeln halten. Dafür spricht, daß die Autoren ökologischem Landbau, der ja Ökosysteme verändert, Priorität vor isolierten Naturreservaten geben. Flächendeckender ökologischer Landbau sei die Alternative zum „Käseglocken-Naturschutz“ einerseits und zerstörerischer Monokultur andererseits und integriere Naturerhaltung, -nutzung und -entwicklung. So heißt es: „Die heute gängige Naturschutzforderung ist eine

auf 100 Prozent der Fläche umweltverträgliche Landnutzung. Der Naturschutz hat ein Stadium erreicht, an dem nicht mehr in erster Linie der Schutz der Natur, sondern das Wirtschaften im Einklang mit der Natur gefragt ist“ (S. 244). Unabhängig von der nicht exakt beantworteten Frage nach der Grenze legitimer Naturveränderung oder der Substanz der „wesentlichen Charakteristika“ der Natur, die nicht verändert werden sollen, ist die Nutzung der Natur durch den Menschen für die Autoren der Studie in jedem Fall begrenzt durch das Gebot des langfristigen Erhalts der für den Menschen lebenswichtigen Naturfunktionen. Gefordert wird also eine Naturbehandlung aus aufgeklärtem Eigennutz der Gattung Mensch heraus.

Die genauere Bestimmung dieser lebenswichtigen Funktionen erfordere jedoch auch ein Werturteil. Allgemein heißt es, „zukunftsfähige Entwicklung“ sei ein „offener gesellschaftlicher Suchprozeß auf der Basis von Werturteilen und unter Anerkennung ökologischer Leitplanken „ (S. 26). Auch Indikatoren, die eine bestimmte Umweltqualität beschreiben sollen, seien wertbehaftet: „Schon die „Auswahl von Größen zur Beschreibung des Mensch-Umwelt-Verhältnisses ist niemals allein aus der Natur heraus begründbar“ (S. 38). Ebenso seien die festgelegten Grenzen, Sicherheitsabstände und Rückführungszeiträume bei Überschreitung von Grenzen Wertentscheidungen. Umweltziele seien Ergebnis gesellschaftlicher Setzung: „Umweltziele können folglich nicht nur durch Expertengremien festgelegt werden, sie müssen vielmehr - auf Basis von Expertenwissen - in einem weitgefaßten gesellschaftlichen Prozeß formuliert und bestätigt werden“ (S. 54). Diese Forderung wird in der Wuppertal-Studie zwar nicht weiter operationalisiert, sie entspricht jedoch genau der Haltung in den SRU-Gutachten, die zur Verwirklichung dieses Anspruchs ein normiertes Verfahren zur Setzung von Umweltstandards vorschlagen, welches einen derartigen Prozeß kultureller Setzung auf Basis naturwissenschaftlichen Wissens institutionalisieren soll.

Allerdings sei der Mensch nicht alleiniger Zweck, für den „alles übrige zur dienenden Umwelt wird“ (S. 35). Andere Lebewesen und die unberücksichtigte Natur sollten „nicht unberücksichtigt bleiben“. Natur sei als Ethikobjekt zu verstehen. Genauere Ausführungen, wie über „einen geläuterten Anthropozentrismus hinaus“ Natur verstanden werden sollte, finden sich in der Studie allerdings nicht.

Neben den Vorstellungen zu generellem Umfang und Grenzen der Naturnutzung durch den Menschen, den „ökologischen Leitplanken“, wird in der

Studie eine Wiederannäherung zwischen Mensch und Natur durch den Lebensstil der Menschen anvisiert. Dazu gehört etwa der Wunsch nach einer Renaissance kleinräumiger Verbraucher-Erzeuger-Strukturen, die „verlorene Lebenswelten“ wieder erwecken. Ein Einkauf beim Bauern ermögliche wieder mehr Naturerfahrung, das Wissen um Pflanzzeiten oder Klimawirkungen etwa komme wieder ins Blickfeld. Die Eigenerfahrungen seien besser als „Fremderfahrungen“ in Form abstrakter Informationen. Auch die Priorität von Naherholung soll die Empfindung für die die Menschen unmittelbar umgebenden Naturräume erhöhen.

SRU-Gutachten

Seine Vorstellungen zum gesellschaftlichen Naturverhältnis expliziert der Umweltrat auf zwei Ebenen. Einmal wird die geforderte reale Ausgestaltung der Beziehung dargestellt. Diese orientiert sich an der menschlichen Gestaltung der Natur, welche die Einbindung der Zivilisation in Natur bei Wahrnehmung einer Verantwortung des Menschen *für* Natur umfaßt. Diese Paradigmen basieren zweitens auf einer Ideologie, welche vor allem die Differenz des Menschen zur Natur betont.

Der Umweltrat geht von der Notwendigkeit einer tiefgreifenden Umgestaltung der Natur zur Erreichung der Ziele des Menschen aus: „Soll er zur tatsächlichen Entfaltung der ihm von der Natur gegebenen Möglichkeiten seines Menschseins gelangen, kann er dies nur über den von ihm in der Technik eröffneten, zur Umgestaltung führenden Weg erreichen. Er gebraucht diese Natur und paßt sie sich zu. Er greift in sie ein und nutzt ihre Schätze. Er vernichtet Lebensformen, die sich für ihn als schädlich, gegebenenfalls sogar als lebensbedrohlich erweisen“ (1994, S. 54). Erst durch die Technik „gestalte der Mensch die Natur zu einer für ihn lebberen Umwelt“ (1994, S. 25). Daher gäbe es auch keine Konkurrenz zwischen einem Mensch-Technik-Verhältnis und einem Mensch-Natur-Verhältnis, sondern eine Verschränkung der beiden Beziehungen. Gefordert sei die Einbindung der Zivilisationssysteme in das sie tragende Naturnetzwerk. Dafür werden dieselben, naturwissenschaftlich begründeten Regeln im Umgang mit der Natur eingefordert, die schon in der Wuppertal-Studie angeführt wurden (s.o.). Die geforderte „Stimmigkeit im Verhältnis von Mensch und Natur“ werde möglich durch Gesamtvernetzung, Retinität. Die Operationalisierung des Retinitätsprinzips setze die Aufstellung von Umweltstandards voraus. Letzteres verdeutliche die Normativität des Naturumgangs. Umweltstandards stünden

„immer auch in soziokulturellen Bewertungszusammenhängen“ und könnten daher „keineswegs allein aus naturalen Schwellenwerten abgeleitet werden“ (1994, S. 55). Das Bewußtsein von der sozio-kulturellen Freiheit dürfe jedoch nicht zu einer Verletzung von Grenzen der Umweltnutzung führen, die als solche „unerbittlichen Spielraum für jegliche dauerhafte zivilisatorische Entwicklung vorgeben“ (ebd.) Die Verfasser betrachten das Streben nach Nachhaltigkeit also als einen *offenen gesellschaftlichen Suchprozeß auf Basis von Werturteilen und unter Anerkennung ökologischer Leitplanken*³. Natur wird in Gegensatz zu bio- und ökologistischen Sichtweisen als Kulturaufgabe bezeichnet: „Das richtige Maß des ‘Natürlichen’ ist dem Menschen nicht selbstverständlich vorgegeben, er muß es selber bestimmen“ (1994, S. 70). Die Ansprüche an die Umweltqualität sollten dabei in einem „wechselseitigen Kommunikationsprozeß“ zwischen Wissenschaft und Gesellschaft entwickelt werden. Die Umsetzung dieser Leitidee soll unter anderem durch die vorgeschlagene Vereinheitlichung des Procedere zur Setzung von Umweltstandards erfolgen, quasi einer Standardisierung der Standardisierung (vgl. Kap. 5.4). Bei der Beachtung der Grenzen sei jedoch die Dynamik von Natur zu berücksichtigen, es gebe „keine statischen Bezugssysteme in der Natur“. Diese hätte zudem die Fähigkeit, auf Veränderungen zu reagieren und sich Zivilisationssystemen anzupassen. Auch die Festlegung von Belastbarkeit habe eine normative Basis: „Anthropogene Veränderungen im Ökosystem werden dann als Belastungen verstanden, wenn sie sich negativ auf seine Struktur und Funktion auswirken. Ein Werturteil darüber, ob eine Veränderung negativ ist oder eine Schädigung darstellt, kann nur im Sinne anthropozentrischer Zielvorstellungen getroffen werden“ (1994, S. 73). Eine allgemeine Kenngröße für Belastungen könne somit nicht existieren. Ein weiteres Motiv für das Gebot der Sozialisierung der Festlegung der Belastungsgrenzen liege in der nicht vorhandenen Perfektion von Wissenschaft: „Der Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnisdefiziten ist ein wesentlicher zusätzlicher Grund für das Erfordernis, die Verantwortung für den Umgang mit Natur und ihren Belastungsgrenzen mit der Gesamtgesellschaft zu teilen“ (1994, S. 74).

Der Prozeß der Gestaltung der Natur ist eingerahmt von einer Ethik der Verantwortung. Die „Beziehung Mensch-Natur nehme heute angesichts der zunehmend deutlich werdenden Grenzen der Tragekapazität ökologischer Systeme die Bereitschaft des Menschen zu verantwortlichem Handeln in eine

3 Die hervorgehobene Formulierung steht wörtlich *auch* in der Wuppertal-Studie (s.o.)

bisher nie gekannte existentielle Pflicht“ (1996, S. 52). Die Verantwortung basiere auf der Einsicht des Menschen, nicht alles tun zu dürfen. Zur Begründung für diese Einsicht führen die Autoren neben dem Ziel, dauerhaft von der Natur leben zu können (s.o.), ein weiteres Argument an: „Die Verantwortung des Menschen für die außermenschliche Natur gründet letztendlich in der Einsicht, daß diese Natur in ihrem ebenso gewaltigen wie verkehrbaren Potential nur in dem Maße verfügbar bleibt, wie der Mensch respektiert, daß sie nicht darin aufgeht, allein für ihn da zu sein“ (1994, S. 54). Auch die geforderte Akzeptanz der nicht vollständigen Verfügbarkeit nützt demnach dem Ziel des langfristigen Erhalts derselben. Der Mensch solle seine möglichen Ansprüche zurücknehmen, damit die Natur langfristig auch für nicht rein instrumentelle Zwecke erhalten bleibt. Unterschieden wird hier offensichtlich zwischen Ausbeutungsinteressen (instrumentelle Zwecke) und Interessen am ästhetischen Genuß. Beide können jedoch als Interessen des Menschen an einer langfristigen Nutzung der Natur begriffen werden, auf denen die eingeforderte Verantwortung *für* Natur motiviert ist - aus einem aufgeklärtem Eigennutz heraus. Die Verantwortung *für* Natur steht dabei im Gegensatz zu einer möglichen Verantwortung *vor* Natur. Da Natur keine personale Existenz habe, könne es auch keine Verantwortung *vor* ihr geben. Im anderen Falle müßte ihr eine Unantastbarkeit zugestanden werden mit der Folge, daß jeder „technische Eingriff gleich welcher Art im Grunde als prometheischer Frevel einzustufen wäre“ (1994, S. 52).

Die Autoren betrachten Verantwortung des Menschen für die Natur in einem doppelten Sinn: Einer Verantwortung für den Menschen in der Natur und einer Verantwortung für die Natur selber, zur Sicherung der vom Menschen unabhängigen Eigenbedeutung der Natur. Mit letzterem korreliert das Gebot der Ehrfurcht vor der Natur, das als Gegengewicht zum instrumentellen Verhältnis einzustufen sei. Die Natur stelle sich in diesem Zusammenhang immer wieder als ein „überwältigendes Faszinosum dar“. Es sei ein moralisches Gebot, davon soviel wie möglich zu erhalten. Die eingeforderte Ehrfurcht vor der Natur sei hingegen nicht mit ihrer Unantastbarkeit zu verwechseln.

Der geschilderte anzustrebende Umgang mit der Natur basiert auf der Idee der Differenz von Natur und Mensch. Abgelehnt wird eine „quasi-personale Aufladung des Natur-Begriffs“: Natur komme nicht „die Eigenschaft eines personalen, der vernünftigen Selbstbestimmung fähigen Freiheitswesens zu“ (1994, S. 52). Deswegen könne es auch keine Gleichheit, Geschwisterlichkeit

oder Solidarität mit der Natur geben. Die Ablehnung der Gleichwertigkeit von Natur und Mensch speist sich aus der Ablehnung einer Degradierung des Menschen: „Der Versuch, die Verantwortung des Menschen für die Natur durch eine Art Quasi-Personalisierung ihrer Ausdrucksformen zu sichern, führt zwangsläufig auch zur Einebnung des personalen Anspruchs des Menschen. Person meint dann letztlich dasselbe wie Natur, so erhaben und so gleichgültig wie diese. Ehrfurcht vor dem Leben - in einem derart unterschiedslosen Sinn gefaßt - löst letztendlich alle Ehrfurcht des Menschen vor dem Menschen in sich auf. Wir hätten keinen Grund mehr, den einzelnen Menschen höher zu achten als irgendein anderes Lebewesen sonst“ (ebd.). Das anthropozentrische Prinzip der Personalität sichere die Sonderstellung des Menschen. Eine naturale Nivellierung menschlicher Existenz durch ökozentrische Ansätze würde uns „gewiß ethisch, aber auch politisch in unabhsehbare Aporien führen“ (1994, S. 53). Natur sei auch keine moralische Größe und könne von daher nicht rechtsfähig sein, da Recht Moral voraussetze. Von übereinstimmenden Zielen von Mensch und Natur könne ebensowenig gesprochen werden: Die Natur setze „ihre eigenen, immer neuen Zwecke, deren Sinn nirgends einfachhin mit denen des Menschen zusammenfällt“ (1994, S. 54). Der Mensch habe in ökologischen Systemen eine Sonderstellung. Öko-Systeme beinhalten auch anthropogene Teile. Sie seien als „funktionelle Wirkungsgefüge aus Lebewesen, unbelebten natürlichen und vom Menschen geschaffenen Bestandteilen“ zu betrachten. Die deskriptive Aufgabe der ökologischen Wissenschaft sei unter anderem, dieses Wirkungsgefüge unter dem Gesichtspunkt von zu erbringenden Umweltleistungen und -funktionen zu untersuchen, etwa Produktions-, Träger-, Informations- und Regelungsfunktionen. Im Rahmen dieses Funktionalitätskonzeptes solle die Ökologie Auskunft über die Wirkungsweise von Natur geben. Insgesamt plädieren die Autoren für eine ökologisch aufgeklärte Anthropozentrik: „Allein der Mensch ist verantwortungsfähig und gerade dadurch konstitutiv aus der Natur hervorgehoben“ (1996, S. 52).

5.8 Fazit: Nachhaltigkeitsvorstellungen

Nachfolgend werden die wesentlichen Nachhaltigkeitsvorstellungen in den jeweiligen Untersuchungsfeldern nochmal komprimiert dargelegt.

Produktionskonzept

Die Autoren der Wuppertal-Studie schlagen eine starke Änderung der bisherigen industriellen Produktionsweise vor. Abgeleitet vom Oberziel Reduktion der Stoffströme wird eine partielle Regionalisierung und Derationalisierung sowie eine Demonetarisierung von Arbeit anvisiert. Daneben soll jedoch ein weltmarktintegrierter Sektor existieren. Zusätzlich zu diesen Elementen der Änderung der Organisationsstruktur von Produktion kommen Elemente des technischen Wandels von Produktionsketten in Richtung geschlossener Kreisläufe. Die geringeren Massendurchsätze gehen einher mit einer verstärkten Tertiärisierung. Es soll mehr gehandelt und organisiert werden anstatt immer neu zu produzieren. Diese Tertiärisierung ändert jedoch nichts an der für nötig befundenen Begrenzung des Wirtschaftswachstums, sei es nun durch Steigerung im sekundären oder tertiären Sektor induziert. In den SRU-Gutachten wird an eine Änderung der bisherigen Trends der industriellen Produktion wie Rationalisierung, Monetarisierung und ständiges Wachstum nicht gedacht. Der Weg zu Nachhaltigkeit soll allein über die Erreichung einer höheren Konsistenz anthropogener Produktionsverfahren mit natürlichen Kreisläufen erreicht werden. Eine weitere Steigerung der Produktivität ist dabei ausdrücklich erwünscht, um menschliche Bedürfnisse besser befriedigen zu können. Lediglich der angestrebte Grad der Regionalisierung von Produktion bleibt aufgrund der anvisierten Erhöhung von Raumwiderständen unklar, auch wenn dies im Gutachten nicht explizit problematisiert wird.

Lebensstilkonzept

Während in den SRU-Gutachten allerhöchstens ein ganz allgemeiner Hinweis auf die Notwendigkeit geänderter Lebensstile zu finden ist, stellen die Autoren der Wuppertal-Studie einen neuen Lebensstil vor. Er besteht aus den Elementen weniger Konsum, mehr freie Zeit, mehr Eigenarbeit sowie mehr Einbindung in Gemeinschaften. Das anvisierte neue Wohlstandsmodell soll nicht in irgendeiner Weise erzwungen werden, sondern sich aus Einsicht in das bessere Konzept entwickeln. Betont werden die Pluralität moderner Gesellschaften und die Wahlfreiheit von Lebensorientierungen. Die Autoren gehen trotz der betonten geringen Normativität von einer faktischen niedrigen Pluralität der Lebensstile aus. Abweichende Stile scheinen sich nicht bewahren oder neu entwickeln zu können, da die Einsicht ins Gute und die den ökologisch korrekten Lebensstil fördernde ökonomische Rahmensetzung

offenbar für dominant genug gehalten werden. In den SRU-Gutachten werden keine genaueren Aussagen über zukunftsfähige Lebensstile gemacht, obwohl von einer Diskrepanz von Umweltbewußtsein und Umweltverhalten ausgegangen wird. Bezüglich der Normativität und Pluralität von Lebensstilen gibt es keine Hinweise auf Änderungen des bisherigen Trends, d.h. es soll weiterhin eine große Wahlfreiheit und Vielfalt von Lebensstilen geben.

Soziale Nachhaltigkeit

In der Wuppertal-Studie ist der zentrale Ansatzpunkt für soziale Nachhaltigkeit Verteilungsgerechtigkeit. Dies gilt allerdings nur in der internationalen Dimension. Ausgehend von asymmetrischen Lebenschancen in Nord und Süd werden eine global paritätische Ressourcennutzung in Gestalt des zu beachtenden Umweltraums sowie ein fairer Welthandel gefordert. Intranational findet dieses Konzept keine Fortsetzung. Von gleicher Ressourcennutzung oder gerechtem Handel etwa ist nicht mehr die Rede. Allenfalls allgemeine Hinweise auf die Notwendigkeit sozialer Fairneß sind zu finden, die sich etwa in der Forderung nach paritätischer Verteilung von Teilzeitarbeitsplätzen konkretisiert. Ansonsten wird intranational von einer weiterbestehenden starken Reichtumsdifferenzierung ausgegangen. An den wenigen Stellen, an denen sich das SRU-Gutachten mit Gerechtigkeit befaßt, kann die in der Wuppertal-Studie vorgefundene territoriale Differenzierung des Gerechtigkeitsansatzes ebenfalls wiedergefunden werden. Gerechtigkeit wird auf unspezifizierte Weise, auf einer allgemeinen Ebene im internationalen Verhältnis angemahnt, während innerhalb der Nationalgrenze allenfalls eine soziale Mindestsicherung für nötig gehalten wird. Ansonsten beharrt der SRU-Ansatz auf der sozialpolitischen Strategie einer Verteilung von Wachstumswüchsen.

Politisches Konzept

Beide Studien verzeichnen übereinstimmend zwei wesentliche Schwächen des gegenwärtigen politischen Systems, eine zu schwache Langzeitorientierung und eine zu geringe Partizipation der Bürger am politischen Prozeß. Zur Lösung des Problems der mangelnden Langzeitorientierung werden in beiden Konzepten jedoch keine Vorschläge zu wesentlichen Änderungen im politischen Institutionengefüge gemacht. Dem Langfristigkeitsziel dient jedoch die beiderseitig vorhandene Orientierung auf die Staatsaufgabe der Rahmensetzung, wenn diese auch in der Wuppertal-Studie etwas schwächer

ausgeprägt ist und nicht explizit vorgenommen wird. Die dort vorgeschlagene Ökosteuer ist jedoch ein Beispiel par excellence für staatliche Rahmensezung. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht in der Forderung nach einer komplementären Deregulierung, die die mit der eben beschriebenen Orientierung verbundene Ausweitung der Staatsaufgaben kompensieren soll, um die Freiheitlichkeit von Gesellschaft nicht zu verringern. Gleich ist auch die Forderung nach mehr politischer Partizipation, die jedoch auf unterschiedlichem Wege gewährleistet werden soll. Während in der Wuppertal-Studie eine Kombination aus Dezentralisierung politischer Strukturen und Diskurssteigerung durch Entschleunigung propagiert wird, hält der Umweltrat eine verstärkte Lobbyisierung von Umweltinteressen mit Hilfe einer verstärkten Einbindung von Umweltverbänden in staatliche Planungsprozesse für notwendig. Auch die geforderte Integration bisheriger additiver Politik soll in der Wuppertal-Studie eher auf dezentraler Ebene gewährleistet werden. Der Umweltrat hingegen begegnet dem Integrationsproblem durch staatliche Rahmensezung. Er schreibt ebenfalls dem Staat die Aufgabe eines Diskursorganitors zu, die vor allem durch die Institutionalisierung von umweltrelevanten Normsetzungsverfahren erfüllt werden soll. Die politischen Konzepte basieren auf spezifischen Konsensen: Die Wuppertaler bauen auf Interessenübereinstimmung, während in den SRU-Gutachten auf gemeinsame Überzeugungen, vor allem bezüglich des Umgangs mit der Natur, Wert gelegt wird.

Regionalisierungsgrad

Während in den SRU-Gutachten die räumliche Struktur von Gesellschaft keine Rolle spielt, liegt ein Schwerpunkt der Wuppertal-Studie in dem Plädoyer für mehr Regionalisierung auf politischer, in erster Linie aber wirtschaftlicher Ebene. Ausgehend von der Analyse negativer Globalisierungsfolgen wie etwa kulturelle Monotonisierung und vor allem erhöhter Naturverbrauch durch den Anstieg von Transportleistungen, wird eine Regionalisierung von Strukturen angestrebt. Mit der ökonomischen Kleiräumigkeit korreliert dabei die Forderung nach politischer Dezentralität. Diese Vorstellungen werden ergänzt durch eine gewünschte Globalorientierung auf politischer, wissenschaftlicher und teilweise auch ökonomischer Ebene. Das Verhältnis zwischen beiden Orientierungen bleibt dabei unklar. In den SRU-Gutachten hingegen ist explizit nichts zu finden. Allerhöchstens die auch dort erhobene Forderung nach Einschränkung von Mobilität wird de facto ebenfalls zu einer Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen führen -

wie ausgeprägt auch immer sie sein mag. Dazu werden dort jedoch keine Aussagen gemacht. Auf der politischen Ebene wird eine generelle Lokalorientierung kritisch gewertet, wenn auch in Einzelfällen die Regionalisierung von Kompetenzen befürwortet wird. Generell hingegen dominiert dort eine Orientierung auf nationalstaatliche Politik.

Funktionale Differenzierung

Beide Ansätze sehen in der hohen Ausdifferenzierung in gesellschaftliche Teilsysteme ein Problem, auch wenn dies nicht explizit gesagt wird. Beklagt wird jedoch die mangelnde Integration. So gehen die Nachhaltigkeitsvorstellungen in beiden Konzepten dann auch in Richtung einer stärkeren Integration der Teilsysteme. Übereinstimmung besteht auch darin, deren Eigenlogiken teilweise zu benutzen und teilweise einzudämmen. Unterschiedlich ist lediglich die Vorstellung hinsichtlich einer Entdifferenzierung auf der Ebene der individuellen Alltagswelt. Hier impliziert das Wuppertal-Konzept eine alltagsweltliche Integration durch die angestrebten neuen Lebensstile mit ihrer Mischung verschiedenster Tätig- und Fertigkeiten.

Gesellschaftliches Naturverhältnis

Das gesellschaftliche Naturverhältnis ist in beiden Studien ein anthropozentrisches. Daran ändert auch das vereinzelt geäußerte Bekenntnis zur Eigenwertigkeit von Natur in der Wuppertaler Studie nichts. Da dieses keinerlei Konsequenzen hinsichtlich der vorgenommenen Problemzuweisungen und der entwickelten Nachhaltigkeitsvorstellungen hat, ist diese Sichtweise als marginales Einsprengsel in einer im wesentlichen anthropozentrischen Sicht zu werten. In beiden Konzepten sollen die Menschen Natur nutzen für produktive, reproduktive und ästhetische Zwecke. Beiderseits wird von einer Verantwortung des Menschen für den langfristigen Erhalt dieser Funktionen ausgegangen, auch wenn in der Wuppertal-Studie explizit nicht von der Verantwortung des Menschen für die Natur gesprochen wird. Nichtsdestotrotz ist das gesamte Konzept mit der Anerkennung ökologischer Leitplanken und dem Konzept des Umweltraums stark verantwortungsethisch basiert. Ungeklärt ist bei den Wuppertalern ein Punkt in der Ideologie des Naturverhältnisses, die Differenz zwischen Mensch und Natur. Hierzu werden keine Aussagen gemacht, es kann auch nichts aus dem Konzept heraus dazu geschlossen werden. Dieses sieht zwar eine Verantwortung des Menschen für Natur vor, ob die Autoren diese aber aus dem Bewußtsein einer grund-

legenden ontologischen Differenz von Mensch und Natur ableiten, ist dem vorliegenden Text nicht zu entnehmen. In den SRU-Gutachten hingegen wird eine grundsätzliche Differenz zwischen Mensch und Natur, die in der Persönlichkeit des Menschen liegt, betont.

Beide Problemdiagnosen gehen von einer Inkonsistenz im Zusammenwirken von Natur- und Kultursphären aus, die lediglich etwas unterschiedlich beschrieben wird. Während in der Wuppertal-Studie die Unangepasstheit anthropogener Produktionsverfahren an Naturkreisläufe betont wird, spricht der Umweltrat allgemein von mangelnder Vernetzung. Ein Bestandteil mangelnder Vernetzung ist jedoch auch in den SRU-Gutachten die Inkonsistenz von Produktions- und Naturkreisläufen. Gesprochen wird etwa von der Notwendigkeit einer zirkulären Ökonomie. Während jedoch in den SRU-Gutachten ein Haupthindernis zur Überwindung der konstatierten Inkonsistenz in der hohen Komplexität des Verhältnisses von ökologischen Problemen in ihrer Kombination mit sozial- und humanwissenschaftlichen Fragen gesehen wird, betrachten die Wuppertaler Autoren zu geringe Naturnähe als Hauptursache mangelnder Abstimmung zwischen Kultur und Natur. Weiterhin wird in den SRU-Gutachten ein falsches Bewußtsein bezüglich des gesellschaftlichen Naturverhältnisses konstatiert. In der Wuppertal-Studie hingegen werden Lebensstile für den falschen Umgang mit Natur zur Verantwortung gezogen. Identisch bei beiden sind die Orientierung auf eine Beachtung des Umweltraums, die letztendlich eine Konsistenz zwischen menschlicher Produktionssphäre und Natur herstellen soll. Zwar ist der Terminus „Umweltraum“ in den SRU-Gutachten nicht zu finden, das vorgeschlagene Verfahren zur Vereinheitlichung von Umweltstandards läuft jedoch auf eine Beachtung desselben hinaus. Unterschiedliche Betrachtungen hinsichtlich der Konstanz des Umweltraums oder der Schlußfolgerungen für das Gerechtigkeitskonzept sollen hier, im Zusammenhang mit der Beschreibung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, kein Gewicht haben. Die gleichen Hauptorientierungen können als global-technokratisches Naturmanagement bezeichnet werden. Entsprechend der unterschiedlichen Sichtweise bezüglich der Hindernisse für Konsistenz zwischen natur- und menschengemachten Kreisläufen werden jedoch in beiden Konzepten auch unterschiedliche Nachhaltigkeitsorientierungen gegeben. In der Wuppertal-Studie wird, etwa mit Hilfe von Regionalisierungen und einer angestrebten Änderung von Lebensstilen, mehr Naturnähe, wenn auch nicht in allen Lebensbereichen, angestrebt. Die SRU-Gutachten erhoffen sich allgemein von mehr Vernetzung eine Verbesserung des Naturmanagements.

Übersicht: Nachhaltigkeitsvorstellungen

In der folgenden Aufstellung findet sich eine schlagwortartige Übersicht über die anvisierten Entwicklungsrichtungen zur Erreichung von Nachhaltigkeit. Hauptziel der Übersicht ist, die oben herausgearbeiteten Änderungsrichtungen gesellschaftlicher Entwicklung darzustellen. Daneben werden jedoch auch Kontinuitäten benannt. Wenn keine Änderung der bisherigen Tendenz anvisiert ist, wird die bisherige Entwicklungsrichtung, die beibehalten werden soll, in kursiver Schrift in Klammern aufgeführt. Bei der Wuppertal-Studie bedeuten fast alle Nachhaltigkeitsvorstellungen Änderungen der bisherigen Entwicklung, bei den SRU-Gutachten sind es weniger.

Übersicht 2: Nachhaltigkeitsvorstellungen

	Wuppertal-Studie	SRU-Gutachten
Produktionskonzept		
Arbeitsteilung	partielle Regionalisierung partielle Derationalisierung	unklare Aussage zur Regionalisierung <i>[Rationalisierung]</i>
Entwicklung quantitativ	Sättigung, Stop des Wachstums	<i>[Wirtschaftswachstum]</i>
Strukturwandel	partielle Derationalisierung naturkonsistentes Zeitmaß	<i>[Produktivitätssteigerung]</i> naturkonsistentes Zeitmaß und naturkonsistente Produktion
Arbeitsform	mehr Tertiarisierung partielle Demonetarisierung	<i>[Monetarisierung]</i>
Lebensstilkonzept		
dominante Ausprägung	reduzierter Konsum mehr freie Zeit mehr Eigenarbeit mehr Kommunarität	nur allgemeiner Hinweis auf Notwendigkeit von Wertewandel
Normativität	<i>[Gering]</i>	<i>[Gering-]</i>
Pluralität	Gering	<i>[hoch-]</i>
Soziale Nachhaltigkeit		
globale Dimension	verteilungsgerechte Ressourcennutzung chancengleicher Welt-handel	ungenauere Aussage
intranationale Dimension	verteilungsgerechte Arbeitszeit <i>[ungleiche Ressourcennutzung möglich, Reichtumsgefälle]</i> mehr Kommunarität	<i>[Beachtung sozialer Mindeststandards]</i> <i>[Verteilung von Wachstumszuwächsen]</i>

	Wuppertal-Studie	SRU-Gutachten
Politisches Konzept Entscheidungsfindung Staatsaufgaben	Partizipation durch Kooperation und Dezentralität Entschleunigter Diskurs Rahmensetzung Deregulierung Diskursorganisation	Partizipation durch Kooperation und mehr Lobbyarbeit Rahmensetzung Deregulierung Diskursorganisation
Regionalisierungsgrad Ökonomische Struktur Politische Struktur	Priorität der Region Priorität von Region und globaler Ebene	unklare Aussage zur Regionalisierung <i>[Dominanz der mittleren Ebene(Staat)]</i>
Funktionale Differenzierung Gesellschaftsebene individuelle Alltagswelt	Integration von Teilsystemen durch Nutzung und Begrenzung ihrer Eigenlogik Entdifferenzierung	Integration von Teilsystemen durch Nutzung und Begrenzung ihrer Eigenlogik keine Aussage
Gesellschaftliches Naturverhältnis Alltagsweltliches Verhältnis Naturfunktionen für den Menschen Naturnutzungsmodus Bewußtseinsebene	mehr Naturnähe <i>[produktiv, reproduktiv, ästhetisch]</i> Naturnahes und globaltechnokratisches Naturmanagement Respekt des Eigenwerts der Natur Verantwortung für Erhalt der Naturfunktionen Respekt vor Natur	<i>keine Änderung</i> <i>[produktiv, reproduktiv, ästhetisch]</i> globaltechnokratisches Naturmanagement Verantwortung für Erhalt der Naturfunktionen, Respekt vor Natur Differenzbewußtsein

5.9 Handlungsempfehlungen und -motive

Die unter 5.8 aufgeführten Änderungen werden für eine Entwicklung zur Nachhaltigkeit für notwendig gehalten. Sie stellen zu erreichende Ziele dar. Die Mittel zur Erreichung dieser Ziele sind oft nicht klar von den Zielen selber zu unterscheiden (vgl. Einleitung zu diesem Kapitel). Vielmehr handelt es sich bei den vorgeschlagenen Nachhaltigkeitsvorstellungen um Teile einer vernetzten Gesamtstruktur, bei der eine Unterscheidung nach Mittel und Ziel wenig Sinn macht. Von den Änderungsvorstellungen eher zu trennen sind jedoch die Handlungsempfehlungen, die zur Erreichung der für notwendig erachteten Änderungen gegeben werden. Aufgrund der Vernetzung der Ziele ist es nicht sinnvoll, einzelne Handlungsempfehlungen für jedes einzelne Ziel herauszufiltern, da sie immer auch zur Erreichung von anderen Zielen dienen können. Deshalb werden die Handlungsempfehlungen, hier im engeren Sinne als Handlungsaufforderungen an Akteure (vgl. Einleitung zu diesem Kapitel) verstanden, als Gesamtpaket betrachtet. Diese in den Studien gegebenen Handlungsempfehlungen sollen hier nicht in ihrer Vielzahl und ihren Verästelungen wiedergegeben werden. Vielmehr sollen für die beiden Konzepte jeweils dominante Typen dargestellt werden. Dazu werden die Motivationen benannt, die nach Ansicht der Autoren die Verwirklichung der jeweiligen Handlungsempfehlungen bewirken sollen. Da es sich hier um Handlungsempfehlungen handelt, basieren die Motivationen für die empfohlenen Handlungen alle auf Einsicht, nicht etwa auf Zwängen. Dargestellt wird, auf welchen Wegen diese Einsicht jeweils erreicht werden soll.

Zu unterscheiden sind zwei Ansatzpunkte von Handlungsempfehlungen, eine persönliche und eine institutionelle Ebene. Zur institutionellen Ebene gehören Handlungsempfehlungen für die Politik, die Wirtschaft, die Justiz, die Wissenschaft. Die persönliche Ebene dominiert bei der Wuppertal-Studie, während die meisten Handlungsempfehlungen bei den SRU-Gutachten für die institutionelle Ebene gemacht werden. Neben dem jeweils dominanten Typ von Handlungsempfehlungen existiert in beiden Konzepten der andere Typ ebenso, er hat lediglich eine geringere Gewichtung.

In der Wuppertal-Studie wird auf eine Änderung des persönlichen Verhaltens durch Einsicht gesetzt. Beispiele für geforderte persönliche Verhaltensänderungen sind ein verantwortungsethischer Lebensstil, mehr politischer Mut oder ökologiebewusstes Wirtschaften. Die Motivation dafür soll auf zwei Wegen entstehen, durch Erkenntnis und über Erfahrung. Einsicht durch

Erkenntnis entwickelt sich zum Beispiel über den geforderten Blick für den langfristigen Eigennutz. Dieser wird an verschiedensten Stellen des Konzepts bemüht, etwa bei der Forderung nach mehr Muße, die ein zufriedeneres Leben bewirke. Die gesamte Formel „Gut leben statt viel haben“ drückt diese Strategie aus. Ein weiteres Beispiel ist der Hinweis, daß global gerechter Ressourcenkonsum auf Dauer unkontrollierbare Migrationsströme verhindere. Auch die Aufforderungen zu nachhaltigkeithethisch motiviertem Handeln in der Sphäre der Ökonomie fallen unter diese Kategorie. Die Einsicht in die Notwendigkeit soll auch über das Erkennen ethischer Anforderungen wie etwa inter- und intragenerativer Gerechtigkeit entstehen. Nicht zuletzt erhoffen sich die Autoren handlungsleitende Motivation durch Pioniergeist. Ein anderer Weg zur Einsicht ist die Erfahrung. So soll zum Beispiel durch mehr Naturnähe, die durch regionalisierte Ökonomien und eine Deindustrialisierung der Landwirtschaft entsteht, Aufmerksamkeit und Verständnis für ökologische Zusammenhänge geschaffen werden. Auch die positive Erfahrung von mehr Gemeinschaftlichkeit, zum Beispiel in Nachbarschaftszusammenhängen oder Einrichtungen der lokalen Eigenarbeit, taugt etwa zur Einsicht in die Sinnlosigkeit der weiteren Monetarisierung von Arbeit.

In den SRU-Gutachten hingegen spielt die persönliche Ebene nur eine Nebenrolle. Es gibt keine konkreten Handlungsempfehlungen zu Verhaltensänderungen, aber auf einer allgemeinen Ebene wird ebenfalls auf Einsicht gesetzt, auf ein „Ethos integrierter Verantwortung“. Diese soll - im Unterschied zur Wuppertal-Studie - vor allem durch Aufklärung erreicht werden, zum Beispiel durch Umweltbildung. Dieses so entstandene Sustainability-Ethos soll dann in den zwangsläufig trotz nachhaltiger Politik verbleibenden Fällen, wo die rechtlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen eigentlich andere Handlungsweisen motivieren müßten, der Garant für einen umweltfreundlichen Lebensstil oder eine umweltbewußte Entscheidung als Betriebsleiter sein. Die Autoren sprechen etwa davon, daß in Einzelfällen „eine zusätzliche Verpflichtung der Marktakteure zu umweltmoralischem Verhalten“ gegeben sei (SRU 1994, S. 16).

Der entscheidende Handlungsansatz hingegen in den SRU-Gutachten liegt in der politischen Sphäre. Zu nennen sind Vorschläge für eine Rahmung der Marktwirtschaft, die Einrichtung eines Standardverfahrens zur Setzung von Umweltstandards sowie die Institutionalisierung der Partizipation von Umweltverbänden. Auch die in den SRU-Gutachten eher marginale Orien-

tierung auf persönliches Handeln soll durch eine Handlung auf administrativer Ebene gestützt werden, nämlich durch die Entwicklung eines auch faktisch vorbildlichen Nachhaltigkeitsethos bei den institutionellen Vorbildern, den staatlichen Stellen. Von der Wirtschaft werden innovative und produktivitätssteigernde Handlungen erwartet. Wesentliche Elemente einer Handlungsempfehlung auf politischer Ebene in der Wuppertal-Studie sind die Rahmung der Marktwirtschaft, eine solidarische internationale Politik und ein Umbau des Sozialstaats. Die Motivationen für die Änderungen auf politischer Ebene basieren in beiden Konzepten auf einer Einsicht durch Erkenntnis des Nachhaltigkeitserfordernisses auf Seiten der Entscheidungen beeinflussenden Vertreter gesellschaftlicher Gruppen wie etwa Parteien, Wirtschafts- oder Umweltverbände. Die Gründe für die Handlungen auf ökonomischem Gebiet bauen in der Wuppertal-Studie eher auf die Erkenntnis eines langfristigen Eigennutzes (z.B. solidarischer Nord-Süd-Handel), während in den SRU-Gutachten auf konventionellen kurzfristigen Eigennutz gesetzt wird (z.B. Gewinnerwartung durch Produktivitätssteigerung).

Übersicht: Handlungsempfehlungen und Motivationen

In der folgenden Übersicht sind beispielhaft Handlungsempfehlungen und -motive aufgeführt, um das unterschiedliche Herangehen in den beiden Studien deutlich zu machen.

	Wuppertal-Studie	SRU-Gutachten
Person		
Handlungsempfehlung	mehr Langsamkeit, verantwortlicher Lebensstil verantwortliches ökonomisches Handeln mehr politischer Mut	wenig Konkretes
Motivation	Einsicht durch eigene Erkenntnis (Ethik, Eigennutz, Pioniergeist) Einsicht durch Erfahrung (Naturerfahrung, Kommunitätserfahrung)	Einsicht durch Aufklärung, (Umweltbildung formt persönliches Verantwortungsethos)
Politik, Ökonomie		
Handlungsempfehlung	Rahmensetzung für ökologische Marktwirtschaft Solidarische Nord-Süd-Beziehungen Umbau des Sozialstaats	Rahmensetzung für ökologische Marktwirtschaft Institutionalisierung eines Normierungsverfahrens Institutionalisierung von Partizipation (Integration von Umweltverbänden) Änderung der institutionellen Vorbilder Produktivitätswachstum
Motivation	Einsicht durch Erkenntnis (Ethik, langfristiger Eigennutz)	Einsicht durch Erkenntnis (Ethik, kurzfristiger Eigennutz)

Übersicht 3: Handlungsempfehlungen und Motivationen

6 Immanente Kritik

6.1 Nachhaltigkeitsvorstellungen und Problemdefinitionen

Die Fragestellung in diesem Abschnitt ist, ob die Nachhaltigkeitsvorstellungen, also das Gesellschaftsmodell, auf die Problemdefinitionen der eigenen Gesellschaftsdiagnose reagieren. Dies ist Bestandteil einer immanenten Kritik, da hier die Logik der Autoren hinterfragt wird. Wenn etwa im Konsumverhalten ein Problem gesehen wird, kann geprüft werden, ob die Nachhaltigkeitsvorstellungen dieses Urteil ignorieren oder in irgendeiner Art und Weise berücksichtigen. Es wird so eine Prüfung unabhängig von einer Wertung der vorgenommenen Reaktion vorgenommen, etwa hinsichtlich ihrer Anschlußfähigkeit. Letzteres wäre Bestandteil einer externen Kritik.

Wuppertal-Studie

In den meisten Untersuchungsfeldern reagiert die Nachhaltigkeitsvorstellung auf die vorgenommene Problemdefinition. Die Kritiken am bestehenden Produktionskonzept werden in der Nachhaltigkeitsvorstellung aufgenommen. Die als problematisch diagnostizierten Trends der Globalisierung, Rationalisierung, der Monetarisierung und des Wachstums werden in der Nachhaltigkeitsvorstellung partiell gebrochen. Ebenso wird der hohen Dynamik anthropogener Produktion eine Beruhigung in der Form einer entschleunigten Wirtschaftsdynamik entgegengestellt. Beim Lebensstilkonzept wird der gezeichneten Ausgangslage aus ambivalenter postmaterialistischer Identität, kompensatorischem Konsum und Selektivität von Umweltverhalten ein klares Konzept eines ressourcensparsamen Lebens entgegengestellt. Die globale Ungerechtigkeit soll durch ein System gleicher Umweltnutzung und gerechteren Welthandels behoben werden. Innerstaatlich werden kommunautaire Elemente als Antwort auf den Rückgang sozialen Kapitals ins Spiel gebracht. Die problematisierte ökonomische Globalisierung zieht eine Vorstellung regionalisierter Ökonomien nach sich. Die als schädlich empfundene hohe Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Teilsysteme soll durch ein Konzept der Nutzung und Begrenzung von teilsystemischen Eigenlogiken aufgehoben werden. Weiterhin soll der monierte alltagsweltliche Abstand zur Natur verringert sowie die mangelnde Konsistenz anthropogener und natür-

licher Kreisläufe durch eine Mischung von globaltechnokratischer und naturnaher Naturnutzung behoben werden.

Auf die festgestellten Mängel im politischen System hingegen wird nur teilweise reagiert. Der diagnostizierten zu geringen Partizipation wird mit verstärkter Kooperation und Dezentralisierung von Entscheidungsfindung begegnet, dem beklagten Populismus mit der Aufforderung zum entschleunigten Diskurs. Auch das konstatierte geringe Integrationsniveau additiver Politik und das Informationsgefälle können mit dem Konzept staatlicher Rahmensetzung, Deregulierung und Dezentralisierung als beantwortet gelten - wie man diese auch immer bewerten mag. Keine Reaktion erfolgt hingegen auf die monierte Kurzzeitorientierung in der Politik. Die einzige dazu direkt vorgeschlagene Maßnahme, die Installation von allgemeinen Umweltschutzziele in der Verfassung, kann aufgrund ihrer Substanzlosigkeit in diesem Zusammenhang nicht als ernsthafte Antwort auf das gewichtige Problem der Kurzzeitorientierung gewertet werden, wenn auch nichts gegen eine solche Verfassungsänderung einzuwenden wäre. Auch in den sonst angeführten Elementen politischer Nachhaltigkeit steckt keine Antwort auf dieses Problem. Kurzzeitorientierung kann genausogut in kooperativen, dezentralisierten, deregulierten und rahmenden Politikstrukturen gedeihen. Allenfalls die Idee der Steigerung der Diskursivität durch Entschleunigung könnte als Methode zur Stärkung von Langzeitinteressen in die Debatte geworfen werden, auch wenn dies in den Ausführungen der Wuppertal-Studie als Reaktion auf ein anderes Problem, die Entsachlichung von Politik, angeführt wird.

Es fehlt weiterhin eine Antwort auf die monierte Gefahr politischer Krisen durch globale Abhängigkeiten (vgl. Kap. 4.5). Es ist vielmehr im Gegenteil so, daß die Nachhaltigkeitsvorstellungen der Autoren eine Verstärkung globaler Abhängigkeiten fordern. Die Erkenntnis globaler Problemverschränkung impliziert das Eingeständnis globaler Abhängigkeiten und geht folgerichtig ein in das basale Konzept des globalen Umweltraums. Es bleibt unverständlich, warum die Autoren einerseits globale Abhängigkeiten prinzipiell als Gefahr für die internationale Sicherheit, als Auslöser politischer Krisen betrachten, andererseits jedoch als Antwort auf die Verstärkung global-ökologischer Abhängigkeiten ein globales ressourcenverteilendes Regime forcieren wollen. Da die angeführte Sichtweise von der Gefährlichkeit globaler Verschränkungen jedoch nicht integraler Bestandteil der Wuppertaler Gesellschaftsdiagnose ist, soll dieser Widerspruch kein großes Gewicht erhalten.

Insgesamt kann gesagt werden, daß aus fast allen Problemdefinitionen in der Wuppertal-Studie Vorschläge für eine Änderung der Entwicklungsrichtung hervorgehen. Etwas unklar bleibt lediglich die Reaktion auf die festgestellte Kurzzeitorientierung in der Politik. Damit sind die Vorschläge für eine nachhaltige Entwicklung jedoch noch nicht - wie oben ausgeführt - als anschlufähig qualifiziert.

Als genereller gravierender Mangel ist hingegen die fehlende Beschäftigung mit strukturellen Widerständen gegen den vorgeschlagenen Weg zur Zukunftsfähigkeit festzuhalten. Die Autoren stellen die Frage an einer Stelle im Gutachten selber: „Zu fragen ist nach den Kontexten organisierter und potentieller Widerstände, nach sozialen, politischen und ökonomischen Konflikten eines zukunftsfähigen Deutschlands“ (S. 345). Es bleibt jedoch bei diesem vereinzelt Hinweis auf mögliche Widerstände. Die Autoren scheinen davon auszugehen, daß durch ihr politisches Konzept der Partizipation und die Attraktion der vorgestellten ökologischen Lebensstile weitgehender Konsens erreicht wird und sich strukturelle Barrieren auflösen werden. An anderer Stelle heißt es im Widerspruch zur oben angeführten Rede von den widerständigen Interessen, die „Ausdifferenzierung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen“ würde „begünstigend für ökologische Politik“ wirken (S. 384). Auf der Basis dieser Feststellung wird dann die Diffusion ökologischen Denkens in alle gesellschaftlichen Bereiche vorhergesehen, da die Vielfalt der Meinungen und Interessen ein Blockdenken ablöse, welches die Ökologiebewegung in der Vergangenheit isoliert habe. Insgesamt bleibt so unklar, ob die Autoren Interessenvielfalt als Restriktion oder Chance deuten, ein weiterer Hinweis auf die mangelnde Reflexion von möglichen Widerständen gegen die Nachhaltigkeitskonzeption.

SRU-Gutachten

Auch in den SRU-Gutachten reagiert die Nachhaltigkeitsvorstellung in den meisten Untersuchungsfeldern auf die vorgenommene Problemdefinition. Die beanstandete Kopplung von Wachstum und Naturverbrauch sowie die hohe Dynamik der Ökonomie soll durch eine Produktion ersetzt werden, die hinsichtlich stofflicher Austauschprozesse und Geschwindigkeit von Änderungen derart konsistent ist mit natürlichen Zyklen, daß eine lebenswerte Umwelt für den Menschen erhalten wird. Den aufgeführten Defiziten im politischen System wie geringer Partizipation, geringes Integrationsniveau, zu mächtigen Partikularinteressen sowie der drohenden Gefahr von Über-

zeugungskonflikten hinsichtlich richtiger Formen der Naturnutzung begegnen die Verfasser mit einem politischen Nachhaltigkeitskonzept mit den Hauptelementen Kooperation und Lobbyisierung von Umweltinteressen. Der Kurzzeitorientierung wird ein Konzept der Rahmensetzung und Standardsetzung entgegengestellt, das für Längerfristigkeit bürgen soll. Weiterhin wird die mit dem als irreversibel angesehenen Trend der Ausweitung von Staatsaufgaben nach Ansicht der Verfasser verbundene freiheitsgefährdende Wirkung abgemildert durch die Strategie verstärkter Deregulierung bei gleichzeitiger Rahmung. Die als problematisch empfundene hohe Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Teilsysteme soll, wie auch in der Wuppertal-Studie, mit einer Strategie der Nutzung und Begrenzung von teilsystemischen Eigenlogiken behandelt werden. Dem Problem der Komplexität im gesellschaftlichen Naturverhältnis wird durch die Forderung nach Vernetzung, nach integrierter Politik sowie einem integriertem, verantwortungsethischen Denken der Individuen Rechnung getragen. Anstatt des festgestellten verbreiteten Bewußtseins vom Naturverhältnis, welches aufgrund hoher biologischer Anteile als weitgehend falsch gewertet wird, fordern die Sachverständigen ein anthropozentrisches, verantwortungsethisches, die Differenz von Mensch und Natur konstatierendes Bewußtsein.

Der vorherrschende Lebensstil wird in den SRU-Gutachten allerhöchstens vage problematisiert. Diese schwache Kritik an Konsumorientierung, mangelndem Umweltbewußtsein und stellenweise zu starker Bewertung von Individualität wird ebenso schwach beantwortet mit allgemeinen Hinweisen auf die Notwendigkeit von Wertewandel. Erreicht wird dies nach Ansicht des Rates durch Umweltbildung, mit der ein Sustainability-Ethos verankert werden soll sowie durch die Schaffung institutioneller Vorbilder.

Äußerst mager bleibt die Antwort auf das ebenfalls lediglich vage beschriebene Problem global ungleicher Entwicklung. Es finden sich zwar ein paar Vorschläge für verstärkte Entwicklungshilfe. Diese können jedoch aufgrund ihrer durch geschichtliche Erfahrungen begründeten offensichtlichen Wirkungslosigkeit hinsichtlich der fundamentalen Problematik global asymmetrischer Entwicklung nicht als Nachhaltigkeitsvorstellung, die auf das angesprochene Problem reagiert, qualifiziert werden. Auch die Autoren selber können aufgrund des äußerst kurzen Anreißens dieser Vorschläge damit keine grundsätzliche Lösung dieses fundamentalen Nachhaltigkeitsproblems im Sinn gehabt haben. Die schwache Behandlung dieses Themas paßt damit zur allerhöchstens randständigen Erwähnung des Problems.

Als Fazit ist dennoch festzuhalten, daß im wesentlichen auf alle vom Rat selber festgestellten Hinderungsgründe für eine nachhaltige Entwicklung Antworten erfolgen - wie diese auch immer hinsichtlich ihrer Anschlußfähigkeit und Umsetzungsfähigkeit zu bewerten sind.

6.2 Wechselwirkungen zwischen Nachhaltigkeitsvorstellungen

In diesem Abschnitt soll untersucht werden, ob sich einzelne Nachhaltigkeitsvorstellungen gegenseitig ausschließen.

Wuppertal-Studie

Gegen die innere Konsistenz des Netzes von Nachhaltigkeitsvorstellungen in der Wuppertal-Studie können insgesamt drei Einwände erhoben werden. Der erste kritisiert die Parallelität von normativen Vorstellungen und der Forderung nach prozeduraler Freiheit. Der zweite wirft Fragen des Verhältnisses von Zeitsouveränität zur Derationalisierung auf. Eine letzte Kritik hat mit dem Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz zu tun, einem allgemeinen Problem kapitalistischer Gesellschaften. Es muß sich zwangsläufig in einer kapitalismusimmanenten Nachhaltigkeitsvorstellung wiederfinden, ist jedoch auch ein Problem in kapitalistischen Gesellschaften ohne Nachhaltigkeitsanspruch.

Erstens: Das Verhältnis der substantiellen Vorstellung einer weitgehenden Dematerialisierung von Produktion und Lebensstil zum Anspruch auf einen gesellschaftlichen Normierungsprozeß, der die Art der Naturnutzung regeln soll, ist unklar. Es heißt, Umweltziele müßten - auf Basis von Expertenwissen - in einem „weitgefaßten gesellschaftlichen Prozeß formuliert und bestätigt werden“ (S. 54). Unabhängig davon, wie im einzelnen das Procedere der Entscheidungsfindung strukturiert sein soll, ist nicht klar, wie das in der Studie bereits präsentierte Ergebnis zur Offenheit des Prozesses steht. Ist die angemahnte Reduzierung des Konsums nur ein mögliches Resultat des Findungsprozesses, das in der Studie beispielhaft dargestellt wird, oder sind sich die Autoren sicher, daß der anvisierte Konsultationsprozeß ihr Konzept hervorbringt? Da das Konzept des Umweltraums in der Studie basalen Charakter hat, können die Autoren nur letztere Möglichkeit im Sinn gehabt haben. Nachhaltigkeit hätte von den Autoren dann jedoch nicht als „gesellschaftlicher Suchprozeß auf Basis von Werturteilen unter Anerkennung ökologischer Leitplanken“, sondern etwa als „neue Wertorientierung auf

Basis eines suffizienten Lebensstils“ definiert werden müssen. Nehmen die Autoren hingegen die propagierte Offenheit des Nachhaltigkeitsdiskurses ernst, hätten sie anführen müssen, welches die Gründe für die zwingende gesellschaftliche Annahme ihres Konzeptes sind. Die Autoren setzen möglicherweise auf die Durchschlagskraft der Motivvarianten aufgeklärter Eigennutz, Ethik und Pioniergeist (vgl. Kap. 5.9). Außer guter Hoffnung gibt es einen zwingenden Grund für ein derartiges Gelingen nicht. Es ist deshalb festzuhalten, daß die parallelen Anforderungen an die Substanz und den Prozeß nicht kompatibel sind. Die gleiche Problematik spiegelt sich in der gleichzeitigen Annahme geringer Normativität und geringer Pluralität von Lebensstilen. Wenn es keinen Zwang, keinen Druck für einen bestimmten ökologischen Lebensstil geben soll, woher nehmen die Autoren die Sicherheit, daß dieser dominiert und sich nicht der jetzige Wertpluralismus bezüglich des Umweltverhaltens erhält? Ebenso kollidiert die Forderung nach globaltechnokratischem Management mit der anvisierten dezentralisierten Partizipation. Ein Konzept wie die globale Definition und Verteilung des Umweltraums bewirkt Vorgaben im ökonomischen und konsumtiven Bereich, die den Spielraum dezentraler Partizipation stark einengen. Das Problem liegt nicht etwa in der Unvereinbarkeit von Rahmung und begrenzter Selbstbestimmung. Letztere ist in keinem Zusammenhang grenzenlos gegeben. Unklar bleibt die Abstimmung zwischen beiden Ebenen. Konflikte werden anscheinend nicht einkalkuliert, da von einer prästabilisierten Harmonie von globalen Anforderungen und lokalen Bedürfnissen aufgrund der Existenz einer universalistischen Umweltethik ausgegangen wird. Auch bei diesem Problem läuft alles auf die Durchschlagskraft von aufgeklärtem Eigennutz und globaler Solidarität hinaus, welche als zumindest vage anzusehen ist.

Zweitens: Fundamentalere Bestandteil des Lebensstilkonzepts ist ein Zeitgewinn, der den Grundstein zu einer dekonsumtiven Lebenserfüllung sowie entschleunigten Diskursen legt. Die Befreiung vom gehetzten Berufsalltag soll kompensatorische Konsumbedürfnisse überflüssig machen und unter anderem mehr Zeit für demokratische Prozesse freischaufeln. Gleichzeitig befürworten die Autoren eine Derationalisierung von Produktion, die erstmal Zeit kostet. Die Frage ist, woher die vermehrte Zeit kommen soll, wenn die Produktion der benötigten Güter durch eine vermehrte Wiedereinführung von Handarbeit und kleinräumigerer Arbeitsteilung wieder mühseliger wird. Die Problematik stellt sich dabei unabhängig von der Arbeitsform dieser derationalisierten Produktionsverhältnisse. Ob es sich um Erwerbs- oder

Eigenarbeit handelt, ist für die Frage nach dem Zeitaufwand irrelevant. Zwar gehen die Autoren davon aus, daß durch geringeren Konsum das Volumen an Erwerbsarbeit abnimmt. Sie schreiben aber, dies „bedeute keinesfalls, daß es weniger zu tun gibt“ (S. 357). Und weiter: „Lebens- und Versorgungsweisen werden sich dahingehend wandeln müssen, daß lokal-regionale Märkte, Eigenarbeit und Selbstversorgung usw. - mit durchaus modernen Mitteln - wieder einen höheren Stellenwert erhalten“. Wenn es sich also aufgrund der Kompensation des verminderten Produktionsvolumens durch zeitaufwendigere Arbeit allerhöchstens um ein zeitmäßiges Nullsummenspiel handelt, woher kommt dann die benötigte Zeit für entschleunigte Diskurse oder für ein Leben in Muße, das ja einen wesentlichen Teil der neuen Lebensästhetik ausmachen soll?

Drittens: Zuletzt soll darauf hingewiesen werden, daß das Nachhaltigkeitskonzept das Spannungsverhältnis zwischen geforderter Solidarität und Konkurrenz nicht ausreichend thematisiert. So wird auf der einen Seite ein fairer Welthandel im Rahmen globaler Partnerschaft gefordert, wozu eine Fülle von Vorschlägen gemacht werden, die die Ungleichheit zumindest ein wenig lindern würden. Auf der anderen Seite gehen die Autoren von einem hochlohndotierten weltmarktorientierten Produktionssektor aus, der die niedriglohnlige Regionalwirtschaft im eigenen (nördlichen) Land komplementiert. Der Weltmarktsektor kann sich erstens jedoch nicht unbedingt über solidarisches Verhalten am Weltmarkt behaupten - ob es den Akteuren gefällt oder nicht. Zweitens haben die hohen Gewinne, die dort eingefahren werden und höhere Löhne ermöglichen, unsolidarische Auswirkungen. Sie ermöglichen die Aneignung geringerbezahlter Arbeit von Menschen, die sich auf dem Weltmarkt - aus welchen Gründen auch immer - nicht so gut durchsetzen können und sich dementsprechend preisgünstiger verkaufen müssen. Nicht nur auf globaler Ebene stellt sich dieses grundsätzliche Problem. Auch die Kompatibilität von Interessenskonsensen, die sich nach Ansicht der Autoren am ehesten auf kleinräumiger Ebene herstellen ließen, mit divergierenden ökonomischen Anliegen der Beteiligten ist nicht ausreichend reflektiert. Die Problematik des Verhältnisses zwischen Gemeinwohl und Eigennutz stellt sich freilich nicht nur bei Nachhaltigkeitskonzepten, sondern ist ein Grundsatzproblem kapitalistischer Gesellschaften, für die die intrapersonale Integration von Citoyn und Bourgeois geradezu konstituierend, aber eben auch laufend prekär ist.

SRU-Gutachten

Bezüglich der inneren Konsistenz der Nachhaltigkeitsvorstellungen in den SRU-Gutachten können zwei generelle Einwände erhoben werden: Zum einen ergeben sich Unklarheiten aus der Parallelität von verlangtem Sustainability-Ethos und den konzipierten ökonomischen Zwängen. Ähnlich wie in der Wuppertal-Studie ist dieses Problem im Spannungsfeld von Gemeinwohl und Eigennutz auch in diesem Nachhaltigkeitskonzept enthalten. Zweitens wirft die unklare Stellung des für nötig befundenen Wertewandels zum Wirtschaftswachstum Fragen auf.

Erstens: Als handlungsleitende Maxime nimmt das Ethos integrierter Verantwortung eine Schlüsselstellung im Handlungskonzept der Gutachten ein. Konflikte zwischen eigenen ökonomischen Interessen, der Verantwortung für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt und dem sozialen Mitgefühl für die Lebensbedingungen anderer sollen demnach intrapersonal entschieden werden. Andererseits gehen die Autoren von der Dominanz ökonomischer Entscheidungsfindung aus. So heißt es etwa im Zusammenhang der Verkehrspolitik: „Der wichtigste Grundsatz ... einer umweltschonenden Verkehrspolitik im besonderen betrifft deshalb die ökologische Wahrheit der Transportpreise“ (SRU 1994, S. 34). Sei dieser Grundsatz verletzt, so „helfen auch Appelle an das Umweltbewußtsein der Bevölkerung wenig“ (ebd.). Das Beispiel zeigt, daß der Wirksamkeit des eigens propagierten Nachhaltigkeits-Ethos nicht getraut wird. Die gesamte Konzeption einer umweltgerechten Finanzreform, letztlich die Methode der Ökonomisierung von Umweltpolitik, der Monetarisierung bisher öffentlicher Umweltnutzung, kann so als Ausdruck des Mißtrauens gegen die Wirksamkeit des zu schaffenden Sustainability-Ethos gewertet werden. Das Verhältnis zwischen dem verantwortungsethischen Ansatz und der ökonomiebasierten Zwangsmethode ist unklar. Sollen sie sich ergänzen oder eine redundante Funktion einnehmen, quasi gegenseitig als Ausfallsicherung fungieren? In diesem Sinne wäre eine Kompatibilität dann möglich, wenn als Ergebnis der ethischen Abwägung ein mit den Ergebnissen der ökonomischen Zwangsmittel identisches Verhalten erwartet werden kann, wofür es allerdings keine Gründe gibt. So bleibt die Abgrenzung der beiden Ansätze voneinander ungeklärt. Die Tiefe der angestrebten Monetarisierung von Umweltgütern hängt eben auch von dem erwarteten Eintreten der „richtigen“ ethischen Abwägung ab. Genau dieses kann jedoch nicht vorausgesagt werden, wenn dem Abwägungsprozeß der für die Erfüllung des eigenen Anspruches unbedingt nötige Freiheitsgrad

zugestanden wird. Dies verweist darauf, daß die Methode des Vertrauens auf ethische Abwägung prinzipiell für eine mit bestimmten Sicherheiten planen wollende Nachhaltigkeitspolitik zu ergebnisoffen ist. Wer mehr Sicherheit haben möchte, wie die Verfasser der SRU-Gutachten, ist auf zwingendere Mittel angewiesen wie etwa die Öko-Steuer. Damit jedoch ist die Akzeptanz von Ergebnissen der geforderten Prozesse ethischer Abwägung, einer Selbstfindung letztendlich, die den Menschen zugestanden wird, nicht gegeben.

Festzuhalten ist, daß das Verhältnis von Sustainability-Ethos und Ökonomisierung von Umweltpolitik im Konzept des Umweltrates ungeklärt ist. Es kann jedoch, wie oben gezeigt, eine Präferenz der Autoren für ökonomische Mechanismen ausgemacht werden. Sozialen Kriterien wird zumindestens auf der Ebene privater Entscheidungsfindung weniger Durchsetzungskraft zugestanden, auch wenn an sie, in Form der Propagierung eines Sustainability-Ethos, appelliert wird. Diese Mischung von Glauben an die Dominanz von ökonomischen Kriterien bei gleichzeitigem Appell an solidarische Verhaltensweisen findet sich auch auf der Ebene globaler Wirtschaftspolitik. So wird einerseits davon ausgegangen, daß die Weltmarktposition unserer Industrienation zu sichern sei: „Maßnahmen zur Sicherung des Standortes Deutschland hält auch der Umweltrat für geboten“ (SRU 1996, S. 16). Andererseits wird die global ungleichmäßige Entwicklung der Volkswirtschaften beklagt und eine Produktivitätssteigerung in den ärmeren Ländern für unabdingbar gehalten, die „ohne massive Assistenz von Seiten der entwickelten Länder nicht erreichbar“ sei (SRU 1994, S. 48). Übersehen wird hier, daß die Stärke der eigenen Weltmarktposition auf der Schwäche der armen Länder beruht. Gefordert wird vom Rat dann auch im klassisch additiven Politikmodus mindestens eine Stagnation der Weltmarktrelation (Sicherung des Standortes) bei gleichzeitigen Anstrengungen zur Veränderungen dieser Relation in Form von Hilfen für Produktivitätssteigerungen in den armen Ländern. Wenn auch die geforderten Elemente globaler Solidarität im Konzept des Umweltrates allenfalls eine marginale Stellung einnehmen, so ist zu konstatieren, daß auch hier der Zielkonflikt unreflektiert bleibt. Analog zur oben beschriebenen intrapersonalen Ebene bleibt auch auf dem Gebiet globaler Wirtschaftspolitik unklar, ob sich die Akteure nun nach ökonomischen oder solidarischen Kriterien richten sollen.

Zweitens: Ebenso konfligiert das Verhältnis vom gewünschten Wertewandel zum gewollten, wenn auch nicht explizit geforderten Wirtschaftswachstum. Die Verfasser formulieren ihre Kritik am Konsumismus vorsichtig. So wird

eine „Neuorientierung der Verbrauchermentalität“ sowie eine „neue Vorstellung des einzelnen von Wohlstand und Fortschritt“ angemahnt. Diese zarten Hinweise können dennoch als Wunsch nach Konsumreduktion, zumindest in manchen Sektoren, interpretiert werden (vgl. Kap 5.2). Wenn weniger an materiellen Gütern konsumiert wird, kann die Wirtschaft nicht unendlich wachsen, da auch der nicht produktionsbezogenen Tertiarisierung Grenzen gesetzt sind. Da die Autoren Produktivitätssteigerungen ausdrücklich positiv bewerten, fehlen zudem Aussagen über die zukünftige Verteilung von Arbeit. Das Problem scheint für die Autoren nicht zu existieren, trotz einer durch gewünschte Konsumreduktion und Rationalisierung absehbaren deutlichen Verringerung des Arbeitsvolumens. Vielleicht sehen sie ja auch eine Lösung in der exportbasierten Stärkung der Weltmarktposition, was - wie oben ausgeführt - jedoch wieder mit den gewünschten Aufholprozessen der ärmeren Länder in Widerspruch gerät. Festzuhalten bleibt, daß alles nicht zugleich zu haben ist. Eine Konsumreduktion bei weiterem Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern und bei Aufholprozessen der ärmeren Länder kommt einer Quadratur des Kreises gleich.

6.3 Anschlußfähigkeiten

Die Frage nach der Anschlußfähigkeit bedeutet eine Prüfung von möglichen Übergängen vom jetzigen nicht nachhaltigen Zustand hin zu den dargelegten Nachhaltigkeitsvorstellungen. Letztendlich muß begutachtet werden, ob die mit den Nachhaltigkeitsvorstellungen nicht übereinstimmenden Trends bestehender gesellschaftlicher Entwicklung von Industriegesellschaften, auf deren modernisierungstheoretische Ableitung weiter oben kurz hingewiesen wurde (vgl. Kap. 2.1.2), ganz oder teilweise gebrochen werden können. Beispiele für diese Trends sind Individualisierung, Massenkonsum oder repräsentative Demokratie. Dazu ist eine Auseinandersetzung mit den Gründen, die für die wahrscheinliche Kontinuität dieser Trends, möglicherweise für ihre Irreversibilität angeführt werden, nötig. Dies wäre Bestandteil einer Kritik des Konzeptes nach externen Kriterien, etwa im Lichte von verschiedenen Theorien gesellschaftlicher Modernisierung. Damit wäre der Rahmen einer immanenten Kritik verlassen, um die es in diesem Zusammenhang gehen soll. Dennoch kann herausgefiltert werden, auf welche Weise in den Konzepten die Anschlußfähigkeit hergestellt werden soll, falls dort dazu überhaupt etwas zu finden ist. Die Bemängelung fehlender Anschlußwege würde sich im Rahmen einer immanenten Kritik bewegen. Eine Bewertung

der in den Konzepten geschilderten Anschlußpfade hingegen wäre nur möglich nach externen Kriterien. Die Frage nach der Anschlußfähigkeit bewegt sich daher zwischen einer immanenten Kritik und einer Bewertung nach externen Kriterien, wenn auch letzteres den wesentlichen Teil ausmachen würde. Im folgenden werden daher lediglich einige Auffälligkeiten angeführt, um damit Hinweise auf mögliche Anschlußproblematiken zu geben, die im Rahmen einer Kritik vor Folie modernisierungstheoretischer Annahmen genauer zu untersuchen wären.

Wuppertal-Studie

In der Wuppertal-Studie gibt es viele Brüche mit bisherigen Trends (vgl. Kap. 5.8 und 7.1). In fast allen untersuchten Feldern wird eine Änderung der Entwicklungsrichtung vorgeschlagen. Im folgenden werden für sechs gravierende Richtungsänderungen, die aufgrund ihrer grundsätzlichen Kehrtwenden am verdächtigsten hinsichtlich mangelnder Anschlußfähigkeit sind, Hinweise auf Anschlußschwierigkeiten gegeben. Es geht um

1. ökonomische Regionalisierung
2. Demonetarisierung und Kommunarisierung
3. Wachstums- und Konsumstopp
4. Verteilungsgerechtigkeit
5. die Annahme einer geringen Pluralität von Lebensstilen
6. entschleunigten Diskurs

Erstens: Die Forderung nach einer partiellen Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen verhält sich diametral zum Globalisierungstrend und zur fortschreitenden Arbeitsteilung. In der Studie wird der Anschluß über eine Mischung aus verantwortungsethischem Handeln, Einsicht in die höhere Qualität regionalisierten Konsums sowie ökonomischen Regionalpatriotismus hergestellt. Unabhängig von der zumindest vagen massenhaften Realisierbarkeit eines Verantwortungsethos, das ja immerhin die Akzeptanz von Abstrichen an Vielfalt und Bequemlichkeiten impliziert, sind Zweifel an der Überlegenheit von Regionalprodukten sowie der durchgängigen Wirksamkeit eines Regionalpatriotismus anzumelden. Doch auch bei - wie auch immer motiviertem - massenhaftem Regionalisierungswillen ist fraglich, ob ein Übergang in eine derartige Begrenzung ökonomischer Austauschprozesse möglich ist. Aus dem Netz ökonomischer Verstrickungen kann nicht so einfach ausgebrochen werden. Ein nicht geringer Anteil von Haushalten hat

keine oder nur wenig ökonomische Entscheidungsfreiheit, da sie entweder verschuldet sind oder knapp am Existenzminimum wirtschaften. Sie können global integrierte Arbeitsmöglichkeiten oder billige global hergestellte Güter bei Strafe ihres Absackens in gesellschaftliche Marginalisierung nicht ablehnen. Die freie Entscheidung für einen Job in der regionalisierten oder globalisierten Ökonomie gibt es für viele nicht. Nur für einen Teil der Gesellschaft ist Zeitmangel das primäre Problem und nicht Geldmangel. Gerade die weitverbreitete hohe langfristige Verschuldung, etwa für Eigenheime, bildet ein enormes ökonomisches Restriktionspotential für die Möglichkeit neuer Orientierungen auf einen anderen Konsum- und Arbeitsstil. Die Entscheidung, in Zukunft Schulden abzarbeiten anstatt sich andere Möglichkeiten offenzuhalten, ist für viele längst irreversibel gefallen. Dies gilt für Privatpersonen ebenso wie für Betriebe.

Zweitens: Die beschriebene ökonomische Restriktion wirkt ebenso gegen Möglichkeiten, Arbeit zu demonetarisieren und die Alltagswelt zu kommunalisieren. Dagegen stehen immer Zwänge der Integration in das bestehende ökonomische Gefüge, die die Möglichkeit der Wahl von Alternativen zumindest für einen wesentlichen Teil der Gesellschaft begrenzen. Letztendlich muß danach gefragt werden, inwieweit sich in kapitalistischen Ökonomien Handelnde vom Zwang zum Wachstum befreien können. Davon hängt die Anschlußfähigkeit bei allen Nachhaltigkeitsvorstellungen, die direkt eine Veränderung des ökonomischen Gefüges voraussetzen, ab. In der Wuppertal-Studie hingegen soll sie allein über die ethische Mischung aus aufgeklärtem Eigennutz und Solidarität hergestellt werden.

Drittens: Der Stopp von Wirtschaftswachstum würde zudem sofort die Praxis der distributiven Pazifizierung von sozialen Konflikten unmöglich machen. Die entwickelten Industriegesellschaften konnten soziale Konflikte im wesentlichen dadurch verhindern, daß sie als Zugewinnsgemeinschaft funktionierten. Den Ärmeren konnte etwas gegeben werden, ohne daß den Reichen etwas genommen werden mußte. Dies funktioniert nur bei Wachstum. Wer Wachstumsstopp will, ohne soziale Aufstände zu riskieren, muß zwangsläufig umverteilen. Dies erkennen die Autoren der Wuppertal-Studie mit dem Konzept des Umweltraums in ihrer globalen Dimension, nicht jedoch innerhalb nationalstaatlicher Grenzen.

Viertens: Offen bleibt, woher die massenhafte Akzeptanz für eine inter- und intranational geänderte Reichtumsverteilung kommen soll. Die Autoren verweisen auf einen Überdruß an Reichtum und Konsum, für den jedoch

angesichts der Dominanz sich verschärfender gruppenegoistischer Verteilungskämpfe nur wenig Ansatzpunkte erkennbar sind, die über Randgruppenphänomene hinausgehen.

Fünftens: Unklar bleibt weiterhin, wie aus der aktuell diagnostizierten Vielfalt von Lebensstilen sich der ökologisch verantwortliche als dominanter Stil durchsetzen soll. Ein Grund für die jetzige Vielfalt wird in den expressiven Ansprüchen postmaterialistischer Identitätsbemühungen gesehen, die Abgrenzungszwänge hervorrufen. Wie sich dieses Bedürfnis in die prognostizierte durchgängige erstrangige Bewertung ökologischer Korrektheit transformieren soll, bleibt offen, ist letztere doch nur eine von vielen möglichen Ausdrucksformen. Angeführt werden neben dem aufgeklärten Eigennutz noch die Antriebskraft Pioniergeist, welche zugegebenermaßen am ehesten dem modernen Differenz- und Präsentationsbedürfnis Rechnung tragen würde. Dieser Antrieb kann jedoch nur während der Pionierphase selber wirken, ist quasi eine positionelle Motivation. Sie hat nur Wirkung aus der Minderheitenposition heraus. Setzt sie sich durch, verliert sie ihre motivationale Substanz.

Sechstens: Für die Politik wünschen sich die Autoren eine entschleunigte Debatte klug argumentierender Menschen. Die Autoren wünschen sich anscheinend Zeit für einen herrschaftsfreien Diskurs. Woher die Motivation für den Wandel vom festgestellten jetzigen Zustand kurzfristig orientierter Effekthascherei und populistischer Machtpolitik kommen soll, lassen die Autoren offen. Anscheinend soll auch hier die Mischung aus Verantwortungsethik, aufgeklärtem Eigennutz und Pioniergeist wirken, was jedoch aus oben geschilderten Gründen sehr fraglich ist.

SRU-Gutachten

In den SRU-Gutachten stellt sich die Frage nach der Anschlußfähigkeit nur in geringem Umfang, da weniger grundlegende Änderungen der Entwicklungsrichtung anvisiert werden. So finden sich in den Untersuchungsfeldern Produktionskonzept, Lebensstil, soziale Nachhaltigkeit und Regionalisierungsgrad keine Vorschläge zu Veränderungen der bisherigen Entwicklungsrichtungen. Änderungen werden im wesentlichen in der Politik gewünscht, die sich in Richtung mehr Partizipation, Rahmensetzung und Deregulierung entwickeln soll. Die dazu gemachten Vorschläge wie etwa die umweltgerechte Finanzreform, das Verfahren zur Setzung von Umweltstandards oder die Vorschläge zur Integration umweltpolitischer Interessen in das politische

Interessengeflecht werden in den Gutachten ausführlichst hinsichtlich ihrer institutionellen, rechtlichen und fachpolitischen Anschlußfähigkeit geprüft. Dies ist dem Charakter der Gutachten als politikberatendes Dokument zu verdanken.

Doch selbst dieses im Vergleich zur Wuppertal-Studie geringe Veränderungsvolumen wirft Fragen nach der Anschlußfähigkeit auf. Unklar sind insbesondere:

1. Die gesellschaftliche Akzeptabilität der Vorschläge zur Änderung des politisch-ökonomischen Rahmens
2. Die Wirksamkeit einer Verhinderung von Überzeugungskonflikten durch Partizipation

Erstens: Die geringe Reflexion der gesellschaftlich-politische Akzeptanzfähigkeit kann an zwei Beispielen verdeutlicht werden: Erstens wird die Kollision der umweltgerechten Finanzreform, die als zentrales Element Öko-Steuern enthält, mit Bedürfnissen des Massenkonsums nicht problematisiert. Zweitens begrenzt die Institutionalisierung eines breiten gesellschaftlichen Verfahrens zur Setzung von Umweltstandards Partikularinteressen der betroffenen Wirtschaftsbranchen, die eine nichtöffentliche Aushandlung des Niveaus von Umweltnutzung mit staatlichen Stellen bevorzugen. Die Anschlußfähigkeit der Vorschläge wird hier, analog zur Wuppertal-Studie, offenbar durch Bewußtseinsentwicklungen bei den jeweiligen Akteuren hin zu einem Sustainability-Ethos als gewährleistet betrachtet. Die damit - wie oben gezeigt - verbundenen grundlegenden Schwierigkeiten, die sich unter anderem in Hemmnissen wie ökonomischen Restriktionen, Verteilungsproblematiken sowie promateriellen und expressiven Lebensstilbedürfnissen manifestieren, werden vom Umweltrat nicht in ihrer Substanz problematisiert. Vorzufinden ist allenfalls der allgemeine Hinweis auf die Notwendigkeit der Abwägung und Vermittlung von Ansprüchen im Rahmen einer ethischen Grundlagenreflexion.

Zweitens: Hinterfragt werden muß weiterhin die Annahme, grundlegende Überzeugungskonflikte durch Partizipation verhindern zu können. Die Verfasser konstatieren selber, daß die Barrieren für die Wirksamkeit der alternativen Konfliktregelungsversuche wie etwa Mediationsverfahren in dem Auftauchen von grundsätzlichen Fragen liegen: „Die Grenzen der Verfahren resultieren vor allem daraus, daß sie das, was sie vorgeben zu erzeugen, allzuoft voraussetzen, nämlich Konsens und Akzeptanz. Die meisten Zielkonflikte sind bereits auf übergeordneter Ebene nicht gelöst“ (SRU 1996, S. 65).

Der Umweltrat zieht aus dieser Feststellung die Konsequenz, Konfliktregelverfahren auch auf übergeordneter Ebene zu probieren. Seine Orientierung auf Partizipation der Umweltverbände etwa in das politische Institutionengefüge ist ein zentraler Bestandteil dieser Strategie. Ob eine Intensivierung von Kommunikation durch Partizipation, auf welcher Ebene auch immer, jedoch Konsens bei grundlegenden Überzeugungen bewirkt, ist nicht erwiesen. Denkbar ist genauso eine Ausdifferenzierung von grundlegenden Überzeugungen auf dem Wege einer durch verstärkte Kommunikation induzierte verstärkten Reflexion grundlegender Fragen. Die Verfasser haben für ihr Ziel des Überzeugungskonsensus mit ihren Partizipationsvorschlägen zwar einen möglichen Anschluß an den bestehenden Zustand grundlegender ideologischer Differenzen, die etwa bezüglich der richtigen Form der Naturnutzung bestehen, aufgezeigt. Unsicher bleibt aber, ob durch mehr Partizipation ein Wechsel hin zu Übereinstimmung in Grundsatzfragen erreichbar ist.

7 Nachhaltigkeitsvorstellungen und Entwicklungen der Moderne

7.1 Unilineare und gebrochene Modernisierung

Die beiden untersuchten Konzepte sind anfänglich nach dem Schema unilineare und gebrochene Modernisierung unterschieden worden. Mit dieser hypothetischen Einteilung ist die Auswahl der beiden Konzepte begründet gewesen. Diese anfängliche Klassifizierung soll im folgenden geprüft werden. Dazu werden die in den einzelnen Untersuchungsfeldern herausgefilterten Nachhaltigkeitsvorstellungen den Entwicklungsrichtungen in dem Schema unilinearere Modernisierung gegenübergestellt (vgl. Kap. 2.1.2). In der Aufstellung sind diejenigen Nachhaltigkeitsrichtungen eingetragen, die den Entwicklungsrichtungen unilinearere Modernisierung entgegenlaufen.

Die Aufstellung zeigt, daß einige Entwicklungsrichtungen unilinearere Modernisierung in der Wuppertal-Studie durch die Nachhaltigkeitsvorstellungen mehr oder weniger gebrochen werden. Dies gilt in vollem Umfang für den Massenkonsum und das Wirtschaftswachstum. Sie werden abgelöst durch eine Suffizienzorientierung, die mit einer Sättigung der Wirtschaftsentwicklung korreliert.

Nur begrenzt kann von einer Änderung des Individualisierungstrends, der Komplexitätszunahme, der repräsentativen Konkurrenzdemokratie sowie der Steigerung ökonomischer Konkurrenz gesprochen werden. Der Trend der Individualisierung wird durch die propagierten kommunitären Elemente zumindestens verlangsamt. An eine Deindividualisierung, eine Wiedereinbindung in vorgegebene Sozialformen, ist trotz der Aufwertung sozialer Netzwerke jedoch nicht gedacht. Vielmehr wird die Aufwertung von Gemeinschaftseinbindung komplementär zur weiterhin akzeptierten Individualisierung gedacht. Die Komplexität einer nachhaltigen Gesellschaft soll etwas geringer werden durch die partielle Regionalisierung. Die damit verbundene teilweise Rücknahme der Arbeitsteilung bewirkt wieder überschaubarere ökonomische und politische

Bereich	Entwicklungsrichtung unilinearer Modernisierung	gegenläufige Nachhaltigkeitsvorstellung	
		Wuppertal-Studie	SRU-Gutachten
Person	Individuierung	-	-
Kultur	Rationalisierung Wertverallgemeinerung	-	-
Gesellschaft	Komplexitätssteigerung Soziale Mobilität/ Individualisierung	Partielle Regionalisierung Partielle Kommunarisierung u. Demonetarisierung	-
Wirtschaft	Wachstum Konkurrenzsteigerung	Sättigung partielle Solidarisierung	- -
Politik	Repräsentative Konkurrenzdemokratie	Mehr Partizipation Mehr Konsensualität	Mehr Partizipation Mehr Konsensualität
Sozio-Kultur	Verwissenschaftlichung	-	-
Verteilung	Massenkonsum Wohlfahrtsstaat	Suffizienz -	- -

Tab. 5: *Unilineare Modernisierung und gegenläufige Nachhaltigkeitsvorstellungen*

Zusammenhänge, so daß von einem teilweisen Rückgang der Komplexität gesprochen werden kann. Die regionalistische Orientierung ist jedoch nicht durchgängig. Auch die Anstrengungen für eine integrative Politik, die Basis des Nachhaltigkeitsanspruches per se, die eine Domestizierung der sich ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Teilsysteme durch ihre Nutzung und Begrenzung erreichen will, bewirkt keine Komplexitätsreduzierung, sondern versucht mit der Komplexität umzugehen. Die ökonomische Konkurrenz soll ebenfalls teilweise abgebaut werden. Neben einer verstärkten Nutzung des Konkurrenzmechanismus durch eine Monetarisierung von Umweltnutzung

auf einem ökologisierten Markt sind in dem Wuppertaler Konzept solidarische Bestandteile enthalten, die dem Konkurrenzprinzip entgegenwirken. Die repräsentative Konkurrenzdemokratie erhält Konkurrenz durch Elemente konsensorientierter Partizipation, wenngleich diese komplementär gedacht ist und das Prinzip parlamentarisch-konkurrenzorientierter Repräsentation nicht vollständig ablösen soll. Dennoch kann von einem gebrochenen Trend gesprochen werden. Dieser kurze Abgleich rechtfertigt die Einordnung der Wuppertal-Studie als ein Modell gebrochener Modernisierung. Die Richtung spiegelt sich auch darin wieder, daß fast die gesamten Nachhaltigkeitsvorstellungen in den in dieser Untersuchung vorgenommenen Untersuchungsfeldern eine Änderung der bisherigen Entwicklungsrichtung bedeuten (vgl. Kap. 5.8 und 6.3).

Die Nachhaltigkeitsvorstellungen in den SRU-Gutachten gehen dagegen mit Ausnahme des analog zur Wuppertal-Studie vorzufindenden Rückgangs repräsentativer Konkurrenz zugunsten konsensualer Orientierungen in der Politik mit den aufgeführten Entwicklungsrichtungen unilinearere Modernisierung konform. Dies wird ebenso sichtbar durch die geringe Anzahl von Änderungen gegenüber den bisherigen Entwicklungen in den einzelnen Untersuchungsfeldern (vgl. Kap. 5.8 und 6.3). Die neben Konsensualität und Partizipation erwünschten wesentlichen Änderungen zur Erlangung von Nachhaltigkeit wie Rahmensetzung und Deregulierung in der Politik, Konsistenz der Produktion mit Bedürfnissen langfristiger Umweltnutzung, die Domestizierung der Eigenlogiken von gesellschaftlichen Teilsystemen sowie ein verbessertes globales Naturmanagement sind mit unilinearere Modernisierung im skizzierten Sinn kompatibel.

Die Einteilung der beiden Konzepte in die Rubriken unilineare und gebrochene Modernisierung kann daher beibehalten werden, auch wenn die jeweilige Zuordnung nicht in allen Modernisierungsbereichen vorgenommen werden kann. Dabei sind die SRU-Gutachten mit ihrer nur in einem Bereich zu konstatierenden teilweisen Änderung noch näher am Pol unilinearere Modernisierung angesiedelt, als die Wuppertal-Studie den Gegenpol total gebrochener Modernisierung besetzt. Einen eindeutigen Bruch gibt es dort lediglich im Bereich des Wachstums und Massenkonsums. Die restlichen angeführten Änderungen sind durchgehend partieller Natur. Dennoch rechtfertigen sie in ihrer Gesamtheit die vorgenommene Einordnung.

7.2 **Schlußbetrachtung und Ausblick**

Das Gesellschaftsmodell in den beiden untersuchten Nachhaltigkeitskonzepten unterscheidet sich fundamental in den Bereichen Produktion, Lebensstil, soziale Nachhaltigkeit und Regionalisierung. Dort will das Wuppertaler Konzept einen Bruch mit der bisherigen Entwicklung: Sie will Sättigung statt Wachstum, mehr Suffizienz statt Konsumismus, mehr Eigenarbeit statt Monetarisierung immer weiterer Lebensbereiche, mehr Kommunartät statt Einzelkampf, mehr Chancengleichheit statt Ungerechtigkeit, wieder mehr Regionalität statt Globalisierung, um es nochmal vereinfacht zusammenzufassen.

Die gleiche Stoßrichtung weisen die beiden Konzepte in den übrigen Gebieten auf: Gefordert werden mehr Partizipation, mehr Rahmensetzung und mehr Deregulierung in der Politik, die Integration von gesellschaftlichen Teilsystemen durch Nutzung und Begrenzung ihrer Eigenlogik sowie ein globales Naturmanagement im Rahmen einer Verantwortung für Natur. Entgegen vielen anderslautenden Einschätzungen unterscheiden sich die beiden Konzepte in ihrem Naturverhältnis nicht sonderlich. Die Wuppertaler wollen lediglich etwas mehr Naturnähe in den Lebensalltag bringen, die entscheidenden Fragen der Naturfunktionen und des Naturnutzungsmodus werden in beiden Konzepten ähnlich beantwortet. Die Einordnung der Wuppertal-Studie in der Mitte zwischen bio- und anthropozentrischem Naturverständnis, wie sie Brand im Rahmen seines Diskursüberblickes (vgl. Kap 3.1) feststellt, kann jedenfalls nicht nachvollzogen werden. Richtig hingegen ist seine Verortung der Studie zwischen den beiden Markierungen des Entwicklungsverständnisses „grundsätzliche Korrektur des industriellen Zivilisationsmodells“ und „sozial-ökologische Modernisierung“.

Gleiches und Unterschiedliches ist auch bei den Handlungsempfehlungen zu finden. Während die SRU-Gutachten als politikberatendes Dokument schwerpunktmäßig auf geänderte Handlungsweisen von Akteuren in Politik, Wirtschaft und Interessenverbänden abzielen, setzen die Autoren der Wuppertal-Studie, die an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet ist, verstärkt auf eine Änderung des persönlichen Verhaltens einzelner, sei es im privaten Haushalt, im Wirtschaftshandeln, in der Politik oder im Sozialverhalten. Die Motivation für dieses geänderte Handeln ist in beiden Konzepten erstmal Einsicht durch Erkenntnis. Sie soll im Wuppertaler Konzept zum großen Teil durch eigene Erfahrung, etwa die eines erfüllenderen suffizienten Lebensstils, gewonnen werden, während in den SRU-Gutachten Gewicht auf orga-

nisierte Aufklärung, auf Umweltbildung, gelegt wird. Beide Konzepte propagieren eine Verantwortungsethik, basierend auf langfristig kalkulierendem, aufgeklärtem Eigennutz. Die Wuppertal-Studie setzt zusätzlich auf Pioniergeist und Solidarität.

Die jeweiligen Konzepte sind, mit Ausnahme des ungeklärten Verhältnisses von inhaltlicher Substanz und Procedere in der Wuppertal-Studie, im wesentlichen in sich konsistent. Die Lösungsansätze reagieren - mit kleinen Ausnahmen - auf die eigens vorgenommenen Problemdefinitionen mit einem Spektrum von Nachhaltigkeitsvorstellungen, welche ein weitgehend geschlossenes Konzept bilden. Ungeklärt bleibt jedoch in beiden Abhandlungen letztlich das Verhältnis von Konkurrenz und Solidarität, kein unwichtiges, jedoch allen Kapitalismusimmanenten Vorstellungen innewohnendes Problem.

Ein grundlegender Unterschied der beiden Konzepte liegt in der Gewichtung von Substanz und Prozeß. In der Wuppertal-Studie unterbleibt weitgehend eine Beschäftigung mit nachhaltigkeitsgerechten zukünftigen Entscheidungsprozessen zugunsten eines substantiellen Nachhaltigkeitsverständnisses, das etwa Ausprägungen in den Bereichen Lebensstil, soziale Nachhaltigkeit, Produktionssphäre und Regionalisierung genauer spezifiziert. Genau dies vermeiden die SRU-Gutachten. Sie machen Vorschläge zur Veränderung von Entscheidungsstrukturen, während sie die oben angeführten substantiellen Fragen nur allgemein behandeln. Die Stärke des einen muß die Schwäche des anderen sein. Wie oben gezeigt, können beide Ansprüche nicht widerspruchsfrei in ein Konzept integriert werden (vgl. Kap. 6.2). Dies wird in der Wuppertal-Studie versucht, wenn auch von einem tiefer ausgearbeiteten prozeduralen Konzept dort nicht gesprochen werden kann. Dieses ist hingegen in den SRU-Gutachten zu finden, mit den partizipativen Hauptelementen Lobbyisierung und Institutionalisierung eines gesellschaftsweiten Verfahrens zur Setzung von Umweltstandards. Nichtsdestotrotz ist das Fehlen einer substantiellen Antwort auf den Nachhaltigkeitsdiskurs konstituierende Probleme wie etwa die Grenzen von Wachstum und Konsumtion ein grundlegender Mangel in den SRU-Gutachten.

Mit den substantiellen Lösungen handelt sich die Wuppertal-Studie jedoch weitaus mehr Fragen nach Anschlußfähigkeiten ein als die SRU-Gutachten. Dort ist die Hauptfrage in dieser Hinsicht, ob die angestrebte Partizipation die bestehende oder nach Ansicht der Verfasser drohende Pluralität der Überzeugungen problemreduzierend aufzulösen vermag. Die partizipativen und

konsensualistischen Orientierungen würden die bisherige Entwicklung in Richtung repräsentativer Konkurrenzdemokratie zwar zumindest teilweise abändern, weitere Brüche mit bisherigen Entwicklungsrichtungen moderner Gesellschaften wären jedoch nicht notwendig. In der Wuppertal-Studie hingegen kollidieren eine ganze Reihe substantieller Nachhaltigkeitsvorstellungen mit Entwicklungen der Moderne. Ihre Vorstellungen von auch nur partieller Regionalisierung, Demonetarisierung, Kommunarisierung, Solidarisierung sowie Sättigung und Entschleunigung brechen mit herrschenden Trends.

Um die Frage nach Anschlußfähigkeit zu prüfen, sind die Ursachen für die oben skizzierte unilineare Modernisierung zu begutachten. Zu fragen ist, wie stabil die Trends des Wachstums, des Massenkonsum, der Individualisierung, der Komplexitätssteigerung, der politischen und ökonomischen Konkurrenz sind. Dazu muß nach den Gründen für diese bisherigen Richtungen unilinearere Entwicklungen gefragt werden. Zum Beispiel:

- Warum sind Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat untrennbar mit der Moderne verbunden? Welche Begründungen werden dafür von Vertretern einer Theorie unilinearer Modernisierung, etwa von Zapf, angeführt?
- Wie wird die Irreversibilität der weiteren Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung in verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme begründet?
- Woher speist sich der Trend der Individualisierung, wie etwa Beck ihn in seiner Theorie reflexiver Modernisierung darlegt?
- Zu welcher Entwicklung ist die Weltwirtschaft nach den Annahmen der Theorie postfordistischer kapitalistischer Entwicklung gezwungen?

Verschiedene Annahmen über Entwicklung moderner Gesellschaften, wie sie etwa Theorien einfacher, reflexiver oder kapitalistischer Modernisierung tätigen, müssen daraufhin untersucht werden, welche Argumente für die wahrscheinliche Kontinuität, wenn nicht sogar Irreversibilität von Trends unilinearer Modernisierung genannt werden und wie stichhaltig sich diese erweisen angesichts der beobachtbaren Entwicklungen. Vor dem Hintergrund dieser Einschätzungen kann dann prognostiziert werden, welche Chancen und Barrieren bei der Verwirklichung von Nachhaltigkeitsvorstellungen, wie sie etwa in den beiden hier untersuchten Konzepten entwickelt wurden, zu erwarten sind.

Literaturverzeichnis

- Arts, B.: Nachhaltige Entwicklung. Eine begriffliche Abgrenzung. In: Peripherie Nr. 54, 1994
- Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in einer andere Moderne. Frankfurt a.M. 1988
- Berger, J.: „Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich - und was wird ihr bloß unterstellt?“ In: Leviathan 24, S. 45-62, 1996
- BMU (Hg.) : Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente - Agenda 21. Bonn o.J.
- Bogun, R.: Lebensstilforschung und Umweltverhalten. Anmerkungen und Fragen zu einem komplexen Verhältnis. In: Brand, K.W. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen 1997
- Brand, K.-W.: Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“. Zur Einführung. In: Brand, K.-W. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen 1997
- BUND / Misereor (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel u.a. 1996
- Conrad, J.: Sustainable Development. Bedeutung und Instrumentalisierung, Voraussetzungen und Umsetzbarkeit. In: M. Massarat u.a. (Hg): Die dritte Welt und wir. Freiburg 1993
- Conrad, J.: Nachhaltige Entwicklung - ein ökologisch modernisiertes Modell der Moderne? In: Brand (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen 1997
- Enquete-Kommision „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Hg.): Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Bonn 1994
- Enquete-Kommision „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Hg.): Konzept N: Fundamente für die Gesellschaft von morgen. Zwischenbericht der Enquete. Bonn 1997

- Gestring, N. et al.: Ökologie und urbane Lebensweise. Braunschweig u.a. 1997
- Glaeser, B. (Hg.): Ecodevelopment. Concepts, Projects, Strategies. Oxford 1984
- Görg, C.: „Sustainable Development - Blaupause für einen ökologischen Kapitalismus?“ in: Scharping (Hg.): Gegensätze. Elemente kritischer Theorie. Frankfurt, New York 1996
- Görg, C.: Schutz durch nachhaltige Nutzung? Der Konflikt um die biologische Vielfalt. In: Brand (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen 1997
- Harborth, H.-J.: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbsterstörung. Eine Einführung in das Konzept „Sustainable Development“. Berlin 1991
- Hauff, V. (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft. - Der Brundtland Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven 1987
- Heins, B.: Die Rolle des Staates für eine nachhaltige Entwicklung der Industriegesellschaft. Berlin 1997
- Hildebrandt, E.: Nachhaltige Lebensführung unter den Bedingungen sozialer Krise - einige Überlegungen. In: Brand (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen 1997
- Huber, J.: Ökologische Modernisierung: Zwischen bürokratischem und zivilgesellschaftlichen Handeln. In: Prittwitz, V. v. (Hg.): Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Opladen 1993
- Huber, J.: Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik. Berlin 1995
- Huber, J.: Wohlstand weltweit - Strategien nachhaltiger Entwicklung. In: Fricke, W. (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik. Bonn 1996
- ISÖ: Sustainable Netherlands - Aktionsplan für eine nachhaltige Niederlande. Frankfurt 1992
- Jänicke, M.: Ökologische und politische Modernisierung in entwickelten Industriegesellschaften. In: V. v. Prittwitz (Hg.): Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Opladen 1993
- Kreibich, R.: Nachhaltige Entwicklung. Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft. Weinheim, Basel 1996
- Mayntz, R.: Funktionelle Teilsysteme in der Theorie sozialer Differenzierung. In: Mayntz, R., Rosewitz, B., Schimank, U., Stichweh, R.: Diffe-

- renzung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme. Frankfurt a.M./New York. 1988
- Prittowitz, V. v.: Reflexive Modernisierung und öffentliches Handeln. In: Prittowitz, V. v. (Hg.): *Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß*. Opladen 1993
- Reusswig, F.: Lebensstile und Ökologie. Die ökologischen Folgen der modernen Lebensweise. In: Görg, C. (Hg.), *Gesellschaft im Übergang: Perspektiven kritischer Soziologie*. Darmstadt 1994
- Rosenbaum, W.: Verändert die Ökologie die Muster der sozialen Beziehungen? In: H. Sahner & S. Schwendtner (Hrsg): *27. Kongreß der deutschen Gesellschaft für Soziologie. Kongreßband II*. Opladen 1995
- Sachs, W.: Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines internationalen Leitbildes. In: Brand (Hg.): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen 1997
- Spangenberg, J.: Für ein zukunftsfähiges Europa. Wuppertal Papers 42, 1995
- Spehr, C.: *Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise*. Wien 1996
- SRU: *Umweltgutachten 1994. Dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung - Leitbegriff für die Umweltpolitik der Zukunft*. Stuttgart 1994
- SRU: *Umweltgutachten 1996. Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung*. Stuttgart 1996
- Warszewa, G.: Moderne Lebensweise und ökologische Korrektheit. Zum Zusammenhang von sozialem und ökologischem Wandel. In: Brand (Hg.): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen 1997
- WBGU: *Welt im Wandel: Wege zur Lösung globaler Umweltprobleme. Jahrgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen*. Berlin u.a. 1995
- Weizsäcker, E.U.: *Erdpolitik*. Darmstadt 1994
- Zapf, W.: „Die soziologische Theorie der Modernisierung“. In: *Soziale Welt* 26. Jg. S. 212-226; 1975
- Zapf, W.: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: *Leviathan* 24, S. 63-77, 1996